Donnerstag, 9. Oktober 1986 - D ✱✱✱

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 235 - 41.W.- Preis 1,20 DM - I H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 850 TL.

DIE WELT IM GESPRÄCH



Mubaraks Mission: Der Friede zwischen Arabern und Juden

Frieden zwischen Arabern und Juden zu vermitteln, hält der ägyptische Staatspräsident Mubarak für das Hauptziel seiner Außenpolitik. Ohne die Palästinenser und ohne die Anerkennung des Existenzrechts Israels wird eine Lösung nicht zu finden sein, erklärte er gegenüber der WELT. Quadratur des Kreises? Seit fünf Jahren regiert der Nachfolger Sadats in Kairo. Wie hat sich die Wirtschaft entwickelt? Bedroht der islamische Fundamentalismus die gemäßigten Kräfte? Das Gespräch mit Präsident Mubarak führte Herbert Kremp. Seite 8

POLITIK

Namibia: Die Rassentrennung in den Schulen soll von Januar 1987 an aufgehoben werden. Die Entscheidung der Behörden war schon am 16. September gefallen. Nach den Worten des schwarzen Erziehungsministers Matjila müssen „die Weißen keine Invasion schwarzer Schüler befürchten".

Abgelehnt: Der Fraktionssprecher der Grünen im Bundestag, Willi Hoss, darf auf dem Gewerkschaftskongreß der IG Metall in Hamburg kein Grußwort sprechen. Die Gewerkschaft lehnte den von den Grünen benannten Hoss ab; er war 1972 aus der IG Metall ausgeschlossen worden.

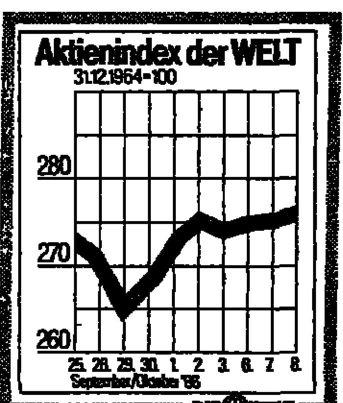
Mahnung: Zum Abschluß seines Frankreich-Besuchs hat der Papst alle Staaten und Organisationen zur Ächtung des Terrorismus aufgefordert. Zugleich mahnte er, dem Beispiel des Arbeiterpriesters Chevrier zu folgen und der Gefahr einer neuen Armut entgegenzuwirken. (S. 2)

Flucht: Unbemerkt von den Grenztruppen der „DDR" ist einem 29 Jahre alten Mann die Flucht gelungen. Er durchschwamm die Havel im Südwesten Berlins und erreichte das rettende Ufer nahe der Glienicker Brücke. Anschließend meldete er sich bei der Polizei.

WIRTSCHAFT

Ausgleich: Das Bundeskabinett verabschiedet am nächsten Mittwoch ein Gesetz über die Neuregelung der Bundesergänzungs-Zuweisungen an die finanzschwachen Länder. Bremen soll 100 Mio., Nordrhein-Westfalen vorab 75 Mio. Mark als vorläufigen Ausgleich erhalten. Finanzminister Stoltenberg trägt dem Karlsruher Urteil Rechnung. (S. 13)

Börse: Die deutschen Aktienmärkte schlossen gestern uneinheitlich. Das Kursniveau an den Rentenmärkten schwächte sich weiter ab. WELT-Aktienindex 276,83 (276,06). BHF-Rentenindex 106,826 (106,941). BHF-Performance-Index 107,147 (107,233). Dollarmittelkurs 2,0024 (2,0108) Mark. Goldpreis je Feinunze 438,10 (436,00) Dollar.



KULTUR

„Briefe eines Toten": Der Beifall für den sowjetischen Atomkriegsfilm, Wettbewerbsbeitrag bei der 35. Mannheimer Internationalen Filmwoche, klang seltsam zögerlich. – Atomarer Holocaust; die Szene ist irgendwo. (S. 24)

„Komarek": Horst Wolf Müllers zweites Theaterstück in Karlsruhe: Die handwerklich saubere, psychologisch erfahrene Regie von Hagen Müller-Stahl machte aus dem Stück einen herzlich applaudierten Theaterabend. (S. 25)

SPORT

Werder: Der Psychologe Fritz Stemme schreibt in der WELT über die Ursachen des Niedergangs von Werder Bremen. Der deutsche Vizemeister schied in der ersten Runde des Europapokals und jetzt auch in der nationalen Pokalrunde aus. (S. 22)

Rücktritt: Karl-Heinz Thielen, Vizepräsident und Schatzmeister des Fußball-Bundesligisten 1. FC Köln, ist überraschend von seinem Posten zurückgetreten. Der Diplomkaufmann und frühere Fußballspieler gehört dem Verein seit 1962 an. (S. 23)

AUS ALLER WELT



Millowitsch: Sein Theater ist eine der beliebtesten und ältesten privaten Volksbühnen in der Bundesrepublik. 50 Jahre in Köln – eigentlich paßt ihm heute das Feiern nicht, aber der 76jährige Willy Millowitsch (Foto) kommt nicht darum herum. (S. 26)

Verläßlich: Freudenstadt ließ sich nicht lumpen: „Kost und Wohnung frei" für einen Kapuziner aus Brasilien. Er erinnerte an ein im 30jährigen Krieg gegebenes Versprechen der Stadt für durchreisende Kapuziner. (S. 26)

Geißler: Bei Rau sind weder Programm noch Ziele klar

CDU-Parteitag beschließt Zukunftsmanifest / Absage an Große Koalition

gba./D. G. **Mainz**

Zum Auftakt des Bundestagswahlkampfes der CDU hat der Parteivorsitzende Bundeskanzler Helmut Kohl allen Mutmaßungen über eine Große Koalition mit den Sozialdemokraten nach der Bundestagswahl im Januar eine Absage erteilt. Die CDU wolle ihre Politik in einer Koalition mit den Freien Demokraten und der bayerischen Schwesterpartei CSU in der nächsten Legislaturperiode fortsetzen, sagte Kohl zum Abschluß des 34. Bundesparteitages der CDU in Mainz.

Zwar müßten alle demokratischen Parteien untereinander koalitionsfähig bleiben; Voraussetzung für ein Regierungsbündnis sei allerdings die Möglichkeit, zu einem gemeinsamen Programm zu gelangen, das eine solche Koalition auch regierungsfähig mache. Mit einer SPD, die in den entscheidenden Fragen der Sicherheits- und Außenpolitik zum „Wanderer zwischen zwei Welten" geworden sei, lasse sich das nicht verwirklichen.

Zuvor hatte CDU-Generalsekretär Heiner Geißler die Strategie seiner Partei für den Bundestagswahlkampf vorgestellt. Mit dem Bundeskanzler an der Spitze werde es darum gehen, die überzeugende Arbeit und die offensichtlichen Erfolge der vergangenen vier Jahren offensiv zu vertreten und den politischen Gegner gleichzeitig zu eindeutigen Aussagen in den Grundfragen der Politik zu zwingen.

Geißler warf der SPD vor, sich mit ihren wichtigen Positionen am tagespolitischen Opportunismus zu orientieren. Er nannte als Beispiel die Haltung der Sozialdemokraten zur Kernenergie. Hier hätten sie innerhalb weniger Monate eine Kursänderung um 180 Grad vollzogen.

SEITEN 2, 3 UND 4:
Weitere Beiträge

Heftig attackierte der CDU-Generalsekretär den SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau. Er warf dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen vor, jede klare Aussage bewußt zu vermeiden. Weder sein Programm, noch seine Koalitionspartner, noch seine Ziele seien klar. „Dem Durcheinander im Kopf des Kandidaten entspricht das Chaos in der Politik der SPD", rief Geißler unter großem Beifall der fast 800 Parteitagsdelegierten aus. Geschickt verquickte der Generalsekretär die Einschätzungen von Helmut Kohl und Franz Josef Strauß und sprach von einer „schicksalhaften Richtungswahl" im Januar.

Mit dem gestern beschlossenen Zukunftsmanifest der CDU, das die politischen Ziele bis in die 90er Jahre absteckt, will die Union nach den Worten Geißlers die Chancen des technischen Fortschritts nutzen und die Risiken begrenzen.

Auf Intervention des Generalsekretärs hatte der CDU-Parteitag die Diskussion und Beschlußfassung eines Antrags des CDU-Kreisverbandes Gütersloh, die Neufassung des Paragraphen 218 aus dem Jahre 1976 rückgängig zu machen, auf einen der nächsten Parteitage verschoben. Die Antragsteller wollten mit ihrer Initiative erreichen, daß die soziale Indikation als Voraussetzung für einen erlaubten Schwangerschaftsabbruch aus dem Strafgesetzbuch wieder gestrichen wird.

DER KOMMENTAR

Erster Kontakt

HANS-JÜRGEN MAHNKE

Ob die Mieter der Neuen Heimat nun tatsächlich aufatmen können, wie es der FDP-Abgeordnete Josef Grünbeck bereits verkündete, nachdem er den Kaufvertrag des Brotfabrikanten Horst Schiesser einsehen konnte, bleibt noch offen. Bundesbauminister Oscar Schneider war jedenfalls nicht so leichtfertig, das Dokument von Schiesser in die Hand zu nehmen. Ohne eingehende Prüfung durch Experten wollte der Minister den Vertrag nicht haben. Und dazu ist Schiesser erst nach seinen Gesprächen mit den Banken bereit, die auf den 17. Oktober terminiert sind. Dann erst will er auch über sein Sanierungskonzept Auskunft geben.

Das Thema bleibt also auf der Tagesordnung. Geändert hat sich bisher allenfalls das Klima zwischen dem zuständigen Minister und dem Eigentümer der Neuen Heimat. Schneider versprach zwar kein Geld, was auch nicht zu erwarten war, aber eben doch Unterstützung im Rahmen der Möglichkeiten. Die Pleite des Konzerns ist jedenfalls nicht das Ziel. Ob dies auf die Banken Eindruck macht, ob Schiesser damit ein Stück weiter gekommen ist, all das muß sich erst noch zeigen.

Feststeht, daß selbst dann, wenn Schiesser Erfolg haben sollte, die alten Eigentümer der Neuen Heimat, letztlich also die Gewerkschaften, nicht aus der Schußlinie heraus sind. Ihre „Wahlprüfsteine", die sie jetzt präsentieren, verlieren angesichts dessen, was mit ihrem Unternehmen passiert ist, noch mehr an Bedeutung. Wer sich so wie die Gewerkschaften verhält, wer so seine Sorgfaltspflicht verletzt hat, der benötigt schon einige Zeit, um seine Reputation zurückzugewinnen. Ein Skandal bleibt ein Skandal, auch wenn jetzt daran gearbeitet wird, die Folgen zu mildern.

Bonn will Konkurs der NH verhindern

Schneider: Aber keine Sonderkonditionen für Schiesser / Entgegenkommen bei Bürgschaften?

ARNULF GOSCH, **Bonn**

Die Bundesregierung wird weder Sonderkonditionen noch zusätzliche Mittel für die Neue Heimat bereitstellen. Das machte Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) gestern in einem mehr als zweistündigen Gespräch mit dem neuen Inhaber des Wohnungsunternehmens, Horst Schiesser, deutlich.

Die Bonner Position habe sich nicht geändert, erklärte Schneider vor der Presse in Bonn. Allerdings stellte er die Bereitschaft der Bundesregierung in Aussicht, die Aufrechterhaltung ihrer Rückbürgschaften in Höhe von 600 Millionen Mark zu überprüfen. Das setze allerdings voraus, daß ihr ausreichend Gelegenheit zur Prüfung und Bewertung des Kaufvertrages gegeben werde und daß Schiesser der Bundesregierung auch ein mit den Gläubigerbanken abgestimmtes Sanierungskonzept vorlege.

Wie Schneider weiter mitteilte, erwartet der neue NH-Eigentümer von Bund, Ländern und Gemeinden „flankierende Hilfsmaßnahmen im Rahmen der bestehenden Bürgschaften und in der Auslegung und Anwendung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes". Schneider sagte, er könne sich vorstellen, daß die jeweiligen Landesbehörden eine Ausnahmegenehmigung vom Baugebot für die unbebauten Liegenschaften erteilten, so daß diese auch nichtgemeinnützigen Zwecken zugeführt werden könnten.

Eine solche Regelung wäre aber keineswegs eine „Lex Schiesser", sondern ebenso auf jeden anderen Fall anwendbar. Überhaupt könne Schiesser erwarten, „daß er behandelt wird wie jeder andere auch, nicht besser, aber auch nicht schlechter".

Nachdem sich Schiesser gestern erneut geweigert hatte, seinen mit der BGAG abgeschlossenen Kaufvertrag zu veröffentlichen, lehnte es Schneider seinerseits ab, auch nur einen flüchtigen Blick in das Vertragswerk zu werfen. Ein 20 Seiten starkes Dokument bedürfe, wie Schneider meinte, der sorgfältigen Prüfung. Der Minister erwartet daher, daß Schiesser ihm nach einem auf den 17. Oktober anberaumten Gespräch mit einem Teil der Gläubigerbanken den Kaufvertrag in geeigneter Form zugänglich macht. Schiesser selbst sieht darin eine freiwillige und vertrauliche Information der Bundesregierung.

Der Berliner Unternehmer hielt sich vor der Bonner Presse weitgehend bedeckt. Er sei zufrieden, daß das Gespräch mit Schneider zustande gekommen sei. So hätten die gegenseitigen Standpunkte geklärt werden können. Er hofft, daß sich dieser Meinungsaustausch auch positiv auf die Verhandlungen mit den Bundesländern und den Gläubigerbanken auswirken werde. Eine Sanierung der Neuen Heimat über einen Vergleich schließt Schiesser aus.

Schneider bekräftigte abschließend, daß die Bundesregierung alles tun werde, um einen Konkurs zu verhindern. Es gebe nicht den geringsten Anlaß, die Mieter unsicher zu machen.

Kernkraftgegner sprechen von „neuer Phase" des Kampfes

Ausschreitungen wegen Brokdorf / Union für Gesetzesänderung

geo./DW. **Kiel/Bonn**

Die Union fühlt sich nach den gewalttätigen Auseinandersetzungen in Hamburg in ihrer Ansicht bestätigt, daß die bisherigen Änderungen im Demonstrationsstrafrecht nicht ausreichten. Der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Fritz Wittmann, erklärte mit Blick auf die Gewaltakte am Rande einer Demonstration gegen das in Betrieb genommene Kernkraftwerk Brokdorf, „der mit der FDP geschlossene halbherzige Kompromiß" reiche zur „wirksamen Bekämpfung dieser besonderen Art schwerer Kriminalität" nicht aus.

Die Union wiederholte ihre Forderung nach einer drastischen Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts. Vor allem sollen Personen belangt werden können, die sich nach Ausbruch von Gewalttätigkeiten nicht von einer Demonstration entfernten und dadurch den Gewalttätern „Deckung und psychischen Rückhalt" gäben. Die Ausschreitungen bewiesen, so Wittmann, daß „gerade dieser Personenkreis die Eskalation der Gewalt erst ermöglicht".

Während mehr als 10 000 Menschen weitgehend friedlich gegen die Atomenergie protestierten, schlugen sogenannte Autonome in mehreren Banken und Geschäften die Scheiben ein.

Auf der Protestkundgebung, zu der Bürgerinitiativen und die Grün-Alternative Liste (GAL) aufgerufen hatten, sprachen verschiedene Redner von einer „neuen Phase" im Kampf gegen die Atomindustrie. Sie riefen zu aktivem Widerstand auf. Die Sicherheitsbehörden in Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein rechnen mit weiteren Aktionen.

SEITEN 3 UND 12:
Weitere Beiträge

Die SPD in Schleswig-Holstein bemüht sich offenbar um eine breite Protestfront gegen Brokdorf. In einem Schreiben an die Initiatoren einer Demonstration in Kiel heißt es, Inhalte und Redner der Veranstaltung müßten den vielfältigen Positionen in der Anti-Atomkraft-Bewegung Rechnung tragen. Die Veranstalter hatten eine Beteiligung der SPD mit dem Hinweis auf wahltaktische Motive abgelehnt.

Reagan läßt sich nicht die Hände binden

Grabenkrieg vor dem Treffen in Reykjavik / Demokratische Partei in einem Dilemma

FRITZ WIRTH, **Washington**

Unmittelbar vor seinem Aufbruch zum Gipfeltreffen in Island ist Präsident Reagan noch einmal in einen heftigen Grabenkrieg mit den maßgeblichen Sprechern der Demokratischen Partei im Repräsentantenhaus verwickelt worden. Thema der Auseinandersetzung sind die vor zwei Monaten verabschiedeten Rüstungskontrollauflagen, die, wie Reagan betonte, ihm in seinen Gesprächen mit Gorbatschow die Hände binden würde. Im Hintergrund dieser Auseinandersetzung stehen wichtige wahltaktische Erwägungen im Hinblick auf die Kongreßwahlen in knapp vier Wochen.

Das Repräsentantenhaus steht in fünf wichtigen Rüstungskontrollfragen in Konfrontation mit der Administration: Es fordert ein einjähriges Verbot von Nukleartests und ein Verbot von Tests von Anti-Satelliten-Waffen, eine einjährige Verzögerung der Produktion von chemischen Waffen und eine scharfe Reduzierung des SDI-Budgets. Außerdem fordert es die Administration auf, weiterhin zu den von ihr aufgekündigten SALT-2-Bedingungen zu stehen.

Ronald Reagan hat den Demokraten vorgeworfen, daß sie ihm damit bei seinen schwierigen Verhandlungen mit den Sowjets in den Rücken fallen. Die Demokraten, die bisher einem Gipfeltreffen in Island wesentlich positiver gegenüberstanden als die Republikaner, haben plötzlich kalte Füße bekommen. Sie fürchten, daß ihre Rüstungskontrollauflagen ihnen in den letzten Wochen vor den Wahlen wieder den alten Vorwurf eintragen könnten, die Sicherheit der Nation zu gefährden.

SEITEN 2 UND 5:
Weitere Beiträge

Sie versuchten deshalb, mit der Administration einen Kompromiß zu erzielen, und boten an, die von ihnen geforderten Maßnahmen bis zum nächsten Frühjahr zu verschieben. Ronald Reagan jedoch möchte, daß sie für das gesamte Haushaltsjahr, also bis zum nächsten Oktober, fallengelassen werden.

Die demokratische Führung befindet sich in einem Dilemma. Sie ist offenbar zum Nachgeben entschlossen, muß jedoch eine Rebellion ihrer Hinterbänkler befürchten, die besonders auf die weitere Respektierung des SALT-2-Vertrages drängen.

Zwei Tage vor seinem Abflug nach Reykjavik empfing Präsident Reagan in einer Begegnung voller Emotionen den sowjetischen Bürgerrechtler Juri Orlow, der am Sonntag im Austausch gegen den sowjetischen Spion Sacharow von den Sowjets freigelassen worden war. Reagan betonte in einer Rede in Anwesenheit Orlows, daß substantielle Fortschritte in Menschenrechtsfragen ein wichtiges Kriterium beim Island-Gipfel sein würden.

Reagan ist in Reykjavik vor allem entschlossen, das Thema der Emigration von Juden, die in den vergangenen Jahren von den Sowjets drastisch reduziert wurde, zur Sprache zu bringen.

Weinberger: Tricks mit Afghanistan

DW. **Peking**

US-Verteidigungsminister Weinberger, der sich zu einem Besuch in Peking aufhält, hat der Sowjetunion vorgeworfen, in Afghanistan mit „Tricks" zu operieren. Weinberger sagte, die Sowjetunion führe neue Truppen nach Afghanistan, um so ihr Versprechen einhalten zu können, andere Verbände aus dem Land abzuziehen. Parteichef Gorbatschow hatte am 28. Juli bekanntgegeben, er habe den Abzug von sechs Regimentern aus Afghanistan angeordnet.

Seite 10: Moskau spricht von Abzug

Moskau lobt Politik der „DDR"

DW. **Berlin**

Moskau hat die „DDR" in einem Brief zum 37. Jahrestag ihrer Gründung für ihre Politik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland gelobt: „Große Bedeutung haben die unermüdlichen Anstrengungen des sozialistischen deutschen Staates zur vollen Normalisierung der Beziehungen zur BRD auf der Grundlage der Gleichheit, der Achtung der Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der allgemein anerkannten Prinzipien und Normen des Völkerrechts."

Sturmversuch auf Botschaft in Iran

Co. **Bonn**

Iranische Demonstranten haben gestern versucht, die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Teheran zu stürmen. Offensichtlich handelte es sich um einen Vergeltungsakt für das Eingreifen der Polizei in Auseinandersetzungen zischen rivalisierenden iranischen Gruppen auf der Frankfurter Buchmesse. Das Teheraner Außenministerium hat sich für die Vorfälle entschuldigt.

Unter Rufen wie „Rache für Frankfurt" und „Nieder mit der deutschen faschistischen Polizei" waren einige hundert Iraner in den Botschaftsgarten eingedrungen. Sie versuchten, das Tor zum Botschaftsgebäude mit Drahtzangen und Sägen aufzubrechen, wurden jedoch von Sicherheitskräften der Botschaft mit Tränengas zurückgedrängt. Der deutsche Botschafter protestierte unverzüglich bei der iranischen Regierung; in Bonn wurde der iranische Botschafter ins Auswärtige Amt zitiert.

Toter bei Explosion in Kraftwerk

DW. **Ibbenbüren**

Ein 22jähriger Facharbeiter aus Duisburg ist gestern ums Leben gekommen, als sich bei Arbeiten an der Kesselanlage des Steinkohlekraftwerks Ibbenbüren eine Explosion ereignete. Acht Personen wurden bei dem Unfall verletzt. Das Kraftwerk war am Samstag abgeschaltet worden, um die zweite Rauchgasentschwefelungsstufe einbauen und Nachbesserungsarbeiten im Kessel vornehmen zu können.

Nach Meinung von Experten hatte sich vermutlich trotz systematischer Abkühlmaßnahmen übers Wochenende in dem Kessel noch ein Glühnest in einem Kohlerest befunden, an dem sich offenbar Gas entzündete. Ein Sprecher der Preussag, die das Werk zusammen mit dem RWE seit Sommer 1985 versuchsweise betreibt, erklärte, allein die Gummersbacher Kesselbaufirma sei für das Unglück verantwortlich.

DGB beschließt „Wahlprüfsteine"

DW. **Bonn**

Der Bundesausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), das höchste Beschlußgremium der Organisation zwischen den DGB-Bundeskongressen, hat gestern in Bonn einstimmig die seit dem Wochenende bekannten „Wahlprüfsteine" beschlossen. Der DGB-Vorsitzende Breit erklärte, die Prüfsteine sollten Eckpunkte einer Politik für Arbeitnehmer festlegen, die auf mehr Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit zielen und ökologisch rücksichtsvoller, demokratischer und menschlicher sein sollen als alles, was den Arbeitnehmern in den 80er Jahren bisher beschert worden sei. Der DGB forderte die Arbeitnehmer auf, ihre Entscheidung bei der Bundestagswahl am 25. Januar davon abhängig zu machen, ob eine Partei den sechs Wahlprüfsteinen gerecht geworden sei und erwarten lasse, ihnen auch in Zukunft zu entsprechen.

Seite 12: Ohne Kernenergie

Washington droht Chile mit Verweigerung von Krediten

Mehrheit der Junta befürwortet Gespräche mit der Opposition

DW. **Washington**

Die Vereinigten Staaten haben ihre Zustimmung zu Weltbank-Krediten für die Regierung in Santiago von einer Besserung der Menschenrechtslage in Chile abhängig gemacht. Der stellvertretende Außenminister für interamerikanische Fragen, Elliott Abrams, erklärte in einem Fernsehinterview über Satellit mit Journalisten in Brasilien, Ecuador, El Salvador, Mexiko und Venezuela, Washington wolle im November für einen Kredit in Höhe von 250 Millionen Dollar stimmen; dies sei jedoch nach amerikanischem Gesetz nicht möglich, wenn die Menschenrechtslage in Chile „sehr schlecht ist oder sich verschlechtert".

Der chilenische Regierungssprecher, Minister Javier Cuadra, hatte zuvor erklärt, Kreditsanktionen könnten zu einer Verzögerung des Übergangs zur Demokratie führen.

Abrams meinte dazu, daß Santiago noch fünf Wochen habe, um die politische Situation und die Menschenrechtslage zu verbessern. Es gebe keine „Entschuldigung für eine Diktatur in Chile". Die „störrische Haltung" der chilenischen Regierung sei nicht der einzige Faktor, der eine Besserung der Lage erschwere. Er beschuldigte die UdSSR und Kuba, unlängst Waffen und Munition nach Chile geschickt zu haben. Solche Waffenlieferungen sowie Terrorakte chilenischer Kommunisten begünstigten keineswegs die Demokratisierung dieses Landes, betonte Abrams.

Als drittes Mitglied der vierköpfigen Militärjunta in Chile hat sich der Luftwaffenchef, General Fernando Matthei, für Gespräche mit den Oppositionsparteien ausgesprochen. Vor der Presse in Santiago sagte er, bei solchen Gesprächen sollte auch über eine mögliche Änderung der von Präsident Augusto Pinochet 1980 eingeführten Verfassung gesprochen werden. Einzige Vorbedingung dafür sei, daß die Kommunisten von den Gesprächen ausgeschlossen blieben. Vor Matthei hatten sich bereits die Chefs der Marine und der Polizei, Admiral Jose Toribio Merino und General Rodolfo Stange, für Gespräche mit der Opposition ausgesprochen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zukunft gegen Angst

Von Diethart Goos

Der erste Tag des CDU-Wahlparteitags stand ganz im Zeichen Kohls und des Vorsitzenden der bayerischen Schwesterpartei. Der zweite Tag wurde vom Generalsekretär geprägt. Die Arbeitsteilung war die übliche und quer durch durch die Parteien bewährte: der Kandidat fürs Staatsmännische, der Generalsekretär fürs Deutliche.

Also fiel es Geißler zu, den Kanzlerkandidaten der Gegenseite zu würdigen, den der Bundeskanzler am Tage zuvor sozusagen nicht zur Kenntnis genommen hatte. Die Untersuchung fiel so unerbittlich aus, wie die Delegierten es sich nur wünschen konnten; die Handflächen glühten demgemäß: „Kanzlerkandidat oder Knuffeltier der Nation?" – „Dieser Mann als Kanzler, dann kann man auch gleich Ernst Breit zum Wohnungsbauminister machen" – dergleichen wird auf den örtlichen Versammlungen daheim mit Behagen zitiert. Aber natürlich wollen Delegierte mehr hören; sie wollen eine Botschaft der Hoffnung. Genau die legte Geißler in geschickter Weise vor, indem er ein „Manifest" präsentierte, das unter dem Motto „Mut zur Zukunft" stand.

Wo Angst, Pessimismus und Untergangsstimmung aus der rotgrünen Ecke herüberwehen, lautet die Aussage der Union: Das Leben geht weiter, es lohnt sich, den eigenen Part darin zu planen. Die Stimmung wurde richtig erfaßt mit dem Ausdruck „Richtungswahl"; dies Stichwort hat nicht nur die Wende bei der Niedersachsenwahl gebracht, sondern es charakterisiert erst recht die Situation des 25. Januar 1987: „Bei dieser Entscheidung geht es um Zukunftsoffenheit oder Zukunftsblockade, um Fortschritt oder Rückschritt, um vorwärts oder rückwärts", sagte Geißler, und dieser Vorhalt ist berechtigt angesichts einer Gegenseite, die den Ausstieg und den Verzicht predigt. Damit wird dem Bürger die Alternative klar gemacht.

Schon die Wahl 1983 war eine Richtungswahl im engeren Sinne: Sicherheitspolitik gegen Illusionspolitik. Diesmal geht es um mehr, mehr auch als den etwas apologetisch beschriebenen „Weg der Mitte". Es geht um die Weggabelung schlechthin: Voraus ins einundzwanzigste Jahrhundert oder zurück ins neunzehnte.

Pawelczyk stellt sich bloß

Von Uwe Bahnsen

In Hamburg werden vier Wochen vor der Bürgerschaftswahl des 9. November die Erfordernisse der inneren Sicherheit den Wahltaktik der regierenden SPD untergeordnet. Und der für die Sicherheit zuständige Innensenator Alfons Pawelczyk läßt sich deswegen von den Grün/Alternativen vorführen.

Das ist das politische Fazit der schweren Ausschreitungen im Hamburger Statteil Altona, die am Dienstagabend im Verlauf einer von der GAL initiierten Demonstration gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Brokdorf zu Verwüstungen und Plünderungen unter den Augen der am Eingreifen gehinderten Polizei führten. Nachzuvollziehen ist das alles nur, wenn man sich vor Augen hält, wie gefährlich das politische Terrain für die SPD vor der Wahl geworden ist. Es droht nicht nur der Verlust der absoluten Mehrheit, sondern darüber hinaus eine handfeste Wahlniederlage durch Negativfaktoren wie etwa den Neue-Heimat-Skandal.

In dieser Situation setzt die Führungsmannschaft darauf, die von der Kieler Landesregierung erteilte endgültige Betriebsgenehmigung für Brokdorf werde es erlauben, das Wahlkampfthema Kernenergie hochzuziehen und am 9. November vom Wählerpotential der Kernkraftgegner zu profitieren.

Da paßt natürlich ein entschlossenes Einschreiten der Polizei gegen Chaoten und andere militante Demonstranten, die friedlichen Protest gegen die Kernenergie unverzüglich für ihre Zwecke zu instrumentalisieren verstehen, schlecht ins Bild. In Altona führte das dazu, daß Polizeibeamte sich unter dem Steinhagel und Gebrüll von Gewalttätern zurückziehen mußten, weil die Einsatzplanung offenbar völlig verfehlt war.

Innensenator Alfons Pawelczyk wußte vorher, daß Gewalt drohte. Er duldete im Interesse der Wahlchancen seiner Partei (so wie die Spitzengenossen sie einschätzen), daß die Steine flogen. Pawelczyk selbst war es, der am 10. September in der Bürgerschaft feststellte: „Wo die GAL in der Stadt auftritt, ist auch schnell Gewalt, und wo Gewalt ist, ist auch schnell die GAL". Als Garant der inneren Sicherheit kann dieser Innensenator nach den Vorfällen vom Dienstagabend nicht mehr mit derselben Überzeugungskraft auftreten wie vorher.

Aufregung im Kreml

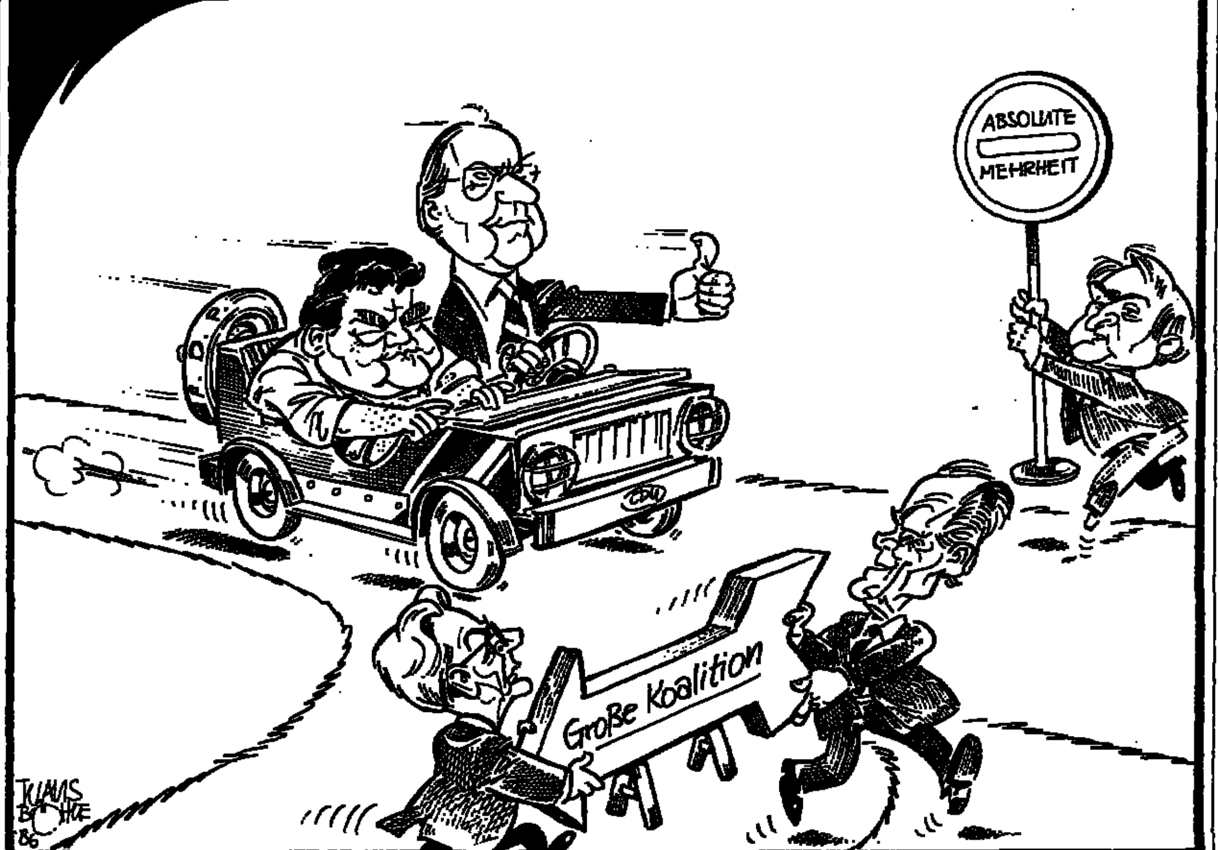
Von Carl Gustaf Ströhm

Mit einer für sowjetische Verhältnisse ungewöhnlichen Eile hat das offizielle Moskau auf Berichte der WELT reagiert, wonach es zwischen Gorbatschow und den sowjetischen Militärs einen schweren Konflikt in der Frage des einseitigen Atomtest-Moratoriums gebe. Die „Deutsche Welle" hatte in ihrem russischen Programm diese Berichte zitiert. Der sowjetische Sender „Radio Frieden und Fortschritt" sprach von „Erdichtungen" über eine Generalsopposition in der sowjetischen Armee. Der Sekretär des sowjetischen Schriftstellerverbandes, Borowik, verkündete im sowjetischen Fernsehen, entgegen westlichen Behauptungen seien sich in der UdSSR die Partei, die Armee und das KGB immer einig.

Der in Bonn aus seiner Zeit als Sowjetbotschafter noch gut bekannte Valentin Falin, zur Zeit Chefredakteur jener Nachrichtenagentur „Nowosti", welche die Kritik des sowjetischen Generalstabschefs Achromejew an Gorbatschow unter die Leute gebracht hat, sprach von „Gemeinheiten" der westlichen Medien. Falin stellte die Frage, ob etwa die Tätigkeit der „Deutschen Welle", welche die Nachricht über politisch-militärische Machtkämpfe im Kreml nach Rußland transportiert hatte, überhaupt mit der Helsinki-Schlußakte vereinbar sei. Er äußerte sogar die Vermutung, die westlichen Sender und Medien handelten in einem geheimnisvollen „militärischen Auftrag", wenn sie solche Nachrichten ausstreuten.

Die Reaktion Falins ist nicht nur deshalb interessant, weil sie zeigt, wie weit die Sowjetunion von der durch Gorbatschow proklamierten „Glasnost" – also Öffentlichkeit – noch entfernt ist. Man fragt sich auch, ob seine zornige Reaktion nicht einer Bestätigung dessen gleichkommt, was er scheinbar dementieren will. Indem die Sowjets so wütend auf westliche Meldungen über Machtkämpfe und militärische Opposition reagieren, bringen sie auch die naiven Gemüter zu der Überzeugung, es müsse doch etwas an diesen Meldungen dran sein.

Valentin Falin ist ein Breschnew-Mann. Seine Karriere erlitt nach dessen Tod einen Knick. Vielleicht hat er Gründe, durch laute Dementis für leise Verbreitung einer Geschichte zu sorgen, die für den heutigen Machthaber peinlich ist.



KLAUS BÖHLE

Kultur des Appeasement

Von Herbert Kremp

Der amerikanische Präsident wird es in Reykjavik nicht schwer haben, neben der Rüstungsbegrenzung auch das Thema der Regional-Konflikte zur Sprache zu bringen. Sie sind gefährlicher als die Drohpotentiale der Atomwaffen, denn sie bedeuten Krieg, der geführt werden kann und geführt wird. Mit Aufwand und Geste wird Gorbatschow seinen Willen bekunden, sich in Afghanistan zu erleichtern und an einer internationalen Konferenz zur Beilegung der arabisch-israelischen Differenzen im Nahen Osten teilzunehmen. Den Krieg zwischen Iran und Irak werden beide Herren, die dort ihre Waffen erproben lassen, bedauern. Aus Indochina wird sich Gorbatschow nicht zurückziehen, obwohl ihm der chinesische Führer Deng Xiaoping für diesen Fall das reizvolle Angebot unterbreitet hat (in einem auch in China verbreiteten Interview mit der amerikanischen Fernsehgesellschaft CBS vom 2. September), in ein russisch-chinesisches Gipfeltreffen einzuwilligen.

Diese wenigen Fakten zeigen uns, daß es in Reykjavik nicht ums „Erbsenzählen" geht. Mit Gorbatschow ist Bewegung in die gesamte Weltpolitik gekommen, wobei niemand weiß, wie weit der Herr im Kreml gehen kann, denn er herrscht dort nicht allein. Nach Tschernobyl und der Explosion des sowjetischen U-Boots im Atlantik sind Zweifel aufgetaucht, ob die Sowjetunion mit den modernen prometheischen Materien sachgerecht umzugehen weiß. Die Explosion der Challenger-Raumfähre, die von neutralistischen Zivilisationspessimisten gern als Beweis angeführt wird, daß alles Menschenwerk fehlerhaft und zum Scheitern verurteilt sei, beruhte auf einem Fehler aus Nachlässigkeit, nicht auf fehlender Kompetenz.

Genau diese Frage taucht aber bei der militärischen und zivilen Technologie der Russen auf. Sie beruht hauptsächlich auf Nachahmungen, die, nach Art des Systems, infolge harscher Parteibefehle in kürzester Zeit zum technischen Resultat führen müssen. Die sowjetische Flotte wie die sowjetischen Kernkraftwerke sind Schnellprodukte der Breschnew-Zeit, der weltpolitischen Phase Sowjetrußlands. Auf den zeitraubenden Faktor der Qualität konnte man keine Rücksicht nehmen.

Leute, die von Technologie und vom östlichen Herrschaftssystem etwas verstehen, bezweifeln aus diesem Grunde auch die Qualität der sowjetischen Waffenproduktion. Sie ist wahrscheinlich das Beste, was das sonst zurückgebliebene Land hervorbringt, hat aber gleichzeitig eine gewisse Attrappen-Funktion. Den Wettlauf in der Hochtechnologie, den Ronald Reagan mit seinem SDI-Projekt begonnen hat, kann Moskau nicht gewinnen. Dies erklärt Gorbatschows Verhandlungsbereitschaft – was auch immer sie inhaltlich bedeuten mag – besser als alle kreml-astrologischen Deutungen.

Der Mann will von den Kosten runter, er will nach Breschnews Investitionsboom in tote Waffen endlich den „Sozialismus im eigenen Lande" produzieren, er ist mithin für Rüstungsbegrenzungen, soweit diese seine militärische Überlegenheit nicht tangieren. Diese Überlegenheit ist womöglich keine Realität, sondern westlicher Bewußtseinsinhalt, aber das genügt ja. Wenn es zum Beispiel zur Begrenzung der Mittelstrecken-Potentiale auf je einhundert Sprengköpfe kommt, verfügen die Sowjets fürs Weitere immer noch über 700 gegen Europa, speziell gegen die Bundesrepublik gerichtete Kurzstrecken-Systeme. Die auschlaggebende Drohkulisse bleibt Gorbatschow damit erhalten.

Das sagt nichts gegen den Gipfel (höchstens gegen die Verhandlungsstrategie des Westens), wohl aber etwas gegen die mancherorts schon wieder sehr hochgespannten



Aggressiver, bündnisfeindlicher Pazifismus: Kinnock (Mitte) FOTO: DPA

Erwartungen. Sie konzentrieren sich auf die rein technische Abrüstung und lassen die Ursachen der Rüstungen überhaupt, den politischen Grund-Konflikt, außer acht. Es ist ein tief im westlichen Denken verwurzelter Irrtum, daß Abrüstung etwas mit Frieden zu tun haben könnte. Der Friede ist eine Frage des Systems. In der sowjetischen Ideologie (Gorbatschow wurde in ihr erzogen und hält sich als anständiger Mensch an sie) hat Friede eine Funktion, gewinnt aber erst im Ziel der Weltherrschaft, als pax sovietica, die alte und gute Bedeutung des Begriffs zurück.

Auch wer die Logik nicht so weit treibt, muß die Maxime der politischen Philosophien von SPD und Labour, die *einseitige* westliche Abrüstung befördere den Frieden, weil die strategische Situation ja ohnehin „insgesamt stabil" sei, als groben Unfug betrachten. Hier wird eine Rechnung ohne den sowjetischen Wirt aufgemacht. Die Sowjets ahmen, wie gesagt, vieles nach, aber bestimmt nicht das hehre Beispiel der Selbstentwaffnung.

Die Amerikaner haben auf die sicherheitspolitischen Beschlüsse der SPD, die das pazifistische Grundmuster ausmalen (Rau nimmt einiges zurück) nicht reagiert, wohl aber auf den aggressiven, bündnisfeindlichen Pazifismus des britischen Labour-Führers Kinnock. Die Abrüstung, zur politischen Ideologie erhoben, ist ein gefährlicher Sonderweg. Den gegenwärtigen amerikanischen Präsidenten beeindruckt er nicht, könnte aber seinen vielleicht weniger sattelfesten Nachfolger veranlassen, die europäische Option zu überdenken.

Man sollte nicht vergessen, daß die regierenden Republikaner bis 1947 Isolationisten waren und die Demokraten heute vom Bazillus der „culture of appeasement" befallen sind, wie der Herausgeber der konservativen Zeitschrift „National Interest", Norman Podhoretz, sagte. In einer Zeit, in der man überall hinschießen und hintelephonieren kann, ohne sich vom Sessel zu erheben, ist die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Europa vielleicht politisch wichtig, strategisch jedoch nicht. Wenn die Amerikaner hier nicht mehr durch den Frieden gleichgewichtiger Rüstung geschützt sind, entfällt der Grund zum Aufenthalt. Johannes Rau persönlich scheint zu wissen, was das bedeutet.

IM GESPRÄCH Saul Ubaldini

Alfonsins Gegenspieler

Von Werner Thomas

Er kommt grundsätzlich zu spät. Manchmal läßt er seine Gesprächspartner stundenlang warten. Aber als er Ende September zur Eröffnung der Tagung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) im San-Martin-Theater von Buenos Aires eine halbe Stunde nach dem Präsidenten erschien, wurde von einer „politischen Verspätung" gesprochen. Saul Ubaldini wollte Raul Alfonsin brüskieren.

Die beiden Männer sind Rivalen. Ubaldini will verhindern, daß der charismatische und clevere Staatschef die Gewerkschaften an die Wand drückt. Am heutigen Donnerstag veranstaltet Lateinamerikas mächtigster Arbeitnehmerführer einen weiteren Generalstreik, den siebten in der neuen demokratischen Ära.

Saul Ubaldini (49) entstammt, anders als der Anwalt Alfonsin, der in gutbürgerlichen Verhältnissen aufwuchs, einer Familie der unteren Schicht. Die Mutter war Schneiderin, der Vater Kellner. Ubaldini lernte den Bierbrauerberuf und interessierte sich lange nicht für die Politik. Am liebsten trägt er offene Hemden oder – in kälteren Jahreszeiten – Pullover und Lederjacken.

Eine kumpelhafte Art, Rednertalent, geschicktes Taktieren und Glück führten ihn an die Spitze der peronistischen Gewerkschafts-Dachorganisation „Allgemeiner Arbeiterverband" (CGT). Er besaß keine einflußreiche Hausmacht, die Bierbrauer-Gewerkschaft zählt nur 1500 Mitglieder. Anfangs schien es, als diene Ubaldini lediglich als Marionette des Metallarbeiterbosses Lorenzo Miguel. Inzwischen gilt der CGT-Generalsekretär als sein eigener Herr.

Ubaldinis Entscheidung, den größten Gewerkschaftsbund Lateinamerikas (dreieinhalb Millionen Mitglieder) auf Konfrontation zur Regierung zu steuern, geht auf Druck aus den eigenen Reihen zurück. Hier herrscht die Ansicht, Alfonsins Stabilisierungsprogramm, der „Plan Austral",



Bewundert Evita, haßt die Marktwirtschaft: Ubaldini FOTO: AP

werde auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen. Ubaldini klagt besonders den Wirtschaftsminister Jean Sourrouille an, den Vater des Austral-Plans. Er ist fest entschlossen, die marktwirtschaftliche Politik zu torpedieren. Alfonsin will ebenso fest entschlossen daran festhalten.

Niemand weiß, wohin der Machtkampf führt. Ubaldini legte sich mit einem der populärsten Präsidenten der jüngeren Geschichte Argentiniens an. Er riskiert viel. Dennoch denkt er nicht daran, in absehbarer Zukunft sein Büro im vierten Stock der CGT-Zentrale zu räumen (wo Bilder an die legendäre Evita Perón erinnern), um eine ruhigere politische Karriere zu beginnen. Er könnte Senator werden, wenn er wollte.

Der zweimal verheiratete dreifache Familienvater trotzt den Herausforderungen – und den Gefahren. Die argentinische Gewerkschaftswelt blieb bis heute ein Terrain, wo Handfeuerwaffen eine Rolle spielen. Ein ehemaliger CGT-Generalsekretär, José Rucci, starb unter den Kugeln eines Attentäters. Saul Ubaldini schläft fast jede Nacht in einem anderen Bett. Aus Sicherheitsgründen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

DONAU KURIER

Die Ingolstädter Zeitung bemerkt zu Roths WAA-Vorwürfen:

Wer soll es dem SPD-Wirtschaftsexperten Wolfgang Roth eigentlich ernsthaft abnehmen, daß die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf und der Schnelle Brutreaktor in Kalkar nur gebaut werden, um der Bundesrepublik das Plutonium für den Bau eigener Atombomben zu verschaffen? Was sich der SPD-Politiker da zusammenkombiniert und -konstruiert und als „Dokumentation" aufgemacht auf den Markt wirft, ist selbst für den Wahlkämpfer unter Niveau.

Aachener Volkszeitung

Sie schreibt zum Wechsel in Israel:

Peres regierte erfolgreich. Er schaffte zunächst einmal die wunderähnliche Sanierung der total zerrütteten israelischen Staatsfinanzen, die sich bei seinem Regierungsantritt in einer galoppierenden Inflation von 450 Prozent ausdrückten. Jetzt liegt diese bei 19 Prozent ... Verbessert wurden auch die Kontakte mit Ägypten, das Verhältnis zu den Palästinensern auf der Westbank und zu Jordanien, nicht zuletzt auch zu Polen und der UdSSR.

die tageszeitung

Zur Nominierung der Bundestagsabgeordneten der Berliner Alternativen Liste schreibt die ebenfalls alternative Zeitung:

Diese Metropolen-Partei verkriecht sich immer mehr in ihrem eigenen Milieu. Sie ist ausgerechnet die provinziellste Partei in der grünen Szenerie, ein Fall für Szene-Ethnologen ... Diese Wahl aber ist ein Signal für Sklerose und Basiskarrierismus. Die AL mag glauben, korrekt links gewählt zu haben, faktisch hat sie Parasiten der öffentlichen Hand gewählt. Bestenfalls wird man von diesen Abgeordneten nichts hören.

Le Monde

Sie geht auf den Rücktritt M'Bows ein:

Sogar die Sowjetunion hat sich nach und nach distanziert; sie tat dies diskret, aus Rücksicht auf den internationalen Würdenträger, der am Ende Gefallen an der Rolle eines Kapitäns fand, der um jeden Preis mit seinem Schiff untergehen will ... Die Unterstützung, die M'Bow noch kürzlich von zahlreichen Hauptstädten der Dritten Welt, vor allem afrikanischen und arabischen, bekam, konnte das langsame, häufig betrübliche Desinteresse so vieler anderer Staaten nicht ausgleichen.

LE FIGARO

Die Pariser Zeitung wägt die Rolle der D-Mark:

Es reicht heute nicht mehr aus, festzustellen, daß die Wirtschaft der Bundesrepublik die der anderen Länder des Gemeinsamen Marktes überragt und ein durch das fünf Jahre lange sozialistische Experiment geschwächtes Frankreich weit hinter sich läßt. Außerhalb der Grenzen der EG muß man hinzufügen, daß die Mark, die sich in kurzer Zeit zur „Supermark" entwickelte, von nun an eine Rolle in der Welt spielt. Zu ihr fließt das freie Kapital auf der Erde, und viele verlassen die Dollar-Zone.

Bekehrt – heilt – rettet: Eine unbequeme Botschaft

Der Papst redet der erstgeborenen Tochter der Kirche ins Gewissen / Von Peter Ruge

„Vier Tage Papst haben uns zehn Millionen Franc gekostet", sagte der Erzbischof von Lyon, Kardinal Decourtray. „Das Geld wurde durch Spenden aus den Diözesen aufgebracht. Aber eine solche Reise ist doch gar nicht mit Geld zu bezahlen: Der Papst kam, um uns im Glauben zu stärken."

Welchen Glauben des französischen Klerus? Den der Oppositionellen, den der Schweigenden, oder den der Separatisten von Schlage des Monsignore Lefèbvre? Johannes Paul II. hinterläßt mehr Fragen als Gewißheit. Die Seligsprechung des Arbeiterpriesters Antoine Chevrier könnte von den „Fortschrittlichen" als Bestätigung ihres Weges ausgelegt werden. Die Pilgerzug zum Curé von Ars, zum Heiligen Jean-Marie Vianney, diesem einfachen Landpfarrer und Seelenheiler, zeigt ein ursprüngliches Verständnis des Priesteramtes. Die Mahnung des Oberhirten, Pfarrer seien „keine Funktionäre", dürften Lefèbvres „Bruderschaft der Pius X.-Jünger" mit ihrer Los-von-Rom-Bewegung wie eine Verheißung erscheinen. Ein Allerweltspapst also?

Zur Diagnose des Situation innerhalb der französischen Kirche verhelfen zwei Papstworte. 1980, bei seinem ersten Besuch in Paris, fragte er: „Frankreich, älteste Tochter der Kirche, bist du heute noch deinem Taufgelübde treu?" Jetzt, sechs Jahre später bei seinem dritten Besuch, sagt der Papst: „Die allgemeinen Ansichten, der Lebensstil und manchmal sogar einige Gesetze, die sich gegen Menschenrechte und Gott richten, verneinen den christlichen Glauben im Leben des einzelnen, der Familie, der Gesellschaft". Und dann setzt Johannes Paul II. hinzu: „Christen von Lyon und Frankreich, was habt Ihr mit dem Erbe Eurer Märtyrer gemacht?"

Gott geriet in Frankreich schon einmal in Vergessenheit. Das war bei der Revolution 1789, als die „Vernunft" zur Quasi-Gottheit erhoben wurde. Manche Priester beteiligten sich an der Verkündung des neuen Lebensgefühls. Der Sturz des Priestertums ging also einher mit der Anpassung an die sogenannten Realitäten. Auch nachdem von 1815 an der Curé von Ars Tausende von Gläubigen wieder um sich sammelte, blieb der Katholizismus in Frankreich im Spannungsfeld von Ideologien und Ich-Bezogenheit.

Wie wäre sonst die Idee zu erklären, nach dem Kriege Arbeiterpriester in die Fabriken zu schicken? Das war doch die Kampfansage der Kirche an den Marxismus. Man wollte soziales Engagement beweisen, doch das Experiment scheiterte: Die Arbeiter lehnten die „Gewerkschaft der Soutanen" ab.

Was war 1980, als diese Kirche den Sozialismus offen predigte, aus der Erkenntnis heraus, daß ihr jahrhundertealtes Weltbild von arm und reich Risse bekam, revisionsbedürftig erschien? Die kirchliche Almosenbitte, ihr Reichen gebt den Armen um Gottes Lohn, schien keinen Sinn mehr zu machen in einer Welt, die andere Umverteilungstheorien betrieb.

Der Einschnitt für diesen französischen Klerus liegt allerdings schon früher, er kam bereits 1962 zum 2. Vatikanischen Konzil. Die Öffnung wurde von den „Fortschrittlichen" als Freibrief verstanden: Jetzt galt „jedermanns Recht auf seine eigene Theologie". Die Lockerung der Liturgiebestimmungen wurde als Aufbruch in eine neue Ära gewertet.

Die Abschaffung der lateinischen Messe führte zur Gegenbewegung durch den Bischof von Tulle, François Lefèbvre. Sie bekam noch mehr Zulauf, als über sie 1976 die Suspension ausgesprochen wurde.

Daß der Krakauer Karol Wojtyla, damals zu den Erneuerern gerechnet, heute als Papst dieses Konzil angeblich kassieren will, wird ihm nun von den „Fortschrittlichen" als Verrat ausgelegt. Seine Aussagen zu Sex, Ehe und Glauben stehen für diesen Teil des Klerus im Gegensatz zu der Formel des individualrechtlichen Neuzeit-Menschen, „daß es in seiner Würde liege, sich selbst zu helfen".

Die Verunsicherung unter den Priestern hat hier eine Ursache. Sie erklärt die Austritte, die in Frankreich in den letzten Jahren ein beängstigendes Maß angenommen haben: Der Lyoner Kardinal Decourtray sagt: „Jedes zweite Pfarrhaus steht leer". Laien nehmen immer mehr den Gottesdienst in ihre Hand, auch den Religionsunterricht. Doch worauf sollen sie sich stützen? In der V. Republik fehlt seit zwanzig Jahren ein gültiger Katechismus.

Und die soziale Zukunft des Priester-Berufes ist nicht gesichert. Die Kirche bekommt in Frankreich keine Kirchensteuer, sie lebt nur von der Kollekte. Muß sie sich darum der Tagesmode anbiedern? Oder darf sie sich dennoch oder deshalb auf den Ewigen und seine Botschaft verlassen?

Der Papst hat beim Abschied in Lyon drei Worte an seine Priester hinterlassen: Bekehrt – heilt – rettet. Das ist ein einfaches Hirtenwort, aber es könnte, wenn es denn den Glauben wiedererwecken hülfe, Berge versetzen in der katholischen Kirche Frankreichs, der geliebten, erstgeborenen Tochter.

Für die Union kommt es wieder auf den Kanzler an

Der Mainzer CDU-Parteitag zum Auftakt des Bundestags-Wahlkampfs war ganz auf Helmut Kohl zugeschnitten. Es kommt wieder auf den Kanzler an. Helmut Kohl, das ist für die Partei der Mann mit den politischen Visionen. Heiner Geißler, das ist der Mann für den tagespolitischen Kampf. Er hatte gestern seinen großen Tag.

Von GÜNTHER BADING und DIETHART GOOS

„Helmut, das ist dein Beifall." CDU-Generalsekretär Heiner Geißler lenkte den Applaus der knapp 800 Delegierten des Bundesparteitags in der Mainzer Rheingoldhalle auf den Parteivorsitzenden. „Die Deutschen sind ein großartiges Volk, wenn sie die richtige Führung haben", hatte Geißler zuvor in den Saal gerufen. Die Szene während der Grundsatzrede des Generalsekretärs hatte Symbolcharakter. Der Parteikongreß zum Auftakt des Wahlkampfes der CDU war ganz auf einen Mann zugeschnitten: Helmut Kohl.

Diese Regie machte sich auch der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß zu eigen. Ohne Wenn und Aber hatte er dem CDU-Parteitag am Mittwoch klargemacht, daß beide Unionsparteien das gleiche Ziel verfolgen: mit Helmut Kohl die Bundestagswahl am 25. Januar 1987 zu gewinnen und dann die bewährte Koalition mit den Freien Demokraten fortzusetzen. „In Bayern wählt mancher die CSU, weil es die CDU gibt. Und in Restdeutschland wählt mancher die CDU, weil es in Bayern die CSU gibt", sagte Strauß vor begeisterten Zuhörern.

Der Parteitag machte eine Arbeitsteilung deutlich, die sich auch im Bundestagswahlkampf fortsetzen soll. Da ist der Kanzler in seiner Rolle als Staatslenker, der die Visionen seiner Partei bis weit über die nächste Legislaturperiode hinaus formuliert. Und da ist auf der anderen Seite die allzeit zu einer Attacke aus aktuellem Anlaß bereite Truppe von Generalsekretär Geißler. In seiner Grundsatzrede gab Kohl seinen Parteifreunden diesen visionären Ausblick. Als einer der wenigen Spitzenpolitiker, die nie vergessen, daß die Masse der Bürger verständliche Bilder braucht, nannte Kohl als Beispiel für sein Vorhaben den Ausbau des „Hauses Bundesrepublik Deutschland":

„Als Konrad Adenauer den Wahlkampf 1953 eröffnete – auch damals ging es um die Durchsetzung einer wegweisenden Politik –, beschrieb er den Rohbau, den wir ausgeführt haben, die Pfosten, die wir gesetzt haben, die Außenmauern, die wir gebaut haben, das Dach, das wir darübergesetzt haben, damit das deutsche Volk wieder eine Behausung hatte. Auf dieser Grundlage konnte er damals den inneren Ausbau in Aussicht stellen. Wer denkt bei diesen Worten nicht an die Lage, in der wir uns heute befinden? Wieder ist es die Union, die ein Werk des Aufbaus und der Gestaltung zu leisten hat."

Mit seinem Acht-Punkte-Programm konkreter Vorhaben, die schon in der nächsten Legislaturperiode angepackt werden sollen, machte Helmut Kohl allerdings bei allem Ausblick auf die „gute Zukunft", die er den Deutschen verspricht, deutlich, daß er sich von seiner Richtlinienkompetenz nichts wegnehmen lassen will. Zur Überraschung mancher gilt das auch für die Außenpolitik, der er in seiner Rede einen breiten Raum einräumte.

Vergessen ist die Zeit nach dem Machtwechsel in Bonn, als selbst Parteifreunde Führungsschwäche beim neuen Kanzler auszumachen glaubten, als das schlimme Wort vom „Kanzler-Malus" zu kursieren begann. Vergessen sind auch die Wahlschlappen bei den Landtagswahlen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen, als die CDU bittere Niederlagen einstecken mußte. Die Stimmung auf dem Mainzer Parteitag erinnerte sogar ein wenig an sozialdemokratische Kongresse, als es noch ein hochgestimmtes „Wir-Gefühl" zwischen den Genossen und ihrem Bundeskanzler Helmut Schmidt gab. Die CDU identifiziert sich heute gern mit ihrem ersten Mann. Helmut Kohl wiederum gibt dies eine Sicherheit, die sich 110 Tage vor der Bundestagswahl in Siegeszuversicht umsetzt.



Der Kanzler und sein „General": Heiner Geißler, Helmut Kohl FOTO: DPA

Von Kohl Nichtachtung, von Geißler Angriffe

Während der CDU-Vorsitzende und Bundeskanzler seinen Herausforderer mit Nichtachtung strafte, schoß sich Generalsekretär Heiner Geißler um so heftiger auf Johannes Rau ein. Er sprach ihm jegliche Fähigkeit ab, das höchste politische Amt in der Bundesrepublik ausfüllen zu können. Als er gar süffisant Rau mit der Neuen Heimat in Verbindung brachte und ihm empfahl, sollte er Bundeskanzler werden, könne er ja DGB-Chef Ernst Breit gleich zum Wohnungsbauminister machen, jubelten die Delegierten minutenlang.

Einmal in Fahrt, war Geißler nicht mehr zu bremsen. Der SPD attestierte er eine „erotische Lust am Untergang". Da war vom Salto mortale der SPD und ihres Kanzlerkandidaten in Sachen Kernenergie die Rede. Da sprach Geißler, adressiert an führende Sozialdemokraten, von Untergangsstrategen, Stimmungsfanatikern und öko-romantischen Bilderstürmern. Der „General" präsentierte den Delegierten auch seine, auf die SPD gemünzte, Version des Loreley-Liedes: „Ich weiß nicht, was soll es bedeuten ... Ich glaube, die Wellen verschlingen am Ende Schiffer und Kahn, und das hat mit seinem Singen der Erhard Eppler getan."

Auch Johannes Raus Harmoniebedürfnis beflügelte Heiner Geißler zu rhetorischen Kabinettstückchen: „Ich habe nichts gegen Harmonie. Doch wer Kanzler werden will, muß dem Volk sagen, was er will und was er nicht will, und er muß auch in der Lage sein, sich mit dem politischen Gegner auseinanderzusetzen, zu sagen, was ihn unterscheidet, was er für falsch und für richtig hält. Was ist Rau nun: Herausforderer oder Schmusedecke, Kanzlerkandidat oder Knuffeltier der Nation?" Geißler ersparte sich die Antwort, orkanartiger Beifall bewies, daß die Delegierten die Botschaft verstanden hatten.

Neben Kohl und Geißler setzten andere Spitzenpolitiker die Akzente in der Diskussion. Das wurde vor allem in den Aussprachen am Mittwoch deutlich, als sich der Parteitag aufgliederte in drei Arbeitsforen zu den Themen „Durch Wissenschaft und Technik an der Spitze des Fortschritts", „Neue Chancen in der Arbeit" und „Soziale Sicherheit in Freiheit und Geborgenheit". Alles, was in der CDU einen werbewirksamen Namen hat, kam hier als Moderator, Berichterstatter oder Diskussionsredner zu Wort. Die erste Garnitur der Mannschaft um Helmut Kohl trat nach den Forumsdiskussionen als Berichterstatter vor das Parteitagsplenum. Finanzminister Stoltenberg, Arbeitsminister Blüm und Frauenministerin Rita Süssmuth. Gerhard Stoltenberg beschränkte sich nicht auf die Funktion eines Referenten. Als Garant für die erfolgreiche Stabilitätspolitik der letzten vier Jahre mit weltweiter Anerkennung setzte er durchaus eigene Akzente. Steht Gerhard Stoltenberg für das Wohlbefinden des Parteivolkes mit Blick auf die wirtschaftspolitische Bilanz der Regierung Helmut Kohl, so steht Norbert Blüm für die kämpferische Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften. Auch für ihn galt der Satz des rheinland-pfälzischen CDU-Vorsitzenden Bernhard Vogel, den dieser eigentlich an die Adresse Heiner Geißlers gerichtet hatte: „Weiter so, Deutschland, weiter so, Heiner Geißler. Unser Dank gilt deiner Arbeit in den letzten Jahren, für deinen unermüdlichen Einsatz und auch dafür, daß du oft den Kopf hingehalten hast, wenn die Partei stand und kämpfte."

Auch Walter Wallmann gehört im Grunde in die erste Reihe der Mannschaft Helmut Kohls. Auf dem Parteitag allerdings übte er, wohl mit Einverständnis der Regisseure des Kongresses, auffallende Zurückhaltung. Zwei Gründe mag es dafür geben – Helmut Kohl erwartet sicher noch viel von Walter Wallmann; da wäre es unklug, ihn, kaum im Ministeramt, zu früh zu verschleißen. Vielleicht aber will man auch vermeiden, die „politische Allzweckwaffe" Wallmann schon jetzt einzig und allein mit dem Arbeitsbereich Umweltschutz zu identifizieren. Bei der Regierungsbildung 1982 war er auch für andere, „klassische" Ressorts im Kabinett Kohl im Gespräch. Allerdings ist diese Taktik sicherlich kein Zurückweichen gewesen vor den plötzlichen Gebietsansprüchen der Freidemokraten im ökologischen Terrain. Auf dem Parteitag wurde über den von FDP-Generalsekretär Haussmann geäußerten Anspruch auf das Umweltministerium nur gewitzelt: „Tausche Außen- gegen Umweltminister."

Ein Frauen-Parteitag wurde Mainz nicht

Den Delegierten wurde zwar eine Broschüre über die Verwirklichung der Essener Parteitagsbeschlüsse zur Gleichstellung von Mann und Frau vorgelegt. Ein Frauenparteitag wurde der Mainzer Kongreß allerdings nicht. Daran änderte auch der Auftritt von Rita Süssmuth nichts, die über das Forum „Soziale Sicherheit" berichtete. Der Unmut der Parteifrauen hatte sich schon vor Beginn der Mainzer Konferenz in der Bundesvorstandssitzung niedergeschlagen. Die CDU-Frauenvereinigung hatte ursprünglich eine Quotenregelung gewollt: 50 Prozent aller Mandatsträger der CDU sollten Frauen sein. Der Kompromiß, dem die Vorsitzende der Frauenvereinigung, Ministerin Süssmuth, nach ärgerlicher Intervention des Parteivorsitzenden zustimmte, gibt den CDU-Frauen eine für alle Aktiven erträgliche Perspektive: In den neunziger Jahren soll der Anteil der weiblichen Mandatsträger dem Prozentsatz der weiblichen CDU-Mitglieder entsprechen.

Als Brokdorf „kritisch" wurde, brodelte es in Hamburg

Brokdorf, das ist seit über zehn Jahren ein Reizwort für Kernkraftgegner und ein Schauplatz gewalttätiger Demonstrationen. Auch in der Nacht, als der Reaktor zum ersten Mal „kritisch" wurde, schlugen die Chaoten zu: diesmal in Hamburg.

Von UWE BAHNSEN und DIETER SALZMANN

„Wir müssen also noch deutlicher als bisher machen", so verkündeten die sozialdemokratischen Rathausregenten in Hamburg im Brustton der Überzeugung, „daß der Dialog – und nicht die Konfrontation – das Merkmal Hamburger Politik ist. Und zwar gerade gegenüber unseren härtesten Kritikern." Auch befanden die Genossen um Bürgermeister Klaus von Dohnanyi: „Die Organisation einer angemeldeten Demonstration ist rechtzeitig mit den Organisatoren abzusprechen. Mögliche Störfaktoren sind offen anzusprechen ..." Das war am 30. Juni dieses Jahres – nachzulesen in einem Senatsbeschluß, in dem es um den „Hamburger Kessel" vom 8. Juni auf dem Heiligengeistfeld ging.

Ein gutes Vierteljahr danach, am vorgestrigen Dienstag, hatte die Landesregierung und insbesondere der Innensenator, Bürgermeister Alfons Pawelczyk, die Gelegenheit zur Betätigung dieser Grundsätze. Es ging um eine Demonstration anläßlich des „Tages X", an dem im Kernkraftwerk Brokdorf zum ersten Mal eine gesteuerte Kernreaktion in Gang gesetzt wurde, d. h. der Reaktor „kritisch" wurde. Angemeldet hatte diesen Aufzug für den Dienstag abend der Fraktionsgeschäftsführer der GAL in der Hamburger Bürgerschaft, Herbert Schalthoff. Als Veranstalter war der Innenbehörde der Hansestadt ein „Anti-AKW-Plenum Hamburg" genannt worden, und als Demonstrationsleiter war wiederum der besagte GAL- Fraktionsgeschäftsführer aufgetreten.

Um nun den „Dialog und nicht die Konfrontation" zu suchen, hatte der Staatsrat der Innenbehörde, Werner Hartmann, am Dienstag nachmittag den GAL-Anmelder Schalthoff zu sich gebeten und bei diesem Gespräch die Zusicherung erhalten, alles werde ohne Krawalle abgehen. Angesagt war eine friedliche Demonstration von Kernkraftgegnern, die um 19 Uhr mit einer Kundgebung auf dem Heiligengeistfeld beginnen und zum Spritzenplatz in Ottensen führen sollte. Dort war für 21.30 Uhr eine Abschlußkundgebung vorgesehen. Die Innenbehörde hatte diesen Verlauf „bestätigt", und zwar mit den üblichen Auflagen wie zum Beispiel dem Einsatz von Ordnern.

Geworden ist daraus ein mehrstündiger Vandalismus, in dessen Verlauf vermummte Chaoten die Geschäftsräume von Geldinstituten und eines Warenhauses verwüsteten, sich daraus nach Herzenslust bedienten und dann marodierend durch die Straßen zogen. Die Polizei, die am 8. Juni durch die Einkesselung von Demonstranten auf dem Heiligengeistfeld eine Senatskrise ausgelöst hatte, hielt sich diesmal an die entgegengesetzte – und offenkundig politisch erwünschte – Taktik. Im Ergebnis hatte die Gewalt freie Bahn.

„Dohnanyi, Kohl und Stoltenberg – sperrt sie ins Atomkraftwerk", skandierten die Demonstranten, während sie durch die Straßen Altonas, einer Hochburg der militanten Kernkraftgegner in der Hansestadt, zum Spritzenplatz zogen. Etwa eine halbe Stunde waren die etwa 10 000 Teilnehmer unterwegs, als vermummte Chaoten, von den Sicherheitsexperten als sogenannte „Autonome" eingeordnet, reihenweise Steine in die Schaufenster der Banken entlang der Wegstrecke warfen und eine Verkehrsüberwachungskamera demolierten.

Anders als bei früheren Demonstrationen, deren Teilnehmer Ausschreitungen immer wieder lautstark mißbilligt hatten, wurden die Attakken auf die Geldinstitute diesmal von der Menge mit Beifall bedacht – ein Indiz für jene gesteigerte Aggressivität, die den Sicherheitsexperten seit einigen Monaten zunehmend Sorge bereitet.

Mehr als 1800 Beamte hatte Innensenator Pawelczyk aufgeboten, um den Zug nicht außer Kontrolle geraten zu lassen. Das Ergebnis freilich war, daß die mit Helm und Schutzschild angerückten Ordnungshüter sich darauf beschränkten, den Demonstranten den Weg freizuhalten und den Verkehr zu regeln. Im übrigen aber hielten sich die Beamten in den Seitenstraßen auf. Abwesend war die Polizei auch, als eine Gruppe von etwa 100 Chaoten am Ort der Schlußkundgebung Hand an die Filiale 42 der Hamburger Sparkasse am Spritzenplatz legte.

Zunächst flogen die obligaten Pflastersteine in die Scheiben, die samt und sonders zu Bruch gingen. Dann flogen Tische, Stühle, Stahlschränke aus der Filiale auf die Straße, und die Bankunterlagen – Akten, Karteien und Kontoauszüge – dienten als Brennmaterial für ein Feuer mitten auf der Fahrbahn.

Während die Polizei unverändert in Wartestellung blieb, kletterte eine junge Frau mit feuerrot gefärbten Haaren, eine brennende Fackel in der Hand, in die verwüsteten Sparkassenräume, um in dem Gebäude einen Brand zu legen. Das war den Demonstranten zuviel: sie hielten ihr vor, gegen die Bewohner des Hauses habe man doch nichts.

In 50 Meter Entfernung hatten sich unterdessen die Demonstranten zur Schlußkundgebung auf dem Spritzenplatz versammelt. Jetzt erschien auch eine Hundertschaft der Bereitschaftspolizei auf der Bildfläche. Sie blieb freilich zunächst in hundert Meter Entfernung stehen. Eine detaillierte Instruktion der Beamten über ihren Einsatz, vom Senat nach dem „Hamburger Kessel" als ein grundlegendes Erfordernis zur Vermeidung ähnlicher Vorgänge erkannt, hatte nicht stattgefunden.

Die Bereitschaftspolizisten machten sich ihren eigenen Vers daraus: Möglicherweise, so meinte einer der Beamten, sei die Zerstörung der Sparkassenfiliale „so eine Art Bauernopfer", um gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei zu vermeiden.

Schließlich zogen die Ordnungshüter dann doch vor der Filiale 42 am Spritzenplatz auf – eine Dreiviertelstunde nach Beginn der Ausschreitungen. Nun waren es die Chaoten, die in die Seitenstraßen zurückwichen und dabei die Schaufenster des Kaufhauses Hertie plünderten: Plattenspieler, Lautsprecherboxen, Cassettenrekorder.

Auf dem Weg nach Hause zogen zwei Teilnehmerinnen, ihre Katzenmasken als Mützen zusammengerollt, eine Bilanz des Abends: „Hat alles unheimlich viel Spaß gemacht."



Die Hamburger Sparkasse ist verwüstet, die Polizei geht in Deckung. FOTO: AP

Kirchentag in Ost-Berlin ist gefährdet

D.D. Berlin

Die Evangelische Kirche in Ost-Berlin sorgt sich um ihren für 1987 geplanten Kirchentag. Der Ostberliner SED-Magistrat hat bisher keine Bereitschaft erkennen lassen, der Kirche Hallen oder öffentliche Plätze zur Verfügung zu tellen. Nicht gerade hilfreich bei den Bemühungen um die Austragungsstätten ist eine Formulierung des Westberliner Senats in einer Vorlage zur 750-Jahrfeier. Darin heißt es: „Für die Evangelische Kirche von Berlin-Brandenburg, die in zwei Regionen geteilt ist, liegt der Schwerpunkt in einem Kirchentag in Ost-Berlin. Er wird vielfältigen Besuch auch aus dem Westteil der Stadt erfahren".

Gegen diesen Passus wehrt sich die SED-Führung. Zwar hat der „DDR"-Staatsratsvorsitzende Erich Honekker am 26. September erklärt, daß „die ständigen Einwohner von Berlin (West)" von den östlichen Feiern zum Stadtjubiläum nicht ausgeschlossen werden. Gemeinsame Feierlichkeiten soll es aber nicht geben.

„Ich bedauere den Passus in der Senatsvorlage", sagte Martin Kruse, der EKD-Ratsvorsitzende und Bischof von Berlin. Der Kirchentag liege allein in der Verantwortung der Ost-Region. „Wir sollten Zurückhaltung üben, was nicht ausschließt, daß auch Gläubige aus West-Berlin an den Veranstaltungen im Ostteil teilnehmen", betonte der Bischof. Er hoffe, daß noch ein Kompromiß gefunden werde und der Kirchentag stattfindet. Um der Kirchenleitung in Ost-Berlin keine Schwierigkeiten zu bereiten, hat die EKD ihren zunächst für 1987 geplanten Kirchentag auf 1989 verlegt.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Bundesparteitag der CDU in Mainz / Geißlers „Zukunftsmanifest" verabschiedet / Fusion in NRW gebilligt

„Menschenrechte sind für uns unantastbar"

DIETHART GOOS, Mainz

In der außenpolitischen Strategie ihres auf dem Mainzer Bundesparteitag verabschiedeten Zukunftsmanifests weist die CDU den Menschenrechten eine herausragende Bedeutung zu. Das unterstrich gestern CDU-Generalsekretär Heiner Geißler bei seiner immer wieder von Ovationen unterbrochenen Erläuterung des politischen Grundsatzprogramms für das Ende dieses Jahrzehnts bis in die neunziger Jahre. Geißler machte sich für die CDU die Auffassung des Polen Wladyslaw Bartoszewski, diesjähriger Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, zu eigen, wonach es keinen Frieden ohne die Verwirklichung von Freiheit und Menschenrechten geben kann. Unter großem Beifall unterstrich Geißler: „Dies ist auch unsere Überzeugung."

Er erinnerte daran, daß mehr als 3,1 Milliarden Menschen, zwei Drittel der Weltbevölkerung, in politischen Systemen leben müßten, die ihnen Menschenrechte, die Achtung der Menschenwürde, Freiheit und soziale Gerechtigkeit vorenthalten würden. Zahllose Menschen werden in über 100 Staaten der Welt – die UNO zählt 150 Mitgliedsländer – in Militärdiktaturen, in autoritären Systemen, in islamischen Feudalstaaten, in kommunistischen Diktaturen durch staatliche Gewalt wegen ihrer politischen oder religiösen Überzeugung, wegen ihrer Rasse, Hautfarbe oder ethnischen Zugehörigkeit verfolgt, ihrer Freiheit beraubt, mißhandelt und getötet." Dies sei eine nicht geringere Herausforderung an die Menschheit als die atomare Rüstung. „Wir Christliche Demokraten stehen an der Seite dieser verfolgten Menschen", rief Geißler aus.

Entschieden wandte sich der CDU-Generalsekretär dagegen, zum Thema Menschenwürde und Menschenrechte faule Kompromisse einzugehen. „Ich nenne ein aktuelles Beispiel: Ob schwarz oder weiß, die Wahrung der Menschenrechte ist für uns unantastbar auch in der praktischen Politik." Seinen Parteifreunden gab der CDU-Generalsekretär für den beginnenden Bundestagswahlkampf diese Marschrichtung mit auf den Weg: „Heute leben die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland im freiheitlichsten und friedlichsten Staat, den es in Deutschland je gegeben hat. Gerade dies verpflichtet uns, für die Menschenrechte weltweit einzutreten."

Zuvor hatte der Bundesparteitag bereits einen Antrag der Jungen Union verabschiedet, der sich in scharfer Form gegen die chilenische Militärdiktatur wendet. Gefordert wird die sofortige Aufhebung des Aufnahmezustandes sowie die vollständige Wiederherstellung aller bürgerlichen Freiheiten und die Freilassung aller politischen Gefangenen. Außerdem verlangt die CDU von dem Pinochet-Regime freie Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vor 1989.

Nur ein Herr Kohl war gegen die Fusion

HELMUT BREUER, Mainz

„Und so bitte ich im Namen von rund 260 000 CDU-Mitgliedern in Nordrhein-Westfalen um Ihre Zustimmung zu unseren Anträgen." Es war 18.41 Uhr, als der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende Biedenkopf mit diesem Satz den CDU-Bundesparteitag um jene Satzungsänderung bat, die den bereits im März in Düsseldorf politisch vollzogenen Zusammenschluß der beiden größten CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe zu Jahresbeginn 1987 auch juristisch wirksam macht. Sekunden später war die Fusion gebilligt.

Gegenstimmen? Zur allgemeinen Überraschung schnellte eine Hand hoch, bekundete ein 59jähriger Versicherungsvertreter aus Eschweiler seinen Widerstand „bis zur letzten Patrone" gegen die Auflösung der 40 Jahre alten Traditionsverbände. Daß der Mann ausgerechnet Kohl, Jakob Kohl, heißt, wurde vor allem von den Delegierten schmunzelnd kommentiert, für die das Verhältnis des Bundesvorsitzenden zu seinem einstigen Generalsekretär Biedenkopf immer wieder Diskussionsstoff bietet. Vor allem Biedenkopf vertritt die These, daß die CDU nun wieder Chancen habe, in NRW mehrheitsfähig zu werden. Der Düsseldorfer CDU-Fraktionsvorsitzende Worms fehlte bei der „historischen" Abstimmung. Worms war zu einer Krisensitzung nach Köln geeilt, „weil auch der 1. FC große Probleme hat".

Auf den Foren stießen die Experten meist nur offene Türen auf

RALPH LORENZ, Mainz

„Ich laufe kaum Gefahr, den Saal leerzureden – da ist ja ohnehin niemand mehr da." Die beredte Klage von einem der nach Mainz gekarrten Experten für die Zukunfts-Foren machte den auffallenden Kontrast zwischen Parteitags-Anspruch und Parteitagswirklichkeit deutlich: Die Themen, mit denen draußen im Wahlkampf der Nerv des Wahlbürgers getroffen werden soll, rüttelten nicht einmal die Delegierten auf.

Dabei lohnt sich in der Tat das genaue Hinhören: Vor allem bei Forschungs-Bundesminister Heinz Riesenhuber, der die „Überwindung des Scheingegensatzes zwischen Kultur und Technik" ausrief. Er plädiert für „neue Formen der Ästhetik in der Umweltgestaltung und Alltagskultur". Die Wahrnehmung ethischer Verantwortung dürfe nicht mit Blockade der Wissenschaft oder ihrer Bevormundung verwechselt werden. Riesenhuber: „Wir fühlen uns dem Strukturwandel nicht ausgeliefert, sondern wir sehen ihn als Gestaltungsaufgabe."

Rückendeckung im Kampf gegen modischen Kulturpessimismus und Technologiefeindlichkeit bekam Riesenhuber im „Forum 1" (Thema: „Wissenschaft und Technik an der Spitze des Fortschritts") vom Siemens-Betriebsratsvorsitzenden Wilhelm Schelsky: „Es gibt bei allem Forschungsaufwand für alternative Energien für die nächste Dekade keine adäquate Alternative." Er stehe hier ganz auf der Seite der vielen Betriebsratskollegen, die dieses in den vergangenen Monaten öffentlich kundgetan hätten, schob Schelsky unter Beifall und in der Gewißheit nach, vor diesem Forum ohnehin offene Türen einzurennen.

Für den Verwaltungswissenschaftler Professor Helmut Klages (Speyer) besteht kein Zweifel, daß „die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland in den zurückliegenden Jahren durch eine Krise der Technik-Akzeptanz hindurchgegangen ist". Technologien seien vertrauensabhängig. Das gelte vor allem für die Großtechnologien. Es sei ein irrationales Phänomen, daß meist nur individuell handhabbare Techniken gut wegkommen.

Gerhard Stoltenberg warnte andererseits vor der Gefahr, unter dem Deckmantel der Wissenschaft „ideologische Heilslehren" zu verbreiten und meinte, wissenschaftliche Meinungsvielfalt könne auch kein Freibrief für Amateure und Dilettanten sein. Nein, in den Geruch der Wissenschaftsgläubigkeit will die Union nicht geraten, und geradezu apodiktisch ließ sich Stoltenberg vernehmen: „Nicht jede politische Einzelentscheidung ist wissenschaftlich begründbar."

Norbert Blüm, der aus dem Arbeitskreis 2 („Neue Chancen in der Arbeit") referierte, postulierte: „Fortschritt ist möglich." Technischen Fortschritt sieht er nicht unweigerlich gegen den Menschen gerichtet. „Ist die Kohlefräse nicht besser als die alte Spitzhacke? – Die bekommt keine Staublunge", läßt sich der Arbeitsminister, der sich auch bei zwei Millionen Arbeitslosen seinen Humor nicht nehmen läßt, pointiert vernehmen. Gerade Arbeitsplätze könnten nur auf „neuen Wegen" der Technik geschaffen werden – die von der SPD beschrittenen alten Pfade hätten ja schließlich erst in die Massenarbeitslosigkeit geführt.

Die Chance, neue Arbeitsplätze zu schaffen, sieht Blüm im Dienstleistungsbereich. Denn „der Mensch wird entgegen anderslautenden Meldungen in der Welt von morgen nicht verschwinden". Dazu sei aber ein neues Image für das Dienen erforderlich. „Lieber Maschinen beherrschen und Menschen bedienen als umgekehrt", lautete hierzu die Blümsche Kurzformel.

Im Forum 3 „Soziale Sicherheit in Freiheit und Geborgenheit" wiederholte Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht seine schon 1984 geäußerten Zweifel an der Möglichkeit, die Finanzierung der sozialen Sicherheit wie bisher ausschließlich dem Produktionsfaktor Arbeit aufzubürden. Als ersten Schritt für eine Umfinanzierung empfahl er, wenigstens die versicherungsfremden Leistungen, die bisher von der Rentenversicherung und der Arbeitslosenversicherung bezahlt werden müssen, nach und nach durch staatliche Zuschüsse abzudecken.

Transitregelung greift. Rückgang der Asylantenzahl überrascht Senat

Berichte über starke Kontrollen auf dem Flughafen Schönefeld / Notunterkünfte aufgelöst

DIETER DOSE, Berlin

Ost-Berlin wendet offenbar die neue Transitregelung konsequent an. Diese Einschätzung vertritt der Berliner Senat. Von 461 Asylbewerbern, die sich seit dem 1. Oktober meldeten, sind nur 31 nach diesem Stichtag eingereist. Alle anderen trafen vorher ein. Im September waren rund 6300 Asylanten nach Berlin gekommen.

Die Behörden sind über diesen schlagartigen Rückgang überrascht, weil es Informationen gab, daß vor allem in der Türkei bis zum 30.9. von den „DDR"-Dienststellen noch zahlreiche Transitvisa ausgestellt worden seien und lange Schlangen vor den Konsulaten gestanden hätten. Aber seit dem 1.10. hat sich nicht ein Iraner mehr gemeldet! Sie machten in den letzten Monaten etwa 50 Prozent der Asylbewerber aus und benutzten fast ausnahmslos den Weg über die Türkei.

Via Karatchi und Moskau

Der größte Teil der 31 nach dem 1.10. gekommenen Antragsteller sind Tamilen. Auf abenteuerlichen Wegen gelangten sie nach Berlin. Schlepper brachten sie nach Neu-Delhi und besorgten ihnen indische Pässe. Mit diesen Pässen erhielten sie – vor dem 1. Oktober – Transitvisa der „DDR". Über Karatchi und Moskau flogen sie dann nach Schönefeld. Die Pässe warfen sie auf Anweisung der Schlepper nach der Ankunft in West-Berlin weg. Die Ausländerbehörde hat den Verdacht, daß viele der in diesem Jahr gekommenen „Inder" tatsächlich Tamilen sind. Das Bundesamt in Zirndorf und die Behörden der anderen Bundesländer wurden über diese Erkenntnisse informiert.

Informationen, daß die „DDR" in den letzten Tagen mehrfach über andere Ostblockländer nach Schönefeld gekommene Asylanten ohne Anschlußvisa ins nächste Flugzeug gesetzt und in die Herkunftsländer zurückgeschickt hat, kann der Sprecher der Berliner Innenverwaltung, Hans F. Birkenbeul, nicht bestätigen. „Wir haben solche Gerüchte allerdings auch gehört", sagt er. Über gründliche Kontrollen und teilweise stundenlange Wartezeiten nach der Ankunft auf dem Ostberliner Flughafen berichteten die Tamilen. Sie seien unmittelbar nach der Landung von den anderen Passagieren abgesondert worden.

„Wir hatten mit einem allmählichen, aber nicht einem so rapiden Rückgang gerechnet", betont Birkenbeul. Offensichtlich hat sich die „DDR"-Transitregelung, die in dieser Form schon seit Anfang des Jahres für Schweden und Dänemark gilt, in den betreffenden Ländern sehr schnell herumgesprochen, daß die „DDR" den Weg über Schönefeld verbaut hat. Da die bis zum 30. September ausgestellten Transitvisa der „DDR" drei Monate gültig sind, werden bis Mitte November noch einige Notunterkünfte in Berlin in Betrieb bleiben. Polizeikasernen und ein Jugendheim konnten aber bereits geräumt werden.

Spürbare Entlastung

Eine spürbare Entlastung ist auch durch die Verteilung von rund 1800 Asylanten innerhalb einer Woche auf die anderen Bundesländer eingetreten.

Vom Berliner Senat sollen in Kürze die Verfahren zur Abschiebung von rechtskräftig abgelehnten Asylbewerbern, vor allem aus dem Libanon, eingeleitet werden. Es handelt sich um rund 1700 Personen. Innensenator Wilhelm Kewenig (CDU) hatte die Abschiebung bereits im September nach Rückkehr von einer Libanon-Reise angekündigt. Nach seiner Auffassung besteht bei ihnen bei einer Rückkehr keine „Gefahr für Leib und Leben". Man rechnet auch damit, daß ein Teil freiwillig in ihre Heimat zurückkehrt.

Koschnick: Mehr Unterstützung für Soldaten

idea, Bonn

Eine stärkere moralische Unterstützung für Soldaten der Bundeswehr durch die Kirchen hat der frühere Bremer Bürgermeister Hans Koschnick (SPD) verlangt. In einem Beitrag für den Informationsdienst des Evangelischen Arbeitskreises „Sicherung des Friedens" schrieb der Politiker, man dürfe die Soldaten, von denen man im Ernstfall verlange, ihr Leben für die Gesellschaft einzusetzen, mit dieser Verantwortung nicht alleine lassen.

In diesem Zusammenhang warnte Koschnick die Kirchen davor, sich auf eine Entweder-Oder-Argumentation zu versteifen. „Dadurch würden Soldaten zwangsläufig ausgegrenzt." Ziel der theologischen Betreuung müsse es vielmehr sein, auf der Basis des Auftrages, militärischer Erpressung zu widerstehen, Kriegsverhütung zu betreiben und somit einen dauerhaften Frieden zu sichern, zur Schärfung des Gewissens beizutragen, um so eine Hilfestellung für wertbezogenes Handeln zu leisten.

Im selben Informationsdienst sprach sich der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Ulrich de Maizière, für einen Wehrdienst des guten Gewissens aus, denn für Christen sei die Selbstbehauptung eines Volkes gegen Aggressionen ethisch gerechtfertigt.

Schröder signalisiert den Grünen sein Interesse

Der SPD-Politiker setzt auf ihre „kalkulierbare Politik"

MICHAEL JACH, Hannover

In der Bilanz der Kommunalwahl vom Sonntag entdeckt der niedersächsische SPD-Oppositionsführer Gerhard Schröder eine reizvolle Perspektive: Da seine Parteigenossen vielerorts rein rechnerisch die Auswahl haben zwischen FDP oder Grünen als Bündnispartnern, erlaube die Antwort auf die Partnerfrage weit über den jeweils lokalen Rahmen hinaus „wichtige strategische Folgerungen".

Den breiten Spielraum seiner Aussage interpretiert Schröder im Hinblick auf Grüne und FDP verschieden. Die Grünen hätten jetzt in zahlreichen Stadträten und Kreistagen in stabilen rot-grünen Bündnissen „die Gelegenheit nachzuweisen, daß sie kalkulierbare Politik machen können". Für den SPD-Politiker sei dies landespolitisch ein „mittelfristig interessanter Aspekt". Schröder sprach freilich nicht von Probeläufen für Hannovers Landtag nach 1990, sondern verhaltener von einem „Erfahrungshintergrund".

Im Hinblick auf die FDP wiederholte der SPD-Landtagschef seine besorgte Wahlbewertung. Die Verluste der FDP seien der Preis für ihre „kritiklose Anpassung" an den Koalitionspartner CDU. Daß die FDP-Landesspitze nun die „Offenheit" der freidemokratischen Bündnisentscheidung in den Kommunalparlamenten betont, sei eine „bemerkenswert andere Politik als vor der Landtagswahl". Sie müsse sich allerdings erst noch „als glaubwürdig erweisen". Schröder ließ in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt, daß mancher SPD-Politiker im Land sich im Bunde mit den Grünen selbst verleugnen müßte.

Derweil wird in der Landeshauptstadt aufmerksam jede Regung von FDP-Kreisen registriert, die Schröders „Glaubwürdigkeits"-Spekulation entsprechen könnte. So werden die Nachbarkreistage Oldenburg und Ammerland (Westerstede) als „Tip" gehandelt, wo ein Bündnis mit der SPD denkbar sei. Vor der Landtagswahl war aus dem Oldenburger FDP-Bezirk deutliche Reserve gegen die frühzeitige Festlegung auf eine Koalition mit der CDU zu verzeichnen.

Im neuen Rat der Landeshauptstadt scheint man in der dreiköpfigen FDP-Fraktion nicht abgeneigt, SPD-Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg die Hand zum Mehrheitsbündnis zu reichen. Immerhin könnte dabei ein Stellvertreterposten herausspringen. Hannovers FDP-Kreisvorsitzender und Bundestagsabgeordneter Detlef Kleinert, einer der Architekten der Albrecht-Koalition, läßt allerdings wissen: „Dann gibt's Ärger."

Khadhafi: Libyen soll zu einer „Festung“ werden

dpa, Tripolis

Revolutionsführer Muammar el Khadhafi hat seine Landsleute dazu aufgerufen, Libyen in eine „Festung“ zu verwandeln und es den „Amerikanern so unmöglich zu machen, ihre schmutzigen Füße auf diesen reinen Boden zu setzen“. In einer von der britischen Rundfunkgesellschaft BBC aufgezeichneten Sendung des libyschen Fernsehens meinte Khadhafi, sein Land sei mit einer „neuen Aggression“ und „neuen kolonialistischen Ambitionen“ konfrontiert.

Das libysche Volk rief Khadhafi auf, die Küstenstreifen zu verminen, Verteidigungsanlagen zu errichten und die Verteidigung der Küsten zu üben.

Falls die USA Zuflucht zum „langen Knüppel der Feiglinge“ nähmen, habe Libyen das Recht „Terrorismus“ anzuwenden. „Wenn Amerika mit diesem langen Knüppel zuschlägt, werden wir unsere besonderen Maßnahmen ergreifen, die nicht Fluzeugträger und Interkontinentalraketen sind“, sagte Khadhafi.

Plötzliche Aktualität für Gipfelthema Nicaragua

Flugzeug-Abschuß bringt Washington in Verlegenheit

WERNER THOMAS, Miami

Wenige Tage vor dem amerikanisch-sowjetischen Vorgipfel-Treffen in Reykjavik ist eines der Themen dieser Begegnung in den Blickpunkt gerückt: Nicaragua. Der Abschuß einer Transportmasachine im Südosten des mittelamerikanischen Staates mit drei Amerikanern an Bord hat die Reagan-Administration allerdings in eine unangenehme Situation gebracht und den sandinistischen Commandantes und ihren Moskauer Verbündeten Propagandamunition geliefert. Der einzige Überlebende, Eugene Hasenfus (45), wurde in Managua der Presse präsentiert.

Es war der sowjetische Außenminister Schewardnadse, der letzte Woche in Mexiko-City bestätigte, daß die Mittelamerika-Krise in Reykjavik zur Sprache kommen werde. Seine Regierung befürchte eine Eskalation des Konfliktes. Er betonte, daß die Sowjetunion keine Absicht habe, Truppenkontingente nach Nicaragua zu entsenden.

Der Reagan-Regierung geht dagegen das bisherige militärische Engagement der Sowjets und der Kubaner schon zu weit. Die Sandinisten unterhalten die stärksten Streitkräfte Mittelamerikas, etwa 120 000 Soldaten und Reservisten, die mit zum Teil modernen sowjetischen Waffen ausgerüstet sind. Die sandinistische Volksarmee setzt in ihren Kämpfen gegen die Contra-Rebellen den schnellsten Kampfhubschrauber der Welt ein, den MI-24.

Revolutionäre Unruhe

Nach Schätzungen Washingtons befinden sich 3000 kubanische Militärberater im Land. Präsident Reagan beschuldigt die Sandinisten, mit ihrem militärischen Potential die Nachbarländer (insbesondere Costa Rica) einzuschüchtern und revolutionäre Unruhe in der Region zu schüren, vor allem in El Salvador.

Mit diesen Vorwürfen verteidigt die Reagan-Regierung ihre Unterstützung für die anti-sandinistischen Contras, etwa 15 000 Mann, die besonders in den nördlichen Gebieten Nicaraguas operieren. Der amerikanische Kongreß hat vor der Sommerpause eine Wiederaufnahme der unterbrochenen Militärhilfe für die Contras gebilligt. Es handelt sich um 70 Millionen Dollar. Da der demokratische „Speaker“ des Repräsentantenhauses, Thomas O'Neill, die Gesetzgebung schleppend behandelt, konnten die Rebellen bisher noch nicht die erste Tranche dieser Hilfe erhalten.

Logistische Probleme

Bisher war unbekannt, daß amerikanische Staatsbürger an den Versorgungsflügen für die Contras von dem salvadorianischen Militärflughafen Elopango beteiligt sind. Vermutlich handelt es sich bei den drei Amerikanern der abgeschossenen Transportmaschine C-47 um Angehörige des Geheimdienstes CIA oder um Personen, die für diese gefährliche Tätigkeit angeheuert wurden. Die Informationen sind widersprüchlich.

Mit der Wiederaufnahme der Militärhilfe wollte die Reagan-Regierung ein umfangreiches Ausbildungsprogramm für die Rebellenarmee verbinden. Auch Piloten sollen ausgebildet werden. Die Versorgung ihrer Kämpfer ist das schwierigste logistische Problem der Rebellenorganisation. Fast alle Partisanenverbände müssen durch die Luft versorgt werden. Der Guerrilla-Führer Adolfo Calero erklärte kürzlich, daß nicht nur Piloten, sondern auch Flugzeuge fehlen. Deshalb könnten immer nur ein paar tausend Mann operieren.

Der Abschuß der Transportmaschine hat auch die Duarte-Regierung in El Salvador in Verlegenheit gebracht. Bisher kursierten lediglich Gerüchte, daß die Versorgungsflüge vom Elopango-Flughafen aus starten. Die Regierung wollte sich jedoch nicht zu diesem Thema äußern. Jetzt erfolgte die Bestätigung.



Fürsorglich rückt US-Präsident Reagan dem sowjetischen Bürgerrechtler Orlow den Stuhl zurecht FOTO: AFP

„Westen schuldet Orlow viel“

AFP, Washington

US-Präsident Ronald Reagan hat am Dienstag den sowjetischen Dissidenten Jurij Orlow empfangen. Reagan sagte bei der Begegnung, der Westen schulde Orlow viel. Mit der Rückzahlung dieser Schuld könne dadurch begonnen werden, daß bei dem bevorstehenden Treffen mit dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow die Menschenrechtsfrage zu einem zentralen Bestandteil der Unterredung gemacht werde.

„Ich werde Gorbatschow klarmachen, daß wir nicht das notwendige politische Klima für dauerhafte Fortschritte auf anderen Gebieten haben werden, wenn es keine wirklichen sowjetischen Schritte bezüglich der Menschenrechte gibt“, versicherte Reagan bei dem Empfang für Orlow, der von Vertretern einer Menschenrechtsgruppe begleitet wurde.

Wirklicher Friede erfordere den Respekt der Menschenrechte und der Freiheit ebenso wie Rüstungskontrolle, fügte der Präsident hinzu.

Orlow hatte zuvor auf einer Pressekonferenz gesagt, Sicherheitsprobleme könnten nur gelöst werden, wenn auch Menschenrechtsfragen geklärt seien. Er bedankte sich telefonisch beim früheren US-Präsidenten Jimmy Carter für dessen Eintreten für die Menschenrechte. Carter hatte angekündigt, daß Orlow den Menschenrechtspreis „Carter-Menil“, der mit 100 000 Dollar dotiert ist, erhalten werde.

Ein „Prawda“-Lob auch für Amerikas Realismus

Gipfel in Reykjavik als politischer Reifetest eingestuft

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Der bevorstehende Gipfel in Reykjavik ist für Viktor Afanasjew, Chefredakteur der Parteizeitung „Prawda“ „eine Probe der politischen Reife“. In einem Leitartikel stellt er Überlegungen über die Möglichkeiten der Begegnung an. Seit Tagen schon wird vor und hinter den Kreml-Kulissen ein propagandistischer und diplomatischer Kampf zu diesem Thema geliefert.

Moskau hat klar zu erkennen gegeben, daß die Abrüstungsgespräche während des Treffens zwischen KP-Generalsekretär Michail Gorbatschow und US-Präsident Ronald Reagan im Vordergrund stehen. Andere Themen sind nicht erwünscht.

Die Nachrichtenagentur Tass unterstellte Reagan, er wolle über „abgestandene antisowjetische Themen“ sprechen. Die Regierungszeitung „Iswestija“ verurteilte scharf die „ultrarechten Kreise“ in Washington, die mit „ihrem Geschrei über die Menschenrechte“ die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit vom Problem der Abrüstung ablenken wollten.

Versöhnlicher unterstrich Afanasjew in der „Prawda“, daß die Übereinkunft über das Treffen in Reykjavik „das Resultat eines realistischen und konstruktiven Herangehens nicht nur durch die sowjetische Seite, sondern auch durch die amerikanische Seite ist.“

Positive Tendenzen

Gelobt werden in diesem Artikel die Außenminister, die 25 Stunden lang um dieses Treffen gerungen hätten, gelobt wird natürlich auch Generalsekretär Gorbatschow. Denn seine Initiative sei „politisch tapfer und weitsichtig“, versuche er doch, mit dieser Maßnahme die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu verbessern.

Auch für Afanasjew, den gut Informierten, ist dieses Treffen wie er einräumt, eine „angenehme“ Überraschung. Mit kurzem Seitenhieb auf die jüngsten Vorkommnisse schrieb er, der „Fall Daniloff sollte den Gipfel verhindern“. Aber die positiven Tendenzen in der Welt hätten sich durchgesetzt.

Afanasjew unterstrich die Moskauer Version, daß der „Reykjaviker Gipfel nicht den Gipfel in den USA ersetzt.“ – Dies sei nur ein Arbeitstreffen mit der Absicht, die gegenwärtige Situation richtig einzuschätzen, um konkrete Direktiven in beiderseitiger Übereinkunft zu erzielen, die auch den Fortschritt in einigen Bereichen der Nuklearrüstung gewährleisten sollen.

Wirtschaftliche Aspekte

„Das Treffen in Reykjavik ist Wirklichkeit geworden, weil das sowjetische und amerikanische Volk nach Frieden streben.“ Als positiv führte Afanasjew an, daß die Militärausgaben in den USA gekürzt wurden, auch für SDI. Das aber bedeute, daß die Friedensbewegung in den USA, aber auch in Europa an Stärke gewinne. „Wir erhoffen viel von diesem Treffen in Reykjavik – aber wir haben auch große Sorgen“, bekannte der „Prawda“-Chefradakteur.

Afanasjew leugnet nicht, daß der wirtschaftliche Aspekt des Wettrüstens außerordentich wichtig sei. „Denn für die Verwirklichung unseres sozialwirtschaftlichen Programmes brauchen wir beträchtliche Mittel, die jetzt zu Verteidigungszwecken ausgegeben werden, um ein militärisch-strategisches Gleichgewicht zu erhalten. „Das verringert unsere Möglichkeiten beim friedlichen Aufbau.“

„Was bringt Reagan eigentlich mit nach Reykjavik?“ fragt Afanasjew, um dann versöhnlich zu konstatieren, „das Treffen kann und soll positive Resultate vor allem in der Begrenzung der Kernrüstung anstreben.“ Womit Moskau wiederum unmißverständlich klarmacht, daß es als Ergebnis vorab Impulse für die Verhandlungen über eine Rüstungskontrolle erwartet.

Am Drogenproblem schieden sich in Straßburg die Geister

FRANZ KADELL, Straßburg

Die Debatte im Europäschen Parlament über EG-Richtlinen zur Bekämpfung des Drogenproblems hat zweierlei deutlich gemacht: Erstens, daß Europa einer dramaischen Verschlimmerung der Drgensituation entgegengeht, und zwetens, daß in der Frage der Bekämpfung zwischen den politischen Lagern - übrigens im Gegensatz zu Amerika - eine tiefe Kluft besteht.

Weltweit gibt es nach Angaben des EVP-Obmanns im Drogenausschuss Elmar Brok mehr as 48 Millionen Drogenabhängige zwischen 17 und 24 Jahren. Die steigenden Mengen sichergestellter Suchtstoffe lassen den Schluß zu, daß der Höhepunkt der Drogenwelle noch längst nicht erreicht ist. Vor allen seit die Amerikaner die Herausforderung durch das internationale Drogengeschäft als Überlebensproblem ihrer Gesellschaft begreifen und ihr entschlossen entgegentreten, befürchten Kenner der Szene, daß die Drogenmafia sich in Europa Ausgeichsmärkte sucht.

Gegenwärtig werden weltweit, so Brok, Drogen im Verkaufswert von schätzungsweise 600 Milliarden Mark umgesetzt. In Europa wurden 1985 133,4 Tonnen Cannabis, 0,9 Tonnen Kokain und 1,8 Tonnen Heroin sichergestellt.

Auf der Suche nach der Lösung des Problems fanden sich die EG-Politiker in zwei Lagern wieder. Das gesamte Spektrum von der „Erneuerungs- und Sammlungsbewegung Europäischer Demokraten“, „Europäischer Volkspartei“, „Europäische Demokraten“ und „Liberale und Demokratische Fraktion“ einigte sich auf einen gemeinsamen Antrag. Mit ihnen stimmte die „Fraktion der Europäischer Rechten“, die sich zuvor am Muster des amerikanischen „Kreuzzugs“ orientiert hatte: Todesstrafe für Drogenhändler; Zwangseinlieferung von Süchtigen zu Entziehungskuren; Einführung eines Drogennachweistests am Arbeitsplatz.

Im Mehrheitsantrag werden folgende Empfehlungen ausgesprochen: Strengere Kontrollen bei Ein- und Ausfuhren von Chemikalien, die zur Drogenherstellung benötigt werden; Schaffung einheitlicher Leitlinien für die Verurteilung und Auslieferung von Händlern; Änderung der Zollbestimmungen über die Beschlagnahme von Waren und die Möglichkeit, die Zustellung von Sendungen zu überwachen; Koordinierung der Arbeit der Zolldienststellen sowie Schaffung drogenzuständiger nachrichtendienstlicher Zentralstellen.

Erste Schritte zur Vereinheitlichung des Betäubungsmittelrechts und des Strafrechts könnten auf der Ministerkonferenz der Justizminister am 19. Oktober eingeleitet werden. Der EVP-Politiker Elmar Brok (CDU) zitierte dazu einen drastischen Fall: Ein seit zwei Jahren in Holland wohnender deutscher Haschisch-Händler (die nachgewiesen verkaufte Menge beträgt mehr als 1,2 Tonnen) konnte nicht ausgeliefert werden. Seine Verhaftung war lediglich dem Umstand zu verdanken, daß er unvorsichtigerweise ins Bundesgebiet einreiste.

Den Konservativen und Liberalen stand eine Allianz aus Grünen, Kommunisten und sozialistischen Abgeordneten gegenüber. Während französische, spanische und italienische Sozialisten rechtliche Verschärfungen befürworten, stehen einige Labour-Abgeordnete und auch die Vertreterin der Sozialistischen Fraktion im Drogen-Untersuchungsausschuß, die SPD-Politikerin Heinke Salisch, an der Seite der Grünen mit der Forderung nach „Entkriminalisierung“. Im gemeinsamen unterzeichneten Minderheitenvotum heißt es, daß die EG-Richtlinien „nicht hinter das zurückfallen“ dürften, „was in einzelnen Mitgliedstaaten bereits an Liberalisierung erkämpft worden ist“. Und weiter: „Anstelle Drogen schlechthin zu bekämpfen, sollte die Priorität darin bestehen, eine Normalisierung im gesellschaftlichen Umgang mit Drogen, Drogengebrauch und – leider auch – Drogenabhängigkeit anzustreben.“ Drogen hätten eine „Jahrtausende alte Geschichte in der menschlichen Kultur und dies wird auch in Zukunft so sein.“

In Peking neue Gesprächsrunde

AFP, Peking

Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan sowie die Präsenz vietnamesischer Truppen in Kambodscha werden im Mittelpunkt der neunten Runde chinesisch-sowjetischer Normalisierungsgespräche in Peking stehen. Außerdem soll die Konzentration von Truppen der Roten Armee an der Grenze Chinas zur Sprache kommen.

Das erste Treffen hat ein Sprecher der sowjetischen Botschaft als „sehr freundschaftlich“ bezeichnet. Die Gespräche, die noch bis zum Ende dieser Woche dauern, stehen unter guten Vorzeichen, nachdem sich die UdSSR zuvor bereit erklärt hatte, über alle Fragen zu sprechen.

Südafrika: Boesak gibt sein Amt auf

AFP, Pretoria

Nach einem Streit innerhalb der Kirchensynode um die Unterstützung von Schulboykotts und bewaffnetem Kampf gegen die Apartheid ist der südafrikanische Pastor Allan Boesak als Präsident der gemischtrassischen Niederländisch-Reformierten Missions-Kirche in Südafrika zurückgetreten. Boesak hatte das Amt erst am 24. September übernommen. Mit seinem Rücktritt kommt die Spannung innerhalb der in eine weiße, eine schwarze und eine gemischtrassische Sektion gespaltenen Kirche zum Ausdruck. Die Mitglieder sind über eine Unterstützung der radikalen schwarzen Opposition gegen die Apartheid zerstritten.

1977

Die Idee wächst
Das Konzept eines einfach zu bedienenden, ausbaufähigen Systems vor allem für kleinere und mittlere Unternehmen zeigt erste Erfolge. Bereits ein Jahr nach der Einführung des ersten dialogorientierten Magnetplattensystems Nixdorf 8870 sind über 1.000 Systeme installiert.

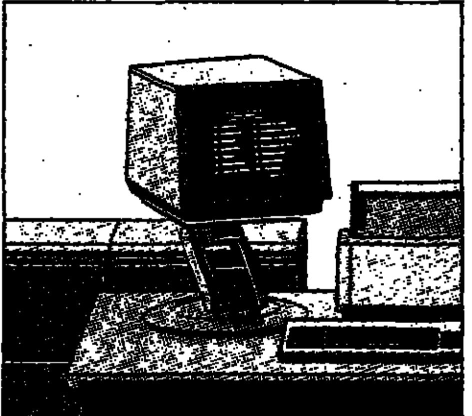


1978

Der Erfolg wächst
Die Nixdorf 8870 bietet vier Arbeitsplätze und eine Speicherkapazität von 20 Millionen Zeichen.

Der Aufbau von COMET® beginnt, der einmaligen Software-Bank, aus der sich jeder Anwender seine individuelle Software-Lösung selbst zusammenstellen kann.

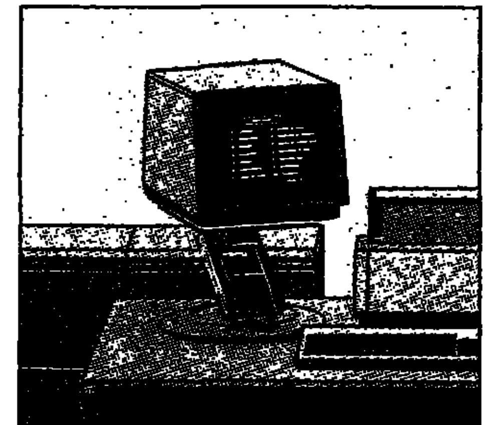
3.000 Nixdorf-Systeme 8870 mit 6.500 Bildschirm-Arbeitsplätzen sind installiert.



1979

Die Leistung wächst
Die Leistungsfähigkeit der Systemfamilie 8870 wird ausgebaut. Acht Bildschirm-Arbeitsplätze sind anschließbar. Die Peripherie wird um Drucker und Speicherlaufwerke erweitert. Dank modularer Systemarchitektur können bestehende Installationen die erhöhte Leistungsfähigkeit der 8870 in Anspruch nehmen. Die COMET®-Bank bietet inzwischen sechs Programmbausteine.

7.000 Nixdorf-Systeme 8870 mit 14.000 Bildschirm-Arbeitsplätzen sind installiert.

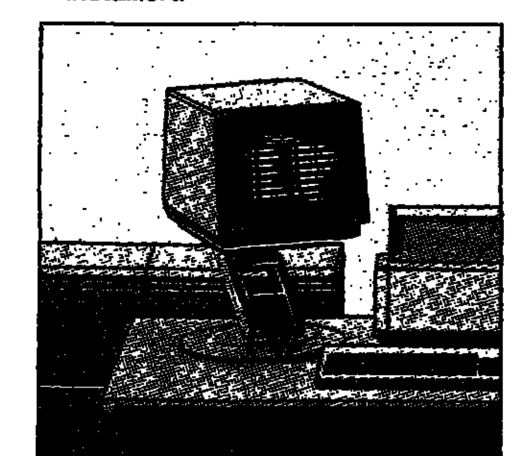


1980

Die Kapazität wächst
Die Leistungsfähigkeit der 8870 wird verdoppelt. 16 Bildschirm-Arbeitsplätze sind anschließbar. Auch das Softwareangebot wird erweitert: Zu den fertigen Programmbausteinen COMET® kommen die ersten branchenspezifischen Software-Pakete.

Das Fernbetreuungsnetz wird aufgebaut mit dem Ziel, über die Telefonleitung kontinuierliche Hard- und Softwarepflege zu leisten und den Anwender rund um die Uhr zu unterstützen.

10.000 Nixdorf-Systeme 8870 mit 30.000 Bildschirm-Arbeitsplätzen sind installiert.



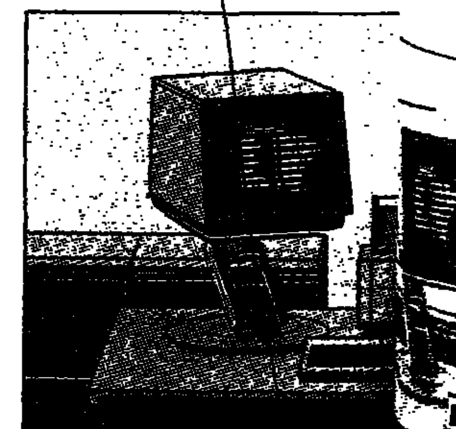
1981

Das System wächst
Mitterweile zählt die 8870 zum erfolgreichsten Dialogsystem Europas.

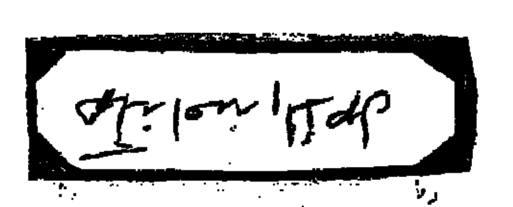
Dank neuester Chiptechnologie verfügt das System jetzt über einen 1 MB Hauptspeicher für schnellere Rechnerleistung. 24 Bildschirm-Arbeitsplätze sind anschließbar. Bereits installierte Systeme können diese höhere Leistung nutzen. Vorhandene Software kann uneingeschränkt weiter eingesetzt werden.

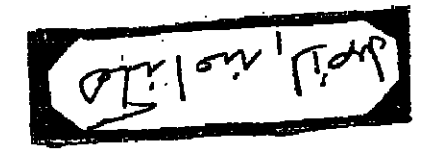
Der Ausbau anwenderspezifischer Lösungen geht weiter. Software-Pakete für 39 unterschiedliche Branchen sind fertig.

12.000 Nixdorf-Systeme 8870 mit 60.000 Bildschirm-Arbeitsplätzen sind installiert.



Der Wachstums-Com





Nixdorf 8870: Der Erfolg geht weiter

1981

)er Service wächst
)ie 8870 wird technisch
ıktualisiert. So kann der Anvender die Vorteile, die sich
ıus der neuesten Entwick-
ıng der Mikroelektronik
rgeben, unmittelbar nutzen.
Dabei können getreu dem
nodularen Systemkonzept
ılle vorhandenen Software-
nvestitionen voll übernom-
nen werden.
Aber nicht nur Hard- und
Software werden ständig
ıktualisiert. Auch das Ser-
ice- und Dienstleistungs-
angebot wird kontinuierlich
erweitert. In mittlerweile
60 Branchen-Kompetenz-
Zentren können sich die
Anwender individuell beraten
und branchenspezifische
Lösungen demonstrieren
lassen. 2.000 Branchen-
Seminare und Schulungen
werden durchgeführt.
19.000 Nixdorf-Systeme
8870 mit 95.000 Bild-
schirm-Arbeitsplätzen sind
ınstalliert.

1983

Die Familie wächst
Mit dem Ziel, immer mehr Unternehmen maßgeschneiderte Komplettlösungen zu bieten, wird die Systemfamilie 8870 erweitert. Es stehen jetzt vier unterschiedliche Rechnerleistungen zur Verfügung.
Mit der neuen Micro-Linie 8870 – vor Ort ausbaufähig vom Einplatz- zum Mehrplatzsystem – erhalten vor allem kleinere Unternehmen eine leistungsfähige, preiswerte Einstiegslösung: mit einer Vielzahl branchenspezifischer Software-Lösungen sowie umfangreichen Selbstinstallations- und Bedienungshilfen. Und mit der Sicherheit, von Anfang an das gesamte Software-Kapital der Software-Bank COMET® zu nutzen.
Die Möglichkeiten der Datenfernverarbeitung werden erweitert. Die Kommunikation mit allen gängigen Großsystemen ist gewährleistet.
24.000 Nixdorf-Systeme 8870 mit 120.000 Bildschirm-Arbeitsplätzen sind installiert.

1984

Die Software wächst
Durch die konsequente Branchenorientierung steht den 8870-Kunden eine Software-Palette von 100 Branchenpaketen zur Verfügung.
Um die Software-Investitionen auch für schnell wachsende Unternehmen zu garantieren, wird Nixdorf COMET® um COMET TOP® erweitert. Damit steht dem Anwender eine Software-Kapazität für bis zu 63 Bildschirm-Arbeitsplätze zur Verfügung.
Das COMET®-Angebot für die 8870-Familie umfaßt jetzt zahlreiche Programmbausteine für kommerzielle Anwendungen und für die Fertigungsorganisation, die sowohl einzeln eingesetzt werden können als auch als komplette Organisationslösung. Zum Beispiel: Finanzbuchhaltung, Lagerwirtschaft, Lohn- und Gehaltsbuchhaltung, Auftragsbearbeitung/Fakturierung, Fertigungsorganisation, Kostenrechnung, Anlagenbuchhaltung, Zeitlohnberechnung, Textverarbeitung, Bestellwesen, Listengenerator, Datenaustausch mit Banken, Kalkulation, Kosten- und Leistungsrechnung, Computer Aided Design.
33.000 Nixdorf-Systeme 8870 mit 165.000 Bildschirm-Arbeitsplätzen sind installiert.

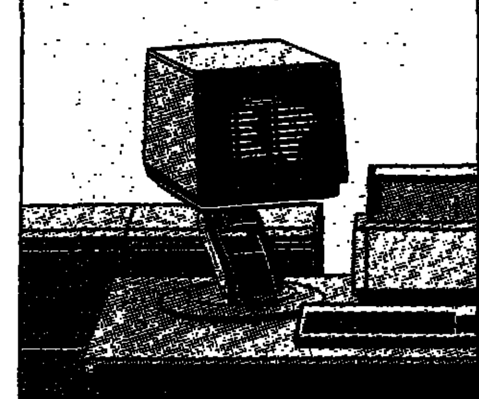
1985

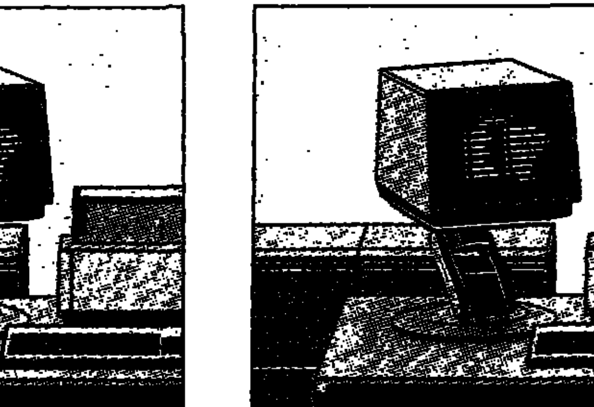
Der Komfort wächst
Wachstumsfähigkeit und Zukunftsorientierung in Bezug auf branchenspezifische Lösungen, Leistung und Funktionen sind die hervorstechendsten Merkmale des 8870-Systems.
Die Systemfamilie bietet Unternehmen jeder Größe und jeder Branche eine individuelle, an- und ausbaufähige Hard- und Software-Lösung, eingebaut in das umfassende Nixdorf Service- und Dienstleistungskonzept.
MICRO 7 mit einer Plattenkapazität von 40 Millionen Zeichen ist mehrplatzfähig und bietet Einbindungsmöglichkeit von PC-Arbeitsplätzen. Modell 25 wird mit unterschiedlichen Rechnerleistungen für bis zu 10 Arbeitsplätze angeboten. Modell 45 hat Anschlußmöglichkeit für bis zu 20 Arbeitsplätze und Hauptspeicherkapazität bis 1,5 Millionen Zeichen. Das Modell 75 hat eine kompatible, mehrprozessorfähige Zentraleinheit, ausbaufähig bis zu einer Leistung von 6 Millionen Zeichen. Bis zu 20 Arbeitsplätze können angeschlossen werden.
Neue Komfortmerkmale der 8870-Arbeitsplätze erleichtern die Bedienung des Systems. Zum Beispiel: Tastatur, ausgestattet mit Funktionstasten (Soft-keys), deutsche Bedienerführung in verständlichen Schritten, automatische Datensicherung, Selbstschulung für Installation, Einweisung und Bedienung.
42.000 Nixdorf-Systeme 8870 mit 210.000 Bildschirm-Arbeitsplätzen sind installiert.

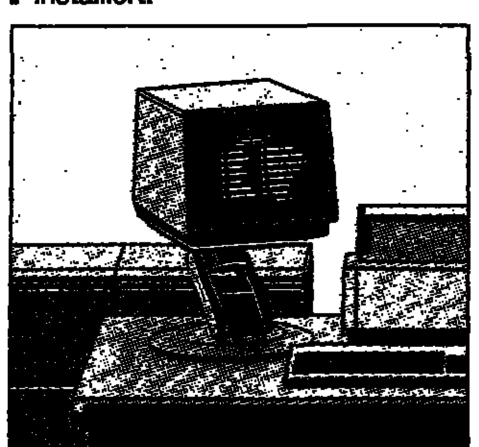
1986

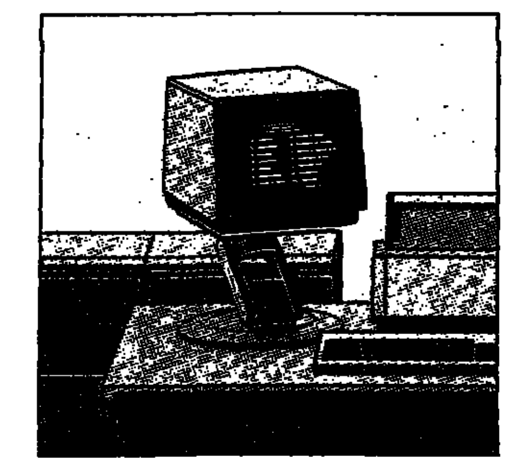
Die Integration wächst
Das Konzept von 1976 hat sich bewährt: 50.000 Systeme mit über 250.000 Bildschirm-Arbeitsplätzen sind installiert: in Klein- und Mittelbetrieben sowie im dezentralen Bereich von großen, international operierenden Industrie- und Dienstleistungs-Unternehmen.
Auf dem Weg von der Datenverarbeitung zur integrierten Informationsverarbeitung werden sukzessive intelligente Terminals, neue Technologien und Anwendungen in die Systemfamilie 8870 integriert. Das Systemkonzept bietet die Möglichkeit vom Einplatzmicro bis zur Mehrplatzlösung mit 63 Bildschirm-Arbeitsplätzen, bei voller Nutzung von Nixdorf COMET®.
Die 8870 schafft heute die Grundlage zur Integration von Anwendungen der Datenverarbeitungswelt, typischer Büroanwendungen und Nachrichtentechnik. In Verbindung mit dem digitalen ISDN-System Nixdorf 8818 können 8870-Bildschirm-Arbeitsplätze oder -Systeme verbunden, Telefone als Terminals genutzt werden. PC-Arbeitsplätze werden integriert und Verbindungen zu Nixdorf-Systemen und anderen Fremdsystemen ermöglicht.
Durch die weitere Nutzung und Umsetzung neuester Technologien in innovative, arbeitsplatzorientierte Lösungen ist Nixdorf der größte Anbieter für den Mittelstand. Über 130 Branchen-Pakete sind fertig. Das Schulungs- und Seminarangebot umfaßt jährlich 3.600 Veranstaltungen. Über 25.000 Kunden haben das Aus- und Weiterbildungsprogramm in Nixdorf-Schulungszentren genutzt. 60 Service-Stützpunkte und ein einzigartiges Fernbetreuungs-System sorgen für lückenlosen Service und größtmögliche Sicherheit.











Coputer für 130 Branchen

Nixdorf Computer AG
Fürstenallee 7, 4790 Paderborn
Telefon 05251/506130
Btx * 55300 *



Mubarak: Friede zwischen Arabern und Juden – das ist meine Mission

Der ägyptische Staatspräsident Mubarak versucht sich an der Quadratur des Kreises: Er will Palästinenser und Israelis an einen Tisch bringen, die PLO zur Garantie israelischer Integrität bewegen und die Israelis veranlassen, die 1967 besetzten Gebiete zu räumen. In einem Interview mit der WELT präsentierte sich der Präsident als Promotor nahöstlichen Friedens. Mubarak ist genau fünf Jahre im Amt. Sein Land befindet sich in der schwierigen Lage zwischen Ambition und Verschuldung. Das Gespräch mit dem Staatspräsidenten führte Herbert Kremp.



Mubarak sucht den „historischen Kompromiß" mit dem ehemaligen Kriegsgegner: Gipfeltreffen mit dem israelischen Regierungschef Peres vor vier Wochen in Alexandria. FOTO: AFP

Auch die Sowjets müssen mit an den Tisch

WELT: Herr Staatspräsident, Sie sind Soldat, Sie waren Luftmarschall Ihrer Streitkräfte, Sie kämpften 1973 gegen Israel. Sie waren aber auch die rechte Hand Ihres ermordeten Vorgängers Sadat und bemühen sich seitdem um einen „historischen Kompromiß" mit dem einstigen Kriegsgegner. Sie streben eine internationale Konferenz über Mittelost an. Sind Sie optimistisch?

Mubarak: Es muß möglich sein, auf einer internationalen Konferenz, auf der sich alle beteiligten Parteien treffen, eine Übereinkunft zu erreichen, damit zwischen Arabern und Israelis Frieden herrscht. Das ist lebenswichtig für den Mittleren Osten, für uns selbst, aber auch für Sie in Europa und für die Supermächte.

WELT: Ihr Treffen mit Premierminister Peres im September endete mit dem Vorsatz, eine solche Konferenz vorzubereiten und einzuberufen. Kurz darauf erklärte Peres in Washington, er habe sich nur aus taktischen Gründen für eine Konferenz ausgesprochen. Ist das nicht ein Widerspruch? War die Begegnung in Alexandria nun der Beginn einer neuen Ära in den Beziehungen zwischen Israel und Ägypten oder nicht?

Mubarak: Internationale Konferenz heißt für mich internationale Konferenz. Natürlich kann man eine andere Bezeichnungen dafür wählen, aber das ändert nichts an der Sache. Peres hat einem Vorbereitungstreffen zugestimmt. Das zählt. Allein das würde uns schon der Chance gemeinsamer Entscheidungen näherbringen.

Vielleicht meinen Peres und Shamir, daß die Sowjetunion vorher mit Israel diplomatische Beziehungen aufnehmen oder daß die Frage der Ausreise von Juden aus der Sowjetunion diskutiert werden sollte. Das kommt immer wieder auf die Tagesordnung. Wir wissen natürlich, daß es nicht leicht ist, einfach eine internationale Konferenz einzuberufen. Es wird Komplikationen geben, aber wir müssen uns über Aufgabe und Ziel einigen.

WELT: Auch Washington hat Vorbehalte, die Sowjetunion in Friedensgespräche einzuschalten – Bedenken regionaler und weltpolitischer Art. Davon unabhängig möchte ich Sie aber fragen: Kann man ein so schwieriges Problem wie das arabisch-israelische überhaupt lösen, wenn man soviele Leute an den Tisch holt?

Mubarak: Wir sind der Ansicht, daß die fünf Mitglieder des Sicherheitsrates an der Konferenz teilnehmen müssen, und das schließt neben Großbritannien, Frankreich und China natürlich die Sowjetunion und die USA ein. Warum sollte man sich vor der Anwesenheit der Sowjets fürchten? Ich kenne die Vorbehalte der Amerikaner, aber die treffen sich ja selbst mit den Sowjets, um ihre bilateralen Probleme zu lösen. Ende der Woche kommen Gorbatschow und Reagan in Island zusammen. Wenn ich Anfang 1987 in Washington Präsident Reagan sehe, wird die Frage, wie man dem Friedenswillen Impulse geben könnte, im Vordergrund stehen.

WELT: Für eine Übereinkunft zwischen den arabischen Staaten und Israel nennen Sie drei Bedingungen: Israel soll sich von allen seit 1967 besetzten Gebieten zurückziehen; die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) soll an der Konferenz teilnehmen; zu den Ergebnissen der Konferenz soll die Selbstbestimmung der Palästinenser zählen. Glauben Sie, daß irgendeine israelische Regierung dazu bereit wäre, diese drei Konditionen zu akzeptieren?

Mubarak: Die erste Bedingung ist in der Tat der Rückzug der Israelis aus allen seit 1967 besetzten Gebieten. Die Israelis werden sich nicht einfach zurückziehen, aber sie werden mit uns über eine Lösung verhandeln. Ich glaube durchaus, daß wir eine Einigung erzielen können.

Der zweite Punkt ist die PLO. Bei meinem letzten Besuch in den USA habe ich klipp und klar gesagt: Niemand kann die PLO als solche ignorieren. Die Organisation besteht nicht nur, wie wir immer wieder hören, aus Terroristen, es gibt dort auch anständige Leute. Würde man Ihnen zehn Palästinenser gegenüberstellen, dann wäre es für Sie schwierig, wahrscheinlich sogar unmöglich, herauszufinden, wer zur PLO gehört und wer nicht. Ein Palästinenser sagt Ihnen nicht, ob er Mitglied der Organisation ist oder nicht. Ich möchte wirklich betonen, daß es gute Menschen bei der PLO gibt ...

WELT: ... und Terroristen.

Mubarak: Ja, es gibt auch Extremisten, Leute, die terroristische Aktionen ausführen, was natürlich niemand gutheißt oder akzeptiert – aber die große Mehrheit kann man nicht ignorieren. Es wäre sehr schwierig, wenn nicht unmöglich, die Probleme in Mittelost ohne die PLO zu lösen. Glauben Sie mir das. Wir brauchen dazu beide, die Israelis und die Palästinenser. Auch für Vereinbarungen zwischen Jordanien und den Palästinensern braucht man, das haben wir gesehen, eine gemischte Delegation.

Ich habe mehr Platz für Demokratie geschaffen

WELT: Ich glaube, die Lösung hängt von zwei Faktoren ab: Erstens müßten, wie Sie sagen, palästinensische Repräsentanten gefunden werden, die für Israel, Jordanien und für die Palästinenser selbst akzeptabel sind. Israel will nicht mit der Organisation der PLO verhandeln. Zweitens hat Arafat immer noch nicht ausdrücklich das Existenzrecht Israels anerkannt, er hat die Resolution 242 des UNO-Sicherheitsrats nicht akzeptiert. Nach dieser Resolution steht allen Staaten des Mittleren Ostens das Recht zu, innerhalb ihrer Grenzen zu existieren; gleichzeitig ist Israel aufgerufen, sich aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen. Wie soll man den geschürzten Knoten lösen?

Mubarak: Es ist tatsächlich so: Der Schlüssel besteht in der Repräsentanz der Palästinenser und in der Akzeptanz Israels durch den Chef der PLO. Das sind die schwierigsten Punkte. Wir versuchen, zusammen mit Palästinensern, Jordaniern und Israelis einen Ausweg zu finden. Auf beiden Seiten werden Fehler gemacht. Aber ich versuche wirklich, eine für alle Seiten gute Lösung zu finden, das ist meine Mission. Wenn uns das gelingt, wenn die UNO-Resolutionen anerkannt und Verhandlungen mit der PLO akzeptiert werden, werden wir gemeinsamen verhandeln können. Das glaube ich. Ich kann Ihnen nicht genau sagen, wie wir das machen werden, aber wir versuchen es.

WELT: Ihr Vorgänger, Präsident Sadat, hat 1972 die sowjetischen Militärberater nach Hause geschickt, 1977 den Freundschaftsvertrag mit Moskau beendet und sich dem Westen zugewandt. Im August besuchte der sowjetische stellvertretende Außenminister Vladimir Petrowski Ägypten. Welche Politik verfolgen Sie gegenüber Moskau und Gorbatschow?

Mubarak: Die USA und die Sowjetunion sind Weltmächte. Für mich gibt es keinen Grund für ein schlechtes Verhältnis zu Moskau. Früher hatten wir dorthin besonders enge Beziehungen. Heute pflegen wir gute Beziehungen zu Amerika und normale Beziehungen zu Moskau. Um das zu erläutern, erinnere ich an Indien. Neu-Delhi hat enge Beziehungen zu Moskau, besonders auf dem Gebiet der Rüstung und in vielen anderen Hinsichten. Obwohl die Inder ausgezeichnete Beziehungen zur östlichen Supermacht unterhalten, haben sie auch gute Beziehungen zu den USA. Wir haben jetzt *sehr gute* Beziehungen zu den USA und Europa – und *gute* Beziehungen mit der Sowjetunion. Das ist unsere Politik.

WELT: Die Vostellung einer friedlichen Lösung in Mittelost hat Feinde auf den Plan gerufen, die sich terroristischer Mittel bedienen. Der Terrorismus fügt jeder gemäßigten Politik in der Region und international Schaden zu. Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang die Rolle Libyens und Syriens?

Mubarak: Ich glaube, Libyen und Syrien können Sie besser beurteilen als ich. Über Libyen rede ich gar nicht. Die Libyer bedauere ich. In westlichen Medien, zum Beispiel in den USA, wird Khadhafi als „der große Führer" dargestellt. Das verschafft ihm Genugtuung. Da macht der Westen einen Fehler. Über die Syrer kann ich nicht viel sagen, außer das eine, daß sie nicht am Terrorismus teilnehmen sollten. Ich hoffe, daß sie dies erkennen und sich davon distanzieren. Terrorismus ist eine Schande. Aber was Khadhafi angeht – nun, wir kennen den Mann ...

WELT: Wie beurteilen Sie die amerikanische Politik gegenüber Khadhafi? Befürworten Sie militärische Aktionen, wie wir sie erlebt haben, oder haben Sie Einwände?

Mubarak: Militärische Aktionen können das Problem nicht lösen. Die Amerikaner haben einen Luftangriff gegen Libyen geführt – und was passiert jetzt? Haben die Bomben Khadhafi zum Aufgeben veranlaßt?

WELT: Sie meinen, er wird gerade wegen der amerikanischen Bedrohung seine terroristische Politik fortsetzen?

Mubarak: Nein, nicht wegen des Angriffs und der militärischen Bedrohung. Er wird eine Weile warten, aber er wird seine Meinung nicht ändern. Khadhafi ist nicht normal. Viel wirksamer sind die wirtschaftlichen Sanktionen. Vorausgesetzt, alle Staaten machen mit. Die Wirtschaftssanktionen, die verhängt worden sind, zeigen bereits Wirkungen. Khadhafi geht das Geld aus. Seine Wirtschaft ist ruiniert. Deshalb sagte ich: Das libysche Volk tut mir leid.

WELT: Zu den gefährlichen Problemen des Mittleren Ostens gehört der Krieg zwischen Iran und Irak. Er tobt seit sechs Jahren. Sehen Sie eine Chance, die Konfrontation zu beenden? Können Sie mit Ihrer Autorität dazu beitragen?

Mubarak: Es sieht leider nach einem endlosen Krieg aus. Der Irak ist bereit, sich an den Verhandlungstisch zu setzen, aber zum Frieden gehören bekanntlich zwei – der Iran tut es nicht. Das ist das Problem. Ich kann diese Leute nicht verstehen. Ihre Wirtschaftslage ist schlecht, sie vergießen Blut, sie opfern viele junge Menschen, sie wenden große Mittel auf, ihre Geldquellen beginnen zu versiegen. Ich verstehe nicht, warum sie sich nicht zusammensetzen, um den Konflikt friedlich beizulegen. Krieg wird nie ein Problem lösen. Das müßten beide Länder verstehen.

WELT: Am 13. Oktober sind Sie fünf Jahre lang ägyptischer Staatspräsident. Was haben Sie damals vorgefunden und was haben Sie inzwischen für Ihr Land erreicht?

Mubarak: Als ich die Regierung übernahm, war das Land in einem schlimmen Zustand. Das Volk war in keiner guten Stimmung. Viele politische Gefangene saßen im Gefängnis, es gab Todesurteile, es gab Konflikte zwischen den Religionen, zwischen Moslems und Christen. Das Land war in Trauer.

Ich habe einen neuen Weg eingeschlagen. Jetzt, nachdem die politischen Gefangenen freigelassen sind und die Beziehungen zwischen den Religionen sich gebessert haben, herrscht viel Platz für Demokratie und Freiheit. Uns bedrängen die wirtschaftlichen Probleme. Ich habe nach der Amtsübernahme sofort eine große Wirtschaftskonferenz einberufen, und wir haben einen Fünfjahresplan ausgearbeitet.

WELT: Damit haben Sie im Juli 1982 begonnen. Jetzt stehen Sie im letzten Jahr dieses Plans. Was ist inzwischen geschehen?

Mubarak: Als erstes nenne ich die Elektrizität. Wir haben in der relativ kurzen Zeit von vier bis fünf Jahren mehr Elektrizitätswerke gebaut und Energie produziert als in den 75 Jahren davor. Die Stromerzeugung ist von 18 auf 38 Milliarden Kilowatt angewachsen. Wir haben das Eisenbahnnetz renoviert und ausgebaut. Da hatten wir nichs, wir mußten alles erneuern. Dazu braucht man viel Geld, niemand war hier darauf vorbereitet.

Ich nenne die Industrie. Früher haben wir nicht sehr wirtschaftlich gearbeitet, wir produzierten schlechte Qualität, die Technologie war veraltet. Im Fünfjahresplan sind 5,6 Milliarden ägyptische Pfund (ca. 5,9 Mrd. DM) für die Erneuerung der Textilindustrie und anderer Industrien vorgesehen. Wir haben neue Industrieansiedlungen gegründet. Dort produzieren wir Konsumgüter, Medikamente, Materialien für den Wohnungsbau, elektronische Geräte. In diesen Tagen begann General Motors 50 Kilometer von hier entfernt mit der Errichtung einer neuen Fabrik. Wir stecken viel in unser Land – 75 Prozent davon sind ägyptische Investitionen, 18 Prozent arabische Investitionen, der Rest verteilt sich auf verschiedene Länder.

Wo immer Sie sich umsehen, wird gebaut: Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser. Wir verbessern die Dienstleistungen. Sie können überall telefonieren. Wir bauen Brücken, Straßen und Autobahnen. Wir müssen das tun, weil Industrie und Handel rasch wachsen. Stellen Sie sich vor, Aspirin gibt es in Ägyten erst seit 1963. Seit 1906 war an der Wasserversorgung nichts getan worden, wir hatten keine Rohre. Die Kosten für Kläranlagen gehen in die Milliarden. Wir bauen große Wasserwerke.

Bei allem mußte ich von Grund auf neu anfangen. Als ich ins Amt kam, hätte ich mich für fünf oder zehn Jahre auf das Nötigste beschränken und alles weitere meinem Nachfolger überlassen können. Aber ich wollte es anders machen, ich wollte alles ändern. Ich mache etwas entweder ganz oder gar nicht.

WELT: Die Ergebnisse, die Sie aufzählen, liegen im Schatten großer Finanzierungsprobleme. Zusätzlich erscheint der Aufbau durch die rapide Bevölkerungszunahme behindert. Jährlich nimmt die Arabische Republik Ägypten um etwa eine Million Menschen zu, die Zahl von 50 Millionen wird bald erreicht sein. China beispielsweise hat eine strikte Geburtenkontrolle eingeführt, um die Wirtschaft nicht zu gefährden. Stoßen Sie im islamischen Ägypten auf Widerstand, wenn Sie entsprechende Maßnahmen ergreifen?

Mubarak: China ist für uns kein Maßstab. Wir können uns auch nicht nach dem richten, was in Deutschland geschieht. Jedes Land ist anders. Ich habe unter meinem Vorsitz ein nationales Komitee gebildet, um die Bevölkerung über die Gefahren der Vermehrung zu unterrichten und die Geburtenrate zu senken. Wir unternehmen große Anstrengungen.

WELT: Die jährliche Geburtenrate ist von 2,9 auf 2,7 Prozent zurückgegangen. Das wird aber kaum genügen. Sie haben zu viele Menschen ...

Mubarak: ... aber mit der Zeit wird die Geburtenrate noch weiter sinken, weil die Leute merken, daß ihr Lebensstandard bei neun Kindern nicht der gleiche ist wie bei drei Kindern. Sie fangen langsam an, das zu verstehen. Daraus ergibt sich eine Art Geburtenkontrolle.

WELT: Der sinkende Ölpreis und die Abnahme ägyptischer Gastarbeiter in anderen Ländern schaffen schwerwiegende finanzielle Probleme. Wenn sich die Situation auf dem Ölmarkt nicht ändert, wird Ägypten 1986/87 mehr als eine Milliarde Dollar Einkommensverluste erleiden. Sie geben, wenn die Zahlen korrekt sind, jährlich 5 Milliarden Dollar allein für Lebensmittel-Subventionen aus, um die Preise niedrig zu halten. Wie können Sie das durchstehen?

Mubarak: Die Zahlen sind nicht korrekt. Wir sprechen offiziell von ungefähr 1,8 bis 2 Milliarden Lebensmittel-Subventionen pro Jahr. Die genaue Höhe der Summe hängt von den Preisen auf den internationalen Märkten ab. Aber ich sage Ihnen: Wir haben Maßnahmen ergriffen, die zehn oder 15 Jahre vor mir keine Regierung ergreifen konnte. Wir haben den Brot-Preis verdoppelt. 1977 hatte es deswegen Aufstände gegeben. Wir haben im letzten und in diesem Jahr den Benzin-Preis gleich zweimal erhöht, von 20 auf 30 Piaster (ca. wie Pfennige). Als die Regierung vor sechs Jahren versuchte, den Benzin-Preis minimal anzuheben, lehnte das Parlament nach einer stundenlangen Debatte ab.

Ich sagte den Leuten: „Ich muß die Preise erhöhen. Wer es sich leisten kann, 30 000 oder 40 000 ägyptische Pfund (ca. DM) für ein Auto auszugeben, kann es sich auch leisten, einen höheren Benzinpreis zu zahlen. Ich kann nicht diejenigen unterstützen, die viel Geld haben." Das begriffen die Leute. In unserem Land können sich viele Menschen keine Medikamente leisten, also subventionieren wir Medikamente. Wir kommen langsam, sehr langsam vorwärts.

WELT: Der Tourismus, eine der Haupteinnahmequellen Ihres Landes, hat in diesem Jahr hohe Einbußen zu verzeichnen. Ist das eine Folge der Rebellion innerhalb der Polizeitruppe im vergangenen Februar, die Sie mit Hilfe der Armee beendet haben? Ist Ägypten für Ausländer und für ausländische Investoren noch sicher?

Mubarak: Vielleicht kamen nach den Ereignissen vom Februar weniger Touristen, heute kommen wieder mehr. Bitte, bleiben Sie eine Woche hier, wenn Sie Zeit haben, gehen Sie Tag und Nacht durch die Straßen und erzählen Sie mir dann, wie sicher Sie sich gefühlt haben. Fragen Sie die Ausländer hier. Wir bieten bessere Sicherheitsvorkehrungen als viele andere Länder der Welt. Zahlreiche Deutsche kommen als Touristen. Luxor zum Beispiel ist immer voll von ihnen. Ich war nach den Polizei-Unruhen zweimal dort, einmal traf ich eine Touristin, der hat es so leid getan, nach zwei Wochen unser Land wieder verlassen zu müssen, daß sie weinte ...

WELT: Was war der eigentliche Grund für die Unruhen im Februar? Immerhin haben Hotels gebrannt. Menschen wurden getötet. Standen dahinter vielleicht Kräfte des fundamentalistischen Islam?

Mubarak: Nein, überhaupt nicht. Glauben Sie mir, da gab es überhaupt keine Verbindung zu Fundamentalisten. Was da passierte, war nicht politisch, es war personell bedingt. Einige Offiziere haben sich einfach nicht genug um ihre Soldaten gekümmert. Es handelte sich um ungefähr 300 Soldaten, die normalerweise nach drei Jahren ihren Dienst zu beenden hatten. Wer beim Aufruf zur Wehrpflicht nicht rechtzeitig antritt, muß die dreijährige Dienstzeit um ein Jahr verlängern. Aber das hängt vom Ermessen der Kommandanten ab. Sie können die Soldaten auch nach drei Jahren entlassen, wenn sie wollen. Aber das haben sie nicht getan, dadurch entstanden die Probleme.

Fundamentalisten? Keine Rede. Sogar die Menschen auf der Straße waren gegen die Aufrührer, sie verfolgten sie, sie gingen gegen sie vor. Die Menschen hatten Angst, aber ich bin hingefahren, und es ist nichts passiert.

Religiöse Fanatiker – mehr als tausend sind es nicht

WELT: Aber der Islam wird stärker. Ihre eigenen Zeitungen schreiben darüber. Sie zitieren Schüler mit dem Satz: „Wir benutzen unsere Köpfe als Treppe zum Islam." Der Einfluß macht sich im Schulsystem, im öffentlichen Dienst, im Gesundheitswesen, sogar in der Regierung, bei der Armee und bei den Sicherheitsdiensten bemerkbar. Sind das Sturmzeichen?

Mubarak: Wir haben einige Extremisten in Ägypten, aber wir haben hier nicht mehr Fundamentalisten, als man in kleineren Staaten zählen kann. Ich schätze sie bei uns auf 600 bis 700, mehr als 1000 sind es bestimmt nicht. In diesem Land herrscht Religionsfreiheit. Jeder, der nicht gerade ein Extremist oder ein Fundamentalist ist, kann seinen Glauben praktizieren. Es gibt keinen Zwiespalt zwischen Islam und Christentum.

Religiösen Fundamentalismus finden Sie überall, er ist nicht typisch für Ägypten. Denken Sie an Malaysia, Indien, Pakistan, Bangladesch und an die anderen arabischen Länder um uns herum. Auch in den USA machen sich solche Strömungen bemerkbar, in Israel zum Beispiel wurden vor einigen Wochen aus diesen Motiven einhundert Bushaltestellen angegriffen.

WELT: Lassen Sie mich die Frage anders formulieren. Ihre Politik der Öffnung gegenüber dem Westen stößt in radikalen oder fundamentalistischen Kreisen des Islam auf politischen und kulturellen Widerstand. Ich glaube, Sie nennen diese Politik Infitah. Bereitet Infitah Schwierigkeiten?

Mubarak: Nein, Sie haben hier doch wohl nicht diesen Eindruck gewonnen? Infitah heißt einfach, daß wir produktive Aufbauarbeit leisten wollen, daß wir modern sein wollen. Ich kann Ihnen das erklären: Anstatt Konsumgüter aus anderen Ländern zu importieren, bauen wir lieber selbst Fabriken, die diese Güter erzeugen. Früher wurde „Infitah", also Öffnung, so verstanden, daß man einfach alles importierte, was man brauchte. Das kann kein Land akzeptieren. Das akzeptieren auch Sie nicht in Deutschland, das dulden auch die Amerikaner und die Japaner nicht. Jeder muß seine Industrie aufbauen und schützen, und jeder versucht, zu exportieren, das ist sowieso besser.

WELT: Es gibt aber im Islam Widerstände gegen die westliche Kultur, vielleicht auch gegen die technische Zivilisation, Opposition gegen andere Gewohnheiten und Sitten. Ein sinnfälliges Beispiel ist die Auseinandersetzung um den Import von Videokassetten, sie hat sehr heftige Form angenommen.

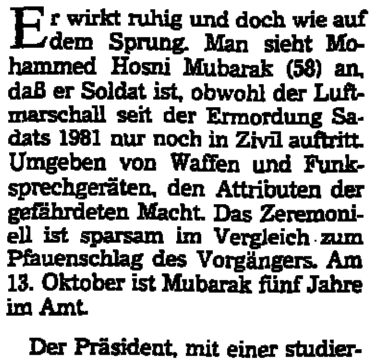
Mubarak: Haben Sie das von denen gehört, die hier Videokassetten verbrannt haben? So etwas gibt es doch auch in Frankreich und in Deutschland, das heißt doch überhaupt nichts. Aber in einem stimme ich Ihnen zu: Auch wir bewahren unsere Kultur wie jedes andere Land der Welt. Es gibt zum Beispiel Videofilme mit sexuellen Darstellungen. Das akzeptiert man hier nicht. In Italien kann man das im Fernsehen sehen. Davor bewahren wir uns.

WELT: Alles, was ich über die islamische Opposition und ihre Ablehnung westlicher Einflüsse sage, kann ich in Zeitungen Ihres Landes nachlesen, zum Beispiel in der englischsprachigen „Egyptian Gazette". Dort steht, wie heftig in Ihrem Land über die Frage gestritten wird, ob die Wege der Tradition oder die Wege der Modernisierung im westlichen Sinne beschritten werden sollten ...

Mubarak: Manchmal kann man dort Geschichten lesen, die wirklich nur aus der eigenen Phantasie geboren wurden. Aber wir haben eben eine freie Presse. Sie kann alles verbreiten, was die Meinung von zehn oder 15 Leuten oder die Meinung von nur einer einzigen Person widerspiegelt. Ich sagte Ihnen eingangs schon, daß ich seit meinem Amtsantritt vor fünf Jahren viel Platz für Demokratie und Freiheit geschaffen habe. Das gilt auch für die von Ihnen erwähnte Diskussion. Die Menschen sollen selber verstehen lernen, was richtig und was falsch ist. Für Ägypten ist es sehr wichtig, daß die Menschen ihre Meinung öffentlich kundtun, anstatt in den Untergrund zu gehen und dort zu rumoren. Ich glaube, daß wir uns hier Öffentlichkeit leisten können. Es hat in unserem Lande noch nie so viel Freiheit, noch nie so viel Meinungsfreiheit gegeben wie heute.

Er wirkt ruhig und doch wie auf dem Sprung. Man sieht Mohammed Hosni Mubarak (58) an, daß er Soldat ist, obwohl der Luftmarschall seit der Ermordung Sadats 1981 nur noch in Zivil auftritt. Umgeben von Waffen und Funksprechgeräten, den Attributen der gefährdeten Macht. Das Zeremoniell ist sparsam im Vergleich zum Pfauenschlag des Vorgängers. Am 13. Oktober ist Mubarak fünf Jahre im Amt.

Der Präsident, mit einer studierten Frau verheiratet – ihre Mutter stammte aus England –, stellt sich als ein Mann des Westens dar, als Reformer, der sein Land aus der Wüste der Verschuldung ziehen will. Nur einmal tritt Erregung in seine Stimme, als ich ihn frage, ob die Öffnung gegenüber Technologie und Lebensart des Westens nicht den radikalen Islam auf den Plan rufe.





Mubarak war die rechte Hand von Staatspräsident Sadat (r.). Sadat wurde 1981 bei einer Militärparade am Jahrestag des Oktober-Krieges gegen Israel ermordet. FOTO: CAMERA PRESS

Ägypten besteht nicht nur aus Kairo, aber die Stadt der 13 Millionen Menschen, dieses wilde Gemisch aus alten und neuen Steinen, Moscheen und Bürohäusern, orientalischen Märkten und europäischen Hotels, kinderübersäten Höfen und verstopften Straßen, bestimmt den ungleichmäßigen Takt des Lebens. Garant der Ordnung sind die 400 000 Soldaten und ein wahres Beamtenheer, das seine Privilegien verteidigt.

Von der Festung Saladins und der Alabastermoschee Mohammed Alis bezwingt der Blick die Stadt, sie liegt abgrundtief im grau-blauen Dunst. Östlich davon erhebt sich die Mokattamhöhe, grelles Gestein, auf dem die Zitadelle dieser Zeit steht, der Sender. Wer sie einnimmt, beherrscht das Land.

Bürgerrechtlerin nach Protest für Daniloff verhaftet

DW. Frankfurt

Die sowjetische Malerin Nina Kowalenko, die in der vom Staat unabhänigen Friedensbewegung aktiv ist, wird seit dem 26. September in der psychiatrischen Haftanstalt Kaschtschenko in Moskau zwangsbehandelt.

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte erfuhr durch sowjetische Bürgerrechtskreise von der Verhaftung. Demzufolge habe Frau Kowalenko am 20. September gegenüber dem sowjetischen Außenministerium in Moskau mit einem Transparent zugunsten des amerikanischen Journalisten Nicolas Daniloff demonstriert. Während dieser Protestaktion sei sie festgenommen, jedoch kurz darauf wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Eine Woche später verhafteten KGB-Beamte die Bürgerrechtlerin und wiesen sie sofort in die psychiatrische Haftanstalt ein. Frau Kowalenko gehört der „Gruppe für Vertrauen zwischen der UdSSR und der USA" an.

Nach intensiven Gesprächen zwischen den Außenministern der Sowjetunion und der USA war Daniloff in der vergangenen Woche freigelassen worden.

Österreichs Grüne vor der Spaltung

DW. Linz

Die österreichischen Grün-Alternativen stehen kurz vor den Parlamentswahlen vor einer Spaltung. Eine Sitzung der Delegierten ging gestern in Linz ohne klaren Kompromiß zu Ende. Nach dem Streit zwischen der gesamtösterreichischen Spitzenkandidatin Freda Meissner-Blau und den Wiener Alternativen koppelten sich die Gruppen der westlichen Bundesländer vorerst vom gemeinsamen Wahlkampfzug ab. Der Streit war ausgebrochen, nachdem die Wiener Alternativen nicht, wie zuvor in allen Bundesländern vereinbart, Frau Meissner-Blau als Spitzenkandidatin nominiert hatten. Daraufhin sprach sie von einem „links-linken Putsch".

Moskau spricht erneut von Afghanistan-Abzug

Falins Interview vor dem Island-Gipfel / Nur Rotation?

WALTER H. RUEB, Bonn

Die Welt blickt gespannt nach Afghanistan. Valentin Falin, von 1971 bis 1978 Botschafter der Sowjetunion in Bonn und jetzt Chef der Presseagentur Nowosti in Moskau, hat das Interesse geweckt. Er erinnerte in einem Interview mit der japanischen Zeitung „Asahi Shimbun" an die Ankündigung von Generalsekretär Gorbatschow, die Sowjetunion werde noch in diesem Jahr Truppenkontingente aus Afghanistan abziehen.

Er kündigte an, daß ausländische Journalisten eingeladen würden, sich im Innern Afghanistans vom sowjetischen Truppenabzug zu überzeugen. Wörtlich sagte Falin: „Wer am 6. Oktober nach Afghanistan geht, wird den Abzug beobachten können."

Diese Versprechen haben im Hinblick auf das bevorstehende amerikanisch-sowjetische Gipfeltreffen in Reykjavik eine besondere Bedeutung erlangt, denn in der isländischen Hauptstadt wird die Afghanistan-Frage mit Sicherheit auf der Tagesordnung stehen.

Die jüngsten Nachrichten aus Afghanistan aber sind nicht gerade ermutigend. Sie besagen, daß im Westen Afghanistans gewisse Beobachtungen auf einen Abzug bestimmter Truppenteile hinweisen, daß aber an anderen Stellen des Landes Truppeneinschleusungen im Gange sind, die möglicherweise abgezogene Einheiten ersetzen.

Weiter heißt es, in Shindand, wo sich der größte Luftstützpunkt der Sowjets im Westen Afghanistans befindet, würden Flugpisten und Straßen instandgesetzt, ein Großteil der Militärfahrzeuge befinde sich in Reparatur, und die sowjetischen Truppen probten für die Abschiedszeremonie.

Frische Bataillone

Im Norden und Westen Afghanistans aber seien frische Infanterie-Bataillone der Roten Armee registriert worden. Erstaunlicherweise seien diese nur mit gewöhnlichen Lastwagen ausgerüstet und nicht mit gepanzerten Transportfahrzeugen, wie sie die Sowjets normalerweise benützen.

In Shindand können sich die Sowjets nach Ansicht von Insidern einen partiellen Truppenabbau problemlos leisten. Stadt und Region seien seit Jahren ein bevorzugtes Feld sowjetischer Machtentfaltung, heißt es beim Widerstand. Im Frühjahr 1986 hat Guerrilla-Führer Allah Uddin aus diesem Gebiet Afghanistans bei einem Besuch in Bonn berichtet, daß hier 50 000 Sowjetarmisten, Tausende von Panzern, 400 Kampfflugzeuge und Helikopter sowie auch Raketen stationiert seien.

Truppen für Iran-Vorstoß?

Uddin und viele seiner 15 000 Mudschahedin stellten auch fest, daß mehr als die Hälfte des Kampfpotentials der Sowjets nicht eingesetzt und offenbar für andere Zwecke als zur Niederschlagung des afghanischen Widerstandes in Bereitschaft gehalten wurde. Die Vermutungen lauteten: Sind Raketen und Truppenverbände für ein sowjetisches Eingreifen im pakistanischen Belutschistan und in Iran bereitgestellt worden?

„Angesichts einer bevorstehenden politischen Lösung des Afghanistan-Konflikts haben die Sowjets ihre weitergehenden Pläne offenbar aufgegeben", heißt es beim Widerstand. „Das erklärt auch die Beobachtung, daß in Shindand seit längerer Zeit bedeutend weniger Kampfflugzeuge stationiert sind. Und auf die drei Luftabwehrregimenter, die Gorbatschow abzuziehen versprach, kann man hier leichten Herzens verzichten. Für den Kampf gegen die Guerrilla benötigt man sie nicht, weil diese weder Flugzeuge noch Helikopter haben."

Der Westen Afghanistans werde in jüngster Zeit nicht weniger, sondern erheblich öfter aus der Luft angegriffen, besagen weitere Informationen aus Westafghanistan. Die Stadt Herat liege in Trümmern. Sie sei übrigens just am Tag von Gorbatschows Abzugs-Versprechen in Wladiwostock am heftigsten angegriffen worden . . .

Dem Widerstand ist auch nicht entgangen, daß Flugzeuge zunehmend von Basen in der Sowjetunion zu Angriffsflügen gegen Ziele in Afghanistan starten. Shindand liegt von Luftstützpunkten im benachbarten Turkmenien 300 Kilometer entfernt, Herat sogar nur 200. Ein Informant zur WELT: „Die MiG 29 können auf den Pisten von Shindand überhaupt nicht landen. Die Russen haben die Pläne, den Flughafen auszubauen, schon vor längerer Zeit aufgegeben."

USA unterstützen wieder Sudan

AFP, Washington

Der sudanesische Ministerpräsident Sadek al Mahdi hat vor der UNO-Vollversammlung angekündigt, daß sein Land Schulden an andere Staaten nur noch begrenzt zurückzahlen wird. Sudan ist nach Peru das zweite Schuldnerland, das dies offiziell erklärt. Die amerikanische Regierung hat unterdessen beschlossen, die Hilfe für Sudan wiederaufzunehmen und einen Teil des diplomatischen Personals wieder nach Khartum zu entsenden. Washington hatte im April die Auszahlung von 310 Millionen Dollar vorgesehener Haushaltsmittel gestoppt, weil es die wirtschaftliche Entwicklung in dem Land negativ beurteilte.

Mitterrand besteht auf einer Debatte

dpa, Paris

Der französische Ministerrat hat gestern das Gesetz über eine neue Wahlkreiseinteilung verabschiedet, die durch die Rückkehr zum Mehrheitswahlrecht notwendig geworden ist. Premierminister Chirac wurde ermächtigt, die Parlamentsberatungen durch die Vertrauensfrage abzukürzen, doch erinnerte Präsident Mitterrand daran, daß er eine Debatte im Parlament für unerläßlich hält. Mit dem Hinweis auf die Rechte des Parlaments hatte Mitterrand es abgelehnt, die Wahlkreisneuordnung auf dem Verordnungsweg abzuzeichnen. Chirac kann nun allein entscheiden, ob und wann er die Beratungen über die 577 neuen Wahlkreise beendet.

„Hier herrscht eine entspannte Atmosphäre"

WELT-Interview mit dem isländischen Premierminister Steingrimur Hermannsson / „Wir gehören zum Westen"

FLORIAN NEHM, Reykjavik

In dem schlichten zweistöckigen Haus aus weißem Stein an der Laekjargata im Zentrum von Reykjavik war früher ein Gefängnis. Heute haben hier Islands elegante Präsidentin Vigdis Finnbagadottir (erste Tür links) und Premierminister Steingrimur Hermannsson (erste Tür rechts) ihren Amtssitz.

Kein Polizist weit und breit. Der dunkelrote Teppichboden dämpft die Schritte. „Bitte ziehen Sie auch Ihr Jackett aus, wenn Sie mögen, wir pflegen hier einen entspannten Umgang und unsere Geysirwasserheizung läuft schon auf vollen Touren", sagt der Regierungschef zur Begrüßung. An den Wänden hängen impressionistische Gemälde isländischer Maler. Sie zeigen die rauhe und eigenartig anziehende Landschaft der Insel im Nordatlantik.

Premier Hermannsson, von seinen Landsleuten zumeist bei seinem Namen Steingrimur gerufen, ist ein höflicher Mann und würde Reportern, die bei seinem Anblick sofort die Fotokameras zücken, ungern ein Gespräch abschlagen. „Ich habe aufgehört die Journalisten zu zählen. Aber ich möchte, daß möglichst viele Menschen in der ganzen Welt wissen, daß unser Land existiert."

Herr Premierminister, wann hörten Sie zum ersten Mal, daß das Treffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow in Ihrem Land stattfinden könnte?

Hermannsson: Das erfuhr ich am Montag, den 29. September, kurz nach 9.00 Uhr. Der sowjetische Botschafter rief mich an und bat um eine extrem dringende Unterredung. Die Angelegenheit sei so geheim, daß sie nicht am Telefon besprochen werden könne. Er kam sofort zu mir und erklärte, daß die Führer der beiden Weltmächte beschlossen hätten, sich in Island zu treffen, wenn wir einverstanden wären. Eine Stunde später kam auch der amerikanische Botschafter.

Wer hatte die Idee, nach Reykjavik zu kommen?

Hermannsson: Man hat mir erklärt, daß Gorbatschow ein Treffen in London oder Reykjavik vorschlug, und daß Reagan Reykjavik akzeptierte.

Ich möchte deutlich sagen, daß wir sehr höflich gefragt wurden. Ich habe dem sowjetischen Botschafter dann gleich mitgeteilt, daß wir einverstanden seien.

Warum glauben sie, daß Island für den Gipfel auserwählt wurde?

Hermannsson: Einige Leute sagen, Island liege geographisch günstig zwischen Moskau und Washington. Ich glaube nicht, daß das so wichtig ist, denn Sie können heutzutage überall hinfliegen. Island ist als NATO-Mitglied kein neutrales Land. Aber Island hat immer freundlich zu den Sowjets gestanden. Wir haben nie nukleare Waffen auf Island zugelassen und erlauben keine Raketen.

Wir treiben schon lange Handel mit den Sowjets. Wir kaufen Öl von ihnen und sie kaufen Fisch von uns. Sowjetische Wissenschaftler arbeiten hier. Wir stehen also sowohl mit den USA als auch mit der Sowjetunion gut. Das mag ein Grund für die Wahl gewesen sein. Aber Island ist auch ein Ort mit sehr entspannter Atmosphäre.

Wie lösen sie das Sicherheitsproblem?

Hermannsson: Wir haben hart darüber beraten. Seitdem die Vorhut der Supermächte eingetroffen ist, arbeiten wir eng mit ihnen zusammen. Ich glaube nicht, daß es Probleme geben wird. Wir haben Waffen und Leute, die dafür ausgebildet sind Waffen zu tragen. So stellen wir etwa 500 Sicherheitsleute.

Wer ist verantwortlich?

Hermannsson: Wir tragen die Verantwortung. Wir arbeiten eng mit Russen und Amerikanern zusammen und werden isländisches Recht sicherstellen. Wir haben vereinbart, daß sie die Sicherheit der Führer selbst besorgen. In Island sind Feuerwaffen nicht erlaubt. Wir kontrollieren deshalb jede einzelne Waffe, die ins Land kommt und auch wer für sie zuständig ist. Wir stellen für



Islands Premier Steingrimur Hermannsson (r.) erwartet gelassen den Gipfel. Links WELT-Redakteur F. Nehm FOTO: DIE WELT

die ausländischen Sicherheitsleute Waffenscheine aus. Sollte also ein Schuß losgehen, werden wir wissen, aus welcher Waffe er kam.

Aber wir anerkennen voll deren Verantwortung, das Leben ihrer Führer zu sichern. Da wird es kein Problem geben.

Wie sehen Sie Ihre Gäste Michail Gorbatschow und Ronald Reagan?

Hermannsson: Ich schätze sie natürlich sehr. Das sind zwei sehr fähige Leute und Führer der Supermächte. Alle Menschen müssen sich auf ihre Weisheit verlassen, denn auf ihnen ruht die Hoffnung, daß wir von diesem verrückten Wettrüsten wegkommen.

Frau Raisa Gorbatschowa wird Gast Ihrer Frau sein. Warum haben Sie nicht auch Frau Reagan eingeladen?

Hermannsson: Wir haben Frau Gorbatschowa nicht eingeladen, das ist ein Mißverständnis. Man sagte uns, daß sie gerne kommen würde und ob sie willkommen wäre. Und natürlich ist sie sehr willkommen und meine Frau freut sich, sie zu empfangen. Auch Frau Reagan wäre sehr willkommen, wenn sie kommen möchte.

Was erwarten Sie vom Gipfel?

Hermannsson: Ich erwarte, daß es ein wichtiger Schritt für eine Serie von Treffen wird. Bei allem Respekt für die Friedensbewegungen, ist klar, daß dies die beiden Männer sind, die es entscheiden werden.

Würden Sie, vielleicht schon im kommenden Jahr, einem weiteren Gipfel auf Island zustimmen?

Hermannsson: Wenn das nützlich ist, gewiß. Dabei ist es mir völlig egal, ob sich so ein Treffen „Gipfel" oder „Vorgipfel" nennt.

Warum ist Island strategisch so wichtig für die NATO?

Hermannsson: Unglücklicherweise ist der Nordatlantik zu einer militärisch enorm wichtigen Region geworden. In Island entkamen wir zwei Weltkriegen, weil wir so abseits liegen. Das sind wir aber heute nicht mehr, denn wir befinden uns genau da, wo sich der militärische Verkehr der Amerikaner und Sowjets zu Luft und zu Wasser konzentriert. Glauben Sie mir, wir hätten es gerne anders.

Wie denken die Isländer über die NATO-Mitgliedschaft und die in Keslavik stationierten 4000 amerikanischen Soldaten?

Hermannsson: Die jüngste Umfrage besagt, daß 80 Prozent der Isländer für die NATO ist und sich dem Westen zugehörig fühlt. Wir wollen das Gleichgewicht in Europa vor allem in dieser Zeit nicht stören. 60 bis 70 Prozent der Isländer sind dafür, daß die amerikanischen Beobachtungsposten vorläufig in Keslavik bleiben. Die meisten Isländer möchten aber bessere Zeiten sehen, in denen keine Militärbase und nicht einmal eine Militärallianz nötig ist.

Gibt es in Island anti-amerikanische Gefühle?

Hermannsson: Nein. Isländer sind eher pro-amerikanisch. Aber wir sind auch pro-sowjetisch.

Wie stehen Sie zur skandinavischen Initiative, in Nordeuropa eine nuklearwaffenfreie Zone einzurichten?

Hermannsson: Unser Parlament, das Althing, unterstützt einstimmig eine nuklearwaffenfreie Zone von Grönland bis zum Ural. Es ist aber Sache eines jeden Landes, Nuklearwaffen zu verbieten. Wir erlauben es zum Beispiel nicht. Eine nuklearwaffenfreie Zone macht aber nur Sinn, wenn auch die Gewässer um Island herum entleert werden. Wir wissen jedoch, daß es hier überall U-Boote gibt, sogar in den schwedischen Hoheitsgewässern. Eine Zone müßte daher nicht nur für das Land, sondern auch für die See gelten. Und die Sowjetunion einbeziehen.

Wie Island, erlauben auch Neuseeland und Norwegen keine Nuklearwaffen auf ihren Territorien. Aber Island hat es bisher vermieden, die Amerikaner zu fragen, ob ihre Schiffe oder Flugzeuge Nuklearwaffen mitführen. Warum?

Hermannsson: Wir hatten bisher keine Anlaß die Frage nach Nuklearwaffen zu stellen. Wir haben den Amerikanern erklärt, daß wir von ihren Flugzeugen und Schiffen erwarten, das sie keine Nuklearwaffen mitführen. Und sie haben uns gesagt, daß ihre hier landenden Schiffe und Flugzeuge damit nicht bestückt sind.

Warum ist Ihrer Ansicht nach die sowjetische Botschaft in Reykjavik so viel größer als die amerikanische?

Hermannsson: Das kann ich nicht beantworten. Es hängt auch davon ab, ob sie die vielen bei den Amerikanern angestellten Isländer mitzählen. Aber es stimmt, daß die sowjetische Botschaft ziemlich groß ist. Wir haben jedoch nie für uns inakzeptable Aktivitäten beobachtet. Aber ich bin sicher, daß sich beide Botschaften gegenseitig ausspionieren, was sie von mir aus gerne tun könnten. Ich habe keine Befürchtungen, denn bei uns gibt es kaum Geheimnisse. Die vielen Spione müssen eben igendwie beschäftigt werden.

Fürchtet Island die sowjetischen U-Boote?

Hermannsson: Nein, denn wir sind in der NATO und ein Angriff auf Island ist ein Angriff auf die ganze Allianz. Das wissen die Sowjets.

Was glauben Sie ist der Grund, daß Island als einziges NATO-Mitglied noch von keinem deutschen Bundespräsidenten offiziell besucht worden ist?

Hermannsson: Das ist eine gute Frage. Aber möglicherweise wird unsere Präsidentin nächstes Jahr Deutschland besuchen. Und ihr Präsident wird uns 1987 vielleicht auf dem Weg zu seiner Staatsvisite in Kanada offiziell besuchen. Er ist uns sehr willkommen. Ich hoffe übrigens, daß ich Ihnen damit keine Staatsgeheimnisse verrate, denn wir haben zu Deutschland sehr gute Beziehungen.

Warum ist Island nicht Mitglied der Europäischen Gemeinschaft?

Hermannsson: Da gehören wir nicht hin, denn dafür ist unsere Wirtschaft zu empfindlich. Wir haben gerade erst die Engländer und die Deutschen aus unseren Fischereizonen verdrängt und werden sie nicht wieder hereinlassen. Wir haben ein sehr gutes Handelsabkommen mit der EG, welches ganz unseren Bedürfnissen entspricht. Bedenken Sie, daß wir mit nur 240 000 Einwohnern zu leicht von einem anderen Land verschluckt werden können. Aber wir fühlen uns ganz bestimmt als Europäer.

Vom TÜV besiegelt: Audi 100 – Audi 200 Avant mit Qualität auf Platz 1.

Der neue TÜV-Report 86: Hier werden alle vom TÜV kontrollierten Autos erfaßt. Das Ergebnis überrascht uns nicht: Mit der neuen Audi Langzeitqualität kamen die Audi 100- und die Audi 200-Modelle in der Rubrik „bis zu 2 Jahre alte Autos" mit Abstand auf Platz 1.

Gefolgt von einem der erfolgreichsten Automobile der Mittelklasse, wieder ein Audi – der Audi 80.
Für Audi ist es wieder ein Beweis, daß der eingeschlagene Weg, ständig zur Wertsteigerung und zum Werterhalt seiner Automobile beizutragen, richtig ist.

So hat Audi durch die zukunftsweisende Technologie der Karosserie-Vollverzinkung eines der größten Automobilprobleme – die Korrosion – als erster bei Großserien-Limousinen überzeugend in den Griff bekommen.

So hat Audi in einem der modernsten Lackierwerke Europas die besten Voraussetzungen für langfristige Werte geschaffen, mit den aufwendigsten Konservierungs- und Lackierungstechniken.

So hat Audi auch ein besonders korrosionsgefährdetes Teil, die Abgasanlage, an den wichtigsten Stellen aus Edelstahl gefertigt.

So konnten bei den langlebigen Motoren durch neue technische Ideen die Inspektionsintervalle deutlich verlängert werden: Service-Schwerpunkte nur noch alle 30.000 km.

Diese und viele andere Langzeit-Qualitätsmaßnahmen sind auf die immer größer werdenden Erwartungen der Autofahrer und an die gestiegenen Anforderungen zukunftsweisend abgestimmt worden. Überzeugen Sie sich selbst.
Bei Ihrem V.A.G Partner.



Vorsprung durch Technik

Sonderausstattung: Beifahreraußenspiegel.

Audi 100

FDP-Chef: Distanz zu Haussmann

AP, München

Der FDP-Vorsitzende Martin Bangemann hat gestern versichert, daß seine Partei keinen Anspruch auf das Umweltministerium in Bonn nach der Wahl erhebe. Vor Journalisten sagte Bangemann in München, die von FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann am Vortag wieder entfachte Diskussion sei „so unnötig wie ein Kropf".

Haussmann hatte im Deutschlandfunk gesagt, die Freien Demokraten „haben nach wie vor große Kompetenz" in der Umweltpolitik. Sie wollten aber zunächst die Bundestagswahl abwarten, bevor sie sich entscheiden, ob sie das Umweltministerium als viertes Ressort beanspruchen. „Aber Umweltpolitik muß mit der FDP verbunden bleiben", verlangte Haussmann.

Bangemann sagte dazu, Haussmann habe damit lediglich das Interesse der FDP bekundet, an der Umweltpolitik der Bundesrepublik teilzunehmen. Personalforderungen seien damit nicht gemeint gewesen.

„Wahlprüfsteine" ohne Kernenergie

Breit weist auf die Übereinstimmungen zwischen der SPD und den Gewerkschaften hin

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Arbeitnehmer sollen nach den Vorstellungen des DGB ihre Stimmabgabe bei der Bundestagswahl im Januar 1987 an sechs „Wahlprüfsteinen" ausrichten, die vom Bundesausschuß des Gewerkschaftsbundes gestern vormittag einstimmig verabschiedet worden sind. Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit verband die Veröffentlichung dieser Prüfsteine mit Kritik an der Wirtschafts- und Sozialpolitik der jetzigen Bundesregierung wie auch der ehemaligen sozialliberale Koalition.

Die sechs „Wahlprüfsteine" bestehen aus jeweils grundsätzlichen Forderungen, die von entsprechenden Erläuterungen ergänzt werden: „Mehr öffentliche Initiativen für Arbeit, Umwelt und Lebensqualität; kürzere Arbeitszeiten – im Interesse der Arbeitslosen und der Beschäftigten; soziale Gestaltung des technischen Wandels; gesicherte Arbeits- und Lebensverhältnisse für alle; Ausbau der Mitbestimmung auf allen Ebenen der Wirtschaft; freie und streikfähige Gewerkschaften und Ausbau der Tarifautonomie." Im einzelnen ist dann beispielsweise von einem Verbot der Aussperrung die Rede, von einem 100-Milliarden-Investitionsprogramm des Staates in den kommenden fünf Jahren, einer Ergänzungsabgabe und einem „Stopp der Privatisierung".

In einem Vorwort zu den „Wahlprüfsteinen" wird von der DGB-Führung ein schwarzes Bild gezeichnet. „Der Sozialabbau, die Beschneidung der Arbeitnehmerrechte, die Umverteilung von unten nach oben, die Aushöhlung des Streikrechts – mit all diesen Maßnahmen hat die konservativ-liberale Bundesregierung den Sozialstaat nachhaltig getroffen", heißt es dort. Breit ergänzte: Am 25. Januar „müssen die Arbeitnehmer registrieren, daß sie sich seit mehr als einem Jahrzehnt auf der Verliererstraße befinden". Die 1975 einsetzende Massenarbeitslosigkeit „schuf die Voraussetzungen für die Eskalation der Angriffe auf die Arbeitnehmerinteressen".

Obwohl auch die CDU-Mitglieder in der Spitze des DGB und der Einzelgewerkschaften dem Prüfstein-Paket zugestimmt haben, lesen sich die Forderungen weitgehend wie die entsprechenden Vorstellungen der SPD. Auf Befragen fiel Breit im wesentlichen auch nur ein Unterschied zu den Sozialdemokraten ein, nämlich was die Pläne zur „dauerhaften Sicherung der Rentenfinanzen" angeht.

Und das Thema Kernenergie taucht im DGB-Katalog nicht auf: „Dies würden wir auch nicht zum Kernpunkt bei der Abstimmung im Januar machen." Im übrigen sei es ja auch „kein ganz unnatürlicher Zustand", wenn es so viele Übereinstimmungen zwischen Gewerkschaften und SPD gebe. Allerdings räumte Breit auch ein, daß die Neue-Heimat-Affäre nicht nur den Ruf des DGB, sondern auch die Wahlchancen der SPD beeinträchtige.

Biedenkopf ermahnt die CDU

AP, Hannover

Der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU, Kurt Biedenkopf, hat seine Partei ermahnt, „keinen Wahlkampf gegen die Gewerkschaften" zu führen.

In einem Interview mit der in Hannover erscheinenden „Neuen Presse" hob Biedenkopf hervor, daß seine Partei auf ein „gedeihliches Miteinander" mit den Gewerkschaften angewiesen sei, wenn sie Mehrheitspartei bleiben wolle.

In diesem Zusammenhang richtete der Politiker Warnungen an die SPD: „Wir werden aktiven sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitgliedern keinen Naturschutzpark anbieten, aus dem heraus sie uns angreifen können. Wir werden zurückschlagen." Im weiteren Verlauf des Interviews meinte der Politiker, Sozialdemokraten, die Gewerkschaftsfunktionen haben, vergäßen vor Wahlen immer, „daß sie dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft verpflichtet sein sollten und keine Wahlkampfstrategie der SPD zu machen hätten".

Wenn SPD-Länder bei der CDU um Hilfe bitten

HARALD GÜNTER, Stuttgart

Noch vor den jüngsten Ausschreitungen bei der Demonstration gegen das Kernkraftwerk Brokdorf hat sich die tiefe Kluft zwischen SPD- und unionsregierten Ländern in Fragen der inneren Sicherheit aufgetan. Baden-Württembergs Innenminister Dietmar Schlee (CDU) wies jetzt im Gespräch mit der WELT auf die bestehenden Differenzen hin, die auch auf der Saulgauer Innenministerkonferenz nicht ausgeräumt werden konnten. Seinen sozialdemokratischen Amtskollegen warf er vor, „aus wahltaktischen Gründen" ihren Beitrag zur Bekämpfung der Gewaltkriminalität bei Großdemonstrationen zu verweigern. „Da spielen einige den pseudoliberalen Nikolaus", meinte Schlee, „und überlassen uns die Rolle des Knecht Ruprecht".

Schlee warf den Regierungen der SPD-regierten Länder vor, Problemlagen, wie sie zuletzt in Brokdorf, Wackersdorf und Hamburg aufgetreten seien, zu ignorieren. So habe Nordrhein-Westfalen bereits auf der vorletzten Innenministerkonferenz Mitte Juni einen Beschlußvorschlag abgelehnt, in dem nur festgestellt worden sei, daß „alle Möglichkeiten ausgeschöpft" werden müßten, um die eingesetzten Polizeibeamten zu schützen, Gewalttäter zu erkennen und festzunehmen sowie friedliche Demonstranten bei Auseinandersetzungen vor Schaden zu bewahren. Auch in Saulgau habe sich Ende vergangener Woche wenig bewegt.

Hilferufe aus Hessen

Als „Gipfel der Unehrlichkeit" bezeichnete es Schlee, wenn die größten Kritiker der unionsregierten Länder dann „um Hilfe rufen, wenn es im eigenen Haus mal brennt". So hätten Nordrhein-Westfalen, Hessen und Hamburg zu einer Zeit, als sie selbst noch den Einsatz sogenannter verdeckter Ermittler politisch ablehnten, mehrfach einschlägige Unterstützung aus Baden-Württemberg im Kampf gegen die internationale Rauschgiftkriminalität angefordert und erhalten. Hamburg wiederum beteilige sich zwar nicht an dem polizeilichen Meldedienst über „Landfriedensbruch und ähnliche Straftaten", bediene sich aber sehr wohl auf anderen Wegen der dort gespeicherten Daten über Straftäter. Schlee erinnerte in diesem Zusammenhang auch an die Räumung der Baumhütten an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens im Herbst 1981. Auch damals habe Hessen die Amtshilfe baden-württembergischer Spezialeinheiten benötigt, um mit den Platzbesetzern fertig zu werden.

„Schutz vernachlässigt"

Keine Einigung hatten die Innenminister in Saulgau auch in Fragen der polizeilichen Ausrüstung erzielt. „Aus politischem Opportunismus vernachlässigen die A-Länder die berechtigten Schutzinteressen der Polizeibeamten gegenüber Gewalttätern und Terroristen", sagte Schlee. Bedauerlich sei insbesondere deren Ausstieg aus der gemeinsamen Suche nach einem neuen polizeitypischen Einsatzmittel zwischen Schlagstock und Pistole. „Daß eine geeignete Waffe bisher nicht gefunden wurde", meinte Schlee, „heißt schließlich nicht, daß wir keine brauchen". Baden-Württemberg werde an dem laufenden Forschungsauftrag deshalb festhalten.

Darüberhinaus bekräftigte Schlee die Haltung der Innenminister der Union, daß die Polizei im Kampf gegen Schwerstkriminalität und Terrorismus prinzipiell nicht auf Handgranaten verzichten kann. Mit ihrer Weigerung, diese Option wenigstens für besonders geschulte Spezialeinheiten offenzuhalten, hätten die Vertreter der SPD auf der jüngsten Konferenz weder der Bevölkerung noch den Polizeikräften ihrer Länder einen Dienst erwiesen.

Experten befürchten Bankrott der UNO

dpa, Bonn

Ohne Reform- und Hilfsmaßnahmen ist die UNO nach Ansicht des ehemaligen US-Außenministers Cyrus Vance in wenigen Monaten bankrott. Vance sprach gestern zum Abschluß eines internationalen Symposiums der beiden privaten Organisationen „Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen" und „United Nations Association of the United States of America". Die Organisationen hatten unter der Schirmherrschaft von Bundesaußenminister Genscher in der SPD-nahen Friedrich Ebert-Stiftung in Bonn getagt. Daß die UNO „zweifellos in einer Krise steckt", gab auch der SPD-Politiker Wischnewski zu, der die Amerikaner aufforderte, ihre finanziellen Verpflichtungen der UNO gegenüber zu bedenken.

Für den Bankrott der UNO wird maßgeblich sein, daß Zahlungen der Mitgliedsländer nicht fristgemäß eingehen. Wesentlichen Anteil hieran haben die USA, die über 100 Millionen Dollar zurückgehalten haben. Am Jahresende dürften im UNO-Etat von rund einer Milliarde Dollar rund 270 Millionen Dollar fehlen.

Weizsäcker mahnt zum „Innehalten"

E. N. Bonn

Eine sofortige Abschaltung der Kernkraftwerke könne niemand verantworten; es könne aber auch auf dem Energiesektor nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl „nicht alles so bleiben, wie es ist". So beschrieb Bundespräsident Richard von Weizsäcker vor der „Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen e.V." in der Bonner Universität seine Position.

Jeder müsse nach einer solchen Katastrophe „sich für die Möglichkeit, seinen eigenen bisherigen Standpunkt zu verändern, öffnen". Innehalten und überprüfen bedeute nicht, „Moral" gegen „Interessen" zu stellen. Eine Moral, die die Interessen der Menschen übergehe, sei eine „überhebliche Ideologie".

Was die Demonstrationen zu Umweltschutzfragen anbelange, so sei Konfrontation „nicht in jedem Fall so schlecht wie ihr Ruf", und wo Regeln zur Austragung eingehalten würden, könne sie „sehr wohl die Einsicht und Entscheidungskraft fördern". Er betonte aber auch: „Ökologen dürften wissen, daß kein Druck von außen imstande ist, Systeme in gewolltem Sinne zum Blühen zu bringen."

Jenninger und die ‚echten' Arbeiter im Parlament

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Mit der Bemerkung daß es „kaum möglich und vielleicht nicht einmal sinnvoll" wäre, die Zahl der nur zwölf „echten Arbeiter" unter den 520 Bundestagsabgeordneten durch Sonderregelungen und Umgehung der üblichen „Ochsentour" zu erhöhen, hat sich Bundestagspräsident Philipp Jenninger in eine seit Jahrzehnten anhaltende Bonner Diskussion eingeschaltet.

Während eines „Symposiums zum Parlamentarismus" in der Universität Passau meinte Jenninger, es gebe immerhin im Bundestag mindestens 60 Abgeordnete, „die als Arbeiter angefangen haben oder zeitweise Arbeiter waren". Den Wandel begründete er damit, daß Facharbeiter in Betrieben eben oft sehr bald Angestellte würden; andere Arbeiter, die politisch oder gewerkschaftlich aktiv seien, übernähmen hauptberuflich Funktionen in Partei und Gewerkschaften.

Der Bundestagspräsident verglich die Verhältnisse in Bonn mit denen im Ostblock, in denen Arbeiter „durch den steuernden Einfluß der Partei" Mandate erhielten. Sie machten, so Jenninger, „zwar die Parlamentsstatistik schöner", wirkten aber kaum in die entscheidenden Leitungsgremien hinein, weil sie den hauptberuflichen Funktionären weiter unterlegen seien.

Demgegenüber sind nach den Angaben Jenningers mehr als 300 Bundestagsmitglieder gewerkschaftlich organisiert, davon 250 als Mitglieder von Gewerkschaften des DGB. Dazu führte der Bundestagspräsident aus: „Sie vertreten Arbeiter-Interessen; man kann aber auch behaupten, sie vertreten vornehmlich Gewerkschafts-Interessen. Und man kann feststellen: die meisten dieser Mitgliedschaften sind überhaupt ohne politische Relevanz." Es müsse aber auch gefragt werden, ob Exponenten der Wirtschaft im Parlament, die sich für leistungsfähige Unternehmen einsetzten, denn „a priori Feinde der Arbeiter-Interessen" seien.

Der Wunsch nach den „echten Arbeitern" im Bundestag ähnelt nach Jenningers Worten „fatal dem, daß sogenannte unabhängige Persönlichkeiten und Honoratioren, frei von jeder Parteibindung" das Parlament bevölkern sollten. Der Traum von der Herrschaft der Philosophen sei alt, aber offensichtlich „noch immer nicht ganz ausgeträumt".

Angesichts der Tatsache, daß es im Bundestag mehr als 350 Akademiker gibt, wobei die Juristen mit mehr als 130 dominieren, bezeichnete es der Bundestagspräsident als „überzogene Forderung", wenn jetzt nach mehr Technikern und Naturwissenschaftlern gerufen werde. Man könne sie nun einmal nicht ohne den üblichen politischen Vorlauf ins Parlament katapultieren, außerdem habe man die Erfahrung gemacht, daß manche das Mandat „zur Abwechslung" gern einmal kurzfristig ausüben möchten, „wenn sie es auf einem goldenen Teller präsentiert bekommen". Der Rekrutierungsprozeß sei aber hart. Fachlichen Rat könne sich das Parlament jederzeit durch Experten von außen, zum Beispiel über Anhörungen oder durch nicht-parlamentarische Mitglieder von Enquete-Kommissionen beschaffen.

Die Geschäfte der deutschen Banken
Geschäftsvolumen 1975 – 1986 in Mrd DM

1975: 1306 · 1976: 1479 · 1977: 1644 · 1978: 1842 · 1979: 2064 · 1980: 2253 · 1981: 2463 · 1982: 2658 · 1983: 2830 · 1984: 3006 · 1985: 3216 · 1986: 3383

Geschäftsvolumen 1986 nach Bankengruppen: Kreditbanken 22,0% · Sparkassen 21,6% · Girozentralen 15,7% · Genossenschaftsbanken 16,7% · Übrige 9,7% · Realkreditinstitute 14,4%

1975 – 1985 Jahresende-Stichtag, 1986 Ende Juni
Quelle: Deutsche Bundesbank

Die deutschen Banken machen seit Anfang der achtziger Jahre glänzende Gewinne. Das Geschäftsvolumen stieg dabei von 2253 Mrd. DM (1980) auf 3216 Mrd. DM (1985). Für das Jahr 1985 schrieben die Banken und Sparkassen ihren Kunden Zinsen in Höhe von rund 164 Mrd. DM gut und belasteten ihre Kreditnehmer gleichzeitig mit Sollzinsen von knapp 231 Mrd. DM.

FÜR DEN ANLEGER

Aktien: Trotz der erheblichen Kursschwankungen haben die überwiegend in deutschen Papieren anlegenden Aktienfonds in den ersten neun Monaten 1986 Wertsteigerungen zwischen 4,1 und 17,7 Prozent erzielt, teilte der Bundesverband Deutscher Investment-Gesellschaften mit.

Fiat: Das von Libyen zurückgegebene Aktienpaket ist am Markt untergebracht. Die Allianz soll 1,5 Prozent des Kapitals erworben haben. Ein Allianz-Sprecher wollte dies weder bestätigen noch dementieren.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 276,83 (276,06); Chemie: 162,71 (162,85); Elektro: 346,71 (345,91); Auto: 721,31 (723,33); Maschinenbau: 150,90 (150,03); Versorgung: 158,06 (159,10); Banken: 409,77 (403,07); Warenhäuser: 179,43 (177,54); Bauwirtschaft: 554,12 (548,42); Konsumgüter: 182,65 (181,28); Versicherung: 1424,80 (1420,49); Stahl: 150,53 (154,08).

Kursgewinner:	DM	+ %
Schiess	282,00	8,88
Pakhoed Hold. NA	59,50	8,58
Sumitomo Met.	2,25	7,14
Varta	365,00	5,49
Rheinelektra	1290,0	4,88

Kursverlierer:	DM	– %
Verseidag St.	196,00	9,26
Mainzer Akt.	346,00	7,49
BTR PLC	9,00	7,22
Nikko Secur.	21,30	5,33
Thyssen Ind.	117,50	5,24

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Leichter.

WELTWIRTSCHAFT

Energie-Konferenz: Tschernobyl ist kein Grund zum Ausstieg aus der Kernenergie. Dies war das Ergebnis des Round-table-Gesprächs auf der Weltenergietagung in Cannes. (S. 15)

EG: Wirksamere Maßnahmen gegen Dumping-Einfuhren hat das Europaparlament gefordert. (S. 14)

Österreich: Die Konjunktur hat sich in den Sommermonaten leicht erholt. Impulse kamen aus dem Konsumgüterbereich und der Baunachfrage.

Südafrika: Nicht Sanktionen sind das wirksamste Mittel zur Überwindung der Apartheid, sondern die größtmögliche Ausweitung von Investitionen und Käufen ohne jede Diskriminierung. Das betont Wolfgang Frickhöfer, Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, in einem Beitrag für die WELT. (S. 17)

Kreditgewerbe: Die Sumitomo Trust and Banking Corp. beabsichtigt, in naher Zukunft Investment-Management-Tochtergesellschaften in Japan, Großbritannien und den USA zu gründen.

MÄRKTE & POLITIK

Messe: Die Sensor – internationale Ausstellung und Kongreß für Forschung, Entwicklung und Anwendung auf dem Gebiet der Sensortechnik – wird von Karlsruhe nach Nürnberg verlegt. Der erste Termin ist der 3. bis 8. Mai 1987.

Haushalt: Seit 1978 wurden bei Hausgeräten Energie-Ersparnisse bis zu 31 Prozent erzielt, gaben die Branchenverbände bekannt.

Videorecorder: Die Hersteller von Unterhaltungselektronik rechnen in diesem Jahr mit einem Absatz von mehr als 1,6 Millionen Geräten, nach 1,46 Millionen im Vorjahr. Wie die Frankfurter Gesellschaft für Unterhaltungs- und Kommunikationselektronik berichtete, würde damit in 34 Prozent der deutschen Haushalte ein Videorecorder stehen.

Ausbildung: Die Audi AG in Ingolstadt beschreitet neue Wege. Zwei Modellversuche „Berufsausbildung jugendlicher Ausländer" und „Mädchen in gewerblichen Berufen" sollen den Facharbeiter-Mangel abbauen helfen. (S. 14)

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	7. 10. 86	6. 10. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	162,50	161,50	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	69,00	70,00	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	117,50	116,50	104,00	226,00	84,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Digital Equipment: Die deutsche Tochter des US-Computerkonzerns will ihr hohes Wachstumstempo beibehalten. (S. 14)

Öffentliche Versicherer: Die Ertragssituation in der Kfz-Sparte hat sich verschlechtert. Grund ist die steigende Zahl der Unfälle mit Personenschäden. (S. 15)

USX: Carl C. Icahn hat seine Beteiligung am Marktführer in der US-Stahlindustrie von den bisher bekannten 9,8 Prozent auf 11,4 Prozent aufgestockt. Dies hat er gegenüber der US-Wertpapier- und Börsenaufsichtskommission (SEC) angezeigt.

Heye-Glas: Das Familienunternehmen, das zu den bedeutendsten Behälterglas-Herstellern in Europa zählt, will den Umsatz 1986 von 285 auf über 300 Mill. DM steigern. (S. 15)

NAMEN



Außenhandel: Horst Münzner, Präsident der Deutschen Handelskammer in Österreich und stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Volkswagen AG (Foto), bekräftigt in einem Beitrag für die WELT, daß sich die privatwirtschaftliche Konstruktion der deutschen Handelskammern im Ausland bewährt hat. (S. 14).

Saarstahl: Manfred Wagner, saarländischer DGB-Vorsitzender, ist von der Arbeitnehmerseite gemäß Montanmitbestimmungsgesetz als neues Aufsichtsratsmitglied der Saarstahl Völklingen GmbH (ehemals Arbed Saarstahl) benannt worden. Wagner soll Nachfolger des ehemaligen Präsidenten des Luxemburgischen Gewerkschaftsbundes Antoine Weiss werden, der aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden ist.

WER SAGT'S DENN?

Management besteht darin, etwas schneller zu entscheiden, und dann einen anderen zu finden, der es tut.

J. G. Pollard

Vorläufiger Nachteilsausgleich für Bremen und Nordrhein-Westfalen

Insgesamt 175 Millionen Mark – Stoltenberg kürzt Zuweisungen an andere Länder

HEINZ HECK, Bonn

Bremen und Nordrhein-Westfalen sollen 1987 vorab 100 und 75 Mill. Mark Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) als vorläufigen Nachteilsausgleich erhalten. Die Regelung ist Bestandteil eines Gesetzentwurfs von Finanzminister Gerhard Stoltenberg, den das Kabinett am nächsten Mittwoch verabschieden dürfte. Sie wird erforderlich durch das Karlsruher Urteil vom 24. Juni, das unter anderem eine Benachteiligung Bremens seit 1983 und Nordrhein-Westfalens seit 1985 beim sogenannten vertikalen Finanzausgleich festgestellt hat.

Stoltenberg hat den betroffenen Bundesländern eine Rückäußerungsfrist bis zum kommenden Mittwoch gesetzt. Bundesergänzungszuweisungen in Höhe von derzeit jährlich rund 1,7 Mrd. Mark fließen an die finanzschwachen Länder Bayern, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen (neuerdings), Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein. Rund zehn Prozent der 87er Mittel fließen also vorab zwei Ländern zu.

Da der Bund, wie berichtet, keine zusätzlichen Mittel bereitstellt, reduzieren sich die Zuweisungen an alle finanzschwachen Länder entsprechend. Dies ist allerdings noch nicht die von Karlsruhe geforderte abschließende Regelung. Die sieben Länder können daher auch die Zuweisungen aus Bonn nur als vorläufige Größe in ihren Haushaltsentwürfen einplanen.

Die Bundesregierung steht unter erheblichem Zeitdruck, kann aber nicht von heute auf morgen den genauen Nachteilsausgleich ermitteln. Daher wurde offenbar bewußt mit zwei runden Beträgen nur eine grobe Annäherung für diese Liquiditätshilfe gewählt. Endgültig wird auch dieser Punkt im Rahmen der für Herbst 1987 erwarteten Neuordnung des gesamten Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern geregelt.

Am Beginn steht der Länderfinanzausgleich, der von den drei finanzstarken Ländern Baden-Württemberg, Hamburg und Hessen bestritten wird und im letzten Jahr rund 2,5 Mrd. Mark ausmachte. Allgemein wird nicht damit gerechnet, daß sich durch das Karlsruher Urteil eine größere Änderung im Volumen ergeben wird. Erst wenn die Neuregelung feststeht und damit bekannt ist, was die finanzschwachen Länder im horizontalen Ausgleich erhalten, können die BEZ als vertikaler (Spitzen-)Ausgleich verteilt werden.

Im wesentlichen bemißt sich die BEZ-Verteilung künftig nach der Finanzkraft der Empfängerländer. Die bereits Ende 1985 im Siebten Änderungsgesetz über den Finanzausgleich auch schon für 1987 verankerte Regelung dürfte im Endeffekt obsolet werden. Sie muß daher durch das jetzt geplante Gesetz außer Kraft gesetzt werden. In der endgültigen Regelung ist zumindest für Bremen ein höherer Nachteilsausgleich zu erwarten, für Nordrhein-Westfalen möglicherweise ebenfalls.

Die Zeche wird wahrscheinlich vor allem Bayern zu zahlen haben, dem nach der alten Regelung rund 300 Mill. Mark zugeflossen wären. Da aber Bayern in der Vergangenheit nach vorherrschender Auffassung zu gut bedacht worden war, dürfte es bei der Anwendung rationaler Kriterien allenfalls noch ein paar Millionen erhalten.

Opec rangelt um Quoten-Aufteilung

Kuwait kompliziert die Verhandlungen – Mehrheit für Fortsetzung der Förderdisziplin

DW. Genf

Die Weiterführung der im August eingeleiteten restriktiven Öl-Förderpolitk bis zum Jahrsende wird bei den Genfer Opec-Verhandlungen inzwischen offenbar von einer Mehrheit der Mitglieder befürwortet. Für Konfliktstoff sorgen allerdings das Problem der ungleichen Absatzeinbußen der einzelnen Mitgliedsstaaten und die Frage der Neuverteilung der Förderquoten. Unruhe löste gestern vor allem die Forderung Kuwaits nach einem höheren Anteil an der vereinbarten maximalen Gesamtfördermenge von 16,8 Millionen Barrel (159 Liter) am Tag aus. Die bisherige Förderquote Kuwaits liegt bei 900 000 Barrel täglich.

Ausschußsitzungen, in denen versucht wurde, neue Kriterien für einen Verteilungsschlüssel zu vereinbaren, beherrschten gestern das Genfer Treffen. Der kuwaitische Ölminister, Ali el Chalifa, erklärte, er stehe einer Verlängerung der Förderbegrenzung offen gegenüber. Vielmehr gehe es aber um die Neuverteilung. Unklar ist die Haltung Saudi-Arabiens, das dem Vernehmen nach ebenfalls eine höhere Quote beansprucht. Ein Delegierter kennzeichnete die Lage so: "Wir wollen nicht verlieren, was wir (beim Preis) gewonnen haben. Aber ich sehe viele Auseinandersetzungen bei der Neuverteilung der Quoten."

Im Gespräch ist ein Verteilungsschlüssel, der sich an Kriterien wie Bevölkerungszahl, Ölreserven, Ländergröße und Auslandsverschuldung ausrichtet. Delegierte aus Indonesien und Nigeria wollten als Hauptkriterium die für sie günstige Bevölkerungszahl festgelegt wissen. Venezuela und Ecuador legen nach Informationen aus Delegationskreisen Wert auf den Verschuldungsgrad. Die Golf-Staaten setzen auf die Ölreserven, während Libyen sich für die Berücksichtung der Ländergröße einsetzt. Der iranische Ölminister Gholamresa Akasadeh hatte erklärt, auch das Bruttosozialprodukt und die frühere Ölproduktion müßten als Kriterien herangezogen werden.

Nach Angaben aus Konferenzkreisen hoffen die Minister nicht nur, den bisherigen Ölpreis zu halten, sondern ihn auf einen Stand von 17 bis 19 Dollar pro Barrel hochtreiben zu können. Dies wird auch von Insidern des Ölhandels als realistisch bezeichnet, falls die Kartellmitglieder die erreichte Förderdisziplin weiterhin einhalten.

Vorschläge über Maßnahmen zu einer derartigen Preiserhöhung soll ein Preisausschuß machen, dem Kuweit, Ecuador und Libyen angehören. Der nigerianische Opec-Präsident Rilwarmi Lukman erklärte, bei dem jetzigen Stand von rund 14 Dollar pro Barrel lägen die Opec-Gesamteinnahmen bei 65 Mrd. Dollar, gegenüber 130 Mrd. Dollar 1984.

Autoindustrie kritisiert Protektionismus

adh. Frankfurt

Die deutsche Automobilindustrie ist auf dem hart umkämpften Weltautomobilmarkt konkurrenzfähig. Hans-Erdmann Schönbeck, Präsident des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), sieht in der hohen Investitionsbereitschaft einen guten Grund für Zuversicht in dieser Branche.

In einer Rede vor der amerikanischen Handelskammer in Frankfurt erinnerte Schönbeck daran, daß Automobiltechnik stets die Stärke der deutschen Hersteller gewesen sei. Die heutige Spitzenstellung als Ergebnis einer jahrzehntelangen intensiven Arbeit müsse aber in einem harten Wettbewerb am Weltmarkt immer wieder verteidigt werden.

Unüberhörbar kritisch äußerte sich der VDA-Präsident zu protektionistischen Bestrebungen in Ländern wie Italien, Frankreich, Großbritannien, den USA und Kanada zur Abschottung ihrer Märkte vor japanischen Fahrzeugen.

Dies führe dazu, daß die anderswo nicht mehr absetzbaren Wagen aus Japan „einfach nach Deutschland verschifft werden", und deshalb sei in der deutschen Automobilindustrie der Ruf nach möglichen Einfuhrbeschränkungen gegenüber der fernöstlichen Konkurrenz nicht länger tabu.

AUF EIN WORT



„Konjunkturschwankungen mittels des Prinzips „hiring und firing" aufzufangen, ist nicht nur zutiefst inhuman, sondern auch unternehmenspolitisch von größtem Nachteil. Schließlich ist eine betriebsverbundene, hochqualifizierte Belegschaft wesentlichster Bestandteil der qualitativen Unternehmenssubstanz. Mit reinen Job-Inhabern sind Krisen nicht zu überwinden."

Paul Brochier, Vorsitzender des Verwaltungsrates der Hans Brochier GmbH & Co., Nürnberg.
FOTO: JUPP DARCHINGER

„Durchgegoren" darf nicht auf Flaschen stehen

WILHELM HADLER, Brüssel

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) sieht keine Veranlassung, die EG-Bestimmungen über die Kennzeichnung von Weinen in Frage zu stellen, die deutschen Winzern verbietet, auf dem Etikett der Flasche die Angabe „durchgegoren" zu verwenden. In einer Vorabentscheidung bestätigte er, daß nach EG-Recht zur Bezeichnung des Restzuckergehaltes in Tafelweinen nur die Angabe „trokken" zulässig sei.

Dem Spruch der Luxemburger Richter liegt eine Strafanzeige der Staatsanwaltschaft Freiburg gegen den Kaiserstühler Gastwirt und Winzer Franz Keller zugrunde, der durch seinen Kampf um die Reinhaltung des deutschen Weines bekannt geworden ist.

Das Amtsgericht in Breisach war davon ausgegangen, daß die EG-Vorschriften die durch das Grundgesetz garantierte Berufsfreiheit der deutschen Produzenten beeinträchtige.

Dagegen meint der EuGH, die Regelung der Weinetikettierung unterwerfe zwar die Winzer gewissen Beschränkungen, taste jedoch das Recht auf freie Ausübung ihrer Tätigkeit in seinem Wesensgehalt nicht an. Der Begriff „durchgegoren" sei nur im Deutschen verständlich. Die EG-Vorschriften zielten jedoch auf eine möglichst klare und eindeutige Verbraucherinformation ab.

Bausparen als eigenes Produkt

Deutsche Bank wendet sich mit ihrem Angebot nur an die eigene Privatkundschaft

cd./nl. Frankfurt/Stuttgart

Große Überraschung hat in Bank- und Bausparkreisen die Deutsche Bank mit ihrer Mitteilung ausgelöst, sie beabsichtige Anfang 1987 über eine neu zu gründende Tochtergesellschaft auch das Bausparen als eigenes Produkt anzubieten. Der Zulassungsantrag bei der Bankenaufsichtsbehörde soll in Kürze gestellt werden. Mit ihrem Angebot will sich die Deutsche Bank, wie es in einer kurzen Pressemitteilung heißt, an die eigene Privatkundschaft wenden, der sie bisher Bausparverträge konzernfremder privater Institute vermittelte.

Konkrete Einzelheiten über die Pläne, die offensichtlich vorzeitig durchgesickert sind und die damit gleichzeitig ein indirektes Dementi von Gerüchten über den Kauf einer Bausparkasse sind, hat die Deutsche Bank noch nicht mitgeteilt. Es ist aber ein offenes Geheimnis, daß sie mit dem Verkauf von Bausparverträgen über ihr Filialnetz Konkurrenten Paroli bieten will, die ihre Servicepalette zu einem „Allfinanzangebot" umstrukturieren.

Dabei hat die Deutsche Bank vor allem die Bausparkasse Wüstenrot im Visier, die sich zu einem Finanzkonzern mit eigener Bank entwickelt. Überdies sind die Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie die Sparkassen schon seit langem mit eigenen Instituten im Bauspargeschäft aktiv.

Eine weitere konzernstrategische Überlegung steht hinter dem Bausparplan der Deutschen Bank: Dem Baufinanzierungsgeschäft des Deutsche Bank-Konzerns, das mit über 52 Mrd. DM rund 30 Prozent zum Konzernkreditvolumen beisteuert, soll angesichts der sinkenden Zuwachsraten neues Potential vor allem im Kreis jüngerer Kunden erschlossen werden.

Die in einem knallharten Wettbewerb stehende Bausparbranche scheint vom neuen Konkurrenten nicht gerade begeistert zu sein. Wüstenrot begrüßt zwar die Bausparkasse der Deutschen Bank „als einen weiteren Träger des Bauspargedankens", und sie sieht „als eine der ganz großen Bausparkassen mit festgefügter und großer Vertriebsorganisation der Neugründung mit Ruhe entgegen".

Allerdings habe die Deutsche Bank für Wüstenrot seit Jahren keine Neuabschlüsse mehr getätigt, so daß man für das eigene Neugeschäft keine Probleme sehe.

Der Bausparpolitische Sprecher der Landesbausparkassen, Heinz Wilderer, beurteilt das anders: Der Markt sei ausreichend und gut besetzt. Jetzt sei das Bundesaufsichtamt gefordert, dem neuen Institut „gewisse Bremsen" bei den Wartezeiten einzubauen, mit denen ein Neuling am Markt zunächst Konkurrenzvorteile bieten kann.

In vino veritas

Mk. – Im Wein liegt die Wahrheit – und die kann bekanntlich bitter sein. So bitter sogar, daß sich der Magen herumdreht, nicht nur wegen der Panschereien in Österreich und Italien, sondern auch wegen der Kosten für die Steuerzahler. Darauf hat jetzt noch einmal die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände hingewiesen. Mit einem Aufwand von mehr als einer Milliarde Mark werden 1,8 Milliarden Liter Tafelwein zu Industriealkohol verspritet.

Es mutet grotesk an, daß mit hohen Subventionen erst Wein produziert wird, der unter erheblichen Kosten „eingedampft" und dann subventioniert an die Industrie abgegeben wird.

Es ist kein Trost, daß der deutsche Wein davon kaum betroffen ist, daß bei der Zwangsdestillation sogar billiger italienischer Wein importiert wurde, um die Quote zu erfüllen. Die Flutwelle wird immer stärker, weil selbst die „niedrigeren" Alkohol-Weinpreise in den südlichen Regionen für die Landwirte noch attraktiv sind. Den Alkohol auch in den Autotank zu schütten, wird noch teurer.

Sinnvoller wäre es, sich auf die Regeln der Marktwirtschaft zu besinnen, die Preise sich frei bilden zu lassen und den Winzern direkt einen Ausgleich zu überweisen. Alles andere geht noch mehr ins Geld. Der Wein bringt es an den Tag.

Springprozession

Von CLAUS DERTINGER

Müßte die mit der Dollarschwäche einhergehende Spekulation auf eine Aufwertung der D-Mark nicht eigentlich Ausländer an den deutschen Rentenmarkt lokken, so daß die Zinsen ins Rutschen kommen? Wird die Bundesbank nicht doch ihre Leitzinsen senken müssen, um die Konjunktur abzufedern, wenn es, wie die meisten Banker fürchten, nicht gelingt, den Dollar mit Interventionen auf einem Niveau zu halten, das den deutschen Export nicht allzusehr in Mitleidenschaft zieht?

Fragen über Fragen, auf die auch gewieften Kapitalmarktexperten eine Antwort schwerfällt. Man sieht das an der unentschlossenen Tendenz am Rentenmarkt, die einer Echternacher Springprozession gleicht. Was im Fachjargon als „Seitwärtsbewegung" bezeichnet wird, ist bei näherem Hinsehen eine leichte Aufwärtsbewegung der Zinsen, die sich seit Anfang September immer deutlicher abzeichnet.

Trotz einer ausgeglichenen Verfassung ist der Rentenmarkt auf Moll gestimmt. Auf zu viele Fragen fehlen Antworten. Vermehrte Käufe aus dem Ausland könnten die Stimmung bessern.

Aus den „fundamentalen Faktoren" ist derzeit für die Prognose nicht viel Honig zu saugen. Geldkapitalbildung, Inanspruchnahme des Marktes durch Staat, Wirtschaft und Wohnungsbau sowie das monetäre Umfeld, in dem kein Anlaß für eine restriktivere Geldpolitik zu erkennen ist, sprechen für eine ausgeglichene Verfassung des deutschen Kapitalmarktes. Für manche Propheten ist das eine Konstellation, die einen Zinsrückgang erwarten läßt, sofern nicht Störungen aus den USA das schöne Bild zerstören. Aber auch Optimisten, deren Zahl in den letzten Wochen deutlich geschrumpft ist, riskieren es nicht, mit neuen größeren Engagements auf eine Zinssenkung zu setzen. Manchmal hat man sogar den Eindruck, als werde gerade von jenen Marktteilnehmern Zuversicht verbreitet, die sich von überhöhten Beständen trennen wollen und die sich dafür höhere Kurse wünschen.

Ausschlaggebend für den Zinstrend am Kapitalmarkt der Bundesrepublik in den nächsten Wochen und Monaten wird sein, wie es Ausländer mit deutschen Renten halten. Sie waren mit ihren mehr als 36 Milliarden D-Mark Netto-Käufen in den ersten sieben Monaten dieses Jahres (nach 31,5 Milliarden DM im ganzen Vorjahr) der Hauptmotor der Zinssenkung. Doch seit einiger Zeit sind sie recht abstinent. Die Chance, an einer sich aufwertenden D-Mark noch Geld zu verdienen, wird im Ausland nicht als Kaufanreiz empfunden.

Andernfalls lastete der Riesenbrocken der jüngsten Bundesanleihe nicht wie ein Fels auf dem Markt; sie ist, ebenso wie die vorangegangenen Emissionen, egal ob in- oder ausländische D-Mark-Anleihen, nur sehr schwer bei internationalen Anlegern plazierbar. Nicht zuletzt bei einigen Notenbanken, die sonst Käufer von Bundesanleihen waren, beobachtet man jetzt völliges Desinteresse; sie wollen jetzt (D-Mark)-Pulver für Interventionen am Devisenmarkt trockenhalten, vermutet man.

Aktuell mag die Spekulation auf eine D-Mark-Aufwertung durch die Notenbankinterventionen am Dollarmarkt ein wenig abgebremst worden sein. Auf etwas längere Sicht herrscht allerdings eine wohlbegründete Skepsis, daß eine weitere Dollarabwertung und damit eine Aufwertung der D-Mark gegen die Kräfte des Marktes mit Interventionen der Notenbanken verhindert werden kann. Wenn internationale Investoren trotzdem diese Gewinnchancen nicht nutzen, so vor allem wohl aus der Überlegung, daß niemand weiß, wie stark sich die D-Mark noch aufwertet und wann ein übertriebener Anstieg des D-Mark-Wechselkurses wieder von einer Normalisierung abgelöst wird, die schließlich mit einer Abwertung, möglicherweise auch im Vergleich zur derzeitigen Dollar-D-Mark-Relation, verbunden ist.

Welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen? Man wird sich darauf einstellen müssen, daß Ausländer, die seit Ende 1984 vor allem aus Währungserwägungen große Engagements in deutschen Rentenwerten aufgebaut haben, an die Realisierung ihrer beachtlichen Wechselkursgewinne denken werden. Indizien dafür gab es bereits.

Größere Auslandsabgaben würden zweifellos vorübergehend den Kapitalmarktzins hochdrücken. Dem könnte auch die Bundesbank mit einer konjunkturell begründeten Senkung ihrer Leitzinsen (dem Zins für Wertpapierpensionsgeschäfte) oder des Diskontsatzes vermutlich kaum wirksam entgegensteuern. Eine Diskontsenkung würde womöglich am Markt als das „Ende der Fahnenstange" interpretiert, was, wie bereits gehabt, einen Zinsanstieg auslösen könnte. Kein Wunder, daß der Rentenmarkt auf Moll gestimmt ist.

EG fordert härtere Maßnahmen gegen Dumpingpraktiken

Ha. Brüssel

Schnellere und wirksamere Maßnahmen der EG gegen Dumping-Einfuhren hat das Europaparlament gefordert. In einer Entschließung verlangen die Abgeordneten, daß künftig sofort nach Feststellung eines Dumpingtatbestandes vorläufige Ausgleichszölle festgelegt werden, es sei denn, daß das betroffene Unternehmen zufriedenstellende Preisverpflichtungen anbietet.

Das Parlament konstatiert „mit großem Bedauern" die wachsende Tendenz bei bestimmten Drittländern auf Dumping und andere unfaire Handelspraktiken zurückzugreifen. Auch von den Staatshandelsländern gingen oft in erheblichem Umfang Dumpingpraktiken aus. Die Gemeinschaft müsse sich auch dringend Instrumente verschaffen, um gegen Dumpingangebote im Bereich der Schiffahrt vorgehen zu können. Anti-Dumpingzölle sollten nach Meinung des Parlaments auch auf die Bestandteile eines Fertigprodukts erhoben werden können, bei dem Dumping nachgewiesen wurde. Dadurch würde es Drittlandsproduzenten unmöglich gemacht werden, EG-Maßnahmen durch die Errichtung von Montagebetrieben in der Gemeinschaft zu entgehen.

Der für die Handelspolitik zuständige EG-Kommissar Willy de Clercq berichtete, daß seine Behörde zwischen 1980 und 1985 230 Dumpingbeschwerden bearbeitet hat. Wenn auch manchmal Maßnahmen außerhalb der GATT-Vorschriften wünschenswert sein könnten, dürfe die Gemeinschaft doch nicht vergessen, daß sie selbst Exportinteressen habe und deshalb möglichen Anti-Dumpingmaßnahmen ihrer Handelspartner ausgesetzt sei.

Die Dauer der Brüsseler Anti-Dumpingverfahren ist nach Meinung de Clercq mit durchschnittlich sieben Monaten nicht zu beanstanden. Eine ernste Prüfung der Beschwerden erfordere Zeit. Die EG könne sich schließlich nicht internationalen Vorwürfen aussetzen und risikieren, daß der Europäische Gerichtshof Schutzmaßnahmen wieder aufhebe. Allerdings habe die Brüsseler Exekutive zu wenig Personal, die für die Bearbeitung von Anti-Dumpingklagen zuständige Abteilung sei nur mit 26 Planstellen besetzt. In der Washingtoner Administration beschäftigten sich dagegen allein 110 Beamte mit Beschwerden der US-Wirtschaft.

Deutsche Wirtschaft im Ausland gut vertreten

Konstruktion der Handelskammern hat sich bewährt – Export- und Import-Interessen sinnvoll verbunden

Von HORST MÜNZNER

Es sind in erster Linie Unternehmen der mittelständischen Wirtschaft, die zunehmend die Dienstleistungen der Deutschen Auslandshandelskammern in Anspruch nehmen. Die Fragen nach der Abwicklung von einzelnen Exportgeschäften, der Geschäftspartnervermittlung und Niederlassungsgründungen sowie nach den Marktgegebenheiten und Vertriebswegen im Ausland stehen dabei im Mittelpunkt der Beratung.

Inzwischen sind es 43 Auslandshandelskammern und sechs Delegierte der Wirtschaft, welche in 39 Ländern die Interessen der deutschen Wirtschaft vertreten. Während die „Delegierten" Abgesandte des Deutschen Industrie- und Handelstages in Bonn sind, stellen die Auslandshandelskammern unabhängige Vereinigungen im jeweiligen Gastland dar, welche ihre Mitglieder sowohl bei Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland als auch aus dem Gastland finden.

Die Geschäftsführer dieser Kammern sind deutsche Staatsbürger, die über langjährige Erfahrung im Ausland verfügen und die mit ihren deutschen und ausländischen Mitarbeitern Garanten für eine sachgerechte Behandlung aller wirtschaftlichen Anliegen sind, die an sie herangetragen werden.

Mit dieser bewußt privatwirtschaftlichen Konstruktion ist der Bundesrepublik Deutschland eine wirkungsvolle Außenwirtschaftsvertretung geglückt. System und Arbeitsweise der Deutschen Auslandshandelskammern haben sich bewährt. Die Besetzung der Ämter dieser Kammern mit Persönlichkeiten der Wirtschaft aus der Bundesrepublik und dem jeweiligen Gastland macht es, daß ein enger und von Erfahrung geprägter Kontakt zu den relevanten Stellen im Ausland gehalten werden kann. Zudem lassen sich auf dieser Basis sehr sinnvoll Export- und Import-Interessen verbinden.

Die Auslandshandelskammern sind darauf angewiesen, sich einen erheblichen Teil ihres Budgets selber zu verdienen. Nur ein Anteil ihrer Ausgaben wird durch öffentliche Mittel gedeckt, welche die Bundesregierung zur Verfügung stellt. Die eigenen Einkünfte erwirtschaften sich die Kammern durch Mitgliedsbeiträge, Gebührenstellung für qualifizierte Dienstleistungen oder auch durch die Wahrnehmung von Interessen deutscher Messegesellschaften. Wer seine Arbeit „verkaufen" muß, wird seinen Service so erbringen, daß seine Mitglieder und Kunden zufrieden mit ihm sind.

Bei einer enger werdenden Verflechtung der Weltwirtschaft werden die Aufgaben der Deutschen Auslandshandelskammern wachsen. Schon heute stelle ich einen großen Bedarf an Fachinformation, individueller Beratung, Landeskenntnis und Kontaktverschaffung zu den richtigen Stellen im Ausland fest. Die Kammern werden sich darauf einrichten müssen, den immer neuen Anforderungen der Wirtschaft gerecht zu werden, damit sie ihren Mitgliederbestand erhalten und sich neue Interessentenkreise erschließen können. Mit Hilfe des Deutschen Industrie- und Handelstages in Bonn ist es gelungen, die Interessen der einzelnen Auslandshandelskammern zu koordinieren und damit wesentliche Voraussetzungen für ihre wirkungsvolle Arbeitsweise zu schaffen.

So wurde im Personalbereich für akademisch ausgebildete Kräfte der Wechsel von der Auslands- zur Inlandstätigkeit in Einzelfällen möglich gemacht und auf der anderen Seite durch Entwicklung eines eigenen Konzepts zur Datenverarbeitung eine für die Auslandshandelskammern einheitliche Software verfügbar gemacht. Neben den Pilotkammern in Europa und Afrika können nunmehr weitere Kammern in Asien und Lateinamerika mit passenden EDV-Anlagen ausgestattet werden.

Eine Vielzahl von Unternehmen, Verbänden und Institutionen haben es verstanden, das Serviceangebot der deutschen Kammern im Ausland für ihre geschäftlichen Zwecke zu nutzen. Der Service steht jedem Unternehmen zur Verfügung. Er sollte stärker genutzt werden. Wenn es, wie ich eingangs betonte, die mittelständischen Betriebe sind, welche die Dienstleistungen der Kammern vornehmlich in Anspruch nehmen, so arbeiten darüber hinaus mit mir viele Kollegen aus der deutschen Großindustrie daran, zugunsten der deutschen Wirtschaft und ihrer Partner im Ausland die Leistungsfähigkeit der Kammern weiter auszubauen.

Drei Jahre für „Lärmpegel"

Zeitnot bei der Schaffung des europäischen Binnenmarkts

WILHELM HADLER, Brüssel

Regelmäßigen Ratssitzungen zum Trotz droht der Zeitplan für die Schaffung des europäischen Binnenmarktes durcheinanderzugeraten. Von den 106 Verordnungen und Richtlinien, die 1986 zur Beseitigung von Handelshemmnissen in der EG geplant waren, konnten nach einer Aufstellung der britischen Präsidentschaft bisher nur 30 verabschiedet werden.

Auf Wunsch Londons setzten die EG-Regierungen daher eine Arbeitsgruppe hoher Beamter ein. Sie soll nach Möglichkeit die Entscheidungsreife der zumeist technisch komplizierten Harmonisierungsvorschläge beschleunigen. Als wichtigstes Hindernis erweist sich jedoch das vorerst noch geltende Einstimmigkeitsprinzip im Rat. Rund 15 Richtlinien werden gegenwärtig nur noch von einer oder zwei Delegationen blockiert.

Die jüngste Ratssitzung brachte nur eine einzige Entscheidung: Die Festlegung auf gemeinschaftliche Regeln für die Angabe der Geräuschemissionen auf elektrischen Haushaltsgeräten. Obwohl diese Richtlinie nicht einmal den Versuch macht, den „Lärmpegel" nach oben zu begrenzen, bedurfte es dreijähriger Vorarbeiten. Und die Etikettierungsvorschriften werden erst frühestens in drei Jahren in Kraft treten. Trotzdem dürfte die Regelung den innergemeinschaftlichen Handel bedeutend erleichtern, da sie die Zulassung importierter Geräte von nationalen Entscheidungen unabhängiger macht.

Nicht erfüllt hat sich die Hoffnung der deutschen Delegation, das seit 1984 diskutierte Richtlinienpaket über „biotechnologische Arzneimittel" durch den Rat zu bringen. Eine Einigung scheiterte an der Forderung Spaniens, bis Ende 1992 von den Bestimmungen ausgenommen zu werden.

Dabei handelt es sich um die Öffnung der Grenzen für Arzneimittelspezialitäten, deren Produktion oft nur lohnend ist, wenn sie auch in anderen Ländern zugelassen sind. Die EG-Vorlage sieht vor allem einen gemeinschaftlichen Prüfungsausschuß vor, der den wichtigsten Regierungen Empfehlungen geben soll. Die Schutzfrist für die Erstthersteller soll für Erzeugnisse, die dieses Konzertierungsverfahren durchlaufen haben, zehn Jahre dauern, für andere Spezialitäten sieben Jahre.

Schottischer Whisky beliebter

Bundesrepublik für Haig ein wichtiger Exportmarkt

adh. Frankfurt

Schottischer Whisky ist wieder im Kommen. Das signalisieren die Zahlen des Whisky-Exportes im ersten Halbjahr. Nach den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurde nämlich mit rund 3 Mrd. DM Whisky-Export bereits der Wert vom Vorjahr (gut 700 Mill. Flaschen im Wert von 3,3 Mrd. DM) annähernd erreicht. Vor diesem Hintergrund strahlt auch die John Haig & Co Ltd. (Guiness-Gruppe) Zuversicht aus. Für Haig zählt die Bundesrepublik zu den 20 wichtigsten Märkten auf der Welt. Im vergangenen Jahr wurden den Bundesdeutschen über den Importeur Schneider-Import insgesamt 1,3 Millionen Flaschen der Premium-Marke Dimple verkauft, zuzüglich rund 100 000 Flaschen Haig und ein wenig Malt-Whisky.

Mit Dimple (Verkaufspreis im Durchschnitt zwischen 28 und 29,95 DM) hat sich Haig im stagnierenden deutschen Spirituosenmarkt um acht Prozent verbessert, auch in diesem Jahr wird ein Wachstum zwischen fünf und zehn Prozent angepeilt.

Dabei wächst der deutsche Spirituosenmarkt nicht mehr. Der Pro-Kopf-Verbrauch fiel von 8,6 Litern (1976) auf 6,4 Liter (1985) zurück, eine Entwicklung, die auch auf den Whisky-Markt ausstrahlte: Die Importe sanken von 42 Millionen Flaschen (1976) auf rund 30 Mill. Flaschen im vergangenen Jahr. Dabei sind die Importe im vergangenen Jahr zum ersten Mal seit Jahren wieder um fünf Prozent gestiegen; der Anteil von Scotch-Whisky liegt bei 73 Prozent. Verloren hat in den letzten Jahren vor allem Bourbon, dessen Anteil am Gesamtmarkt innerhalb von zehn Jahren auf 21 (36) Prozent zurückfiel. Auch im ersten Halbjahr dieses Jahres zeigen die Absatzzahlen für Scotch eine leicht steigende Tendenz auf 7,42 Millionen im Einzelhandel verkaufte Flaschen.

Auf der Basis Endverbraucherabsatz legte Dimple im ersten Halbjahr vier Prozent zu, während der härteste Konkurrent im hochpreisigen Whisky-Segment (Chivas) zwei Prozent Absatz einbüßte. Mit einem Marktanteil von 4,4 Prozent (1985) ist Dimple nach eigenen Angaben Marktführer bei Premium-Whiskys, eine Position, die man auch in Zukunft behalten will.

Internationale Finanzen

Royal Trustco: Das kanadische Unternehmen begibt eine 200-Mill.-sfr-Anleihe mit Fälligkeit November 2006 zu pari. Sie ist mit einem Kupon von 5,25 Prozent ausgestattet.

Tokio: Daicel Chemical will eine 100-Mill.-sfr-Anleihe mit Optionsscheinen und Fälligkeit Oktober 1991 auflegen.

Wandelanleihe: Mit einem Kupon von 1,25 Prozent hat Nichimo Corp ihre Anleihe über 50 Mill. sfr und Fälligkeit März 1992 ausgestattet. Der Wandelpreis beträgt 547 Yen bei 95,85 Yen/sfr.

BHA-Floater: Der Banco Hispano Americano legt über ein von der Commerzbank geführtes Konsortium eine 100-Mill.-Dollar-Anleihe mit variabler Verzinsung von 0,125 Prozent über dem Sechsmonatslibor zu Pari mit 20jähriger Laufzeit und Gläubigerkündigungsrecht nach zwölf Jahren auf.

Marubeni: Die Marubeni International Finance, begibt 7,75prozentige Eurobonds über 30 Mill. Dollar mit Fälligkeit 23. Oktober 1991 zu 101,625 Prozent.

Versicherer suchen nach neuen Wegen

dos, Hannover

Die Vertriebspolitik der Versicherungsunternehmen in der Bundesrepublik tendiert immer mehr zur Bildung genereller Sortimente mit allen Versicherungszweigen, wobei einzelne Kundentypen besondere Berücksichtigung finden. Diese Ansicht vertrat der Kölner Versicherungswissenschaftler Professor Dieter Farny auf einer Veranstaltung des Verbandes der Geschäftsstellenleiter der Assekuranz (VGA) in Hannover. Zunehmendes Gewicht erhalte die Angliederung von Finanzdienstleistungen aller Art, weil der Kunde „auf die Lösung seines finanziellen Gesamtproblems" abstelle. Dies wiederum werde dazu führen, daß es zu einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Versicherungsunternehmen und Banken kommt, meinte Farny.

Allerdings gebe es dabei nicht unerhebliche Probleme, weil beide Gruppen staatlich kontrolliert werden. Farny attestierte der Versicherungswirtschaft insgesamt eine „sehr gesunde wirtschaftliche Verfassung", wenngleich einzelne Zweige (Industrie- und Feuerversicherung) nicht eben florierten.

Höhenflug nicht aufzuhalten

Digital Equipment wächst schneller als die Branche

sz. München

Mit der fortschreitenden Trendwende von der klassischen zur integrierten Datenverarbeitung stehen bei der Digital Equipment GmbH, München, alle Zeichen weiterhin auf Höhenflug. Zumindest kann auch für das neue Geschäftsjahr 1986/87 (30. 6.), so der Vorsitzende der Geschäftsführung Willi Kister, wieder mit einem ähnlich hohen Wachstumstempo wie im letzten Jahr gerechnet werden. Das war „sehr zufriedenstellend".

Kein Wunder angesichts einer erneuten Umsatzsteigerung um 20 (48) Prozent auf 1,09 (0,9) Mrd. DM. Damit wuchs man nicht nur wesentlich rascher als die gesamte deutsche Branche (acht bis zehn Prozent), sondern auch wieder schneller als die US-Mutter Digital Equipment Corp. (DEC), Maynard/Mass., deren Umsatz um 13,5 (20) Prozent auf 7,59 Mrd. Dollar stieg.

Der Lohn dafür: Die Mutter wird den an sie ausgeschütteten Jahresüberschuß von 10,3 (7,5) Mill. DM abermals dafür verwenden, das Kapital ihrer deutschen Vertriebstochter um weitere 15 (45) Mill. auf 100 Mill. DM aufzustocken. Doch Finanzchef Hans-Joachim Nowak ist mit diesem Gewinn noch nicht zufrieden. Mittelfristig peilt er eine Umsatzrendite von zwei bis drei (derzeit: 0,94) Prozent an. Deutlich über den Abschreibungen von 37 (27) Mill. DM lagen die Investitionen von 91 (52) Mill. DM, davon 26 Mill. DM für ein Grundstück in Unterföhring bei München. Die Zahl der Mitarbeiter wurde um 554 (493) auf 2655 Beschäftigte aufgestockt.

Sehr zufrieden zeigte sich Kister auch mit der Entwicklung der zweiten, selbständig arbeitenden deutschen DEC-Tochter, dem Plattenspeicher-Werk Kaufbeuren. Mit seinen 400 (355) Mitarbeitern erzielte es 1985/86 einen Umsatz von 400 (350) Mill. DM, wovon etwa nur 20 Prozent über Digital-München abgewickelt wurden. Kaufbeuren sei inzwischen sogar zum Nettoexporteur nach den USA geworden, nachdem die Fertigungs- und Entwicklungstiefe stetig ausgeweitet worden ist. Das Werk soll in den nächsten Jahren erweitert werden. Noch in diesem Jahr ist dafür eine Personalaufstockung auf 600 Beschäftigte geplant.

Facharbeitermangel macht erfinderisch

Erfolgreiche Modellversuche in Ingolstadt – Bund fördert die Ausbildungsvorhaben

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Um ein Haar wäre sie Friseuse geworden – jetzt wird sie „Kunststoffschlosser". Die Audi AG, Ingolstadt, freut sich mit Blick auf den zunehmenden Facharbeitermangel, wieder einen kostbaren Mitarbeiter gewonnen zu haben. Das Bemühen um fachliche Qualität läßt sich das Automobilunternehmen inzwischen 40 Mill. Mark im Jahr kosten. Außerdem unterstützt der Bund die „Berufsausbildung" der Ingolstädter. Mit drei Modellen, gespeist aus dem Etat des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft, wird das präventive Anheuern gefördert.

Doch im Vergleich zu Audis Aufwendungen sind diese Zuschüsse von untergeordneter Bedeutung: Mit 1,2 Mill. Mark wird der Modellversuch „Berufsausbildung jugendlicher Ausländer" unterstützt; 1,4 Mill. stammen aus dem Topf „Modellversuch Mädchen in gewerblichen Berufen". Die vorerst 500 000 Mark für den Modellversuch „Neue Technologien in der Berufsausbildung" müssen die Ingolstädter sogar noch mit anderen Firmen teilen.

Dennoch stellt das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung gerade Ingolstadt als Musterbeispiel für Weitsicht auf dem Arbeitsmarkt vor. Der Grund: Mit 390 000 im letzten Jahr produzierten Fahrzeugen kam Audi auf einen Jahresumsatz von rund 9,8 Mrd. Mark und beschäftigt in seinen zwei Werken jetzt 38 000 Mitarbeiter – mehr als je in der Geschichte der Firma.

Bei dieser Entwicklung spielte eine wichtige Rolle, daß Dieter Jährling, Leiter des Zentralen Bildungswesens bei Audi, feststellte, daß 1000 Ausbildungsplätze in der Region nicht besetzt sind, weil Mädchen ihre „Traumberufe" im Friseursalon, im Schneideratelier oder in einer Arztpraxis ausüben wollen und weil eine Scheu vor Metall- und anderen technischen Berufen besteht.

Was tun? Als „richtungsweisenden Schritt" bezeichnet man in Ingolstadt die Berufsausbildung jugendlicher Ausländer in den beiden Werken hier und in Neckarsulm. Von den ursprünglich 80 „Azubis" des staatlich geförderten Modellversuchs auf zusätzlich geschaffenen Plätzen mit sämtlichen nur denkbaren Stützungen traten 70 zur Prüfung an und 63 konnten ihre Ausbildung erfolgreich abschließen. Der Rest wird „in die Produktion übernommen".

Wichtiger Bestandteil des Modellversuchs war es, daß ausländische und deutsche Jugendliche gemeinsam in integrierten Gruppen ausgebildet wurden. Für die Ausländer gab es zusätzlich sechs Stunden Deutschunterricht in der Woche. Neben dem üblichen Werkunterricht wurde für sie „Stützunterricht" wegen der schlechten theoretischen Leistungen in der Berufsschule eingeführt. Er fand teilweise während der Arbeitszeit, sonst an arbeitsfreien Samstagen statt.

Sozialpädagogen für die Betreuung des Modellversuchs fungierten als „Gelenkstelle" zwischen Jugendlichen, Ausbildern, Eltern, Betriebsrat, Berufsschule. Sie sorgten für „Patenschaften" deutscher über ausländische Jugendliche, was bedeutete, daß man sich gegenseitig, auf freiwilliger Basis, beim Lernen half. Skeptiker waren davon ausgegangen, daß etwa die Hälfte der Ausländer den Streß nicht überstehen würde. „Ermutigt durch den Erfolg", so ein Werksprecher, fährt man jetzt, auch ohne staatliche Hilfe, auf diesem Wege fort.

Der steigende Bedarf an Fachkräften wird unter anderem durch die hochtechnisierte Produktion verursacht: Wenn ein computergesteuerter Schweißautomat stehen bleibt, schaltet sich die ganze Computerstraße ab. Kleinere Reparaturen müssen dann von Fachkräften vor Ort übernommen werden – es wäre zu kostspielig, den Reparaturdienst anzurufen.

Aufgrund der Furcht von zu wenig Facharbeitern intensivierte Audi die Durchführung des Modellversuchs „Mädchen in gewerblich-technischen Berufen". Als man anfing, wurde in der Umgebung von Ingolstadt die Berufsausbildung von Frauen in solchen Berufen abgelehnt.

Inzwischen haben Sätze wie der in einem „Zwischenbericht" der Firma zum laufenden Versuch die Lage verändert. In diesem Papier hieß es unter anderem: „Die Mädchen besitzen zum Teil mehr Ehrgeiz als die Jungen. Es entstanden nur geringe körperliche Probleme (schwerer heben). Es ergaben sich keine medizinischen oder ergonomischen Einschränkungen."

Außerhalb solcher Kriterien hat man in Ingolstadt mit Frauen am Arbeitsplatz auch noch andere angenehme Erfahrungen gemacht. Dieter Jährling: „Frauen bleiben – Jungen gehen zum ‚Bund' und bleiben danach fern, weil sie woanders neue Sozialpartner entdeckten." „Neue Technologien in der Berufsausbildung" schließlich wird ein Förderprogramm werden, von dem ein Sprecher des Bildungsministeriums sagt, daß sein Ende trotz des eher winzigen Anfangs unabsehbar sein wird.

Mit den bisher vermittelten Ausbildungsinhalten über Pneumatik und Hydraulik kommt wohl kein Betrieb, erst recht nicht der in Ingolstadt, ferner aus. Die Kombination beider Bereiche mit Mikroelektronik bis zu speicherprogrammierten Steuerungen verlangt Fachkräfte neuer Art. Allein die Vermittlung der Qualifikation „Steuerungstechnik" beträgt für angehende Mechaniker und Maschinenschlosser zehn Monate. Langer Vorlauf: Der Modellversuch umfaßt die Zeit von Oktober 1986 bis März 1988. Gesicherte Ergebnisse sind um 1990 zu erwarten.

Mit Einzelprojekten unterstützt der Bund, daß junge Ausländer als Facharbeiter ausgebildet werden FOTO: MANFRED VOLLMER

Heye-Glas auf dem Vormarsch

Das wichtigste Exportprodukt ist die Bierflasche

dos, Hannover

Die Glasfabrik Hermann Heye, Obernkirchen, nach eigenen Angaben einer der bedeutendsten Behälterglas-Hersteller in Europa, hat im Geschäftsjahr 1985 die Marktstellung weiter stärken können. Mit einer Umsatzsteigerung um knapp 20 Prozent auf 285 (1984: 240) Mill. DM sei eine über dem Branchendurchschnitt liegende Entwicklung zu verzeichnen. Zahlen zur Ertragslage will die Geschäftsführung des Familienunternehmens nicht nennen. Auch in dieser Hinsicht aber gebe es Anlaß zur Zufriedenheit, wenn die Branche zum Vergleich herangezogen werde.

Zuversichtlich werden die Aussichten im laufenden Jahr eingeschätzt. Heye rechnet erneut mit einem deutlichen Umsatzzuwachs. Mit Sicherheit werde die 300-Mill.-DM-Marke überschritten. Wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung habe das internationale Geschäft. Dazu gehören die Vergabe von Lizenzen für Verfahren, die von Heye entwickelt wurden, die Lieferung von Anlagen und der Bau kompletter Hohlglasfabriken.

Daneben hält das Unternehmen gemeinsam mit einheimischen Partnern Beteiligungen an ausländischen Firmen. Die daraus realisierten Umsatzerlöse werden auf rund 50 Mill. DM beziffert. Den Exportanteil am Gesamtumsatz beziffert die Geschäftsführung auf mittlerweile 30 Prozent. Wichtigster Exportartikel sei die Bierflasche.

Nach Angaben der Geschäftsführung hat Glas als Verpackung seine feste Position auf dem Markt, obwohl der Behälterglasabsatz bis 1983 nur stagnierte. In den Folgejahren hingegen sei es zu einer Absatzbelebung um durchschnittlich 2,5 Prozent gekommen.

Preiserhöhungen seien in der letzten Zeit nicht möglich gewesen. Derzeit beobachte man bei der Hereinnahme von Aufträgen sogar sinkende Notierungen. Der Preisverfall könne aber in diesem Jahr durch den Rückgang der Energiekosten ausgeglichen werden. Für 1987 sei indes aus heutiger Sicht ein Anstieg der Preise um zwei Prozent unverzichtbar, um die zu erwartenden Kostenerhöhungen aufzufangen.

Die Investitionen, die in den beiden vergangenen Jahren bei jeweils 14 Mill. DM lagen, sollen in diesem Jahr kräftig auf 40 Mill. DM erhöht werden. Heye errichtet derzeit einen 40 000 Quadratmeter großen Hallenneubau, der Mitte 1987 fertiggestellt wird. In den beiden Werken in Obernkirchen und Germersheim beschäftigt das Unternehmen rund 1500 Mitarbeiter.

Das Kapital des Unternehmens ist 1985 von 24 Mill. DM auf 30 Mill. DM aufgestockt worden. Es wird von den Familien Baum (60 Prozent) und Heye gehalten. Mit Wirkung vom 1. Oktober wurden Hans-Dieter Hillen und Ulrich Buschmeier als persönlich haftende Gesellschafter in die Geschäftsführung der Firma Hermann Heye berufen.

Die Position am Markt verbessert

Öffentliche Versicherer im laufenden Jahr mit gedämpftem Prämienwachstum

K. H. STEFAN, Nürnberg

1986 wird sich nach den Worten des Sprechers der öffentlich-rechtlichen Versicherer in der Bundesrepublik, Heinz Sievers, die Ertragssituation in der Kfz-Versicherung deutlich verschlechtern. „Nicht nur aus unseren Statistiken, sondern auch nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes hat die Zahl der Verkehrstoten und die der im Straßenverkehr verletzten Personen erheblich zugenommen." Unfälle mit Personenschäden stiegen um 6,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr, die Zahl der Getöteten wuchs um 8,2 Prozent, und die Zahl der verletzten Personen übertraf das Vorjahresergebnis um 7,6 Prozent.

Da auch die Unfälle mit Sachschäden gestiegen sind, hat sich die Zahl der gemeldeten Schäden schneller erhöht als die Zahl der versicherten Risiken, so daß die Schadenhäufigkeit des Vorjahres nicht zu halten sein wird. Sievers: „Nach dem guten Jahr 1985 bedeutet die erwartete Verschlechterung zwar nicht, daß wir 1986 in die Verlustzone geraten, doch kann mit Sicherheit vorausgesagt werden, daß die Erträge geringer ausfallen und im nächsten Jahr nicht mehr so hohe Rückvergütungen zu erwarten sind wie 1986."

Mit einem Beitragszuwachs um 6,8 Prozent auf 10,6 Mrd. DM haben die Öffentlichen 1985 ihre Marktposition ausgebaut. Rund 3,6 Mrd. DM davon entfielen auf die Sach- und 3 Mrd. DM auf die HUK-Versicherer sowie 3,4 Mrd. DM auf die Lebensversicherer, deren Bestand erstmals die 100-Mrd.-DM-Marke überschritt.

Auch die zwölf öffentlichen Lebensversicherer werden 1987 bei Anhebung des Rechnungszinses von drei auf 3,5 Prozent sowie unter Berücksichtigung der neuen Sterbetafeln ein neues Tarifwerk in Kraft setzen. Sievers betonte anläßlich der Mitgliederversammlung der Öffentlichen, man werde bei der Neuregelung der Rückkaufwerte nicht einheitlich vorgehen. Hier werden beide für die vorzeitige Kündigung vorgesehenen Modelle angewendet, also die Erstattung von 50 Prozent der ab dem ersten sowie von 65 Prozent der ab dem zweiten Jahr gezahlten Beiträge. Auf die Endleistung haben die unterschiedlichen Regelungen, so Sievers, „keinen nennenswerten Einfluß, weil die Haftzeiten für die Provisionen des Außendienstes entsprechend unterschiedlich geregelt werden".

Im ersten Halbjahr 1986 mußten die öffentlichen Lebensversicherer ein von der Vertragszahl her um 1,4 (Branche plus 1,7) Prozent geringeres Neugeschäft hinnehmen, während nach der Vertragssumme ein Plus von 6,6 (Branche 3,1) Prozent auf 7,2 Mrd. DM erzielt wurde.

Für 1986 wird bei den öffentlichen Sachversicherern der Prämienzuwachs deutlich geringer ausfallen, weil kein Bedarf an Prämienerhöhungen besteht. Bei einem Beitragszuwachs um 3,8 Prozent stiegen die Schadenzahlungen um mehr als fünf Prozent, so daß man mit einer leicht steigenden Schadenquote rechnen muß.

Bei den 17 öffentlichen HUK-Versicherern verlangsamte sich in den ersten sechs Monaten dieses Jahres das Beitragswachstum auf 4,6 Prozent. Dies begründete Sievers mit der fehlenden Notwendigkeit von Tarifänderungen. Prämiensteigerungen seien also echter Bestandszuwachs.

Atomstrom nach Tschernobyl

Weltenergie-Konferenz: Industrieländer steigen nicht aus

HANS MICHAELIS, Cannes

Gestern hat die große Auseinandersetzung über die zukünftige Rolle der Kernenergie in einem Round-table-Gespräch begonnen. Der Generaldirektor der Wiener Wiener Atomenergie-Agentur, H. Blix, berichtete über die Ergebnisse der Auswertung des Unfalls in Tschernobyl. Er verwies auf die beiden in der Folge von Tschernobyl verabschiedeten internationalen Abkommen: Über Mitteilungspflichten bei Nuklearunfällen und über internationale Hilfeleistungen. Blix schloß mit der Feststellung: „Dies war ein schwerer Unfall, ein Unfall der aber keineswegs gravierender war als andere Unfälle etwa der in Bhopal (Indien)". Man sei sich einig, daß dieser Unfall kein Anlaß sein dürfe von der Kernenergie abzugehen. Er zitierte Gorbatschow mit der Feststellung, im weltweiten Rahmen könne er sich keine Energieversorgung ohne Kernenergie vorstellen.

Weltweit steuert die Kernenergie immerhin 15 Prozent zur Elektrizitätsversorgung bei; bis 1990 wird dieser Anteil auf 20 Prozent gestiegen sein. H. Krämer, Vorstandsvorsitzender der Preußen Electra, unterrichtete über den gegenwärtigen Ausbaustand der Kernenergie in der Bundesrepublik und über die Ausstiegsdiskussionen. Auch in der Konfrontation mit den Berichten aus Frankreich, Japan und vor allem der UdSSR zeigte sich, daß unter den großen Industrieländern einzig die Bundesrepublik an einen Ausstieg denkt. Eindrucksvoll wurde dies bestätigt durch die Feststellung des Vorsitzenden R. Carle (Frankreich), gegenwärtig sei weltweit eine Kernenergieleistung von 238 Gigawatt in Betrieb (davon 17 Gigawatt in der Bundesrepublik). Diese Leistung werde bis 1990 auf 378 Gigawatt und – voraussichtlich – bis 1995 auf 448 Gigawatt, also fast auf das Doppelte steigen. In diesem Zeitraum wird die nukleare Leistung der UdSSR und den übrigen Ländern des Comecon etwa viermal so hoch wie heute steigen. Sie wird dann größer sein als die der USA, der Länder der europäischen Gemeinschaft, oder des Restes der Welt.

Dies wurde unterstrichen durch den Bericht des Delegierten V. Legasov. Auf eindringliche Befragung hin stellte er fest, daß nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand nach dem Fall Tschernobyl kein Anlaß zu einer Änderung des jetzigen Nuklearausbauprogramms bestehe. Um die Sicherheit der Reaktoren des Typs von Tschernobyl zu erhöhen werde man zusätzliche Absorberstäbe und Kontrollstäbe einsetzen, die verhindern, daß Kontroll- und Abschaltmechanismen willkürlich außer Funktion gesetzt werden.

Von besonderem Interesse war ein Bericht über den Kernenergieausbau in Japan. In diesem Land hat der Unfall von Tschernobyl kaum Folgen gehabt. Es ist geplant die Kernenergieleistung bis zum Jahre 2010 von 25 auf 87 Gigawatt auszubauen. Die Kernenergie wird damit ihren Anteil an der Stromversorgung von rund einem Viertel auf rund die Hälfte erhöhen.

Alle Teilnehmer an der Gesprächsrunde stimmten in der Feststellung überein, daß es bis zur Jahrhundertwende zu einer sensiblen Erhöhung der Ölpreise und damit möglicherweise zu einer neuen Ölkrise kommen wird. Alle Teilnehmer unterstrichen zugleich, daß der Ausbau der Kernenergie dazu beitragen wird die Schadstoffemissionen von Kohle durch Öl- und Gaskraftwerke in Grenzen zu halten und damit dem Waldsterben Einhalt zu gebieten. Mehrere Teilnehmer warnten zugleich davor durch eine Verzögerung im Ausbau der Kernenergie die Gefahr einer Klimakatastrophe zu verstärken.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Beckum: a) Theodor Peitz GmbH & Co. KG, Ahlen b) Peitz GmbH, Ahlen; **Bremen:** Nachl. d. Heinrich Günther Tittmann; **Essen:** Helmut Lenatz, Inh. e. Glas- u. Gebäudereinigungsfirma; **Gütersloh:** A. P. Sportmoden – Produktions- u. Vertriebsges. mbH, Rietberg 2; **Iserlohn:** Nachl. d. Günter Gebhardt; **Mainz:** Nachl. d. Dietmar Rudolf Johannes Mayer, Klein-Winternheim; **München:** Exclusiv-Haus Baubetreuungsges. m.b.H.; Interbau Bauträgerges. mbH i.L.; Nachl. d. Margareta Müller; Creativ-Küchen Handelsges. mbH; Nachl. d. Hans Philipp Friedrich Zwack; **Regensburg:** Nachl. d. Elfriede Gabriele Schwarzbeck; **Reutlingen:** Interieur Innendekoration GmbH; **Schwelm:** Nachl. d. Erich Schmidt, Breckerfeld; Nachl. d. Horst Schmidt, Breckerfeld; **Trier:** Nachl. d. Johanna Weiland geb. Zindel.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Arnsberg: Bachtenkirch Fahrradfabrik GmbH u. Co. KG, Arnsberg-Oeventrop; Bachtenkirch Fahrradfabrik Verwaltungs-GmbH, Arnsberg-Oeventrop; **Flensburg:** Flensburger Schiffbau-Ges. mbH; Harmstorf-Werften GmbH, Hamburg 50; A. F. Harmstorf & Co. GmbH, Hamburg 50; Hamburg–Westafrika Linie GmbH, Hamburg 11; America–Africa Line GmbH, Hamburg 11; Break Bulk & Container Line GmbH, Hamburg 11; International Transport Management Bereederungsges. mbH, Hamburg 11; Ludwig Dittmers' GmbH, Hamburg 93; C. Fr. Duncker & Co. GmbH, Hamburg 93; Büsumer Werft GmbH, Büsum; Harmstorf Consulting & Engineering GmbH, Hamburg 50; Schlichting-Werft GmbH, Lübeck-Travemünde; Otto Schüler GmbH, Bauten- u. Korrosionsschutz, Duisburg 1.

Vergleich beantragt: Bocholt: Meteler Bekleidungswerk GmbH, Metelen; **Hamm:** Reimann Offsetdruck GmbH; **Lüdenscheid:** B. Bartschat GmbH & Co. KG, Neuenrade; **Wesel:** Heika Medizintechnik GmbH.

EG klagt gegen Halbleiterabkommen

AFP, Straßburg

Die EG-Kommission hat gegenüber dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) in Genf eine Klage gegen das japanisch-amerikanische Halbleiterabkommen vom 30. Juli eingereicht, wurde in Straßburg offiziell mitgeteilt. Mit ihrer Klage will die EG zunächst die Eröffnung von Verhandlungen zwischen den beteiligten Parteien erreichen. Zur Begründung hieß es in dem Kommuniqué der Kommission, daß das amerikanisch-japanische Abkommen die internationalen Handelsregeln in Frage stelle und die legitimen Interessen der EG bedrohe.

Diese Befürchtungen beruhen vor allem auf der erwarteten Erhöhung der Weltmarktpreise für Halbleiter. Die EG führt 60 Prozent ihres Halbleiterverbrauchs ein. Gleichzeitig verbesserten die USA ihre Wettbewerbsstellung gegenüber Drittländern bei Fertigprodukten. Die Kommission geht zudem davon aus, daß in geheimen Zusatzklauseln des Abkommens eine Erhöhung des amerikanische Marktanteils in Japan von bisher zehn auf 20 Prozent vorgesehen ist.

Sprick ebnet Kalkhoff den Weg

dos, Oldenburg

Die endgültige Entscheidung über das weitere Schicksal des Cloppenburger Fahrradherstellers Neue Kalkhoff Werke GmbH ist noch immer nicht gefallen. Der Oldenburger Wirtschaftsprüfer Horst Klose, der die Interessen des Kalkhoff-Gesellschafters GBU (Gesellschaft für Beteiligungen an mittelständischen Unternehmen) vertritt, rechnet aber mit einer schnellen und für Kalkhoff positiven Lösung. Eine der wichtigsten Voraussetzungen ist gestern realisiert worden: Der Gütersloher Fahrradhersteller Julius Sprick, der selbst in größte finanzielle Schwierigkeiten geraten ist, hat sein Kalkhoff-Engagement gelöst. Nunmehr geht es noch darum, die Sprick-Lieferanten zum Verzicht auf eine Durchgriffshaftung gegenüber Kalkhoff zu bewegen.

Wenn die genannten Forderungen sich realisieren lassen, will die GBU 2 Mill. DM neues Kapital zur Verfügung stellen. Weitere 2 Mill. DM wollen die Banken für die Finanzierung der Vorräte aufbringen, damit die Fahrradproduktion in den Wintermonaten weitergehen kann.

Japanische Töne bei deutschen Virtuosen

adh. Frankfurt

Die Japaner versuchen, am deutschen Musikinstrumentenmarkt dauerhaft Fuß zu fassen, argwöhnt der Bundesverband der deutschen Musikinstrumentenhersteller und verweist auf erste Fälle, wo japanische Hersteller, wie in Japan üblich, auch in den Handel eingestiegen sind. Es wäre schlimm, wenn die Unabhängigkeit des deutschen Musikfachhandels nicht erhalten bliebe, sondern die individuell strukturierten 2000 deutschen Musikhändler durch Einzelhandelsketten japanischer Großunternehmen ersetzt würden, betonte Verbandsvorsitzender Horst Link.

Insgesamt jedoch sieht sich die Branche wieder im Aufwind. Im vergangenen Jahr wurde von 100 Industrie- und 250 Handwerksbetrieben gut eine Mrd. DM Umsatz erzielt. 70 Prozent der Produktion wird exportiert. Und gerade hier wettern die deutschen Instrumentenbauer gegen die Japaner, die die deutschen Instrumentenexporte in ihr Land nicht stärker wachsen lassen wollen und deutsche Hersteller von der Musikmesse in Tokio ausschließen.

DEC-Bilanz 1986:
Vorstoß in neue Dimensionen.

1986 wird als eines der erfolgreichsten Geschäftsjahre in die Geschichte der Digital Equipment GmbH eingehen. Denn mit dem Überschreiten der Milliarden-DM-Grenze wurde eine neue Umsatzdimension erreicht. Mit einem Plus von 20 Prozent lag der Zuwachs der Umsatzerlöse weit über dem Branchendurchschnitt.
Günstige äußere Rahmenbedingungen sowie eine solide Finanz- und Investitionspolitik waren die Grundlage für dieses Ergebnis. Gemeinsam mit einer konsequenten Strategie in den Bereichen Produktinnovation und Personalpolitik. So gelten die VAX-Rechner von DEC als die Standardsysteme im 32-Bit-Bereich. Und DEC ist technologischer Vorreiter bei Netzwerken und auf dem Gebiet der Systemintegration. Eine Leistung, an der jeder einzelne der mittlerweile 2.655 DEC-Mitarbeiter Anteil hat. 2.655 sichere Arbeitsplätze, davon 554 in diesem Jahr neu geschaffen.
Hinzu kommen Investitionen in Höhe von 91 Mio. DM. Und die Einführung der amerikanischen DEC-Aktie an der deutschen Börse.
Auch das sind Schritte in eine neue Dimension, auf die wir stolz sind.

Digital Equipment GmbH, München

Bilanz (in TDM)	30.6.1986	30.6.1985
Aktiva:		
Anlagevermögen	115.296	62.439
Vorräte	156.873	206.037
Forderungen	222.306	182.107
Banken	21.841	17.086
Sonstiges Umlaufvermögen	16.820	17.389
Bilanzsumme	533.136	485.058
Passiva:		
Stammkapital	85.000	40.000*
Rücklagen	5.886	5.886
Bilanzgewinn	11.124	7.518
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	295.618	329.255
Andere Verbindlichkeiten	135.508	102.399
Bilanzsumme	533.136	485.058

Gewinn- und Verlustrechnung (in TDM)	30.6.1986	30.6.1985
Umsatzerlöse	1.090.625	908.546
Bestandserhöhung	1.325	4.516
Gesamtleistung	1.091.950	913.062
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	701.901	606.749
Rohertrag	390.049	306.313
Sonstige Erträge	13.634	6.829
Personalaufwand	210.921	155.789
Abschreibungen	38.998	29.838
Zinsaufwand	1.563	311
Steuern	13.838	8.810
Sonstige Aufwendungen	128.090	110.876
Jahresüberschuß	10.273	7.518
Gewinnvortrag vom Vorjahr	851	–
Bilanzgewinn	11.124	7.518

* Davon 20.000 TDM geleistete Einlagen für beschlossene Kapitalerhöhung.

Digital Equipment Corp., Maynard (Mass.)

Bilanz (in TSD$)	30.6.1986	30.6.1985
Aktiva:		
Banken	1.910.933	1.080.180
Forderungen	1.903.287	1.538.955
Vorräte	1.199.756	1.756.167
Sonstiges Umlaufvermögen	292.272	262.526
Anlagevermögen	1.867.078	1.731.029
Bilanzsumme	7.173.326	6.368.857
Passiva:		
Kurzfristige Verbindlichkeiten	1.082.419	943.609
Langfristige Verbindlichkeiten	363.080	870.649
Eigenkapital	5.727.827	4.554.599
Bilanzsumme	7.173.326	6.368.857

Gewinn- und Verlustrechnung (in TSD$)	30.6.1986	30.6.1985
Umsatzerlöse	7.590.357	6.686.316
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4.282.099	4.087.475
Aufwand für Forschung und Entwicklung	814.138	717.273
Aufwand für Vertrieb und Verwaltung	1.665.411	1.431.769
Zinsen	<28.820>	18.977
Ertragssteuern	240.109	<15.860>
Gewinn nach Steuern	617.420	446.682
Gewinn je Aktie	$ 4.81	$ 3.71

Der Geschäftsbericht kann angefordert werden bei:
Digital Equipment GmbH, Hauptverwaltung, Freischützstraße 91, 8000 München 81,
Tel. 0 89/41 80 14.



„Sanktionen schaden der farbigen Bevölkerung“

Deutsche Südafrika-Politik bietet kein Konzept für die Zukunft – Durch Wirtschaftsbelebung Apartheid überwinden

Von WOLFGANG FRICKHÖFFER

Die Befürworter von Sanktionen gegen Südafrika erfreuen sich derzeit großer Popularität. Dabei ist zur Überwindung der Apartheid das genaue Gegenteil von Sanktionen das wirksamste Mittel: Nämlich größtmögliche Ausweitung von Investitionen und Käufen in Südafrika ohne jede Diskriminierung.

Es reicht allerdings nicht, mit simplen Formulierungen die verfehlte Sanktionsabsicht gegen Südafrika zu bekämpfen. Sanktionen würden, so heißt es, nicht greifen oder, wenn doch, vor allem die farbige Bevölkerung innerhalb und außerhalb Südafrikas treffen. Außerdem sei der Lebensstandard der Schwarzen in Südafrika höher als in unabhängigen Staaten Afrikas. Auch würden wir riskieren, daß unsere Investitionen, Exporte, Arbeitsplätze und Rohstoffbezüge geschädigt würden, und es könne nicht in unserem Interesse sein, daß in Südafrika ein neuer kommunistischer Herd entsteht. Dies ist alles richtig, genügt aber nicht.

In dieser Diskussion herrschen nicht nur Blindheit und Ideologie, Unkenntnis und Naivität, vielmehr fehlt einigen Beteiligten auch die moralische Legitimation. Dazu gehören Politiker und Ideologen innerhalb und außerhalb Südafrikas, die nicht Freiheit und Wohlstand, sondern die Schaffung der revolutionären Situation zur Errichtung einer sozialistischen Diktatur im Auge haben. Dazu gehören bestimmte Medien und politische Gruppen, die in unlauterer Disproportionalität Schwachpunkte in nichtkommunistischen Ländern gewaltig aufblähen, die viel größeren im Sozialismus aber in den Hintergrund schieben. Moralisch könnte man über einen Südafrikaboykott erst lange nach einem Boykott der Sowjetunion und anderer kommunistischer Staaten reden.

Dazu gehören aber auch sachkundige Besserwisser, die nur die Abschaffung der Apartheid fordern, ohne einen konstruktiven Gedanken daran zu verwenden, welche Organisationsform danach bestehen sollte (und könnte) und wie man dabei von außen behilflich sein könnte. Auch die deutsche Südafrika-Politik hat keine derartigen Vorstellungen, kein diesbezügliches Konzept für die Zukunft. Aus allen diesen Gründen ist es höchste Zeit, Alarm zu schlagen und ein Konzept anzumahnen, noch besser anzubieten.

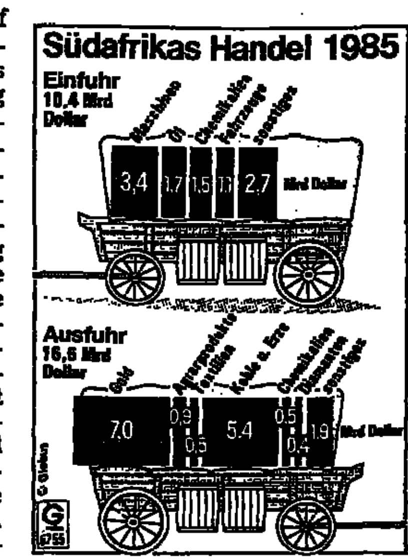
1. Sanktionen jeglicher Art und jeglichen Grades sollten völlig ausscheiden. Sie schädigen nicht nur besonders die nicht-weiße Bevölkerung, die Gastarbeiter aus Nachbarstaaten und diese Staaten selber, und zwar auch dann, wenn Südafrika nicht den Handelsverkehr der Anrainerstaaten als Vergeltung erschwert. Vielmehr schädigen Sanktionen – auch wenn sie nur „selektiv“ praktiziert werden – auch die Keimzelle schwarzer Selbständigkeit, nämlich den schwarzen Mittelstand.

2. Die Forderung nach Verzicht auf Sanktionen jeglicher Art und jeglichen Grades bedeutet konkret das Gegenteil dessen, was gegenwärtig überall im Gespräch ist: Kein Einfrieren von Guthaben, keine Verweigerung von Landerechten, kein Visumzwang für Südafrikaner, keine Einschränkung von Produktion, Investitionen und Kapazitäten, kein Abzug ausländischer Unternehmen, keine Restriktionen der Goldeinfuhr, keine Beschränkung für die Importe südafrikanischer Produkte, keine Unterbindung kultureller, wissenschaftlicher und sportlicher Kontakte (mit allen dortigen Bevölkerungsgruppen), keine Bremse für Waren und Kapitalexporte, keine Einschränkung der Hermesbürgschaften, keine Diskriminierung bei den erweiterten Garantien für Risiken deutscher Direktinvestitionen.

3. Statt dessen volle Freiheit für Investitionen und Käufe in Südafrika, freier Kapital- und Warenverkehr in beiden Richtungen für Wirtschaft und Regierungen (außer Waffen), also Marktbefreiung in jeder Hinsicht ohne Diskriminierung, Kontingente und Protektionismus. Dies alles sind Marktbefreiungen, soweit sie wirksam von deutscher Seite vorgenommen werden können. In Südafrika Bedingungen zu schaffen, die dies begünstigen, ist Sache der dortigen Politik.

4. Die ökonomische Entwicklung Südafrikas mit größtmöglichen Investitionen und Käufen des Auslandes ist als Basis für eine politische Entwicklung mit mehr Teilhabe aller Gruppen unerläßlich. Sollten gerade wir Deutsche uns nicht daran erinnern, in welchem Maße der Aufbau unserer Nachkriegsdemokratie gefördert und stabilisiert wurde durch den wirtschaftlichen Aufschwung und Ludwig Erhards Politik zur Öffnung der Grenzen?

5. Der allerwichtigste Effekt aber: Eine wirtschaftliche Belebung in Südafrika erhöht die Nachfrage nach Arbeitskräften über die Zahl der weißen Arbeitnehmer hinaus und sprengt die frühere (zwar de jure abgeschaffte, aber de facto partiell noch wirksame) „job reservation line“. Diese zunehmende wirtschaftliche Gleichstellung gibt den Nicht-Weißen mehr ökonomisches Gewicht, wie das Beispiel der Inder bereits zeigt, und erzwingt schließlich organisch und evolutionär auch mehr und mehr politische Mitsprache.



Gold ist der mit Abstand wichtigste Ausfuhrartikel Südafrikas; der Exportwert betrug 1985 rund sieben Mrd. Dollar. QUELLE: GLOBUS

6. Sanktionen dagegen führen aus Gründen wirtschaftlicher Not zu mehr Existenzangst und Verhärtung bei den Weißen und zu Entlassungen und damit zu Verelendung bei der farbigen Bevölkerung. Auch die Anfänge einer weiteren Verbesserung des Bildungswesens für die Nicht-Weißen würden geschädigt. Im übrigen rührt der Widerstand gegen mehr Mitsprache der Farbigen zum wenigsten aus Industrie und Banken, die dafür zu weitblickend denken, sondern mehr aus der Landwirtschaft und vor allem aus der weißen Arbeiterschaft. Anti-„kapitalistische“ Neurose ist hier unberechtigt, gerade die Wirtschaft bietet keinen Anlaß, sie durch Sanktionen zu schädigen.

Eine Tendenz des Auslands, in Südafrika mehr zu investieren, ist keine Stütze der Apartheid, sondern ein unerläßlicher Beitrag zu ihrer Überwindung. Wenn aber die weiße Leistung nicht mehr geduldet wird, ohne daß organisch schwarzer Nachwuchs daneben sich entwickeln kann, dieser vielmehr noch unter den gegenwärtigen Stand herabgedrückt wird, dann ist dies kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt.

7. Wirtschaftsbelebung durch Käufe und Investitionen des Auslandes zu verweigern, statt dessen eine Entwicklung zum Chaos einzuleiten und anschließend für die Behebung der dabei angerichteten Schäden westliche Hilfe zu fordern, sollten wir kategorisch ablehnen. Allenfalls Sanktionsbefürworter sollten dann finanziell herangezogen werden. Wir haben bei Südafrika keinen Anlaß zu Schuldgefühlen. Wir haben im Gegenteil durch die bisherigen Wirtschaftsbeziehungen schon Erhebliches zur Hebung der Position der Nicht-Weißen getan und können dies durch marktwirtschaftlichen Ausbau der Beziehungen noch steigern.

8. Notwendigkeit und Nutzen verstärkter Wirtschaftsbeziehungen gelten auch für den Fall, daß eine Aufteilung des Landes ins Auge gefaßt wird. Auch dies wird sich leichter bei Wirtschaftsbelebung und besseren Beschäftigungschancen für Nicht-Weiße realisieren lassen.

9. Alle diese Argumente, insbesondere das der nötigen Steigerung der Nachfrage nach nicht-weißen Arbeitskräften durch ausländische Investitionen und Käufe, sollten wir auch in der EG und gegenüber den USA vertreten.

10. Völlig verfehlt ist das Argument, wir dürften uns in der Südafrikapolitik nicht isolieren, nicht als Schlußlicht hinter anderen westlichen Ländern zurückbleiben. Wenn wir für das Gegenteil von Sanktionen eintreten, sind wir nicht die letzten Helfer des Regimes in Pretoria, sondern die ersten, die von außen nicht mit scheinsozialen Sanktionen oder gar revolutionärer Ideologie, sondern mit realwirksamen Maßnahmen zum Abbau der Apartheid beitragen.

Der Autor ist Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Heidelberg

„Führungsstrukturen längst überholt“

Unternehmensberatung Baumgartner: Neugestaltung auch Chance zur Vitalisierung

WERNER NEITZEL, Stuttgart

In der Neugestaltung der Führungsstruktur liegt eine „einmalige Chance zur Vitalisierung des Unternehmens“. Daß derlei Notwendigkeit zur Anpassung in der Wirtschaft vielfach nicht erkannt wird beziehungsweise nicht immer die richtigen Schlußfolgerungen gezogen werden, belegt die renommierte Unternehmensberatung Baumgartner + Partner GmbH, Sindelfingen, anhand von Erkenntnissen aus mehr als 200 Untersuchungen.

Danach haben in fast allen Fällen die Unternehmensleitungen über bürokratisches Verhalten ihrer Mitarbeiter geklagt, letztere wiederum klagten über das bürokratische Verhalten ihrer Unternehmensleitungen sowie über bürokratische und ineffiziente Führungsstrukturen. Baumgartner kommt zu dem Ergebnis, daß „etwa 30 Prozent aller Industrieunternehmen noch mit Strukturen führen, die längst überholt sind“.

Die Strukturen in weiteren 20 bis 30 Prozent der Unternehmen seien „nur mit äußerster Nachsicht noch tolerierbar, im Grunde aber ebenfalls überfällig für die Anpassung an die veränderten Verhältnisse“. Baumgartner konstatiert, daß der Einfluß der Führungsstruktur auf das Unternehmensergebnis, auf den Markterfolg, auf Innovationen, auf Motivation wie auch auf die Wettbewerbsfähigkeit bisher sicherlich weit unterschätzt worden sei. Teilweise sei es sogar unbekannt, daß zwischen jenen beiden Erfolgskriterien und der Führungsstruktur überhaupt ein Zusammenhang bestehe.

Ein Organisationsplan könne, wie es im „Praxisbrief“ weiter heißt, nur die Art der Führungsstruktur, nicht dagegen ihre Qualität aufzeigen. Unternehmen könnten nämlich durchaus einen stets aktualisierten Organisationsplan besitzen und trotzdem mit einer völlig überalterten Führungsstruktur führen, falls diese dem inneren und auch äußeren Wandel nie angepaßt worden sei.

Die Sindelfinger Unternehmensberatung nennt drei für den Wandel vorrangige Ursachen: An erster Stelle steht der ungeheure Wissenszuwachs, der sich allein schon daraus ergibt, daß die Zahl der weltweit tätigen Wissenschaftler und Forscher sich von etwa 6000 des Jahres 1900 auf inzwischen rund sechs Millionen erhöht hat. Nach einer bekannten Analyse hat sich das Wissen, das sich in den Jahren 1930 bis 1950 verdoppelte, in seinem Wachstumstempo so sehr beschleunigt, daß man für die Zeit von 1980 bis 1990 von einer Versechsfachung ausgeht.

Als zweite Ursache sieht Baumgartner die allmähliche Integration der Volkswirtschaften in eine Weltwirtschaft an. Dieser Prozeß sei in vollem Gange und alle bedeutenden Unternehmen spürten ihn durch die Internationalisierung des Wettbewerbs. Eine dritte Ursache wird im Wandel der Gesellschaft ausgemacht. So biete denn auch die ständige Anpassung der Führungsstrukturen an Veränderungen des Marktes, an neues Wissen, Technologien und Gesellschaft die beste Vorsorge gegen Bürokratisierung.

Jede Organisation funktioniere nur in jenem Maße, wie die betroffenen Menschen qualifiziert und bereit seien, sie zu tragen. Stelle sich die Lösung als gut heraus, so sei die erste Hälfte bereits gewonnen. Die zweite Hälfte bestehe aus den Personen, die Entscheidungen treffen müssen. Die Erkenntnis sei nicht neu, daß die Mitglieder von Vorstands- und Geschäftsführungsgremien nicht Spezialisten, sondern Generalisten sein sollten, in Zukunft sogar sein müssen. In den Ebenen darunter müsse nach unten hin zunehmend von wenig viel verstanden werden.

PERSONALIEN

Gerhard Eychmüller, langjähriges Mitglied der Vorstände der Gothaer Lebensversicherung a. G. und der Gothaer Allgemeine Versicherung AG, Göttingen, wird heute 65 Jahre.

Dr. **Kurt Andreas**, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Ausgleichsbank, vollendet am 10. Oktober sein 60. Lebensjahr.

Präsident Dr. **Reinhold Kißling**, im Vorstand des Württembergischen Genossenschaftsverbandes für die Raiffeisen-Warengenossenschaften verantwortlich, vollendet am 10. Oktober 1986 das 60. Lebensjahr.

Peter W. Selle (42), zuletzt Verkaufsleiter und Assistent der Geschäftsführung bei der Pfungstädter Brauerei, wurde mit Wirkung zum 1. Oktober 1986 zum Verkaufsdirektor bei der Henninger-Bräu AG, Frankfurt, bestellt.

Manfred Rauser wurde mit Wirkung zum 1. Oktober die Generalvollmacht der Württembergischen Metallwarenfabrik AG (MWF), Geislingen/Steige, erteilt. Außerdem wurde er zum Leiter der Sparte Objektgeschäft berufen.

Klaus Laufen (43), bisher in der Investitionsgüterindustrie als Finanzdirektor tätig, ist seit dem 1. Oktober 1986 Leiter der Geschäftsstelle München der WFG Deutsche Gesellschaft für Wagniskapital mbH, Frankfurt.

Ludwig Eberhardt wurde als Nachfolger von Dr. **Peter Bruckmann** zum Präsidenten des Gesamtverbandes kunststoffverarbeitende Industrie (GKV) e. V. gewählt. Zu Vizepräsidenten wurden **Manfred Hawerkamp** und **Heinrich Walch** bestellt.

Dr. **Heinrich Brands**, **Rainer P. Buchheld** und **Manfred Schobert** sind zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern der Gothaer Versicherungsbank VVaG, Köln, ernannt worden.

Rolf Günnewig ist seit dem 1. Oktober Technischer Geschäftsführer der Hamburger Gaswerke GmbH (HGW), Hamburg.

Nicolaus H. Schilling, Ehrenpräsident von Gesamttextil, ist am 5. Oktober in Bremen im Alter von 83 Jahren gestorben.

Dr. **Manfred Lohmann**, Mitglied der DEG, Köln, ist am 5. Oktober im Alter von 56 Jahren gestorben.



VW-Stämme unter Druck

Aktienhandel wurde schleppend

DW. – Auf dem Aktienmarkt kam es auch am Mittwoch wieder zu Sonderbewegungen. Sie waren aber längst nicht so spektakulär wie an den Vortagen. Auslandskaufaufträge lagen nur noch bei wenigen Papieren vor, so bei Siemens und der Deutschen Bank.

Bei den bisher bevorzugten Elektronikwerten wurde der Handel weitgehend auf bisheriger Kursbasis abgewickelt. „Entdeckt" wurden die Aktien von DeTeWe, die einen kräftigen Aufwärtssprung taten. Der Markt der Fahrzeugwerte litt immer noch unter der laufenden Placierung der vom Bund und Land Niedersachsen nicht bezogenen VW-Vorzüge. Offiziell werden sie zu 450 angeboten. Großbankaktien wurden zu Dienstagkursen umgesetzt. Die beiden bayerischen Institute fielen mit zweistelligen Kursgewinnen aus dem Rahmen. VIAG, zu 165 DM in den Börsenhandel eingeführt, gab um weitere drei auf 154 nach. Das Beispiel VIAG scheint dämpfend auf die Zeichnungsfreudigkeit für IVG-Aktien zu wirken, denen Pessimisten ein ähnliches Schicksal wie der VIAG an der Börse voraussagen. Leicht unsicher war die Tendenz in den Maschinenbaupapieren. Die nachlassenden Auftragseingänge im Investitionsgüterbereich haben nachdenklich gestimmt. Großchemieaktien waren nur wenig verändert, auch bei den Spezialitäten des Chemiemarktes gab es keine nennenswerten Abweichungen.

Nachbörse: leichter

DW-Ak.ind.: 276,85 (276,06)
DW-Ums.ind.: 3411 (3792)
Adv.-decline-Zahl: 105 (107)
38-Tg-Linie: 279,53 (279,49)
200-Tg-Linie: 279,69 (279,61)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inland

	8.10.	7.10.
H Aach M Betl. 12,5	2475	2510
H Aach. M. Vers. 7	2100	2100
D Aach. Rück. 9	2790	2700
D Aseag *4	390G	390G
M Ack-Gögg. 8	165	165
H Adca 3	180bG	180,5
D Adler 17+16	300G	300
F AEG 0	323	326,8
D AEG KABEL 9	426	430
S Aesculap 9	410bB	413G
F AGAB 5	160bB	161
D Agrippina *0	3750T	3800
M Agrob *0	175,5bG	180
M dgl. Vz.* 0	133	137,5bG
D Colonia Vers. 6	675	675
D Commerzb. 8	321	319
D Cobk.Reste*0 RM	14,4G	14,4bG
F Cobk.Genußsch.	122	122
D Conc. Chem. 4,5	280	283G
B Conc. Spinne * 0	590T	590T
D Contigas 8	344,5	347
D Conti Gummi 5	321,6	322,5
D Dahlb. St. 7,75	258	263
D dgl. Vz. 14,75	395	394
S Daimler 17+2,5	1260	1253
M Deckel AG 6	229	229
F DG Bank Gen. 8,5%	114,5G	114,5G
D Dt. Atl. Tel.10	780T	780T
D Dt. Babcock St. 3	201	204
D dgl. Vz. 3,5	185,5	190
F Dt. Bank 12	804,9	792
D Dt. Centraboden 12	880G	880bG
F BBC 7	311	312,8
S BSU Textil 30%	2110bG	2100bB
D Buckau-W. 4,1	115,1	115T
D Buderus *13,9	510G	510
M Bgl.Br Ing. *12	890G	890G
S Bgl.Brh.Rav. *0	365G	370B
F Brillantleuchten 7	185	185
S Calw D. **24	735bG	730G
F Cassella *15	845	861
F Ceag 5	256	260
H Geestm. Bk. 3	204,5	205
M Gehe *8	230bG	238bG
D Gels.wasser 6,5	198	199
D Gerresh. Gl. 7,5	229	232
F Gestra 7	198bG	200
D Gildem. 0	142	144
D Girmes 0	151,5	154
D Glas & Sp. *11	290T	290T
D Goldschm. 9	256	254
M Gkw. Frk. *10	340B	340bB
H Kühltr. *0	540	525
D Klippersb. *0	326	330
D KKB 12	692	690
F Kupferberg *9	970G	970bG
F Lahmeyer 10	780	795
D Langenbr. 10	980G	980G
D dgl. Vz. 10,5	800G	800G
F Ldw.Rentenbk. Gn.	105,8G	105,8G
F Lech Elektr. 7,5	333	334G
D Rhein. Textil *6	290G	290G
D Rhein. Boden 6,5	276bG	275bG
D RWE St. 8	199,5	201
D dgl. Vz. 8	197,5	198
D RWK 0	545G	545
D Rheinmetall 7,5	395	395
D Rheinmetall Vz.8,5	329	333
D Rhenag 7,5	380	385
Hn Ried. d. H. *22	847G	847G
H Rint. Sth.A **0	1000G	1000G
F VGT 5	239G	239G
H V. Kammgarn 0	–	–G
M V. Kunstm. 5	168G	168G
D V. Seidenw. St. 3,5	198xD	220T
H V. Werkst. 0	290T	290T
H Vereins-Westb. 12	450	447
M Vbk.-Nürnbg. 12	690bG	680bG
D VIAG 5	155,5	156
D Vict. Leben *18	7300	7350
D dgl. 50% E. *9	6150	6180

Freiverkehr · Ungeregelt. Freiverkehr · Unnotierte Werte · Ausland in DM

23. Juni 1903 5. Oktober 1986

Nicolaus H. Schilling

Ehrenpräsident von Gesamttextil

Wir erfüllen die traurige Pflicht, vom Tode unseres Ehrenpräsidenten Kenntnis zu geben.

Der Verstorbene war auch Ehrenpräsident von Comitextil, dem Koordinierungskomitee der europäischen Textilindustrien, sowie ehemaliger Präsident anderer europäischer und internationaler Vereinigungen der Textilindustrie.

Nicolaus H. Schilling hat sich um die Textilindustrie und ihre Verbandsorganisation große Verdienste erworben.

Ernst-Günter Plutte
Präsident von Gesamttextil

Dr. Konrad Neundörfer
Hauptgeschäftsführer

Die Trauerfeier für Nicolaus H. Schilling findet am Montag, dem 13. Oktober 1986, um 11.00 Uhr in der Martin-Luther-Kirche in Bremen-Blumenthal, Wigmodistraße 33, statt. Anstelle von Blumen und Kränzen bitten wir im Sinne des Verstorbenen um eine Spende an das Haus Seefahrt in Bremen, Konto-Nr. 0 101 621 000 bei der Bremer Bank in Bremen, BLZ 290 800 10.

Am 3. Oktober 1986 entschlief nach tapfer ertragener, schwerer Krankheit

Eva Baronin von Stempel

geb. Weißhun

16. 1. 1922 3. 10. 1986

Nikolai Baron von Stempel
Nikolai Alexander Baron von Stempel
Didier und Karin Picquot
geb. Baronesse von Stempel
Enkelkinder Nathalie, Caroline
Else Weißhun geb. Höltzcke

Maria-Louisen-Straße 139
2000 Hamburg 60

1050 Sherbrooke Quest
Le Quatre Saisons
Montréal, P. Québec H3 A 2 R6, Canada

Die Trauerfeier hat im engsten Familienkreise stattgefunden.

Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

Wir würden uns freuen, wenn Sie die Deutsche Krebshilfe Bonn unterstützen würden. Konto-Nr. 90 90 90 bei der Dresdner Bank (BLZ 380 860 55).

Warenpreise – Termine

Uneinheitlich schlossen am Dienstag die Edelmetallnotierungen an der New Yorker Comex. Gold zog an, Silber und Kupfer gingen schwächer aus dem Markt. Kaffee notierte Limit-up, während Kakao schwächer bewertet wurde.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	7.10.	6.10.
Dez.	266,00-265,50	264,00-263,75
März	259,75-260,00	259,80
Mai	247,50-247,25	256,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)
Wheat Board cif.

St.L. 1 CW	199,68	200,83
Am. Durum	187,68	198,61

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Okt.	94,50	94,50
Dez.	97,00	97,00
März	98,50	98,50

HAFER Winnipeg (can. $/t)

Okt.	79,70	79,70
Dez.	78,70	78,50
März	79,00	79,00

HAFER Chicago (c/bush)

Okt.	122,75	122,00
März	126,75	126,50
Mai	126,00	126,00

MAIS Chicago (c/bush)

Okt.	164,25-164,00	164,50-164,00
März	174,25	174,50-174,25
Mai	180,25	181,00-180,50

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Okt.	84,50	84,30
Dez.	82,50	82,20
März	84,30	84,20

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	7.10.	6.10.
Dez.	205,00-205,70	197,50-198,00
März	193,25-193,50	196,85-196,25
Mai	187,25	183,25

KAKAO New York ($/t)

	7.10.	6.10.
Dez.	1997-2011	2030-2045
März	2016-2028	2051-2062
Mai	2040-2055	2085
Umsatz	1842	952

ZUCKER New York (c/lb)

Nr. 11 Jan.	5,61-5,62	5,58-5,70
März	5,19-6,20	6,20-6,22
Mai	6,43-6,44	6,41-6,42
Juni	6,61	6,57
Sept.	6,71	6,65-6,69
Umsatz	6302	4592

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)

	4,84	4,78

KAFFEE London (£/t) Robusta

	7.10.	6.10.
Nov.	2365-2370	2300-2305
Jan.	2330-2335	2257-2258
März	2260-2260	2180-2185
Umsatz	5235	5129

KAKAO London (£/t)

Dez.	1507-1508	1527-1528
März	1544-1546	1566-1567
Mai	—1565	1585—
Umsatz	3835	1384

ZUCKER London ($/t) Nr.6 (fob)

	7.10.	6.10.
Dez.	125,20-125,40	125,40-125,60
März	138,40-138,60	138,20-138,60
Mai	143,20-143,80	143,80-144,00
Umsatz	947	698

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg

	8.10.	7.10.
schw.		
Saraw.spez.	977,50	977,50
weiß.Saraw.	1390,00	1390,00
weiß.Munt.	1405,00	1405,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)

	7.10.	6.10.
Nov.	108,50-109	107,30
Jan.	110,75-110,90	109,00
März	111,90-112,00	109,50-109,60
Mai	112,50-112,80	110,30-110,50
Juli	112,90-113,10	110,95-111,15
Umsatz	500	700

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)
Südstaaten fob Werk

	7.10.	6.10.
	26,00	26,00

MAISÖL New York (c/lb)
US-Mittelweststaaten fob Werk

	19,75	19,75

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Okt.	13,34	13,36-13,35
Dez.	13,95-13,98	13,91-13,88
Jan.	14,10-14,08	14,05-14,07
März	14,40	14,33-14,35
Mai	14,60-14,61	14,60
Juli	14,77	14,78-14,80
Aug.	14,80	14,82

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb)
Mississippi-Tal fob Werk

	14,00	14,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	16,00	16,00
Choice white hog 4 % fr. F.	10,75	10,75

TALG New York (c/lb)

top white	12,00	12,00
fancy	11,50	11,50
bleichf.	11,25	11,25
yellow max. 10% fr.F	8,75	8,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Okt.	52,45	50,80-51,10
Dez.	51,40	49,80-50,00
Febr.	50,12	48,65-48,60

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Febr.	67,60-67,50	65,90-65,70
März	66,60-66,45	64,60-64,85
Mai	66,70-66,55	64,85-64,90

HÄUTE Chicago (c/lb)

	7.10.	6.10.
Ochsen einh. schwere River Northern	66,00	66,00
Kühe einh. schwere River Northern	58,00-59,00	58,00-59,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Nov.	469,5-469,25	469,75-470,2
Jan.	478,0-477,5	478,0-478,5
März	486,5-486,25	486,75-486,5
Mai	495,0	494,5
Juli	498,5-498,25	497,5
Aug.	497,5	497,0-497,75
Sept.	493,5	492,5

SOJASCHROT Chicago ($/sht)

Okt.	147,3	147,9
Dez.	148,6-148,5	148,7-149,0
Jan.	149,8-149,7	149,8
März	151,4-151,3	151,2
Mai	152,3	152,5-152,8
Juli	153,5	153,1-153,2
Aug.	154,5-154,0	154,0-153,5

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

	7.10.	6.10.
Okt.	239,00	232,60
Dez.	241,00	237,00
März	249,50	245,50

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk

	7.10.	6.10.
	14,00	14,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)

	8.10.	7.10.
jegl. Herk. cif	575,00	575,00

LEINÖL Rotterdam ($/t)
jegl. Herk. ex Tank

	375,00	370,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra

cif	245,00	245,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg)
roh Niederl. fob Werk

	66,50	65,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen

cif	310,00	302,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1

cif	199,00	194,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	7.10.	6.10.
Okt.	45,40-45,75	45,60-46,00
Dez.	45,90-45,95	46,43-46,45
März	46,60-46,73	47,20
Mai	47,30-47,3T	47,62
Juli	48,20	48,00
Okt.	49,00	49,50

KAUTSCHUK New York (c/lb)
Händlerpreis loco RSS-1

	46,62	46,62

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.

	8.10.	7.10.
Okt.	582-585	582-585
Dez.	556-559	558-560
Jan.	550-554	550-565
Umsatz	2346	2342

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	8.10.	7.10.
Okt.	ausg.	ausg.
Dez.	ausg.	ausg.
Umsatz	–	–

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg)
Merino-Schweißw. Standard

	8.10.	7.10.
Okt.	630,00-650,00	636,00-650,00
März	–	–
Mai	–	–
Umsatz	1	0

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen

	8.10.	7.10.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	8.10.	7.10.
Okt.	12007	12008
Nov.	11997	12001

KAUTSCHUK London (p/kg)

	7.10.	6.10.
spot	66,00-69,00	66,00-69,00
RSS 1 Nov.	64,75-66,00	64,50-65,75
RSS 2 Nov.	64,00-65,50	63,75-65,25
RSS 3 Nov.	62,75-63,75	62,50-63,50

Tendenz: ruhig

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)

	8.10.	7.10.
Nov.	229,50-231,50	227,50-229,50
Dez.	230,50-232,50	228,50-230,50
Nr. 2 Nov.	228,50-230,50	226,50-227,50
Nr. 3 Nov.	224,50-229,50	222,50-225,50
Nr. 4 Nov.	219,00-220,00	217,00-218,00

Tendenz: ruhig

JUTE London (£/lgt)

	8.10.	7.10.
BWC	267	267
BWD	267	267
BTC	310	310
BTD	310	310

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	8.10.	7.10.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	230,93-231,07	232,40-232,55
dritt. M.	233,78-233,95	235,30-235,44
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	83,17-83,31	81,31-81,38
dritt. M.	83,88-83,95	82,10-82,25
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	738,79-740,22	742,82-745,72
dritt. M.	753,08-754,51	757,30-758,46
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	170,05-172,91	173,76-176,66
Prod.-Pr.	184,59	185,36
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)

	8.10.	7.10.
	14,09	14,12

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	8.10.	7.10.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	269,79-271,80	273,52-275,55
BLEI in Kabeln	90,75-91,75	89,00-90,00
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	8.10.	7.10.
MS 58, 1.VS	264-265	266-267
MS 58, 2.VS	315-317	315-319
MS 63	290-294	292-297

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	8.10.	7.10.
Leg. 225	260-270	270-275
Leg. 226	262-272	272-277
Leg. 231	297-302	307
Leg. 233	307-317	317-322

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	8.10.	7.10.
PLATIN (DM/g)	40,658	41,208
GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.)		
Bank-Vkfpr.	32718	32832
Rückn.-Pr.	27900	28000
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr	28930	29130
Rückn.-Pr.	28150	28350
verarbeitet	303508	305608
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	28300	28400
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	375,70	380,50
Rückn.-Pr.	364,20	368,80
verarbeitet	392,208	397,208

Internationale Edelmetalle

	8.10.	7.10.
GOLD (US-$/Feinunze) London		
10.30	439,40	442,00
15.00	438,10	436,00
Zürich mitt.	439,00-439,75	437,00-438,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	91850	92050
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	398,50	398,35
3 Mon.	409,00	408,80
6 Mon.	419,65	419,55
12 Mon.	441,40	440,05
PLATIN (£/Feinunze) London	7.10.	6.10.
fr. Markt	415,00	423,60
PALLADIUM (£/Feinunze) London	7.10.	6.10.
f. Händl.-Pr.	98,25	100,00

New Yorker Metallbörse

	7.10.	6.10.
GOLD H & H Ankauf	436,25	437,15
SILBER H & H Ankauf	571,50	576,00
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	597,00-602,00	597,00-602,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	142,00-144,00	142,50-144,50
Prod.-Pr.	150,00	150,00
COMEX GOLD		
Okt.	441,10	439,00
Nov.	443,00	441,00
Dez.	444,30-445,50	442,50-443,00
Febr.	448,50-449,50	446,40-447,00
Apr.	451,80	450,00-450,50
Umsatz	32000	35000
SILBER (c/Feinunze)		
Okt.	570,40	576,60
Dez.	574,00-576,00	581,00-582,00
Jan.	577,80	584,40
März	583,00-584,80	589,00-990,00
Mai	589,00-591,00	596,50
Juli	594,80	601,50
Sept.	601,20	607,90
Umsatz	16500	15000

KUPFER (c/lb)

	7.10.	6.10.
Okt.	59,90	59,30
Dez.	59,35-59,55	59,85-59,90
Jan.	59,65	60,00
März	59,95-60,10	60,35-60,40
Mai	60,35	60,65
Juli	60,60	60,90
Sept.	60,85	61,20
Umsatz	4200	1600

Londoner Metallbörse

	8.10.	7.10.
ALUMINIUM (c/lb)		
mittl. Kasse	808,00-808,50	802,50-803,00
3 Mon.	818,00-818,50	812,50-813,00
BLEI (£/t)		
mittl. Kasse	291,00-291,50	280,50-281,00
3 Mon.	293,50-293,70	283,50-284,00
KUPFER grade A (£/t)		
mittl. Kasse	925,50-926,00	926,00-926,50
3 Monate	948,50-949,00	948,00-949,00
ab. Kasse	–	924,00-925,00
3 Monate	–	946,00-947,00
KUPFER-Standard		
mittl. Kasse	902,00-902,50	901,00-901,50
3 Monate	925,00-926,00	925,00-925,50
ZINK Highergrade (£/t)		
mittl. Kasse	624,00-625,00	629,00-630,00
3 Monate	619,00-619,50	619,50-630,00
ZINN (£/t)		
mittl. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	125-135
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	40-45

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)

	7.10.	6.10.
Nov.	42,60-42,70	41,60-41,80
Dez.	44,10-44,25	42,95-43,20
Jan.	45,10-45,30	44,00-44,25
Febr.	45,80-45,85	45,00-45,10

GASÖL – London ($/t)

	7.10.	6.10.
Okt.	122,00-122,50	117,50-118,00
Nov.	127,75-128,00	123,75-124,00
Dez.	133,25-133,50	128,50-128,75
Jan.	137,00-137,25	132,25-135,75
Febr.	138,25-138,75	134,25-135,50
März	132,50-135,00	—129,50
April	123,00-133,50	120,00-128,50
Mai	120,00-133,00	115,00-132,00

BENZIN (bleifrei) – New York (c/Gallone)

	7.10.	6.10.
Nov.	42,25	41,25-41,50
Dez.	42,60-42,70	41,50-41,85
Jan.	42,90-43,10	42,20
Febr.	43,25	42,45
März	43,85	43,00

ROHÖL – New York ($/Barrel)

	7.10.	6.10.
Nov.	15,39-15,41	14,81-14,87
Dez.	15,66-15,70	15,10-15,16
Jan.	15,75-15,78	15,13-15,19
Febr.	15,78-15,80	15,15-15,18
März	15,77-15,79	15,22

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel)
mittlere Preise in NW-Europa – alle fob

	7.10.	6.10.
Arabian Lg.	11,59	11,53
Arabian Hv.	11,34	11,30
Iran Lg.	13,55N	13,50N
Forties	14,10N	13,55
North Brent	14,20N	13,65N
Bonny Light	14,20N	13,80

Kartoffeln

London (£/t)

	7.10.	6.10.
Nov.	109,00	108,50
Febr.	120,10	119,50
April	175,50	169,00
Mai	190,50	185,80

New York (c/lb)

	7.10.	6.10.
Nov.	4,15-4,18	4,17-4,22
März	4,76	4,80-4,87
Mai	5,79	5,83
–	–	–

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)

	7.10.	6.10.
Nov.	167,80-168,00	169,60-169,20
Jan.	166,00-165,80	167,80-167,70
März	166,80	168,10-168,60
Mai	167,60	168,00

Devisenterminmarkt

Am 8. 10. gaben die Euro-Dollar-Depots leicht nach, die Terminabschläge für Dollar gegen D-Mark verringerten sich.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,28-0,18	0,73-0,63	1,30-1,10
Pfund/Dollar	0,55-0,52	1,78-1,75	3,49-3,43
Pfund/DM	2,10-0,70	5,20-3,80	9,20-7,80
FF/DM	21-5	42-26	64-48

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 8.10.: Tagesgeld 4,35-4,45 Prozent; Monatsgeld 4,50-4,60 Prozent; Dreimonatsgeld 4,50-4,60 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,65 Prozent, 6 Mon. 4,65 Prozent.
Privatdiskontsätze am 8.10.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 8.10.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 8.10.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	5⅞-6	4⅜-4½	3⅝-3⅞
3 Monate	5⅞-5⅞	4⅜-4½	3¾-4
6 Monate	5⅞-5⅞	4⅜-4⅝	3⅞-4⅛
12 Monate	5⅞-6⅛	4½-4¾	3⅞-4⅛

Mitgeteilt von Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 8.10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,00; Verkauf 18,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 15,25; Verkauf 18,25 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 8.10. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM):

	Feingew. in Gramm	Ankauf	Verkauf inkl.MwSt.	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	205,00	262,20	36,57
20 ffr. Napoleon	5,8070	160,00	210,90	36,32
20 sfr Vreneli	5,8070	175,00	228,00	39,26
½ Sovereign (E.II)	3,6610	105,00	142,50	38,92
1 Sovereign Neu	7,3220	195,00	250,80	34,25
1 Sovereign Alt	7,3220	198,00	254,22	34,72
100 Kronen Öster.	30,4880	815,00	997,50	32,72
20 Kronen Öster.	6,0980	162,00	207,48	34,02
10 Kronen Öster.	3,0480	84,00	111,72	36,65
4 Dukaten Öster.	13,7700	384,00	471,96	34,27
1 Dukaten Öster.	3,4420	86,00	118,56	34,45
10 Rubel Tscherw.	7,7423	206,00	263,34	34,01
Krügerrand 1 Uz	31,1035	863,00	1023,72	32,91
Krügerrand ½ Uz	15,5517	454,00	540,36	34,75
2 Rand Südafrika	7,3220	191,00	245,24	33,63
1 Rand Südafrika	3,6610	88,00	123,12	33,63
50 C.$ Mapl.L.1 Uz	31,1035	890,00	1054,50	33,90
5 C.$ Mapl. 1/10 Uz	3,1103	93,00	117,42	37,75
20 US-$ Dbl. Eagle	30,0930	1035,00	1328,10	44,13
Nob. Platin 1 Uz	31,1035	1235,00	1453,50	46,73
Nob. Platin 1/10 Uz	3,1103	127,00	160,74	51,68

Mitgeteilt von der Dresdner Bank, Essen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. August 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/7 (Typ A) 3,50 (3,50) – 4,50 (3,99) – 5,00 (4,31) – 6,00 (4,70) – 7,00 (5,12) – 8,00 (5,55). Ausgabe 1986/8 (Typ B) 3,50 (3,50) – 4,50 (4,00) – 5,00 (4,33) – 6,00 (4,75) – 7,00 (5,19) – 8,00 (5,66) – 8,00 (5,99). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,80, 2 Jahre 4,50. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,25, Kurs 98,50, Rendite 5,60.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 8.10.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	57,694	6,50
Commerzbank	100,00	22.5.95	57,00	6,73
Commerzbank	100,00	4.8.00	39,50	6,95
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	139,00	9,14
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	112,57	5,40
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,16	5,40
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	56,92	6,60
Hbg. Ldbk. A.1	100,00	1.7.96	51,50	7,05
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	58,42	6,41
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	40,22	6,90
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	57,95	6,51
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	27,91	7,05
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,77	6,95
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	26,35	7,08
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	14,24	6,83
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	57,53	6,58
WestLB 600	100,00	2.5.95	58,35	6,50
WestLB 603	100,00	1.6.01	37,35	6,96
WestLB 606	100,00	1.8.06	26,05	7,03
WestLB 500	126,86	16.2.89	114,50	4,46
WestLB 501	137,01	16.2.90	116,00	5,10
WestLB 504	141,85	1.10.91	109,60	5,32
WestLB 505	143,24	1.9.92	104,40	5,52
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	116,75	6,33
Österreich	294,12	24.5.00	117,50	6,95
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	127,50	8,95
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	130,50	8,14
Prud Realty	$ 100	15.1.99	68,25	9,27
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.90	76,875	8,16
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	63,75	8,81
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	58,25	10,64
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	63,375	8,90
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	62,0	9,24
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	59,25	8,56
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	50,75	9,66
Penney (A+)	100,00	17.2.94	51,75	9,35
Sears (AA)	100,00	27.5.94	51,00	9,20
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	51,00	9,17
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.5.95	48,875	8,88

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)		Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,70	(4,67)	100,3	101,2	102,1	103,1	104,0	105,0
2	4,90	(4,90)	100,2	101,9	103,7	105,6	107,5	109,3
3	5,22	(5,21)	99,40	101,9	104,6	107,3	110,0	112,7
4	5,57	(5,57)	97,65	101,2	104,7	108,2	111,7	115,1
5	5,80	(5,78)	96,20	100,9	104,7	108,9	113,1	117,3
6	6,02	(6,01)	94,50	99,90	104,3	109,2	114,1	119,0
7	6,28	(6,28)	92,40	98,45	103,4	108,9	114,5	120,0
8	6,59	(6,57)	89,80	95,85	101,9	107,9	114,0	120,0
9	6,76	(6,76)	87,80	94,55	101,6	107,5	114,1	120,6
10	6,80	(6,79)	86,60	93,65	101,4	107,8	114,8	121,9
15	7,05	(7,03)	80,60	89,60	99,55	107,7	116,7	125,7

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,682 (112,740)
Performance-Rentenindex: 248,026 (248,062)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	7. Okt.	5,25-5,625
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	5,675
	60–270 Tage	5,50
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	5,675
	60 Tage	5,65
	90 Tage	5,25
Certificates of Deposit	1 Monat	5,60
	2 Monate	5,50
	3 Monate	5,50
	6 Monate	5,50
	12 Monate	5,65
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,05
	26 Wochen	5,07
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,25
	30 Jahre	7,54
US-Diskontsatz		5,50
US-Primerate		7,50
Geldmenge M1	22.Sept.	695,1 Mrd. $ (+4,3 Mrd. $)
NYSE-Aktienindex (New York)		
Dez.	133,60	133,60
März	133,70	134,25

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	7.10.	6.10.
9¾ EEC 90	106,125	105,875
11¼ dgl. 90	111,75	111,375
10¾ EIB 95	110,375	110
11 dgl. 91	113,875	113,5
11½ dgl. 90	115	114,75
11¾ dgl. 95	121,75	121,5
12 dgl. 95	123,625	123,125
12½ dgl. 90	117	116,75
12¾ dgl. 95	128,875	128,625
13 dgl. 96	120,5	120,5
10¼ Wld Bk 95	113,875	113,375
10⅝ dgl. 88	105,375	105,5
10¾ dgl. 90	110,875	110,5
10⅛ dgl. 93	116,125	116
11 dgl. 92	115,25	115,125
11¼ dgl. 88	108,75	108,75
11⅜ dgl. 90	114,125	113,625
11⅞ dgl. 89	109,5	109,375
11½ dgl. 90	114,375	113,875
12 dgl. 93	123	122,75
12¼ dgl. 94	126,75	126,625
12⅛ dgl. 94	129,875	129,75
6⅞ Sears 91	104,375	104,5
6¼ Swed.Ex.91	102,375	102,5
7 TRW 94	102,125	101,5
6⅝ Un.Tech.92	102,75	102,625
6⅝ W.Disn.96	101,75	101,875
6⅝ World Bk95	103,75	104,125
6⅝ dgl. 90	104,375	104,5
6⅝ dgl. 94	105	105
7 dgl. 94	106,875	107,375

Euro-Yen

	7.10.	6.10.
6⅝ Al.Corp 91	102,625	101,875
6⅝ All.Sign93	102,25	102
7⅜ ADB 94	108,5	108,625
7 Austria 95	107	107,125
7 BP 92	105,875	106,125
6⅝ Denmark 92	104,5	104,625
7 Denm.Bk. 92	104,75	105
7 Dow Chem.94	102,25	101,75
6⅞ EDF 95	106	106,25
6½ Eurofima95	103	103
6⅝ dgl. 92	103	103
6⅝ dgl. 95	103	103,125
7⅜ dgl. 94	105	105,25
6⅞ Faennie 92	104,5	104,875
6¼ Finl.Rep90	104,875	105
6½ GMAC 90	102,5	102,375
7⅛ Goodyear95	103	102,75
6⅝ dgl. 94	102	101,5
6¼ ITT 92	103	102,75
6½ McDonal.92	102,375	102
6⅞ Montreal95	103,625	103,75
6⅞ NordLB 95	102,625	102,875
6 NIB 91	101,625	101,75
7 dgl. 92	107	106,75
7 Pac.Gas 94	–	105,75
6⅝ Penney 92	103,125	102,875
6⅝ Procter 92	103,5	103,625
6⅝ Sallie 92	104	104,125

Lux. Franc Bonds

	7.10.	6.10.
9¼ Akzo 87	99,75	99,75
9¼ Asea 89	100,5	100,5
6¼ Asian Dv87	99	99
10¾ BFG Lux90	105,5	105,5
11 BNP 90	104	104
9 dgl. 93	107	107
10½ Ceca 94	106	106
11 dgl. 92	103	103
13 dgl. 91	101	101
8⅞ Conseil 95	105	105
12½ dgl. 92	105	105
8 Copital 88	100,25	100,25
8¼ dgl. 89	100,5	100,5
11 Cr.Lyon.88	100	100
13 dgl. 89	105,25	105,25
7½ Den.Mtg 88	99,75	99,75
8⅝ EEC 95	105	105
8½ Euratom 89	103	103
10⅝ dgl. 96	110	110
11 dgl. 93	101,25	101,25
8½ Eurof. 89	101,75	101,75
9 dgl. 95	106,25	106,25
10 dgl. 91	105,75	105,75
10 dgl. 94	105	105
8 EIB 91	100	100
8⅝ dgl. 93	105	105
9½ dgl. 95	107,5	107,5
9¼ dgl. 88	102	102
9⅝ dgl. 93	106	106
10⅝ dgl. 94	110,5	110,5
11½ dgl. 88	101	101
12¾ dgl. 90	106	106
8⅝ Goodyear93	103,25	103,25
9¾ Ind.B.F.95	105,75	105,75
9⅞ Hypo Bk.88	101,75	101,75
11 Krediet.93	104	104
7¾ dgl. 87	99,75	99,75
12⅞ dgl. 88	105	105
10 dgl. 90	104,75	104,75
11⅜ dgl. 89	102,5	102,5
8 Luxair 87	99,75	99,75
8½ dgl. 87	99,75	99,75
8⅝ Mex.Chin92	103,5	103,5
9 dgl. 95	105	105
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	100	100
8½ dgl. 87	100	100
9 Paribas 92	106	106
10⅝ Paribas89	105	105
8 Philips 89	100	100
7⅜ Renault 88	99,75	99,75
7½ Sogenal 91	100	100
9½ dgl. 92	106	106
10⅝ Solvay 87	100,75	100,75
8 Sveriges 88	100,25	100,25
9⅝ Volvo 87	100	100
8 WorldBk. 96	103,5	103,5
9¼ dgl. 90	104	104
10⅝ dgl. 89	105	105

Rechnungs-Einheiten
RE 9 DM 2,52832

	7.10.	6.10.
8⅝ Cap City91	99,75	99,75
12⅝ dgl. 92	103	103
8⅝ CCA 91	99,75	99,75
11¼ Ned. G.88	100,5	100,5
9⅝ Queb. P.94	99,75	99,75
8½ SDR 94	99,75	99,75

ECU

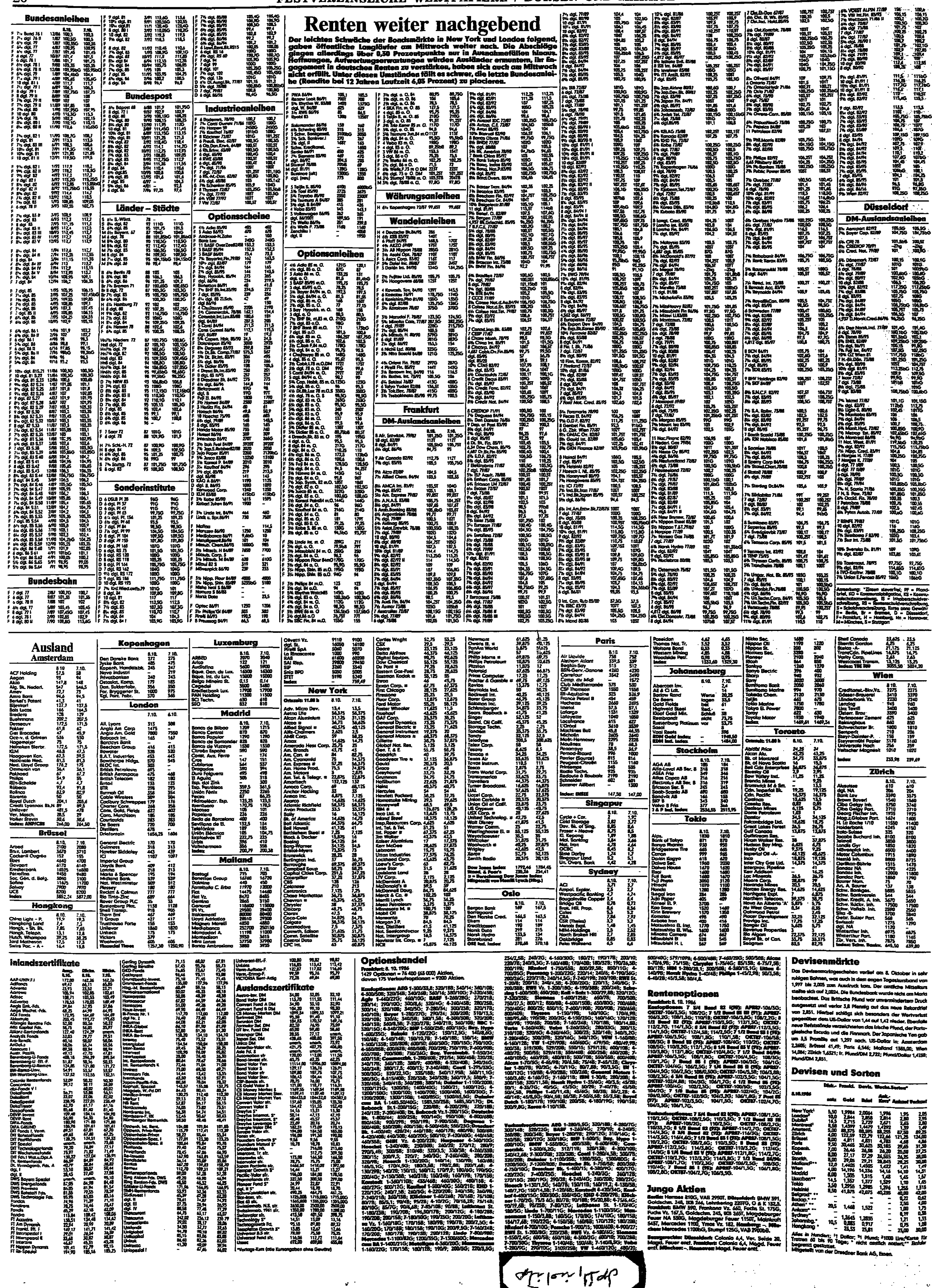
	7.10.	6.10.
7⅜ Aegon 95	96	96,125
9½ ABN 92	105,375	105,625
All Nippon 95	105,375	105,625
9¼ ANZ 92	106	106
10⅝ Austria95	111,875	112
10 BNDA 92	105,375	105,5
8⅝ B.d.Roma93	99,875	100
9 M.+Hope 92	104,25	104,25
9 Bk.Hels.96	103,75	103,75
7⅞ BNP 95	98,25	98,25
8⅝ dgl. 95	105,875	106
8⅝ Bay.Vbk.88	101,125	101,125
8⅝ BFCE 95	101,75	102,125
9⅝ dgl. 92	107,575	107,5
9⅞ dgl. 95	107,5	107,75
9⅞ Bull 92	105,625	105,875
9¾ CNT 92	107,375	107,5
9⅝ dgl. 95	107,625	107,625
8⅞ Cargill 95	102,75	105
10⅝ Ceca 89	107,5	107,5
9 Chrysl. 92	101,375	101,625
9⅝ dgl. 94	102,125	102,125
9 ClubMed 88	101,875	101,875
9 Colgate 91	101	101,25
9 Cap City 95	102,5	102,5
9⅝ CCF 95	106,25	106,5
9⅝ CrdNord 91	106,375	106,5
11⅝ CrdFonc90	107,625	107,75
11½ dgl. 90	109,25	109,375
6½ CrdLyon 92	93,75	93,75
8⅝ CrdNat 96	106,125	106,5
10⅝ dgl. 94	112,875	113
8⅝ Cracent.94	105,375	105,625
9⅝ Credito 92	104,75	104,75
7⅝ Denmark 96	97,75	97,875
9 EDF 97	106	106,25
8⅝ EEC 93	104,75	104,75
8⅝ ElfAqu. 88	101,25	101,25
9 Enso Gut 91	102,25	102,25
9⅝ dgl. 93	102,25	102,25
10 Euratom 97	108,25	108,25
7⅝ dgl. 96	96,625	96,625
9⅝ Eurofima93	103,75	103,625
8⅝ EIB 90	103,375	103,375
8⅝ dgl. 93	105,125	105,25
8⅝ dgl. 92	103,625	103,375
9¼ dgl. 95	111,25	111,25
10¼ dgl. 94	112,5	112,5
10⅝ dgl. 94	110,875	111
10⅝ dgl. 90	109,25	109,375
11⅝ dgl. 92	111,5	111,5
9 Eutelsat 93	102,5	102,5
6⅝ EDC 96	92,25	92,375
8⅝ Fiat 90	101,875	101,875
9 IBKFinal 95	102,375	102,5
8⅞ Ford C.93	104,375	104,375
7½ GRL 93	99,25	99,75
7 Giroz. 93	95,75	95,875
10⅝ dgl. 93	110,875	111
10 IADB 93	110,875	111,125
8⅝ IBM 98	103,375	103,625
6⅞ Iceland 96	91	91
9 Imatran 96	103	103,125
9⅝ Italia 89	103,375	103,375
10⅛ dgl. 92	111	111
9⅝ Kansall 92	106	106
9⅝ Kbfima 92	104,5	104,625
6⅝ KB/lbi 95	91,125	91,25
10⅝ Megal 95	105,875	106
8⅝ Mits.Tr.95	103,375	103,375
9 MoetHen.91	105,875	104
9⅝ Mol 90	101,75	101,75
8½ Morgan 90	102,875	102,75
8⅝ Motorola92	103,5	103,5
9 Nerva 95	103,375	103,125
8⅝ N.S.Wal.93	103,875	103,5
9⅝ N.Zeal. 90	103,875	104
9½ N.Zeal.92	105,375	105,375
7⅝ Nissan 96	96,25	96,375
9 OstLbk. 89	102,5	102,5
8⅝ Olivetti95	103,625	103,625
8⅝ Paribas 89	101	101,125
10 Pechin.90	105	105,25
9 Petroc.93	100	100
9⅛ Peugeot 90	103,125	103,25
8½ Pirelli 96	101,25	101,25
9 Philips 93	103,5	103,625
9⅝ Pfbo 92	105,5	105,5
10 Prvbk. 92	105,75	106
7½ Rabobk. 96	99,375	99,25
8½ Reynolds91	102,5	102,5
9 SAS 95	104,875	105
9 Sanwa 95	105,25	105,5
8¼ Secpac 90	101,5	101,625
9 SNCI 95	103,625	103,875
8¼ Somitomo97	105,125	105,25
9⅛ dgl. 93	105,625	105,75
9 dgl. 93	105,375	105,375
6½ Schweden96	93,125	93,375
9 Uebk.Nor.95	104	103,875
8½ Vict. 90	102,75	102,875
8¼ WaltD. 94	102,375	102,375
9⅝ dgl. 95	104,625	104,75
8⅞ Washgt.96	103,875	104,25
9⅝ Westpac92	106	105,875
8½ Worldbk.95	104,25	104,5
8⅝ dgl. 93	105,25	105,625
9½ dgl. 92	108,175	108,125
10¼ dgl. 89	105,875	106
10⅝ dgl. 94	111,125	111,25
11 dgl. 93	110,25	110,25
8½ Xerox 90	101,875	102,25

ECU-Tageswerte

	7.10.	6.10.
Dollar	1,05778	1,04705
Bfr	43,7624	43,7143
DM	2,08573	2,08362
Hfl	2,35762	2,35525
£	0,722958	0,727116
Dkr	7,85857	7,85914
FF	6,83117	6,8257
Lira	1442,77	1443,09
I-£	0,765605	0,764547
Sfr	1,70164	1,69508
öS	14,6763	14,6744
Peseta	138,024	138,001
Skr	7,14147	7,15971
Nkr	7,65597	7,66863
Kan-$	1,43961	1,44964
Esc	152,034	152,555
Fmk	5,07577	5,08289
Yen	160,129	161,195
Drachme	140,182	140,274

SZR-Wert

	7.10.	6.10.
Dollar	1,21295	1,21773
DM	2,4390	2,4284



Renten weiter nachgebend

Der leichten Schwäche der Bondsmärkte in New York und London folgend, gaben öffentliche Langläufer am Mittwoch weiter nach. Die Abschläge gingen allerdings über 0,30 Prozentpunkte nur in Ausnahmefällen hinaus. Hoffnungen, Aufwertungserwartungen würden Ausländer ermuntern, ihr Engagement in deutschen Renten zu verstärken, haben sich auch am Mittwoch nicht erfüllt. Unter diesen Umständen fällt es schwer, die letzte Bundesanleihe (Rendite bei 12 Jahren Laufzeit 6,05 Prozent) zu placieren.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Stockholm

Singapur

Tokio

Sydney

Oslo

Toronto

Wien

Zürich

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

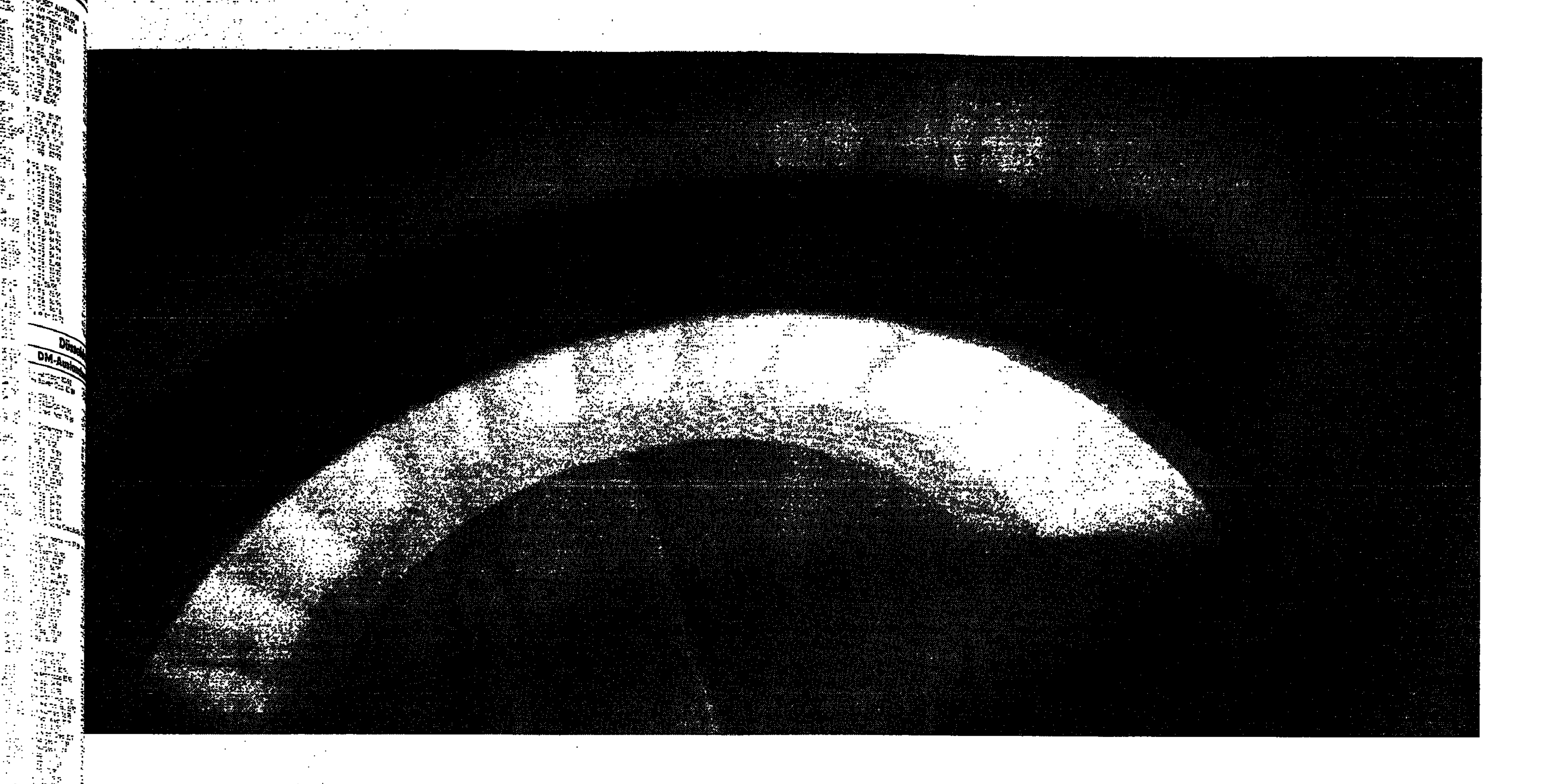
Optionshandel

Rentenoptionen

Devisenmärkte

Devisen und Sorten

Junge Aktien



Durch neue Technologien zu neuen Chancen.

Der Schritt in die Hochtechnologie ist für Daimler-Benz ein bedeutsamer Schritt in die Zukunft.

Einmal, um auf diese Weise den technischen Fortschritt des Automobils und damit dessen gesellschaftspolitische Akzeptanz zu sichern.

Zum anderen, um mit zukunftsorientierten Tätigkeitsfeldern wie Antriebstechnik, Elektronik und Kommunikationstechnik unserem Unternehmen neue Wachstumschancen zu eröffnen.

Insbesondere das Automobil, das seit jeher ein technisch anspruchsvolles Produkt ist, wird in Zukunft noch stärker ein wichtiger Träger moderner Technologie sein. Hierzu gehört auch die Erforschung neuer Werkstoffe und Materialien, wie zum Beispiel der Einsatz keramischer Werkstoffe für den Motoren- und Gasturbinenbau.

Unser Ziel ist es dabei, noch bessere Ergebnisse hinsichtlich Energieverbrauch, Schadstoff- und Geräuschemission sowie Leistung, Lebensdauer und Wartungsaufwand zu erreichen.

Aber auch vom Bereich Elektronik gehen bedeutende Impulse auf die Weiterentwicklung des Automobils aus.

Vielleicht klingt es heute noch utopisch, wenn wir schon von Navigation, automatischer Zielführung und elektronischen Sicherungssystemen im Straßenverkehr sprechen. Aber irgendwann wird es Realität sein.

Es eröffnen sich somit heute bereits Perspektiven für das Auto der Zukunft, die weit über die klassische Automobiltechnik hinausgehen.

Das Engagement von Daimler-Benz im Hochtechnologiebereich dient also vor allem dazu, die Qualität unserer Produkte und Leistungen zu verbessern und durch ein hohes Know-How zu neuen technischen Lösungen zu kommen.

Denn nur wer es versteht, unter Ausschöpfung aller geistigen und wirtschaftlichen Ressourcen die vielfältigen Technologien auf breitester Basis zu nutzen, wird auf den Märkten der Zukunft Erfolg haben.



FUSSBALL / Nun frühes Aus im Pokal: Mit Werder Bremen scheint es immer mehr abwärtszugehen

Burdenski: „Wir sind nicht mehr die, die wir waren" – aber Rehhagel will davon nichts wissen

BERND WEBER, Aachen

Als sich die Bremer Spieler nach dem Pokal-K.-o. im Wiederholungsspiel gegen Alemannia Aachen umzogen, ging in ihrer Kabine plötzlich das Licht aus. Es hatte einen Kurzschluß in der Leitung gegeben. Nichts kann die derzeitige Lage von Werder deutlicher symbolisieren als dieser kleine Zwischenfall. Denn genau das ist die Situation, in der sich der deutsche Vize-Meister nach dem mit 6:7 verlorenen Elfmeter-Drama gegen den Zweitligaklub befindet: Es ist dunkel geworden um die Hanseaten – durch einen Kurzschluß ihres 35jährigen Torwart-Routiniers Dieter Burdenski, der den für das Ausscheiden entscheidenden Elfmeter knapp einen Meter neben das Tor setzte.

Der Bremer Mannschaftskapitän sank nach seinem Fehlschuß verzweifelt auf den Rasen. Die 22 000 Zuschauer auf dem Tivoli stimmten laute Jubelgesänge an, die Alemannen-Spieler drehten, an Burdenski vorbei, ihre Ehrenrunden . . .

Niemand hat dem Torhüter einen Vorwurf gemacht. Schließlich hatte er vorher schon zwei Elfmeter glänzend abgewehrt, und er war ja auch nicht der einzige Bremer, der beim Strafstoß-Schießen versagte. Vorher schon waren Manfred Burgsmüller und Mirko Votava an Aachens Schlußmann Johannes Kau gescheitert. Trainer Otto Rehhagel versuchte später in der Pressekonferenz so gelassen wie möglich zu wirken. Seine Mannschaft habe alles gegeben, meinte er, aber man müsse nun einmal in Rechnung stellen, daß mit Rudi Völler, Bruno Pezzey, Frank Neubarth und Benno Möhlmann vier wichtige Leistungsträger fehlten. Rehhagel zur WELT: „Wenn die wieder dabei sind, werden wir rauskommen aus unserem derzeitigen Tief, denn unsere Moral ist weiterhin intakt."

Doch ist sie es wirklich? Ist es nur Zufall, übergroßes Pech, eine Verkettung äußerst unglücklicher Umstände, das die Bremer innerhalb von nur acht Tagen im Europapokal ausschieden, durch ein 1:4 bei Bayer Leverkusen wahrscheinlich schon vorzeitig ihre Meisterschafts-Chancen einbüßten und nun auch im Pokalwettbewerb scheiterten?

„Ja", sagt Rehhagel mit aller Entschiedenheit. „Nein", behaupten seine Kritiker, die bei der Suche nach den Ursachen für die Pechsträhne längst fündig geworden sind und sie als logische Folge des in der vergangenen Saison verpatzten Meistertitel sehen. Burdenksi haut in die gleiche Kerbe, in dem er offen zugibt: „Seit einem halben Jahr sind wir nicht mehr die Mannschaft, die wir vorher waren." Und da erinnert sich natürlich jeder an den 22. April, als Michael Kutzop in der allerletzten Minute gegen Bayern München einen Strafstoß gegen den Außenpfosten setzte und somit praktisch die Meisterschaft verspielte. „Der Frust sitzt tief", stöhnte Mittelfeldspieler Norbert Meier, in Aachen war es deutlich zu sehen.

Wie schon beim 0:0 im Hinspiel brachte Werder auch diesmal in 120 Minuten kein Tor zustande. Was den Schluß zuläßt, daß den Bremern die frühere Lockerheit tatsächlich abhanden geraten ist. Burgsmüller zum Beispiel hat seine Gefährlichkeit eingebüßt, auf dem Tivoli fiel er nur noch durch ständiges Lamentieren auf. Und Kutzop erweckt bei jedem (schwerfälligen) Schritt über den Rasen den Eindruck, als sei er in Gedanken immer noch bei seinem Fehlschuß vom 22. April.

Otto Rehhagel will das alles nicht wahrhaben: „Die letzte Saison ist abgehakt. Ich lasse mir da überhaupt nichts anderes einreden, weder von den Journalisten und von irgendwelchen Psychologen erst recht nicht." Gleichwohl, der Grat, auf dem der Trainer wandelt, ist schmaler geworden. Natürlich, er zerreißt sich nach wie vor für seinen Verein. Er ist praktisch rund um die Uhr auf den Beinen, und es ist seine feste Überzeugung, daß die Fans sein unermüdliches Engagement zum Maßstab ihrer Bewertung machen.

Otto Rehhagel hat Werder vor fünf Jahren in der zweiten Liga übernommen, hat Bremen mit seinem Können und mit seiner Schlitzohrigkeit zu einer absoluten Top-Mannschaft gemacht, doch das Ersteigen des höchsten Gipfels ist ihm versagt geblieben. Das zehrt sicherlich an den Nerven.

In letzter Zeit ging es heftig bergab, und wenn diese Entwicklung anhalten sollte, muß sich Rehhagel die Frage stellen, inwieweit es Sinn hat, den bis 1990 abgeschlossenen Vertrag einzuhalten. Denn ganz von der Hand zu weisen ist es nicht, daß sich die Bremer halt doch ein bißchen auseinandergelebt haben. Dies ist nicht eine Frage der Schuldzuweisung, die Umstände haben sich so entwickelt.

Konflikt: Wollen und Können

Von FRITZ STEMME

Die psychologiche Situation beim SV Werder ist zur Zeit erbärmlich. Doch kommt diese Entwicklung nicht überraschend. Zu viele psychologische Fehler wurden von Trainer und Mannschaft gemacht. Jahrelang wurde erklärt, Werder sei noch keine Klassemannschaft, um die Meisterschaft zu erringen und international mitzumischen. Doch als die Situation da war, mußte man ein positives Selbstbewußtsein zur Schau stellen, dem die innere Überzeugung fehlte.

Das ins Unterbewußtsein verdrängte Minderwertigkeitsgefühl ließ sich in der Endphase der letzten Saison nicht mehr umstimmen. Es wurde aber in der Zwischenzeit auch nicht aufgearbeitet. Das Präsidium ließ sich durch die Erfolge blenden und hoffte auf neue. Warnende Stimmen wurden überhört.

So fielen bei Werder einige dem psychologischen Mechanismus der Projektion zum Opfer. Der besteht darin, die eigenen Motive der Unsicherheit anderen in die Schuhe zu schieben. Das eine Mal waren es die Schiedsrichter, das andere Mal die Fans, die Werder das Spiel verdarben.

Dann wiederum sollten es die Eitelkeit der Kritiker sein und die bösen Absichten derer, die Werder nicht mögen. Man übersah dabei, daß die Empfindlichkeit des Trainers gegenüber den Medien einen psychologischen Rückschlag auf die Mannschaft hatte. Große Trainer, so hatte der Werder-Präsident Böhmert verkündet, prägen den Charakter der Mannschaft nach ihrem eigenen. Doch das hatte er gesagt, als Werder auf der Erfolgswoge schwamm. Nicht gedacht hatte er daran, daß sein Wort auch umgekehrt gilt.

Hinter jeder Frage eines Journalisten vermutete der Trainer auch eine Falle. Und bei den Spielern stauten sich seelische Probleme. Das ging so weit, daß einzelne Verletzte der Verzweiflung nahe waren, ohne einen Partner zu finden, mit dem sie sich aussprechen konnten. Zweifel griffen um sich, ob Rehhagel auch diesmal wieder zum Mißerfolg verdammt sein könnte.

Doch ist der Trainer immer noch gut, wenn es darum geht, eine Mannschaft über Gebühr stark zu motivieren. Er steigert die Leistungsbereitschaft, für die die Werder-Spieler besonders empfänglich sind. Aber dann muß auch die Leistungsfähigkeit erhöht werden. Und hier klafft eine Lücke zwischen Wollen und Können. Ein Konflikt zwischen Anspruch und Erfolg bleibt nicht aus. Es ist, als würde ein Porsche-Motor in einer „Ente" in Gang gesetzt.

STAND ● PUNKT

Ich könnte mir denken, daß auch die vielen Verletzungen der letzten Zeit hier eine mögliche Ursache fänden. Die Unausgeglichenheit kommt auch in Spielen zum Ausdruck: Gegen die Bayern vor 14 Tagen wie die Hasen, vor einer Woche gegen Athletico Madrid wie die Toreros. Doch kommt es darauf an, einem Zweikampf im entscheidenden Moment zu entgehen und nicht mit jedem Gegner zu kollidieren.

*

Fritz Stemme (61) ist Professor für Psychologie an der Universität Bremen.

Neue Aufregung in Köln: Thielen ist zurückgetreten

sid/DW. Köln

Der 1. FC Köln kommt nicht zur Ruhe. 16 Tage nach der Trennung von Trainer Georg Keßler verläßt Vizepräsident und Schatzmeister Karl-Heinz Thielen den Fußball-Bundesligaklub. Der 46 Jahre alte Diplomkaufmann, der zu aktiven Zeiten 210 Bundesligaspiele für Köln bestritt und als designierter Nachfolger von Präsident Peter Weiand galt, bat den Verwaltungsrat, ihn von seinen Pflichten zu entbinden. Auf der Jahreshauptversammlung am 13. November, wo Thielen die Vertrauensfrage stellen wollte, wird nun sein Nachfolger gewählt.

„In dieser Situation habe ich es für das beste gehalten. Die Sitzung des Verwaltungsrates zusammen mit dem Vorstand war der richtige Moment", sagte Thielen, der nach der Entlassung von Keßler in die Kritik geraten war. Zwei Tage vor der Trennung hatte Thielen noch angekündigt, Keßler bleibe bis zum Saisonende im Amt. Ein Zeitungskommentar, der ihn daraufhin der Lüge bezichtigte, gab, so wird im Verein vermutet, den Anstoß zum Rücktritt. Das Vertrauen zum Verwaltungsrat war nicht mehr gegeben.

„Es war nach den Vorkommnissen der letzten Woche beschlossene Sache, daß ein Gespräch zwischen dem Vorstand und dem Verwaltungsrat stattfinden sollte", sagte Mannschaftskapitän Klaus Allofs, „doch ich hatte nicht damit gerechnet, daß Thielen Konsequenzen ziehen würde." Geschäftsführer Michael Meier bedauerte den Entschluß: „Persönlich tut mir das schon weh. Man muß sehen, wie gut oder wie schlecht wir nun zurechtkommen." Es werde schwer sein, ergänzte er, einen Mann zu finden, der das Verhältnis zwischen der Mannschaft und dem Vorstand so in den Griff bekomme. „Den Sachverstand kann man Thielen nicht absprechen."

Karl-Heinz Thielen war beim 1. FC Köln selten unumstritten. Wegen seiner Einkaufspolitik und seines strengen Sparkonzepts in den vergangenen Jahren wurde er auch von Nationaltorhüter Toni Schumacher attackiert. Zu Saisonbeginn hatte Thielen tief in die Kasse gegriffen und die Mannschaft durch Investitionen von mehr als drei Millionen Mark verstärken wollen. Doch der Erfolg blieb aus. Das Team fand sich am Tabellenende wieder und ließ erst unter Keßlers Nachfolger Christoph Daum einen Aufwärtstrend erkennen.

Nach dem überraschenden 4:2-Erfolg in Schalke am vorigen Samstag hatte Thielen noch Freudentänze im Innenraum aufgeführt und die Spieler umarmt. Nichts deutete auf seinen überraschenden Entschluß hin. Auch auf der Sitzung des Verwaltungsrates, erzählte Michael Meier, sei „nichts vorgefallen", was Thielens Demission Vorschub geleistet habe. Die Frage, ob Dissonanzen mit Präsident Weiand seine Entscheidung beeinflußt hätten, verneinte Thielen. Über einen möglichen Nachfolger wollte er sich nicht äußern. „Ich bin jetzt Privatmann", sagte er, „und ich engagiere mich vorläufig nicht." Diese Aussage könnte aber auch bedeuten, daß Privatmann Thielen die Entwicklung im Verein bis November 1989 beobachten will. Dann wird in Köln ein neuer Präsident gewählt.

SPORT-NACHRICHTEN

Dörr tritt zurück

Düsseldorf (sid) – Dieter Dörr (29) aus Gelnhausen, mit 39 Titeln deutscher Rekordmeister im Kunst- und Turmspringen und 1985 Europameisterschafts-Dritter vom Brett, hat seine internationale Karriere beendet.

Kargus nach Salmrohr

Salmrohr (sid) – Der FSV Salmrohr, Aufsteiger in die zweite Fußball-Bundesliga, hat den 34 Jahre alten ehemaligen National-Torhüter Rudi Kargus verpflichtet. Kargus, der zwischen 1971 und 1985 für Hamburg, Nürnberg und Karlsruhe insgesamt 388 Bundesligaspiele bestritt, stand zuletzt beim 1. FC Saarbrücken unter Vertrag.

Jelen startet in Stuttgart

Stuttgart (dpa) – Tennis-Profi Eric Jelen (21) aus Neuss wurde als zweiter deutscher Spieler nach Wimbledonsieger Boris Becker für das „Young-Masters-Turnier" vom 10. bis 14. Dezember in Stuttgart nominiert. Startberechtigt sind die besten zwölf Spieler der Weltrangliste bis 21 Jahre.

Remis der Damen

Borschomi (dpa) – Die zehnte der insgesamt 16 Partien um die Schach-Weltmeisterschaft der Damen zwischen Titelverteidigerin Maja Tschiburdanidse und Jelena Achylowskaja endete in Borschomi nach 24 Zügen remis. Die Weltmeisterin führt mit 6,5:3,5 Punkten.

Anzeichen für Boykott?

Berlin (AP) – Die Medien in der „DDR" sind mit keinem Wort auf die am Wochenende beendeten Asienspiele in Seoul eingegangen, die als Generalprobe für die Olympischen Spiele 1988 galten. Beobachter werten dies als ernstes Anzeichen für einen möglichen Olympia-Boykott durch die Ostblockstaaten.

Schalke auf Torwartsuche

Gelsenkirchen (DW) – Walter Junghans (27), in die Kritik geratener Torhüter des Fußball-Bundesligaklubs Schalke 04, hat um Auflösung seines Vertrages gebeten. Auf der Suche nach einem neuen Torwart soll Schalkes Manager Rudi Assauer schon mit Dieter Burdenski von Werde Bremen gesprochen haben.

Grau: Zahlen

FUSSBALL

Freundschaftsspiel: Olympia-Auswahl Österreich – Nürnberg 1:1.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Ramat Hasharon/Israel, 1. Runde: Westphal (Bundesrepublik Deutschland) – Edwards (Südafrika) 6:3, 4:6, 7:5, Bathmann (Schweden) – Werner (Bundesrepublik Deutschland) 6:4, 2:6, 6:4, Windahl (Schweden) – Saceanu (Bundesrepublik Deutschland) 6:7, 6:4, 6:4, Green (USA) – Moraing (Bundesrepublik Deutschland) 6:3, 3:6, 6:1. – **Herren-Turnier** in Toulouse, 1. Runde: Brown (USA) – Schwaier (Bundesrepublik Deutschland) 6:3, 6:4, Potier (Frankreich) – Osterthun (Bundesrepublik Deutschland) 7:5, 6:1. – **Damen-Turnier** in Zürich, 1. Runde: Pfaff (Bundesrepublik Deutschland) – Pölzl (Österreich) 5:7, 6:3, 6:1. – Doppel, 1. Runde: Graf/Sabatini (Bundesrepublik Deutschland/Argentinien) – Henricksson/Jolisaint (USA/Schweiz) 6:2, 6:3.

BASKETBALL

Europapokal der Pokalsieger, 1. Runde: Panathinaikos Athen – Bayreuth 74:67 (Bayreuth weiter).

HOCKEY

Weltmeisterschaft, Feld, der Herren in London, 2. Spieltag, Gruppe B: Spanien – Indien 2:1 (2:1), Deutschland – Australien 2:2 (2:1), Polen – Kanada 0:0.

HOCKEY / WM: Sieg über Polen muß nun her

Kleiter: „Aber deshalb grassiert nicht die Angst"

HANSPETER DETMER, London

Bei der 6. Weltmeisterschaft der Herren in London ist das Team des Deutschen Hockey-Bundes (DHB), Vize-Weltmeister 1982 und Olympiazweiter von Los Angeles, noch ein Stück entfernt von einem angestrebten Halbfinalplatz. Nach dem 2:2 gegen den Turnierfavoriten muß nun das dritte Gruppenspiel gegen Polen gewonnen werden. „Aber deshalb grassiert bei uns nicht die Angst", sagte Bundestrainer Klaus Kleiter.

In der Nacht nach dem Australien-Spiel, hatte der Bundestrainer jedenfalls keine Alpträume. Kleiter: „Wir haben hier noch alles selber in der Hand. Schlimm wäre es geworden, wenn wir gegen die Australier verloren hätten, nachdem wir gegen Spanien am Sonntag beim 0:0 einen immer einzukalkulierenden Verlustpunkt schon hinnehmen mußten. Da wir aber aus den beiden Spielen gegen deutsche Angstgegner zwei Punkte holten, stimmt unser WM-Fahrplan noch." Wie sicher sich die deutsche Teamführung fühlt, geht auch aus der Freizeitgestaltung hervor. „Wir müssen jegliche Verkrampfung geistiger und körperlicher Art vermeiden", meinte Kleiter.

Nach dem Australien-Spiel hatten die deutschen Spieler Ausgang ohne Zeitlimit. Optisch kam das Spiel sicherlich bei manchen deutschen Fernsehzuschauern bei der Live-Übertragung nicht so gut an, aber taktisch wurde es sehr diszipliniert geführt. Das DHB-Team führte nicht zu Unrecht zur Pause noch 2:1 nach Toren des Münchners Thomas Reck (19. Minute) und des Strafeckenschützen Carsten Fischer vom deutschen Meister Uhlenhorst Mülheim (24. Minute). „Ich weiß, daß die Burschen so etwas nie zum Schaden der Mannschaft ausnutzen", sagte Kleiter zu seinem Führungsstil, die Spieler an der langen Leine zu halten.

Gestern wurde nur ein leichtes Auflockerungstraining mit Joggen durch den Regent's Park betrieben. Erst heute werden sich der Bundestrainer und seine Spieler vor dem am Freitag anstehenden dritten Gruppenspiel gegen die Polen nochmals mit spielerischen und taktischen Feinheiten im Training beschäftigen. „Seit dem Gewinn der Champions-Trophy haben wir in der Hektik der Bundesligarunde und der WM-Vorbereitung alles andere als gute Testspiele bestritten. Wenn wir uns aber wie jetzt in London wieder voll auf eine einzige Aufgabe konzentrieren können, fällt uns vieles leichter. Das Spiel gegen Australien war das seit vier Monaten beste Länderspiel unserer Mannschaft", stellte der Kölner Stefan Blöcher fest.

Mit seinem brillanten Sololäufen durch die gesamte Abwehr der Australier hatte er das deutsche Ausgleichstor durch Reck vorbereitet. Später schien es so, als müsse er nach einem Schlag eines Australiers mit einer schweren Oberschenkelprellung ausscheiden. Doch Blöcher biß sich durch. Auch gegen Polen am Freitag wird er dabei sein. „Ich bleibe zuversichtlich", meinte der in der ganzen Welt wegen seiner brillanten Ballbehandlung gefürchtete Kölner, „hier wird jemand Weltmeister, der den Titel bislang noch nie gewonnen hat." Das trifft auch auf das DHB-Team zu . . .

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Zwingendes Völkerrecht

„Helmut Kohl: Selbstbestimmung – wie jedes Volk der Erde"; WELT vom 1. Oktober

Sehr geehrte Redaktion,

dem Bundeskanzler ist für die klare Formulierung „Selbstbestimmung – wie jedes Volk der Erde" zu danken. Unverständlich ist aber, wie der Historiker Professor Hillgruber in seiner Fragestellung diese zwingende Völkerrechtsnorm auf das Gebiet zwischen Oder-Neiße und Aachen einengen kann.

Seit 1945 hat das Völkerrecht zwei maßgebende Neuerungen gebracht: das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Ungültigkeit von Verträgen, die gegen zwingendes Völkerrecht verstoßen. Unter dem Selbstbestimmungsrecht haben in der Dekolonisierung mehr als eine Milliarde Menschen eine neue staatliche Existenz erlangt. Texte und Praxis bestätigen also seine Rechtswirksamkeit, und es hat sich gegen alle Verträge durchgesetzt, die die Kolonialherrschaft begründet hatten.

Eine der Formen der Selbstbestimmung besteht darin, daß kein Gebiet abgetreten werden kann, wenn nicht die rechtlich dorthin gehörende Bevölkerung zustimmt.

Schon nach der Haager Landkriegsordnung von 1907 war die Vertreibung der Bevölkerung aus besetztem Gebiet unzulässig. Das Verbot des Völkermordes (1948) macht die Vertreibungen der deutschen Bevölkerung aus dem Osten und dem Sudetenland zum unverjährbaren Kriegsverbrechen. Die Folge ist der Fortbestand des Rechts auf diese Heimat.

Die Grundsätze der Entschließung des Sicherheitsrats zur Palästinafrage Nr. 242 von 1967 sind auf die deutschen Ostgebiete entsprechend anzuwenden.

Mit freundlichen Grüßen
Roland Schnürch,
Mitglied der Sudetendeutschen Bundesversammlung,
Düsseldorf 13

Das Ergebnis

Was auf dem Programmkongreß der Grünen und auf der Bundesversammlung in Nürnberg von den Grünen zu hören war, muß nach den Regeln der sozialistischen Dialektik gelesen und verstanden werden. So wird neben allen starken Parolen mehr verschleiert als allgemein verständlich zum Ausdruck gebracht.

Folglich ist wichtiger, was nicht gesagt worden ist. Erst nach der Wahl wird offenbar werden, was die wirklichen Ziele der „Grünen" sind, nämlich die Abschaffung des Staates, wie er nach dem Inhalt des Grundgesetzes zu verstehen ist, und eine von Grund auf revolutionierte Gesellschaft. Die Genossin Hannegret Hönes, MdB, hat dies alles in der Versammlung wissen lassen in: „Haltet die Schnauze, es ist Wahlkampf!"

Fürwahr, dies ist das eigentliche Ergebnis der Bundesversammlung von Nürnberg.

Richard Ott,
Emmendingen

Außerhalb aller Regeln

Sehr geehrte Herren,

die maßgebenden Leute der NH – und zu ihnen gehört auch Breit – haben sich in den Augen der überwältigenden Mehrheit der Deutschen moralisch und rechtlich vergangen.

Obgleich die moralische Mitverantwortung von Breit unbestritten sein dürfte, wird diesem Mann bei der Anhörung im Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestags ein großer Bahnhof bereitet: ihm wird erlaubt, die eigene Verantwortung zu bestreiten und die Regierung für den Zusammenbruch der NH verantwortlich zu machen.

Mehr noch: Unter Führung von Breit weigern sich die Bankrotteure, Unterlagen herauszurücken und sozusagen Buch zu legen.

Und dies in einem Staate, in dem jeder Kioskbesitzer – völlig zu Recht – den Besuch der Steuerfahnder bekommt, wenn der Verdacht von Schwindeleien besteht.

Stehen die Bankrotteure des DGB außerhalb des Gesetzes?

Hochachtungsvoll
Josef Haefs,
Odenthal

*

„Schneider will Schiesser eine Chance geben"; WELT vom 1. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

Minister Schneider wundert sich, daß der DGB die Probleme der Neuen Heimat nicht in eigener Regie lösen wollte. Und das wundert mich nun wieder: Die Zielrichtung des DGB ist doch eindeutig. Herr Jantzen möchte im Bundestagswahlkampf mit Forderungen nach der 35-Stunden-Woche politisch mitmischen. Wie man ihn kennt, wird er ein paar Streiks inszenieren. Dazu brauchen Breit, Jantzen & Co. eine überschaubare Streikkasse, deren Inhalt nicht durch Regreßforderungen aus der Neue-Heimat-Pleite gefährdet ist.

Mit freundlichen Grüßen
Horst Neumann,
Berlin 39

*

Bei Kapitalisten kostet eine Eigentumswohnung etwa 190 000 Mark.

Bei Sozialisten ist nur das Zahlenverhältnis reziprok. Da kosten 190 000 Wohnungen eine Mark. Der kleine Negativfaktor sind bescheidene 17 Milliarden Mark. Das wären je bundesbürgerlichen Haushalt runde 1000 Mark.

Die hätten wir doch locker dem DGB vom Weihnachtsgeld abzweigen können.

Alfred Müller,
Alten-Buseck

Angebracht?

Ob die Energie unserer Regierung und der breite Raum in unseren Medien, die der Apartheid in Südafrika gewidmet werden, angebracht sind, will ich nicht beurteilen, da mir die Verhältnisse dort nicht hinreichend vertraut sind.

Immerhin weiß ich, daß dort nicht Teile der Bevölkerung durch Mauern, Stacheldraht und Schießbefehl von anderen Teilen getrennt werden. Auch gibt es wohl kein Verbot für den Verkehr untereinander, das dem Verbot von „Westkontakten" in Mitteldeutschland entspricht.

Man sollte wirklich erwarten, daß sich unsere Regierung und die Medien zunächst einmal energisch um die Apartheid kümmern, die unserem Volke aufgezwungen wurde, und mehr Toleranz aufbringen, wenn andere Staaten nach ihrer Fasson selig werden wollen.

Richard Geißler,
Hamburg 40

Linksliberal

Sehr geehrte Damen und Herren,

erlauben Sie mir, auf diesem Weg ein Detail in Ihrer Berichterstattung zu den Senatswahlen in Frankreich richtigzustellen (WELT vom 30. September).

Sie erwähnen dort „die Bewegung der Linken Radikalen". Das „Mouvement des Radicaux de Gauche" gehört jedoch mit dem „Centre des Démocrates Sociaux" sowie der „Parti Républicain" von Valéry Giscard d'Estaing zur „Union pour la Démocratie Française". Innerhalb dieses Parteienbündnisses vertritt das MRG jedoch nicht linksradikale, sondern vielmehr linksliberale Positionen.

Mit freundlichen Grüßen
Christian von Beesten,
Passau

Würdigung

Für die objektive und liebevolle Würdigung der Person des heiligen Pfarrers von Ars in Ihrer Ausgabe vom 6. 10. 86 möchte ich Ihnen und Ihrer Autorin sehr herzlich danken.

S. Hartmann, Vikar
Remagen

Wort des Tages

» Politik ist die Kunst, die Menge zu leiten: nicht, wohin sie gehen will, sondern, wohin sie gehen soll. «

Joseph Joubert, französischer Moralist (1754–1824)

Personen

BUCHPREMIERE

Horst Osterheld, in den letzten drei Jahren von Kanzler Konrad Adenauer sein außenpolitischer Berater in der Bonner Regierungszentrale, hat ein Buch über den ersten Bundeskanzler geschrieben. Sein Titel „Ich gehe nicht leichten Herzens . . .", Untertitel: Adenauers letzte Kanzlerjahre – ein dokumentarischer Bericht. Am 20. Oktober wird das Buch im Konrad-Adenauer-Haus vorgestellt. Eingeladen haben die Kommission für Zeitgeschichte und der Matthias-Grünewald-Verlag. Neben Osterheld werden der frühere Minister Dr. **Bruno Heck**, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, und Professor Dr. **Rudolf Morsej**, stellvertretender Vorsitzender der Kommission für Zeitgeschichte, das Werk der Öffentlichkeit übergeben.

THEATER

Zum neuen Generaldirektor der Städtischen Bühnen Osnabrück ist der Schweizer Dirigent **Jean-François Monnard** gewählt worden. Er tritt die Nachfolge von **Heinz Finger** an. Der aus Lausanne gebürtige Monnard soll sein Amt als Chefdirigent des Osnabrücker Sinfonieorchesters und als Musikalischer Oberleiter des Theaters am 1. August 1988 antreten. Monnard ist zunächst für drei Jahre an Osnabrück gebunden. Bis zu seinem Amtsantritt in Osnabrück wird Monnard als erster Kapellmeister und stellvertretender Generalmusikdirektor am Opernhaus in Wuppertal tätig sein.

KIRCHE

Kardinal **Carlo Maria Martini**, Erzbischof von Mailand, ist zum neuen Präsidenten des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) gewählt worden. Er tritt die Nachfolge von Kardinal **Basil Hume**, Erzbischof von Westminster, an, der sich bei der Plenarversammlung in Warschau nicht mehr zur Wiederwahl gestellt hatte. Während der Konferenz besuchten die 27 Vertreter Europäischer Bischofskonferenzen auch das Grab des 1984 von der Polizei ermordeten Priesters Jerzy Popieluszko.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Michael Grunze** von der University of Maine in den USA hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Angewandte Physikalische Chemie der Universität Heidelberg erhalten.

GEBURTSTAG

Die zuletzt als Reiseschriftstellerin bekannt gewordene Wahlmünchnerin **Ursula von Kardorff** feiert am Freitag ihren 75. Geburtstag. Schon als junge Journalistin hatte sich die Tochter eines Kunstmalers in Berlin einen Namen gemacht. Nach ihrer Übersiedlung in die bayerische Landeshauptstadt erzielte Ursula von Kardorff in den Nachkriegsjahren mit ihren sehr persönlich gehaltenen „Berliner Aufzeichnungen aus den Jahren 1942 bis 1945" beachtlichen Erfolg als Buchautorin und profilierte sich schließlich mit Büchern wie „Richtig reisen" und „So reist man gut" auch als Reiseschriftstellerin.



Ursula von Kardorff

EHRUNGEN

Dem Hamburger Unternehmer und Mäzen **Alfred Toepfer** ist gestern als erstem Träger die „Alfred Toepfer-Medaille" der Hansestadt verliehen worden. Mit der Auszeichnung will der Hamburger Senat Persönlichkeiten würdigen, die sich in besonderem Maße um die Stadtentwicklung oder den Umweltschutz verdient gemacht haben. Bürgermeister **Klaus von Dohnanyi** würdigte Toepfer „als weitsichtigen und in der Sache unnachgiebigen Wegbereiter des Naturschutzes in Europa".

*

Die Deutsche Rheumaliga hat ihren mit 10 000 Mark dotierten Preis 1986 an den Chefarzt der Inneren Abteilung des St. Willibrord-Spitals in Emmerich am Rhein, **Walter Kriegel**, vergeben. Er erhielt ihn für ein Arbeitsmodell zur wohnortnahen Therapie und Versorgung von Gelenkrheumakranken im ländlichen Bereich. Die Arbeit ist vor allem deshalb als besonders preiswürdig angesehen worden, weil die ländlichen Rheumakranken immer noch „hoffnungslos unterversorgt" sind. Der von dem Chemieunternehmen Ciba-Geigy gestiftete Preis soll Kriegel am Samstag in Berlin überreicht werden.

WAHL

Der Bundesvorsitzende des Arbeiter-Samariter-Bundes Deutschland, **Martin Ehmer**, ist auf dem zwölften Bundeskongreß in Hannover wiedergewählt worden. Der Arbeiter-Samariter-Bund hat über 600 000 Mitglieder.

GESTORBEN

Die amerikanische Theaterproduzentin **Cheryl Crawford** ist im Alter von 84 Jahren gestorben. In 50 Jahren ihrer Tätigkeit im New Yorker Theaterleben produzierte Frau Crawford unter anderen Stücken 1963 Bertolt Brechts „Mutter Courage und ihre Kinder" mit Anne Bancroft in der Titelrolle. Zu ihren Arbeiten am Broadway gehören ferner die Tennessee-Williams-Stücke „Süßer Vogel Jugend" und „Camino Real", die Musicals „Paint your Wagon" und „Brigadoon".

NOTIZEN

Fischsterben

Kopenhagen (DW.) – In südlichen Teilen des dänischen Kattegats sind nach Aussagen des Kopenhagener Umweltamtes innerhalb der vergangenen Woche „große Teile des Fischbestandes verschwunden oder tot gefangen worden". Das Amt fürchtet nach entsprechenden Berichten von Fischern, daß der Meeresgrund in dem betroffenen Gebiet wegen Sauerstoffmangels biologisch tot ist. Als mögliche Ursachen für den Sauerstoffmangel wurde die Einleitung von Stickstoff und Phosphor in das betroffene Gebiet genannt.

Zinnfreie Bootsfarben

Bonn (AP) – Die Gewässer- und Umweltbelastung durch giftige Unterwasser-Bootsanstriche, die Bewuchs am Bootskörper verhindern, soll jetzt deutlich verringert werden. Nach einer Absprache zwischen dem Umweltbundesamt, dem Deutschen Segler-Verband und dem Verband der Lackindustrie soll auf die Verwendung organischer Zinnverbindungen in Antifouling-Farben ganz verzichtet werden, die Verwendung anderer Verbindungen wird begrenzt.

Das Bundesumweltministerium hat an die Bootseigner appelliert, Restbestände alter Farben nicht mehr zu verwenden und einsammeln zu lassen.

Solar-Kraftwerk

Neu-Delhi (dpa) – Das erste größere Solar-Kraftwerk Asiens soll im nächsten Jahr im nordwestindischen Staat Punjab entstehen. Das Kraftwerk mit einer geplanten Leistung von 30 Megawatt wird nach einem Bericht der Tageszeitung „Indian Express" schätzungsweise 900 Millionen Rupien (etwa 140 Millionen Mark) kosten. Die Planung für das Großprojekt soll mit Hilfe amerikanischer Experten im November dieses Jahres abgeschlossen werden.

Samstag auf der Wissenschafts-Seite

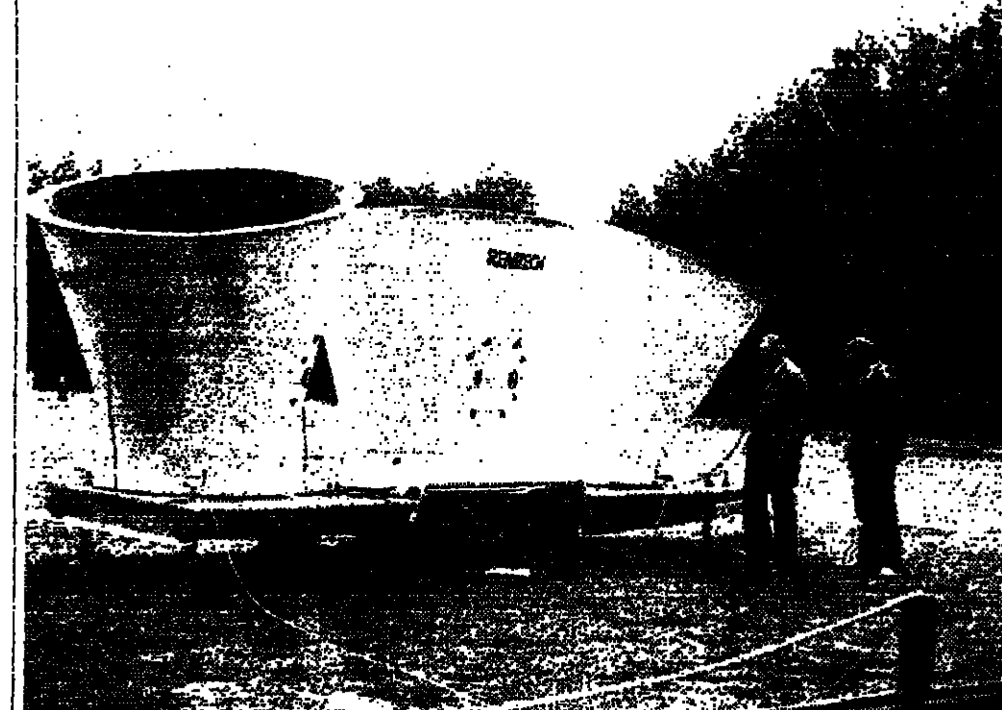
Die großen Probleme bei der Suche nach einem Schutz vor Aids-Infektionen schildert Ludwig Kürten.

*

Wie Pflanzen sich gegen schädliche Mikroorganismen wehren können, beschreibt Rolf Latusseck.

*

Karlsruher Ingenieure bauen einen Groß-Manipulator für die Kernfusion – Von Dieter Thierbach.



Sodaranlagen ermitteln mit Schallimpulsen die Richtung und Geschwindigkeit des Windes. Derartige Anlagen bestehen aus mehreren schwenkbaren, etwa drei Meter hohen Schalltrichtern, aus denen kurze Schallsignale scharf gebündelt in die Atmosphäre gesendet werden. Die bis in etwa 500 Meter Höhe abgestrahlte Schallenergie wird mit empfindlichen Mikrofonen registriert
FOTO: DIE WELT

Dunstglocke als Versuchsobjekt

Meteorologisches Großexperiment untersucht den klimatischen Aspekt des Stadtlebens

Von MARTIN BOECKH

Die Klimaforschung in den Ballungszentren menschlichen Zusammenlebens ist heute aktueller denn je, da bereits im Jahre 2000 rund sechzig Prozent der Weltbevölkerung in Städten leben wird. Als „Stadtklima" werden dabei diejenigen atmosphärischen Bedingungen bezeichnet, die der Mensch durch seine Bautätigkeiten herstellt.

Ein Großexperiment zu dieser Problematik hat das Institut für Meteorologie und Klimaforschung in Zusammenarbeit mit dem Kernforschungszentrum Karlsruhe unternommen. Dabei galt es, die Besonderheiten des Stadtklimas im Vergleich zum relativ unbesiedelten Umland festzustellen. Ferner sollte die Reichweite des städtischen Klimas in dieses Umland hinein bestimmt werden. Wichtigste Aufgabenstellung aber war, so Projektleiter Prof. Franz Fiedler, die Erforschung der durch die Stadt erzeugten Turbulenzen im Strömungsfeld der Winde.

Als „Versuchsobjekt" diente das Klima im Großraum Karlsruhe während der ersten Septemberhälfte, da zu diesem Zeitraum die größte Wahrscheinlichkeit besteht, eine sogenannte austauscharme Wetterlage zu treffen. Das bedeutet, daß die stadtklimatischen Effekte nicht durch starke Bewölkung oder starke Winde beeinträchtigt werden. Insgesamt waren 48 Mitarbeiter an der Untersuchung beteiligt, deren Gesamtkosten sich auf 1,5 Millionen Mark beliefen.

Was der Stadtbewohner als Schwüle oder drückende Windstille empfindet, wird durch Gebäude und asphaltierte Straßen verursacht, die die eingestrahlte Sonnenenergie bis in die Nachtstunden speichern. Zum anderen führt die Wärme, die durch Raumheizung, Abgase und Prozeßwärme von Industrieanlagen an die Umgebungsluft einer Stadt abgegeben wird, zu einer Aufheizung der Atmosphäre. Diese Aufheizung führt zum sogenannten „Wärme-Inseleffekt".

So ist besonders an Tagen, an denen ein beständiges Hochdruckgebiet für geringe Luftbewegung und intensive Einstrahlung sorgt, eine Temperaturerhöhung von über zehn Grad nichts Ungewöhnliches. Je größer eine Stadt und damit die Besiedlungsdichte, desto deutlicher sind die Temperaturabweichungen nachweisbar. Hinzu kommen noch weitere Faktoren:

Die Quelle atmosphärischer Schadstoffe ist in erster Linie in den Industrie-Immissionen zu suchen. Diese Schadstoffe bilden besonders bei windarmen Wetterlagen über der Stadt eine Dunstglocke, die zwar die einfallende Kurzwellenstrahlung kaum behindert, aber die vom Boden kommende langwellige Wärmestrahlung gut reflektiert. Hauswände, Straßen und betonierte Freiflächen erhalten so zusätzliche Wärmeenergie.

Im Stadtkern von Karlsruhe wurden unter teilweise schwierigen Bedingungen sieben Maststationen errichtet, mit deren Hilfe die Strahlungs- und damit auch die Energiebilanz bis in zwölf Meter Höhe gemessen wurde. Die genaue Kenntnis der Strahlungsverhältnisse war dabei von besonderer Bedeutung für die Bestimmung der Energieumsätze innerhalb der Stadt: Durch die unterschiedlich starke Erwärmung verschiedener Flächen wie Hausdächer, Grasflächen etc. entstehen Ausgleichswinde, die das Klima einer Stadt charakteristisch prägen.

An je zwei weiteren Punkten wurde mit Radiosonden und Fesselballons ein Datenprofil erstellt. Bis in fünf Meter Höhe wurden dabei Temperatur, Feuchte, Luftdruck, Windstärke und Richtung sehr genau bestimmt. Oberhalb einer Höhe von 500 Metern kamen zwei Flugzeuge zum Einsatz, die die Ein- und Ausströmungsverhältnisse über der Stadt in größeren Höhen registrierten.

Auf diese Art wurde die sogenannte „Rauhigkeit" der Stadt bestimmt, die sich durch die Gebäudehöhe ergibt und sich, von den unteren Schichten ausgehend, auf immer höhere Schichten überträgt. Vom Boden aus wurden die Windverhältnisse zusätzlich mit den Schallimpulsen einer Sodaranlage und deren Rückstreuung aus der Atmosphäre registriert. Um die Strömungsbedingungen und damit den Weg von Luft- und natürlich auch Schmutzteilchen noch genauer verfolgen zu können, wurde eine Tetroonstation installiert.

Die Tetroons sind ballonartige Sonden, die immer in Bereichen konstanter Luftdichte fliegen. Mit einem Radarwagen konnte dann die Flugbahn der Tetroons über der Stadt genau verfolgt werden. Zusätzlich sammelte ein mobiler Luftmeßwagen auf seinen Fahrten durch die Karlsruher Innenstadt weitere Meßwerte.

Eine Fülle von gewonnenen Computerdaten wartet nun auf die Auswertung, deren Ergebnisse erst in zwei Jahren vorliegen werden. Die Städteplaner erhoffen sich wertvolle Hinweise für eine „klimagerechte" Bebauung in der Zukunft.

Wenn Klapperstörche auf Bestellung kommen

Ein neuer Test zur exakten Bestimmung des Eisprungs

Von VERA ZYLKA

Für viele Paare mit Kinderwunsch ist eine Schwangerschaft nicht „die normalste Sache der Welt". Sie warten zum Teil jahrelang, ohne daß sich der ersehnte Nachwuchs einstellt. Familienplanung scheitert oft an den Zufälligkeiten der Natur.

Das ist eigentlich nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß in jedem Zyklus der Frau eine Befruchtung und die daraus resultierende Schwangerschaft nur für eine sehr kurze Zeit möglich ist. Diese Zeitspanne, die von den unterschiedlichsten Faktoren beeinflußt wird und häufig Verschiebungen unterliegt, konnte bisher erst nach Ablauf sicher festgestellt werden. Mit einem neuen Verfahren, das auf der Entwicklung der sogenannten monoklonalen Antikörper beruht, ist es jetzt möglich, die fruchtbare Phase im Zyklus einer Frau bereits im voraus zu erkennen.

Während jedes Menstruationszyklus reift im Körper der Frau wenigstens eine Eizelle in einem der beiden Eierstöcke heran. Nachdem sie aus einem Eierstockfollikel freigesetzt wurde – dieser Zeitpunkt wird als Eisprung (Ovulation) bezeichnet –, wandert die Eizelle in den Eileiter. Aufgrund ihrer nur kurzen Lebensfähigkeit muß sie innerhalb von 12 bis 24 Stunden von einem Spermium des Mannes befruchtet werden, wenn es zur Schwangerschaft kommen soll. Eine Befruchtung kann also nur dann stattfinden, wenn Eizelle und Spermium im rechten Moment zusammentreffen.

Ein Hormon bestimmt die Freisetzung der Eizelle

Eine entscheidende Rolle bei der Reifung der Eizelle spielt das weibliche „Luteinisierende Hormon" (LH). Die Bildung und die Abgabe dieses Hormones, das die Freisetzung der Eizelle anregt, erfolgt in der Hirnanhangdrüse (Hypophyse). Sie kann, in engem Wechselspiel mit den Eierstöcken und dem Zwischenhirn, als Steuerungszentrale des weiblichen Zyklus angesehen werden.

Zur Zyklusmitte hin kommt es zu einem deutlichen Anstieg der Ausschüttung des LH-Hormons aus der Hypophyse. Das ist für die Eierstöcke ein Signal, die ausgereifte Eizelle freizusetzen. Ungefähr 12 bis 24 Stunden bevor der Eisprung eintritt, wird das nun in größeren Mengen produzierte LH-Hormon auch im Urin nachweisbar. Diese Tatsache macht sich der neue Test zu eigen. LH-Hormon-Nachweise sind seit etwa zwanzig Jahren bekannt, allerdings konnten die bisherigen Methoden nur in Spezziallabors durchgeführt werden.

Ein immuno-chemischer Nachweis von biologisch aktiven Substanzen wie Hormonen geschieht durch die Reaktion zwischen einem Antigen und einem Antikörper. Bei dem neuen Testverfahren übernimmt das LH-Hormon die Rolle des Antigens.

Da seine Konzentration im Urin weniger als ein Milligramm pro Liter beträgt und es außerdem noch eine große Anzahl chemisch ähnlicher Hormone gibt, benötigt man zum LH-Nachweis sehr spezifische Antikörper. Als ideale „Spürhunde" werden deshalb monoklonale Antikörper, die aus der Verschmelzung von Lymphozyten mit Tumorzellen in großen Mengen gewonnen werden können, auf das Hormon angesetzt.

Goldpartikel verfärben Flüssigkeiten blau-rot

Diese Antikörper können mit den im Urin vorhandenen LH-Hormon-Molekülen reagieren. Da die Reaktion aber „unsichtbar" abläuft, hat man versucht, sie mittels einer Träger- oder Markersubstanz mit einer optischen Veränderung zu koppeln.

Die monoklonalen LH-Antikörper sind daher auf Goldteilchen befestigt, die einen Durchmesser von 50tausendstel Millimetern besitzen. Diese haben die Eigenschaft, daß sie in einer Flüssigkeit Licht einer bestimmten Wellenlänge – und zwar den gelb-grünen Anteil – absorbieren. Die Flüssigkeit nimmt dadurch die Komplementärfarbe des absorbierten Lichts an, sie erscheint blau-rot.

Wird nun eine geringe Menge Urin hinzugefügt, die das LH-Hormon enthält, dann reagiert dieses mit den auf den Goldpartikeln aufgetragenen Antikörpern. Dadurch verbinden sich die einzelnen Goldteilchen zu größeren Aggregaten. Diese verlieren aber die Eigenschaft, das gelb-grüne Licht zu absorbieren, und die Testflüssigkeit wird klar.

Mit Hilfe des neuen immuno-chemischen Tests ist es möglich, die zeitlichen Schwankungen des Menstruationszyklus zu erfassen, der im Idealfall 28 Tage lang ist. Streß, Einnahme von Medikamenten, Krankheit, plötzliche Veränderungen des Gemütszustandes und hormonale Veränderungen können den Zeitraum allerdings erheblich verlängern oder verkürzen.

Das Verfahren ist allerdings nicht billig: Ein Päckchen mit sieben Teströhrchen kostet etwa 87 Mark. Die Herstellerfirma weist darauf hin, daß diese Methode nicht dazu geeignet ist, mittels einer zeitlichen Feststellung des Eisprungs eine Schwangerschaft zu verhüten.

Das aktuelle Fachbuch

Kundiger Begleiter beim Wandern

Immer mehr Menschen wollen beim Wandern in der Natur wissen, was da grünt und blüht: Handliche Bestimmungsbücher sind daher gefragt. Das neue Bestimmungsbuch für Bäume vermittelt darüber hinaus interessantes Wissen über die Biologie und den Nutzen der Holzgewächse. Es beschreibt zudem das Wachstum eines Baumes, seine Anatomie und physiologische Vorgänge in seinen Zellen. Ein eigener Abschnitt ist den Gefahren gewidmet, die den Bäumen und Wäldern heute drohen.

Die „Steckbriefe" der einzelnen Arten sind übersichtlich und „naturnah" angeordnet, so daß der Leser einen Baum schnell bestimmen kann, und sind mit ausgezeichnetem Bildmaterial illustriert. In einem Anhang sind die Umrisse aller Blätter abgebildet, dies erleichtert ein schnelles Bestimmen. Schließlich folgen eine Artenliste, Literaturhinweise und ein ausführliches Register. Kü.

„Bäume im Bild", von Wolfram Buff, Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, Stuttgart 1986, 28,- DM.

Wenn die Seele Trauer trägt

Obwohl weltweit etwa 200 Millionen Menschen an Depressionen leiden, stehen Betroffene, Ärzte und Psychologen ihr nach wie vor hilflos gegenüber. Prof. Daniel Widlöcher (Universität Paris) versucht ein umfassendes Bild dieser noch kaum anerkannten Krankheit zu zeichnen. Er stellt dabei die Erkenntnisse von Psychologie, Biochemie, Psychoanalyse und Medizin in einer leicht verständlichen Weise vor.

Bei der Beantwortung der Frage: Wie wird man eigentlich depressiv? versucht der Autor zwischen noch „normalen" und bereits „krankhaften" Reaktionen der Seele (Traurigkeit/Trauer, Depriniertheit/Depression, reaktive/endogene Depression) zu unterscheiden. Es beschreibt die Erkenntnisse über Hirnfunktionen, die ein Eingreifen pharmakologischer Substanzen in die Regelkreise möglich macht. Immerhin können heute schon in 60 Prozent der Fälle die depressiven Symptome behoben werden. zyl

„Die Depression", von Daniel Widlöcher, 232 S., Piper-Verlag, München 1986, 32 DM.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Zhores Medwedjews Gorbatschow-Biographie

Neuer Mann, altes Ziel

Ein Jahr nach seiner Wahl zur Nummer eins der Sowjetunion mußte sich Michail Gorbatschow auf dem letzten Parteitag der sowjetischen KP ein schwerwiegendes Lenin-Zitat anhören: „Mit großen Worten sollte man behutsam umgehen, denn es ist kolossal schwierig, sie in große Taten umzusetzen." Auch wenn Jegor Ligatschow, zur Zeit der zweitmächtigste Mann im Kreml, sich mit diesem Zitat nicht direkt an Gorbatschow wandte, so war doch die Botschaft klar: Zügele dich, denn sonst werden wir dich zügeln!

Im Gegensatz zu einigen anderen Biographen des neuen Generalsekretärs sieht der in England lebende Emigrant Zhores Medwedjew, einst ein bekannter sowjetischer Wissenschaftler und Dissident, in der engsten Umgebung Gorbatschows eine



ganze Reihe konservativer, ihn bremsender Politiker. Bislang hatten westliche SU-Experten den Widerstand gegen Gorbatschows verbal hochfliegender Reformpläne, er selbst spricht von „Perestroika", also von einem Umbruch, vor allem in der total verkrusteten Hierarchie des mittleren und höheren Parteiapparates geortet, und weniger im omnipotenten zwölfköpfigen Politbüro.

Gorbatschow ist in den Augen Medwedjews weder ein Liberaler noch ein Revolutionär. In seinen Taten unterscheide er sich kaum von seinen Vorgängern, eine Demokratisierung des Systems habe er nicht eingeleitet, die Sowjetbürger lebten heute nicht freier als unter Breschnew oder Andropow, Sacharow wäre immer noch verbannt und die Dissidenten würden verfolgt. Die Frage, was davon auf das Konto des Widerstandes gegen Gorbatschow geht und was ihm selbst zuzuschreiben ist, wird vom Autor nicht eindeutig beantwortet.

Offen bleibt ob Gorbatschow, wie einst der kämpferische Chruschtschow, unter Umständen bereit wäre, für seine Reformideen sein politisches Überleben aufs Spiel zu setzen. Ein interessantes Schlaglicht auf seinen Charakter wirft jedoch die Information, er habe im Frühjahr 1978, vor seinem großen Sprung aus der kaukasischen Provinz in das Moskauer Machtzentrum, das Erscheinen des völlig unbedeutenden Memoirenbüchleins von Breschnew geradezu speichelleckerisch gelobt. In der Tat eine beachtliche Flexibilität, wenn man bedenkt, mit welch harscher Kritik Gorbatschow heute die Amtsperiode seines Vorgängers überzieht. Interessant ist auch der Hinweis auf eine wahrscheinliche Spitzeltätigkeit des Studenten Gorbatschow für das KGB (damals MWD) zu Beginn der fünfziger Jahre.

Viel Raum gibt der Autor in dem fast 400 Seiten starken und gewiß sehr informativen Buch der Aufzählung und Bewertung aller von Gorbatschow initiierten innen- oder wirtschaftspolitischen Gesetzesvorlagen, Resolutionen und Programme. Sehr ausführlich werden auch die Begleitumstände und das geschichtliche Umfeld der Karriere Gorbatschows abgehandelt, ebenso das Schicksal seiner Förderer, Weggenossen und Rivalen. Dabei kommt dem Autor zugute, daß er in seinem Bruder, dem noch in Moskau lebenden Historiker Roy Medwedjew, eine zwar vom KGB überwachte, aber gelegentlich dennoch sprudelnde Quelle für Insider-Informationen besitzt.

Das der Außenpolitik gewidmete Kapitel überschreibt Medwedjew mit „Neue Wege, alte Ziele". Dabei weist er mit Recht darauf hin, daß Gorbatschow bislang noch kein tadelndes Wort für das sowjetische Überengagement in aller Welt gefunden hat – auch nicht in bezug auf Afghanistan. Ansonsten sind Medwedjews außenpolitische Ausführungen im wesentlichen deskriptiv. Er unterstreicht Gorbatschows Sinn für die Realitäten in Ost und West und hebt seinen vergleichsweise gut ankommenden politischen Stil hervor.

Der Kernsatz des Autors, zugleich sein Appell an Gorbatschow, steht im Vorwort: Die sowjetische Bevölkerung will Reformen statt Resolutionen, sie hofft auf eine freie und offene Gesellschaft, sie hat alle Einschränkungen und Zwangsmaßnahmen satt.

BERND NIELSEN-STOKKEBY

Zhores Medwedjew: „Der Generalsekretär Michail Gorbatschow", Luchterhand, 380 S., 39,80 Mark.



Schwungvolle Gebilde aus Holz und Blech: „This, That and the Other" von Richard Deacon, aus der Ausstellung in Amsterdams Stedelijk Museum FOTO: STEDELIJK MUSEUM

Momentaufnahme der Moderne: „Correspondentie Europa" in Amsterdam

Panik mit Resten von der Litfaßsäule

Was tut sich heute unter den jungen Künstlern Europas? Mit dieser Frage im Reisegepäck durchstreift Wim Beeren mehrere Länder, um dort ganz in der Tradition des Amsterdamer Stedelijk Museums „den Kontakt mit dem Werk und der Gedankenwelt von Künstlern, die sich permanent neue Aufgaben und Probleme stellen", zu suchen. Die Beschränkung auf zehn in den Niederlanden kaum bekannte Künstler konnte nur subjektiv ausfallen.

So zeigt die Auswahl „Correspondentie Europa" keine allgemeinen Trends in der Kunst einzelner Länder, sondern Momentaufnahmen individuellen Schaffens. Es ist eine schillernde Begegnung mit Arbeiten der jüngsten Zeit von Künstlern aus sechs Ländern. Jedem wurde ein Saal zur Gestaltung überlassen. Außer einer nicht zu übersehenden Vorliebe zur Monumentalität ist den zehn Künstlern nichts gemeinsam.

Der Akzent liegt deutlich auf der Skulptur, die auch in der Ankaufpolitik des Museums zur Zeit Priorität genießt. Der deutsche Beitrag stammt von Thomas Schütte, der in seinem Saal elf große rot-grüne Melonensegmente in mehreren Gruppen arrangiert. „Melonely" fasziniert durch den spielerischen Charakter, durch Anklänge an Minimal art und die direkte Anspielung auf die Sinne des Betrachters.

Im Gegensatz zu diesem fröhlichen Ensemble fordert „Das Zimmer" von Jan Vercruysse, ein immenser, begehbarer Kasten, vom Beschauer viel Intuition bei der Beurteilung. Einfacher liegt es da bei Francisco Leiro, Susana Solano, Richard Deacon und Julian Opie, die, jeder auf höchst eigene Weise, sich der reinen Skulptur verschrieben haben. Ein feines Gespür für das Material, Holz, spricht aus den statischen, menschlichen Figuren, die der spanische Schreinersohn Leiro zu Symbiosen von realistischen, prägnanten Personen und alten Kulturen entlehnter Inspiration vereint. Eine Antithese hierzu stellen die monumentalen, abstrakten Eisengebilde seiner Landsmännin Solano, deren exzentrische, kraftvolle Formen stets den sie umgebenden Raum herausfordern und in die Plastik mit einbeziehen, dar.

Aus Holzlatten und Blechplatten geleimte Bänder formt Richard Deacon zu kompliziert schwingenden Gebilden. So entstehen Konturen, denen eine gewisse Musikalität innewohnt. Streng wirken dagegen die reinen Formen und aggressiv blanken Oberflächen der Wandreliefs von Julian Opie, deren vieldeutige Titel wie „Thousands Protest, Hundreds Arrested" oder „Postal Staff Return to Work" das Assoziationsvermögen des Betrachters strapazieren.

Der dritte Engländer, Jeffrey Dennis, läßt durch überraschende Kombinationen von Bildern im Bild das Geschehen seiner unmittelbaren Umgebung im Londoner East-End lebendig erstehen. Während der Franzose Jean-Charles Blais als Malgrund von Litfaßsäulen in dicken Lagen abgerissene Plakate wählte, aus denen in klaren Farben Menschen und Tiere herauszuplatzen und Panik und Angst zu suggerieren scheinen.

Nachdem auch noch die heitere „Stanza delle tazze" von Remo Salvadori durchschritten ist, ergibt sich das erfreuliche Resümee: Was hier gezeigt wird ist neu, ist Qualität. (Bis 2. November; Katalog, Niederländisch/Englisch, 32.50 hfl.)

DOROTHEE von FLEMMING

Mannheim: Der Sowjetfilm „Briefe eines Toten"

Nach dem Atomkrieg

Der Andrang war gewaltig. Für das Schlange stehende zahlende Mannheimer Publikum mußte eine Mitternachtswiederholung drangehängt werden. Doch der Beifall, den der in der „Szene" inzwischen fast zur Legende gewordene sowjetische Atomkriegsfilm „Pisma mertvogo celoveka" (Briefe eines Toten) als Wettbewerbsbeitrag bei der 35. Mannheimer Internationalen Filmwoche am Ende einheimste, klang seltsam zögerlich.

Das war nicht nur Ergriffenheit. Vielleicht vermissen junge deutsche Raketen- und Kernkraftgegner an diesem Streifen den direkten Schuldvorwurf (im Zweifel an die Amerikaner), vielleicht kommt ihnen der Schluß auch ein bißchen zu sentimental mit einem – freilich ganz vagen – Rest von Hoffnung daher. Man wird es nicht ergründen.

„Briefe eines Toten" (Buch und Regie: Konstantin Lopuschanskij) ist kein Propagandafilm. Er schildert die letzten (wirklich die letzten?) Tage der vom atomaren Holocaust unter die Erde verdammten Menschheitsreste. Die Szene ist irgendwo. Ein Keller unter einem Museum, eine automatische Leichenbeförderungsanlage zum Hauptbunker mit Massenpanik, Schmerzensschreien, Entsetzen und Todestaumel und eine ins fast Unglaubliche gesteigerte Weltuntergangslandschaft oben an der Erdoberfläche. Kein identifizierbares Land, schon gar nicht die Vereinigten Staaten oder die Sowjetunion. An einigen Details (z.B. einer Funktionärsschreckensfigur à la Erich von Stroheim) kann man vermuten, daß Lopuschanskij – auch – an Deutschland gedacht hat.

„Briefe eines Toten", damit sind jene Selbstgespräche gemeint, die die Hauptfigur, ein Nobelpreisträger auf einem Feld, das zwar nicht näher bezeichnet ist, aber irgendwie doch schuldhaft mit der verhängnisvollen Hybris des Menschengeschlechts verknüpft scheint, mit seinem vermutlich beim Atomschlag getöteten Sohn Erik führt. Ein eigentlich schon Toter redet mit einem bereits wirklich Toten.

Die gelegentlich melodramatische „Handlung" scheint fast nebensächlich. Gespräche, Deutungsversuche zur tragischen, vorbestimmten oder selbstverschuldet tödlichen Geschichte des Menschen. Selbstmorde, einer hat sich zuvor selbst sein unterirdisches Grab geschaufelt. Der Wissenschaftler (Rolan Bykow, ein ernstes, eindrucksvolles Gesicht) opfert sich schließlich für eine vom drakonisch auftretenden staatlichen Krisenmanagement vergessene Kinderschar. Er feiert mit ihnen ein schon in die Zeitlosigkeit fallendes Weihnachtsfest. Er stirbt den Strahlentod. Sie taumeln in Schutzanzügen in eine ungewisse Zukunft. Kitschige Musik. Schrifttext: Ein letzter, beschwörender Friedensappell der Russell, Einstein und Joliot-Curie aus den 50er Jahren. Man kann drüber streiten. Wenigstens ist keine Love Story im Spiel.

Das künstlerische Zentrum dieses Films ist sowieso das Inferno selbst: Eine bis ins Kleinste realistisch wirkende Atomkriegshölle aus Feuer, Schlamm, Dreck, Trümmern. Alles in einem leicht ins Erdbräunliche getönten Schwarzweiß, wie man es meist zur Darstellung düsterer Vergangenheit benutzt – als solle damit unser schönes buntes Farbfilm-Heute als kurzes trügerisches Intermezzo zwischen Hiroshima und Weltuntergang enttarnt werden. Das ist im Ganzen doch eindrucksvoller als das amerikanische Gegenstück „The Day after". Vor allem: Selbst auf seinen schrillen Höhepunkten gerät der filmische Schrecken hier nie (wie anderswo so oft) in Gefahr, über sich selbst zu stolpern und ins Groteske oder gar Komische abzustürzen.

Was freilich auffällt: Aus fachlicher Sicht wirkt vieles amateurhaft. Beispiel: Der Atomkrieg ist hier offenbar nur entstanden, weil ein Computeroperator sich an Kaffee verschluckt hat und ein entscheidender Befehl dadurch um Sekunden verzögert wurde. Der Mann habe sich erhängt, weil er genau wußte, was 14 Minuten später passieren würde.

Das ist fern jeder technischen Realität. Aber so etwas wissen Sowjetbürger eben nicht so genau. Wesentlich ist es im Grunde für die Bedeutung dieses Films auch nicht. Wesentlicher schon, daß er – immerhin nach Tschernobyl (wo er angeblich zuvor gedreht worden ist) – zwei Wochen lang mindestens in einem Moskauer Kino gelaufen ist. Westliche Korrespondenten berichteten damals, die Zuschauer seien – ganz im Gegensatz zu sonstigen Moskauer Kinositten – regungslos bis zum Abspann auf ihren Plätzen sitzengeblieben.

JOACHIM NEANDER

Was das ZDF „gesellschaftsfähig" machen will

Kraft aus dem Kosmos?

Wie der heutige Abend in der Eilenried-Halle in Hannover abläuft, dazu hält sich Fredy Wallimann bedeckt. Nur so viel mochte er vorab verraten: Zu Beginn der Live-Übertragung versucht Silvia, die Frau des 40jährigen Schweizer Geistheilers, durch Entspannungsübungen „das Energiefeld zu beruhigen, ein bemerkliches Kraftfeld aufzubauen".

Dann tritt der Geistheiler in Aktion. Ziel ist die Heilung durch eigene Gedankenenergie. Als Publikum – 4000 zahlende Gäste im Saal und die

Gesund durch Gedankenenergie – ZDF, 21 Uhr

Fernsehzuschauer – wünscht Wallimann sich deshalb kranke Menschen. Den Antrieb für seine Fähigkeiten glaubt Wallimann „aus dem Kosmos" zu bekommen. Er versteht sich als „Vermittler wirklicher Kraft", er versucht in Menschen „das Seelische zu harmonisieren", wie er der Presse sagte.

Der „Antrieb des Menschen liegt in der Psyche", lautet der Grundsatz Wallimanns. Grundlegend Neues sagt er damit nicht. Kritik an Geistheilern wie Wallimann übt die Medizin hauptsächlich aus zwei Gründen: Einmal seien Heilungsaussichten, die Geistheiler versprechen, allumfassend und kaum differenziert. Es könnten falsche Hoffnungen geweckt werden. Zum anderen faßten Männer wie Wallimann ihre Heilmethoden allzu „technisch" auf.

Karl Schnelting vom ZDF steht zu dem von ihm initiierten Experiment. Außer Gesundheitsministerin Süssmuth (sie sagte ab) hat er mehrere Ärzte nach Hannover eingeladen, die heute mögliche spontane Veränderungen im Befinden der Patienten feststellen sollen.

Was aber, wenn es mit der Macht des Bewußtseins über den Körper nicht klappt? Fredy Wallimann: „Wer es nicht aus dem Inneren heraus will, für den hat es keinen Wert." Und Schnelting: „Wir können in der Eilenried-Halle keine wissenschaftliche Versuchsanordnung zusammenstellen. Es geht vor allem darum, etwas auszuprobieren, ein Thema auch in unserem Land gesellschaftsfähig zu machen."

Beide christlichen Kichen warnten davor, daß „mit der Genesungshoffnung kranker Menschen ein öffentliches Spektakel aufgeführt" werde. Das Bistum Hildesheim warnte vor Teilnahme. Der Geschäftsführer der Ärzte-Organisation Hartmannbund, Nöldner, meinte gestern im Radio: „Scharlatanerie – durch nichts zu rechtfertigen." SABINE KOBES

KRITIK

Product placement für den Frieden?

Wenn im Fernsehen das Wort Frieden Konjunktur hat, steht meist eine Großdemonstration bevor, zu der mehr oder weniger offen gebeten wird. Die Reportage **Wenn die Raketen kommen** entfachte diese Konjunktur inflationistisch: *Friedensgruppen* wehren sich gegen ein Verbrechen, das vorbereitet wird; jeden Sonntag gibt's ein *Friedensgebet;* die Aktiven der *Friedensbewegung* leisten Widerstand; die *Friedensgruppen* stellen Mahn-Kreuze auf – so beweihräucherte das ZDF den Umkreis der Demonstration im Hunsrück am Samstag. Sollte damit in den Hintergrund gedrängt werden, daß die Demonstranten schlicht andere Vorstellungen zur Friedenssicherung haben als die Mehrheit des Bundestages und der Bevölkerung, oder handelt es sich um einen krassen Fall von „product placement" (Schleichwerbung), dem sich das ZDF ja neuerdings ungeniert öffnet?

Die Reporterin wollte laut Untertitel darüber berichten, wie die Bevölkerung im Hunsrück auf die Stationierung der Cruise Missiles (das sind übrigens keine Raketen, die da kommen) reagiert, doch wenn einer nicht so antwortete, wie es wohl erwünscht war – nämlich „betroffen" –, wurde er vorgeführt: Einen Heizungsmonteur, der im Raketen-Stützpunkt arbeitet („eine ganz normale Arbeit"), fuhr sie an: „Machen Sie sich denn über Massenvernichtungswaffen keine Gedanken?" Als Interviewpartner lieber war natürlich der Sprecher der örtlichen Anti-NATO-Bewegung, der über die Hunsrückhöhenstraße, an der die Depots liegen, sagte: „Die hat Hitler schon für den Krieg gebaut; ein nahtloser Übergang also."

Am Schluß kam dann die Katze aus dem Sack: Das Bewußtsein (im Sinne der Bewegung) müsse in der Mehrheit der Bevölkerung hergestellt werden, hieß es. Und die Hoffnung wurde akzentuiert, daß „die Bürger zur Einsicht kommen". Eine Minderheit ist also schon im Besitze „der" Einsicht, der Mehrheit kann nur noch das ZDF und die Demo am Samstag auf die Sprünge helfen. da

Das Team des Dr. Beilowski (Klaus Schwarzkopf) mit der Zeitmaschine: Nicolas Lansky, Siegfried Wischnewski und Frank Hoffmann FOTO: RÖHNERT

Günter Kunerts Fernsehspiel mit paradoxer Moral

Die arme Seele als Held

Günter Kunert, seit Herbst 1979 in der Nähe von Itzehoe beheimatet, war nie das, was man einen Optimisten zu nennen pflegt, den ja, um einen Witz zu kolportieren, Mangel an Information auszeichnet. Was Wunder, fiel er doch zunächst unter die nationalsozialistischen Rassengesetze und wurde dann, nach idealistischem Anfang, ein stetig mehr sich wehrendes Opfer der dogmatischen Kunst- und Wahrheitsfeindlichkeit der „DDR"-Ideologen à la Hager.

Kunert, Petitionär gegen die Biermann-Ausbürgerung, galt und gilt in der „DDR" und im Westen nicht nur als ein in allen literarischen Genres erprobter Homme de lettre. Seine Leser sehen in ihm vor allem einen moralisch integren Menschen, der beispielsweise, was durchaus Seltenheitswert besitzt, unter seine vormalige „DDR"-Sozialismus-Hoffnungen einen endgültigen Strich gezogen hat. Nicht ohne Trauer, die er wohl auch in seinem im kommenden Frühjahr im Hansa-Verlag erscheinenden neuen Gedichtband redlich abarbeiten wird, ob ihn nun der in die „DDR" zurückgekehrte janusköpfige Prosaiker Rolf Schneider erneut einen „Renegaten" schimpft oder nicht.

Kunert kann jedoch auch auf eine stattliche Anzahl von Film- und Fernsehszenarien verweisen. Es sei nur an seinen erfolgreichen, 1976 in der „DDR" entstandenen Spielfilm „Beethoven – Tage aus einem Leben" erinnert. Zu später Stunde kann man nun „Die Rückkehr der Zeitmaschine" erwarten. Kunerts Vorlage war ursprünglich ein Theaterstück mit dem Titel „Futuronauten", das 1982 in Hannover wegen des allzu massiven philosophischen Schlagabtauschs der Figuren relativ unbeachtet blieb. Nun aber, von Jürgen Klauß für den Saarländischen Rundfunk filmisch und insbesondere tricktechnisch aufbereitet, liegt der Akzent mehr auf dem Spielerischen im Sinne des Vorführens von bereits vertanen Zukunftsmöglichkeiten.

In einer Kleinstadt des Jahres 1925 findet der Internist Dr. Beilowski in einer Antiquitätenhandlung eine merkwürdige Apparatur. Er identifiziert das Monstrum als die von (dem 1946 verstorbenen) H. G. Wells beschriebene „Zeitmaschine". Dr. Beilowski gründet mit seinen obskuren Freunden ein Forschungsteam: eine

Die Rückkehr der Zeitmaschine – ARD, 23 Uhr

Reise in die genau 100 Jahre entfernte Zukunft soll unternommen werden.

Doch keiner der potentiellen Zeitreisenden will, da sich jeder aus Egoismus unersetzlich glaubt, die Apparatur besteigen. Da hat Ingenieur Pfeil (Frank Hoffmann) die Idee, einen seiner Arbeiter fürs Projekt zu gewinnen. Die „arme Seele" namens Morges (Norbert Lanzki) wird von Risolani (Peter Pasetti) und Danzke (Siegfried Wischnewski) lüstern gemacht, endlich seinem trivialen Leben einen Sinn zu geben und als Held in die Geschichte einzugehen. Morges läßt sich überreden, doch das Experiment bringt eine schaurige Erkenntnis, die sich nur als Paradoxon fassen läßt: Was wir vor uns haben, haben wir bereits hinter uns, obwohl beziehungsweise wenn wir weiterhin mit ungebrochener Fortschrittsgläubigkeit das Ende dieses noch immer schönen Planeten im Auge haben. PETER J. HOLZ

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Info: Arbeit und Beruf
Sozialamt als Vermittlungshelfer. Probleme zwischen Arbeits- und Sozialamt. Kunststoff-Formgeber
Moderation: Hans-Ulrich Spree
10.00 heute
10.03 Hauptsache Hauptschule?
10.35 Eine Frau für den Marshal
12.00 Umschau
2.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.50 Tagesschau
16.00 Café in Takt-Extrakt
Höhepunkte aus der Senderelhe
Mit Peter Horton
16.45 Die Kinder vom Mühlental
Ein Haus wie der Sommer
Der Zauberring
17.10 Kein Tag wie jeder andere
Ein Zirkus voller Abenteuer (3)
17.35 Der Clown im Hinterhof
Klettereien
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Schlag auf Schlag
Mit Günter Schröder, dem Vorsitzenden der Polizei-Gewerkschaft
Moderation: C. H. Casdorff
21.00 Der 7. Sinn
21.03 Musik war meine erste Liebe
Show mit Udo Jürgens und René Kollo
Die zwei Künstler erinnern sich an den gemeinsamen Anfang beim Liederfestival in Knokke. Udo wurde Schlager-Star, René der strahlende Tenor. Sie plaudern über U- und E-Musik wie über Privates.
22.30 Tagesthemen
23.00 Die Rückkehr der Zeitmaschine
Von Günter Kunert
Mit Klaus Schwarzkopf, Peter Pasetti, Siegfried Wischnewski
Regie: Jürgen Klauss
0.55 Tagesschau
1.00 Nachtgedanken

ZDF

16.00 heute
16.04 Bühnenzauber
2. Naturelemente auf der Bühne
Bericht von Günther Schneider-Siemssen
16.35 Kingstontown am Schotterteich
Ingo, der Rächer
Regie: Susanne Zanke
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der rosarote Panther
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 S. Y. Arche Noah
Wiedersehen in Amsterdam
Regie: Marco Serafini
19.00 heute
19.30 Was zu beweisen war
Kriminalkomödie
Mit Martin Held, Brigitte Mira, Gisela Trowe. Regie: Peter Weck
21.00 Probe aufs Exempel
Gesund durch Gedanken-Energie
Selbstheilung im gemeinsamen Kraftfeld. Mit I. Hermann, H. Valérien, K. Schnelting
21.45 heute-journal
22.05 Lebenserfahrungen
Dokumentarfilm von H.-D. Grabe
1983 tötete der in Deutschland lebende Türke Yakupoglu seine 24jährige Tochter. Heute fragt er sich, wie es dazu kam.
22.50 Das blinde Glück
Bastian Clevé erzählt mit experimenteller Technik die Geschichte eines Mannes, der erblindet ist.
0.10 heute

III.

WEST

18.00 Telekolleg II
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
Bürgertelefon: 0221/23 64 33
20.00 Tagesschau
20.15 Der zerbrechliche Mann
Französischer Spielfilm (1981)
Mit Françoise Lebrun, R. Berry
Buch, Regie: Claire Clouzot
21.40 Filmtip
21.45 Noch eine kalte Nacht
Stadtstreicher werden seßhaft
22.15 Texte für BAP
23.15 Kultur gegen die Junta

NORD

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Journal: Kirche
19.15 Zwischen Kanada und Karibik
Der Rotschwanzbussard
19.45 Natur an der Nordsee
20.00 Tagesschau
20.15 Goldgräber-Molly
Amerikanischer Spielfilm (1963)
22.20 Bücherjournal
Highsmith: „Elsie's Lebenslust". Dirks: „Die liebe Angst". Piwitt: „Der Granatapfel".
23.10 Argumente
0.25 Nachrichten

HESSEN

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.33 Hobbythek
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Der Meistergauner
Italienischer Spielfilm (1959)
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Analphabetismus
22.00 Projekt Atlantis
23.15 1841: K. F. Schinkel stirbt

SÜDWEST

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Schwarzes Theater
18.33 Mad Movies
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Hat jemand meine Braut gesehen?
Amerikanischer Spielfilm (1952)
Mit Rock Hudson, Charles Coburn
Regie: Douglas Sirk
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Politik/Ausgefragt/Treffpunkt
21.55 Sport unter der Lupe
22.30 El Tango
Milva und Astor Piazzolla
23.20 Schach-WM '86
23.50 Nachrichten

BAYERN

18.45 Rundschau
19.05 FBI sucht Lemmy Caution
Franz. Spielfilm (1953)
Mit Eddie Constantine
20.30 Flash Gordon
Das Symbol des Todes
20.45 Der Mann mit dem Poncho
L. E. Proano, Bischof in Ecuador
21.30 Rundschau
21.45 Sperrfrist
22.30 Z. E. N.
Schloß Linderhof
22.55 Sportstammtisch
23.20 Rundschau
23.25 Die Verlobten
Ital. Spielfilm (1963)



15.00 Drei Mädchen und drei Jungen
Wir passen schon auf
Anschl.: Umka, der kleine Bär
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Lou Grant
Feueralarm
Anschl.: Rund um die Welt
18.00 Jennifers abenteuerliche Reise
Allein auf hoher See
Anschließend: Goldies
18.30 APF blick
18.45 Mrs. of the World
Ein Fernsehteam begleitet Hausfrauen und Mütter bei ihren Vorbereitungen zur „Wahl der schönsten Ehefrau"
19.45 Herrenpartie
Deutsch-jugosl. Spielfilm (1963)
Mit Götz George, Rudolf Platte
Regie: Wolfgang Staudte
21.30 APF blick
Aktuelles, Show und Künste, Sport, Quiz und Wetter
22.15 Lektüre ist angesagt
Karl Michael Vogler liest aus „Familie Adam" von Michel Tournier
22.45 Hawaii Fünf-Null
23.30 APF blick



19.00 Kulturweltspiegel
Moderation: H. Rosenbauer
„Der Name der Rose" – Bericht über den Film. Giorgos Dalares, Barde aus Hellas. Pramoedya A. Toer, philippinischer Dichter
19.45 Zwischen den Schlagzeilen
20.00 Tagesschau
20.15 Die Angst ist ein zweiter Schatten
Von Norbert Kückelmann
21.50 Der Champ
Amerikanischer Spielfilm (1979)
Mit Faye Dunaway, R. Schroder
Regie: Franco Zeffirelli
23.50 Nachrichten



18.00 Mini-ZIB
18.10 Sport-Zeit
Hockey-WM
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Derrick
Ein Fall für Harry
20.30 Rundschau
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Futureworld – Land übermorgen
Amerikanischer Spielfilm (1976)
Mit Peter Fonda, Yul Brynner
Regie: Richard T. Heffron
23.30 Nachrichten



18.15 Starmix/Regional 7
18.35 Komm doch mal in die Küche
18.53 7 vor 7
19.22 Karichen
19.30 Bergerac
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Das Fräulein und der Vagabund
Deutscher Spielfilm (1949)
Mit D. Schönherr, Hardy Krüger
Regie: Albert Benitz
21.55 RTL-Spiel
22.00 Popeye
22.05 Neu im Kino
22.35 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.30 Wallstreet Final

Ein „U" für ein „E"?

a-tz – Jetzt also wissen wir endlich, wie man der vermaledeiten Scheidung von U- und E-Musik beikommen kann – indem man eine „geniale Symbiose aus U- und E-Musik" bastelt, wie es in einer aktuellen Anzeige heißt. Nur schade, daß es auch da mal wieder mit der Wortwahl hapert, wie in so vielen Anzeigen, in denen immer noch weißer gewaschen und immer noch epochemachender musiziert wird.

Arme weiße Epoche; hätte es doch statt „genial" schlichtweg „lukrativ" heißen müssen. „Das Ereignis", wie es in derselben Reklame heißt, ist nämlich nichts anderes als eine mächtige Peinlichkeit schier symphonischen Ausmaßes, jedenfalls mit Pauken und Trompeten. Denn, man höre und staune, keine Geringeren als die Wiener Symphoniker spielen zum erstenmal „aktuelle Meisterwerke der Popmusik".

Das ist, notabene, so Gediegenes wie Falcos „Rock Me, Amadeus" oder Jennifer Rushs „Power of Love", auch den „Private Dancer" oder „St. Elmo's Fire", alles Meisterwerke der Popmusik, unter denen Falcos „Amadeus" als Welterfolg hervorsticht, weil er den in Symphonikerkreisen nicht unbekannten Wolfgang A. Mozart gekonnt unterm Dreschflegel dümmlicher Disco-Brutalität zerdrischt.

Klar, daß damit die kontroverse und notorische U- und E-Trennung vom (Platten-)Teller ist: Man nimmt das E einfach weg. Nur: Das gab's schon immer, ob mit Vivaldis Jahreszeiten oder Mozarts Vierzigster oder meinetwegen auch der Karelia-Suite. Nur haben das dann Musici besorgt, für die sich die klingende Welt ohnehin immer nur um die Pop-Achse drehte.

Heuer aber macht der Kommerztrieb vor nichts mehr halt, und wenn, wie gehabt, ein Peter Hofmann vom Wagnerhügel heruntersteigt und auf den Rockkarren aufsteigt, dann veredelt das die Ware automatisch – meint die Branche, die aus Mangel an eigenen Einfällen um kein Sakrileg verlegen ist.

Neuerdings gehört auch René Kollo zur Gilde der U- und E-Verfilzer. Er ließ sich von Herrn Udo Jürgens Banalitäten schreiben wie: „Wenn ich eine Maske trage, / Schau mit dem Rest deiner Liebe / hinter mein Gesicht."

Da bedarf's schon eines üppigen „Restes" an Liebe.

Poet und Schriftsteller, Staatsmann, Künder der „Négritude" – Léopold Sédar Senghor wird achtzig

„Du bist schwarz und du bist schön"

Léopold Sédar Senghor wird achtzig. Der Name ist ein Begriff. Er steht für eine afrikanisch-französische Liaison. Diese ist nicht unbedingt durch Senghors Geburtsort in Senegal bedingt, denn Joal war zunächst portugiesisch, schon seit dem 15. Jahrhundert. Von hier ging jedoch die Christianisierung aus, die für Senghor, um Heine zu zitieren, das „Entree-Billett zur europäischen Civilisation" war.

Er studierte an der Sorbonne, wurde französischer Soldat, arbeitete dann in Paris als Lehrer und machte bald steil politisch Karriere, als Deputierter in der Nationalversammlung, Staatssekretär, Vertreter im Europarat und bei der UNO. Endlich, er war fünfzig, wandte er sich dem Unabhängigkeitsbestreben seiner Heimat zu. Damals hat ihn mancher gefragt, ob er nicht einen kürzeren Weg hätte gehen können.

Der Name steht außerdem für die „Négritude", politisch und kulturell. Senghor hat es schließlich bis zum Präsidenten der Föderation Senegal–Mali und, nach deren Scheitern, der Republik Senegal gebracht. Das war 1960. Dabei darf man eines nicht vergessen: Die politischen Ideen und Institutionen, welche Senghor favorisierte, seine Partei eines undeutlichen Sozialdemokratismus, die Selbstverwaltung, überhaupt die „Demokratie", wurden einer weitgehend analphabetischen, in zahlreiche sehr unterschiedliche und verfeindete Stämme zersplitterten Bevölkerung oktroyiert. Das geschah oftmals zum ausschließlichen Nutzen einer in Dakar lebenden intellektuell-ökonomischen Oberschicht, die sich von den einstigen Kolonialherren zwar der Hautfarbe, jedoch nicht den Interessen nach unterschied.



Er gab dem schwarzen Afrika ein neues Selbstbewußtsein: Léopold Sédar Senghor
FOTO DARCHINGER

Wer heute durch Senegal reist, stellt fest, daß das Erbe Senghors, der bis 1980 Präsident des Landes war, immer mehr durch neue Bewegungen ersetzt wird, durch die ethnische Wiederbesinnung, die religiöse (islamische) Erneuerung (die Senghors Christentum zurückdrängt), eine sozialpolitische Eigenständigkeit gegenüber der französischen Wirtschaft. Denn die Franzosen haben es bisher gerecht verstanden, ihre Füße im Lande zu lassen. Erst jetzt, ohne Senghor und teilweise gegen ihn, beginnt die „Négritude" Realitätssinn zu beweisen.

Der Geburtstag Senghors würde heute kaum gefeiert werden, wäre er nicht auch Schriftsteller. Als Poet – und nicht als Politiker – hat er der Idee des schwarzen Selbstbewußtseins zu größerer Wirksamkeit verholfen. Sein „Tu es noire, et tu es belle" ist älter als der Slogan „Black is beautiful".

Verdankt Senghor den portugiesischen Kapuzinermönchen seine Theologie, die Bibelkenntnisse, deren Niederschlag sich findet in der „Elégie pour la Reine de Saba" – „Die schwarze und schöne unter den Töchtern Jerusalems" –, so verdankt er den Franzosen seine literarische Sprache. Und einem Deutschen verdankt er seinen Zentralgedanken der Eigenständigkeit Afrikas: Frobenius, dem Reisenden, Forscher und Menschen. Auch hier, könnte man sagen, hätte es einen kürzeren Weg gegeben. Die historischen Umstände freilich, das persönliche Naturell, der individuelle Ehrgeiz Léopold Sédar Senghors machten den Umweg zum Charakteristikum.

In Frankreich ist Senghor längst zum Klassiker geworden, während er im deutschsprachigen Bereich, trotz des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1968, eher ein Außenseiter blieb, weit neben den Sartre, Genet, Camus. Dabei sind die Übersetzungen seiner literarischen Werke im allgemeinen gut, was Exaktheit und Bild betrifft.

Doch Senghors Lyrik ruht auf drei Pfeilern, die, formal, einem Nachempfinden eher im Wege stehen. Zum einen entziehen sich uns, weit mehr als den Franzosen, die in Westafrika zu Haus sind, die afrikanischen Rhythmik, die Motive des Erdteils, sein Fluidum. Zum anderen wirken die alttestamentlichen Anklänge einem durch die Luther-Bibel geschärften Ohr wie aus zweiter Hand. Und endlich stellt sich uns die französische Rhetorik in den Weg, aus der Senghors Poesie ihren Charme bezieht.

„Oui, elle m'a baisé, banakh, du baiser de sa bouche" – „Ja, sie hat mich geküßt, banakh, sie gab mir den Kuß ihrer Lippen", beginnt die Königin-von-Saba-Elegie. Dem deutschen Leser entgeht die Vieldeutigkeit der Vokabel „baiser", gekoppelt mit dem afrikanischen „banakh", und er muß erst in den Erläuterungen nachschlagen, um belehrt zu werden, daß letzteres lediglich Lautmalerei sein soll. Senghors Metapher, seine Eloquenz, die Musikalität seiner Verse haben für uns nicht die Kraft, wie sie Baudelaire, Perse, Valéry ausstrahlen, wenn sie nicht überhaupt, durch die späte Adaption europäischen Kulturerbes, epigonal wirken.

Doch soll hier kein endgültiges Werturteil abgegeben werden. Senghor hat jedenfalls seine Belastungsproben noch vor sich, dann nämlich, wenn alle historischen Zufälligkeiten vergessen sind.

Zunächst ist da ein umfangreiches Werk, die „Chants d'Ombre" von 1945, „Hosties Noires" und die Prosa bis hin zu „Pierre Teilhard de Chardin" (1962), „Négritude et humanisme" (1964) und gesammelten Reden und Aufsätzen. Im übrigen darf man nicht vergessen, daß Senghor klassische Philologie studiert und gelehrt hat und daß zu den Einflüssen am Ende auch noch griechisches und lateinisches Gedankengut kommt. Das Polyglotte steht hier stets beim Allzupluralistischen.

Dazu gibt es nun allerdings eine interessante Querverbindung. Es war der französische Ethnologe Marcel Griaule, der, seit 1931, das Volk der Dogon, östlich Senegals, aufspürte und 1948 darüber seinen Aufsehen erregenden Bericht (deutsch 1970, „Schwarze Genesis") veröffentlichte; und er verwies darauf, daß die Dogon ein Denkgebäude entworfen hatten, daß der Größe antiker Mythologie und Philosophie kaum nachstand. Senghors Poesie wollte vielleicht, am Ende, beweisen, daß eine weite, mediterrane Négritude keinen Gegensatz zu einer umfassenden, symbiotisch gemeinten Synthese von Afrika und Europa bildete.

Der Zwiespalt in Senghor ist offenbar. Er hat ihn immer wieder durch einen Brückenschlag heilen wollen. Man hat ihm einerseits vorgeworfen, ein „Diener" fremder, ja feindlicher Interessen zu sein, Frankreichs nämlich. Andererseits hat man ihn seiner Harmonisierungstendenzen wegen als beispielgebend für die Nord-Süd-Beziehungen gelobt. Hätte er die Négritude nur in Negersprachen besungen, wäre er vielleicht ein stärkerer Integrationsfaktor für Senegal geworden, jedoch gleichzeitig wohl auch provinzieller geblieben.

Im Lexikon der französischen Literatur (1974) spricht man von seinem „kulturellen Mestizentrismus": Dies Bild ist schief. Daß er in die Wörterbuchkommission der Académie Française gewählt worden ist, zeugt von seinen Intimkenntnissen des Französischen, und es wird Frankreich sein, wo er seinen Platz als Literat behält. Daß er im Senegal der Stammessprachen nicht, trotz der „Négritude", weiterleben wird, macht die Ambivalenz, das Scheitern, die Tragik Senghors aus.

Der Franzose Jean Genet hatte seine Heimat im Maghreb gefunden, der Senegalese Senghor lebt in Paris. Wird das Frankophone über politische Grenzen hinaus seinen Beitrag zum Euro-Afrikanischen, zum Afro-Europäischen leisten, ohne die Eigenheiten zu vergewaltigen?

JOACHIM SEYPPEL

„Internationale Frankfurter Tage für Alte Musik"

Der aufgeschobene Mord

Mit einem geradezu lächerlichen Etat von 30 000 Mark starteten die ersten „Internationalen Frankfurter Tage für Alte Musik", initiiert vom Leiter der Abteilung Alte Musik an der Musikhochschule, Michael Schneider, und Joachim Martini, dem Leiter der „jungen kantorei". Unterricht, Workshops und Konzerte bietet das einwöchige Programm. Man versucht es also mit dem andernorts bereits bewährten Akademie-Prinzip, das Lernen und Hören verbindet, gewonnene Erfahrung gleich anwenden läßt, auch wenn die Studenten künftig stärker in das Konzertgeschehen eingebunden werden müßten, dabei mehr Improvisation und Spontaneität walten könnten.

Die Liste der Dozenten ist lang und prominent: Michael Schneider, selbst Blockflötist des renommierten Ensembles „Camerata Köln", der Trompeter Friedemann Immer, der Lautenist Konrad Junghänel, die Geigerin Ingrid Seifert (vom „London Baroque"), die Sänger Michael Schopper und Barbara Schlick, um nur einige zu nennen.

Man bot vornehmlich Musik von Bach, sie ist populär und taugt prächtig als Demonstrationsobjekt für die alten Spiel- und Musiziertechniken – vielleicht hätte man sich dennoch besser Unbekannteren zugewandt (warum nicht dem diesjährigen Jubilar Johann Hermann Schein?), damit bewußter und konsequenter Akzente gesetzt, Neues und Interessantes vorgestellt. In dieser Hinsicht ragte einzig das Oratorium „San Giovanni Battista" von Alessandro Stradella aus dem Programm. Dieses Werk entstand 1675 und ist mit der Legende verwoben, gedungene Mörder hätten während der Aufführung dem Komponisten an den Kragen gehen sollen, seien aber, überwältigt von der Schönheit der Musik, davon abgehalten worden (Stradella ist allerdings später dennoch einem Mordanschlag erlegen).

Formal liegt dieser frühen Vertonung des „Salome"-Stoffes bereits das Concerto-grosso-Prinzip zugrunde; man weiß, daß Corelli, der Vollender dieses Stils, zu den Mitwirkenden der ersten Aufführung gehörte. Die Musik ist kleinteilig, sehr pointiert, abwechslungs- und affektreich und erreicht im zweiten Teil opernhafte Dramatik, was in der hervorragenden Aufführung unter Michael Schneiders Leitung opulent zur Entfaltung kam.

„San Giovanni" kann als Prototyp eines Werkes bezeichnet werden, das erst durch Kenntnis und Anwendung der überlieferten Spieltechniken interessant, lebendig und unmittelbar verständlich wird. Über die Problematik „historisch" oder „historisierend", die theoretische Kompetenz der an sich doch „unhistorischen", weil aus dem Zeitzusammenhang gerissenen, Musizierpraxis konnte, wer Interesse hatte, im Vortrag von Wolf Rosenberg oder in mehreren Aufsätzen im Programmbuch ausgiebig reflektieren.

Man darf auf die Fortsetzung und Weiterentwicklung der „Internationalen Tage für Alte Musik" im nächsten Jahr gespannt sein. Tradition diesbezüglich hat Frankfurt bereits, und Michael Schneider besitzt die notwendigen Kenntnisse und Kontakte.

ANDREAS BOMBA

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Merkur"

Wieselworte, politisch

Mit einer Doppelnummer (September/Oktober) meldet sich der „Merkur" (Sonnenstr. 10, 8000 München 2), lange Jahre „die klassische westdeutsche Monatszeitschrift von europäischer Ausstrahlung" (K. H. Bohrer), aus der Sommerpause zurück und schlittert gleich mitten in den anlaufenden Wahlkampf hinein. Von den diesbezüglichen Anstrengungen der Werbeagenturen berichtet M. O. R. Kröher („Frau Saubermann im Winterwahlkampf"), über Politiker als „Staatsschauspieler", denen nur die ungenügende Beherrschung der Schauspielkunst anzukreiden ist, H. J. Ortheil.

Das ganz schwere Geschütz richtet jedoch der Herausgeber K. H. Bohrer höchstpersönlich auf Ziele in Bonn und Umgebung. Er konstatiert „ein ästhetisches Defizit", die „Auflösung der Form", und trauert dem „kühlen Symbolismus der Souveränität" nach. Die Wende meine es nicht gut mit der politischen Kultur. „Die politische Generation der heute Fünfzigjährigen ist die erste, der die verschnulzte Rede vom Menschlichen in der Politik bis zur Unerkennbarkeit des Politischen geriet."

Daß es zuvor anders war, müßte dem Fußballfreund einleuchten, denn „die innovatorische Brillanz der westdeutschen Spieler in Mexiko 1970" hing laut Bohrer mit „einer neuen selbstbewußten Politik zwischen 1969 und 1974" zusammen. Und andersherum: „Die Dumpfheit in Spanien 1982: Das war das Jahr der Wende." Seither stellen wir die „häßlichste, die uninspirierteste, banalste" aller Mannschaften, die allgemein verachtet wird, „weil sie die Schönheit anderer nur zerstören konnte, ohne dies bis heute überhaupt gemerkt zu haben".

Zerstörung kann H. Klotz in der „Architektur als Staatsrepräsentation der Bundesrepublik" wenigstens nicht ausmachen, hingegen „biedere Ausdruckslosigkeit", „Kleinmütigkeit", „Flickschusterei". In Abkehr von der monumentalen Staatsrepräsentation galt der „Wiedergutmachungsmoderne" auch noch der „ärmste Funktionscontainer als demokratisch signifikant". Wer in Bonn nach der Hauptstadt suche, finde ein Eigenheim-Eldorado am Stadtrand, in das „die Botschaften von über einhundertfünfzig Ländern hineingespuckt sind wie das Gekröse des Unverdaulichen". In der Bonner Architektur werde die Unfähigkeit des neuen Staatswesens, seine Wertsetzungen zu veranschaulichen und zu symbolisieren, deutlich. Allein im Olympiazelt in München sei ein architektonisches Symbol „eines neuen, freundlicheren Deutschland" geglückt.

Bohrer will dem von ihm konstatierten ästhetischen Defizit entgegenstellen, daß es in demokratischen Staaten des Westens Stilisierungen gibt, die ästhetisch sind, ohne anrüchig zu sein. Doch die Mitarbeiter spielen nicht mit. In Italien (M. D. Ricci) verlor mit der Republik die Architektur die Funktion, Harmonie und Perfektion zu symbolisieren, in den USA (G. Mattenklott) läuft es auf ein „ästhetisches Lichtspiel" hinaus, das anscheinend nur noch mit Werbesprüchen zu beschreiben ist. Lediglich Ralf Dahrendorf will in England im „Westminster Game" die nicht anrüchige politische Ästhetik gefunden haben. Der „Budget day" mit dem roten Koffer des Schatzkanzlers und die Perücke des Speakers verkörpern für ihn politische Kultur als Dramaturgie und Ästhetik des politischen Spieles.

Bei all dem Herumstochern in der politischen Kultur erinnert sich der Leser an Hayeks „Wieselworte", die, einem anderen Worte vorangestellt, dessen Sinn rauben, so wie das Wiesel ein Ei entleert, scheinbar ohne es zu beschädigen. Der „Merkur" täte vielleicht gut daran, es einmal mit der „Kultur" ohne das Wieselwort „politisch" zu versuchen.

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

Er ist Polens Celan und Ionesco: Tadeusz Rózewicz

Poesie nach Auschwitz

Im Jahre 1947 erschien in Polen ein Gedichtband mit dem Titel „Unruhe", der seinen Autor schlagartig bekannt machte. Es handelte sich um den sechsundzwanzijährigen Tadeusz Rózewicz aus Radomsko, dem bescheinigt wurde, seine Lyrik sei das Ergebnis einer „Poetik der gewürgten Gurgel", er baue Gedichte, „als stelle er Klötze auf: Bilder-Klötze, Sinn-Klötze". All das waren Versuche, einer Lyrik definitorisch beizukommen, die sich der klassischen Metapher verweigerte und den tradierten ästhetischen Programmen nicht mehr traute.

Warum? Weil am Beginn des Schreibens von Tadeusz Rózewicz nichts Geringeres als „das Ende der Welt" stand: der Krieg Deutschlands gegen Polen, die Zeit der Okkupation. In einem poetologischen Essay hat Rózewicz später auf diesen bedrückenden Ursprung seiner Poesie und die Konsequenzen daraus mit Plausibilität hingewiesen: „Grund und Antrieb für meine Dichtung ist auch der Haß gegen die Poesie. Ich rebellierte dagegen, daß sie das ‚Ende der Welt' überlebt hat, als wäre nichts geschehen." Dennoch lief Rózewicz' radikales Gegen-Programm nie auf jenen Planierungs-Vorschlag hinaus, den Adorno machte, als er schrieb, daß nach Auschwitz Gedichte nicht mehr möglich seien.

Es ging Rózewicz vielmehr um eine im Wortsinn *angemessene* Sprache der Poesie, die davon ausgeht, daß grauenhafte Ereignisse stattgefunden haben, die einem die (traditionelle) Sprache verschlagen: „Ich weiß nicht, ob Poesie ohne Metapher möglich ist, und ich bin weit davon entfernt, irgendwem Ansichten dieser Art aufzuzwingen. Doch ich versuche es immer wieder aufs neue und greife das Bild – die Metapher – von allen Seiten an, um sie als überflüssiges Dekor auszumerzen."

Schmucklos und scheinbar gefühlsarm ist deshalb die Sprache von Rózewicz' Gedichten; aber wie eindringlich tatsächlich, wenn es um die reale Gefühlslage des Menschen *nach* der Katastrophe geht, belegt zum Beispiel das Gedicht *„Wie gut // Wie gut Ich kann / Beeren pflücken im Wald / ich dachte / im Wald gibt es keinen und keine Beeren. // Wie gut Ich kann ausruhen / im Schatten des Baumes / ich dachte Bäume / geben nie wieder Schatten. // Wie gut Ich bin bei dir / da schlägt mein Herz / und ich dachte der Mensch / hat kein Herz mehr."*

Tadeusz Rózewicz, der heute 65 Jahre alt wird, hat nach jenem ersten Gedichtband eine Fülle von weiteren Lyrikbänden vorgelegt. Prosa und Essays folgten, aber vor allem Theaterstücke. Gilt er dem Literaten und Kritiker Nowakowski wegen seiner Poesie als „Celan Polens", so kann er, wenn es um seine absurden Theaterstücke (u. a. „Die Kartothek", „Die Laokoongruppe", „Der unterbrochene Akt") geht, getrost der „Ionesco Polens" genannt werden. Zählt man seine Essays hinzu, steht fest, daß Rózewicz nicht nur einer der bedeutendsten Dichter Polens ist, sondern ein Literat von Weltrang.

Obwohl es eine Reihe von Büchern gibt, darunter Sammlungen mit Lesebuchcharakter, ist das Werk dieses Autors in Deutschland immer noch nur als Fragment bekannt. Aber das, was wir von ihm kennen, ist tatsächlich zu wichtig, als daß wir uns damit bescheiden sollten.

ULRICH SCHACHT



Dichter der Unruhe: Tadeusz Rózewicz, der heute 65 Jahre alt wird
FOTO: FRIEDRICH

Karlsruhe: „Komarek" von Horst Wolf Müller

Des Familienvaters Ende

Der Mann heißt Komarek, hat im Ersten Weltkrieg den linken Arm veloren und ist nun, 1932, auch noch arbeitslos geworden. Diese Grundsituation in Horst Wolf Müllers zweitem Theaterstück (nach „Und wie die Welt so weit", Konstanz 1985) hat etwas Synthetisches an sich. Sie summiert sich aus wahrscheinlichen deutschen Schicksalstatsachen. Sie ist auch literarisch nicht unbedingt neu. Und auch das Auftreten faschistischer Schlägertrupps neben kommunistischen Erbarmungslosigkeits-Ideologen verweist auf eine Arbeit aus dem dramatischen Labor.

Der Autor, 1935 in Schlesien geboren und seit Jahrzehnten in Bonn ansässig, gehört zu der Generation, die das Deutschland vor dem Zweiten Weltkrieg kaum aus bewußter eigener Anschauung kennt. Deswegen haben seine Stücke – „Komarek" gehört zu einer Tetralogie, die ein deutsches Familienalbum um den Zweiten Weltkrieg herum bildet – eine ganze andere Temperatur als etwa Vergleichbares von Tankred Dorst oder von Walter Kempowski. Mit „Komarek" fragt sich offenbar einer: Sind bestimmte Charaktere, die ich aus eigener aktueller Anschauung kenne, unter bestimmten politischen und sozialen Konstellationen zu zwangsläufigen Handlungen und Reaktionen determiniert?

Die Generation, der Müller angehört, war den beschriebenen Ereignissen einerseits nah, jedoch, andererseits, nicht handelnd zu ihnen in ein aktives, bewußt gestaltendes Verhältnis getreten. Diese „Halbtotale" bestimmt denn auch Stärken und Schwächen des Müllerschen Familienalbums, zumindest was die Konstanzer Uraufführung des Vorjahrs und jetzt die Karlsruher Uraufführung von „Komarek" betrifft.

Daß Müller die Charaktere kennt, merkt man sofort. Der Arbeiter Komarek, der plötzlich seine vierköpfige Familie nicht mehr ausreichend versorgen kann, ist eine vertraute Figur. Er geht davon aus, daß ein Mann ein Mann zu sein hat, daß dieser Selbstwert in körperlicher Leistungsfähigkeit und sozialer Ernährerrolle besteht. Statt nun, da ein Arm fehlt und die Arbeit obendrein, sich einzugestehen, daß der Selbstwert möglicherweise falsch begründet war, versucht er bis zur Gewalttätigkeit, an der falschen Identität festzuhalten.

Das Ergebnis: Der gütige Familienvater zerstört gewalttätig die Familie, kommt fast in die Nähe der Nazis, klammert sich verkniffen an die trügerische Wärme der kommunistischen Aktionsgruppe (die ihn ausstößt) und endet als privater Anarchist und Brandstifter. In Karlsruhe spielt Bernd Stief diese Eskalation einer Selbstzerstörung aus Selbstbehauptung mit großer Einfühlung und Eindringlichkeit.

Auch die beiden anderen großen Charaktere des Stückes, die Mutter Karline (Anke Zillich) und die Tochter Sibille (ein Riesentalent: Florence Tribon) haben eine solche innere Stringenz im Widersprüchlichen. Die Frau liebt eben auch die Werte, die ihr Mann aufrechtzuerhalten sucht, und träumt andererseits von einer glorioseren Scheinwelt. Die Tochter liebt den Vater, sehnt sich nach dessen Zuneigung, aber sie beharrt jugendlich gnadenlos auf einer uneinlösbaren Wahrhaftigkeit. Darin, im Beharren auf der eigenen Rechtsposition, ist sie dem Vater unendlich ähnlich.

So weit ist Müllers Stück mehr als nur akzeptabel. Solche Charaktere, die nicht intellektuell überhöht und nicht in sich erklärend zusammengebunden sind, sieht man in Deutschland selten. Müllers kurze, präzise Schlaglicht-Szenen erhellen, ohne zu kommentieren. Aber diese Charaktere hängen eben auch in der Luft, sind bestenfalls provisorisch mit Heftzwecken am Theaterprospekt befestigt. Das soziale, geistige Milieu bleibt eine Regieanweisung.

In Karlsruhe verstärkte das aufgerissene, mit Andeutungen arbeitende Bühnenbild von Klaus Weiffenbach/ Pedro Rubio noch diese Ortlosigkeit, die auch die historisch-politischen Aspekte betraf. Der NS-Terror kam wie ein Deus ex machina, war in der Figur des Familienfreundes Hermann (Detlef Lutz) eher grob klischeehaft vorbereitet.

Immerhin, die handwerklich saubere, psychologisch erfahrene Regie von Hagen Mueller-Stahl machte aus „Komarek" einen herzlich applaudierten Theaterabend.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

JOURNAL

Bauarbeiten für „Venezia Nuova" begannen

SAD. **Venedig**

In Venedig haben jetzt die Bauarbeiten für das Projekt „Venezia Nuova" (Das neue Venedig) begonnen, das die Stadt künftig vor der ständigen Hochwasser-Gefahr schützen soll. Bewilligt wurde dafür bisher knapp eine Milliarde Mark, vermutlich wird Venedigs Rettung allerdings drei- bis viermal soviel kosten. Möglich wurde dieses Unternehmen durch ein Sondergesetz des italienischen Parlaments. Finanziert wird es von 27 privaten und staatlichen Unternehmen, darunter auch Agnellis Fiat. In der ersten Phase geht es darum, die im Kanalgrund teilweise durch Alkalien und andere im Lagunenwasser enthaltene chemische Stoffe entstandenen Risse zuzustopfen. Dann folgt die Befestigung der Brüstung an den Kanalwänden sowie das Zuschütten von zahlreichen unterirdischen Bassins, die im Laufe der Jahre entstanden sind.

„DDR"-Nationalpreis für Heiner Müller

dpa. **Berlin**

Der Ostberliner Dramatiker Heiner Müller erhielt den Nationalpreis I. Klasse, eine der höchsten Ehrungen in der „DDR". In der Begründung heißt es über den 57jährigen Autor, ihm sei der Nationalpreis zuerkannt worden „für sein schriftstellerisches Gesamtwerk, insbesondere für seinen Beitrag zur Entwicklung der DDR-Dramatik". Müllers Stücke wurden häufig zuerst außerhalb der „DDR", vor allem in der Bundesrepublik, aufgeführt.

Graphische Arbeiten aus der Goethezeit

DW. **Braunschweig**

„Die Kunst der Goethezeit" stellt eine Ausstellung im Herzog Anton Ulrich-Museum in Braunschweig vor. Neben den berühmten Porträtstichen und Illustrationen zu den Werken der Klassiker von Daniel Chodowiecki, graphischen Blättern von Caspar David Friedrich oder den Nazarenern werden auch eine Reihe von Kleinmeistern vorgestellt, die allenfalls den Bibliophilen vertraut sind. Der reizvolle Überblick mit klassischen und romantischen Zeichnungen und Graphiken ist noch bis 26. Oktober zu sehen. Der Katalog kostet 19,50 Mark.

Workshop Chinesische Gegenwartsliteratur

DW. **Köln/Bochum**

1984 veranstalteten die Deutsche Welle und die Sektion für Sprache und Literatur Chinas an der Ruhr-Universität Bochum gemeinsam einen Workshop über „Chinesische Gegenwartsliteratur". In 26 Vorträgen wurden von westlichen und chinesischen Wissenschaftlern Aspekte wie die Entwicklung der modernen Kurzgeschichte, die Rolle der Autoren als Sprecher der Gesellschaft, die Spiegelung von Politik und Wirtschaft oder die Bedeutung einzelner Werke analysiert. Da die Niederschrift erhebliche Probleme aufwarf, konnte erst jetzt der englisch-deutsche Sammelband vorgelegt werden, der sich als eine beachtliche Einführung in die Literatur der Volksrepublik China erweist. Er steht in beschränkter Zahl Wissenschaftlern zur Verfügung (Deutsche Welle, HA Öffentlichkeitsarbeit, Postfach 10 04 44, 5 Köln 1)

„Bateria" zum Thema „Portraits"

DW. **Fürth**

Portraits sind das Generalthema der neuesten Ausgabe von „Bateria", der „Zeitschrift für künstlerischen Ausdruck", die von Manfred Rothenberger in Fürth (Siemensstr. 35) herausgegeben wird. Vorgestellt werden in dem großformatigen, gut gedruckten Heft (114 S.) neben „klassischen" Autoren wie e. e. cummings, Aleksande Blok oder William Carlos Williams vor allem Arbeiten zeitgenössischer Künstler, z. B. Schang Hutter, Werner Knaupp oder Studenten der HdK Berlin sowie Gedichte und Prosa von jungen Schriftstellern. „Bateria" kostet 10 Mark, im Abonnement (incl. Versand) 9 Mark.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Zuerst stutzt man. Denn H. C. Artmann scheint sich, entgegen seinem sonstigen Dichternaturell, plötzlich zum Barden gewandelt zu haben, der uns mit sonorem Pathos bislang unbekannte Mythen „Von der Erschaffung der Welt und ihren Dingen" vorträgt. Aber bald stolpert man über Wörter, Sätze, Gedankenketten, die nicht recht in den Mund eines Indianer- oder Eskimo-Schamanen passen. Artmann bleibt sich eben doch treu. Er persifliert die neue Naivität, die das Heil in Iglu und Wigwam zu finden glaubt, indem er das Strickmuster „Mythos" mit dem Nadelpaar „Groteske" und „Nonsens" verdichtet.

mar

H. C. Artmann: „Die Sonne war ein grünes Ei", Ullstein, 98 S., 6,80 Mark.

Ein blutiges Signal der Mafia?

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

In Palermo ist ein elfjähriger Junge erschossen worden. Laut Polizeibericht wurde Claudio Domino am Montag abend, als er mit einigen gleichaltrigen Freunden zum Laden seiner Mutter unterwegs war, von einem Motorradfahrer angesprochen. „Komm her!" habe dieser ihm zugerufen und dann, als Claudio dieser Aufforderung nachgekommen sei, eine Pistole gezogen, sie dem Jungen zwischen die Augen gehalten und abgedrückt. Danach sei der Killer mit Vollgas davongefahren.

Seine Freunde waren vor Entsetzen wie versteinert. Sie riefen nicht einmal um Hilfe. Die Polizei wurde schließlich von einem anonymen Passanten alarmiert. Er nannte seinen Namen nicht und sagte lediglich: „Hier hat es einen Mord gegeben. In der Via Giovanni Fattori haben sie ein Kind umgebracht." Der gesamte Stadtteil, in dem der Mord verübt worden ist, wurde von Polizisten abgeriegelt und durchkämmt. Die Aktion blieb erfolglos.

Die kaltblütige Art, mit der das Verbrechen begangen wurde, weckte sofort den Verdacht, daß hier die Mafia im Spiele sei. Längst sind die Zeiten vorbei, in denen die alte „ehrenwerte Gesellschaft" bei ihren „Abrechnungen" Frauen und Kinder verschonte. Die zur modernen Verbrecherorganisation degenerierte, den



Ermordet: Claudio Domino
FOTO: DPA

schwarzen Drogen- und Baumarkt beherrschende „Neue Mafia" kennt solche „Ritterlichkeit" nicht mehr. Sie schreckt nicht davor zurück, ganze feindliche Familien auszurotten.

Mit welcher Hemmungslosigkeit sie jetzt mordet, wurde spätestens vor vier Jahren aller Welt deutlich, als zusammen mit dem damaligen Präfekten von Palermo, dem Carabinieri-General Dalla Chiesa, auch dessen junge Frau von den Killern niedergestreckt wurde.

Bisher gibt es freilich noch keinerlei konkrete Hinweise dafür, daß der Mord an dem Jungen im Zuge einer „Kontenregulierung" zwischen zwei rivalisierenden Mafia-Gangs verübt wurde. Claudios 36jähriger Vater Antonio ist ein Angestellter der staatlichen Telefongesellschaft SIP. Er ist nicht vorbestraft und war zu keiner Zeit in eine polizeiliche Ermittlung gegen die sizilianische Unterwelt verwickelt. Die Mutter betreibt ein Geschäft mit sanitären Artikeln.

Die einzige Spur, die auf die Mafia hindeuten könnte, führt über Claudios Großmutter. Sie ist Inhaberin eines Unternehmens, das die tägliche Säuberung des Gerichtsbunkers vornimmt, in dem der Mammutprozeß gegen die Mafia stattfindet. Aber beabsichtigte die Mafia wirklich, mit diesem grausamen Mord eine völlig belanglose Form der Zusammenarbeit eines Unternehmens mit der Anti-Mafia-Justiz zu „bestrafen"?

Die Theaterdynastie der Millowitschs ist schon in der sechsten Generation eine Institution in Köln



Mit der „Prinzessin am Nil" (rechts) feiert das volkstümliche Theater an der Aachener Straße in Köln heute sein 50jähriges Bühnenjubiläum. Von hier aus wurde 1953 die erste deutsche Live-Übertragung gesendet. 1945 legte Willy Millowitsch (links mit Schwester Lucie) mit Hand an, um sein Theater aus den Trümmern wiedererstehen zu lassen.
FOTOS: FISCHER/BOCKEMÜHL

Adenauer machte dem kölschen Willy Mut

INGEBORG PRIOR, **Köln**

Eigentlich passen ihm diese ganzen Jubiläumsfeiern nicht. „Sie kosten doch nur Geld", brummt Willy Millowitsch (77), „das ich dringend für mein Theater brauche." Sein Theater ist eine der beliebtesten und ältesten privaten Volksbühnen der Bundesrepublik. Ihm gilt das nächste Jubiläum. Heute ist Premiere im „Millowitsch-Theater" in der Aachener Straße in Köln mit dem Lustspiel „Die Prinzessin vom Nil" und zugleich große Feier seines 50jährigen Bestehens.

Im Oktober 1936 hatte Willys Vater Peter Millowitsch den ehemaligen Colonia-Festsaal von der Brauerei Sünner gemietet und umgestaltet. „Leider hatte Vater damals nicht genug Geld, um das Haus zu kaufen", bedauert Willy Millowitsch im Gespräch mit der WELT. Später kaufte es die Freie Volksbühne. Millowitschs blieben und bleiben Mieter. In den Monaten, in denen Prinzipal Willy, unterstützt von Sohn Peter, Tochter Mariele, Schwiegertochter Barbie und dem Ensemble, nicht auf der Bühne steht – gewöhnlich ab Aschermittwoch bis in den Herbst –, stellt er sein Theater anderen Künstlern zur Verfügung. Tilla Durieux war schon hier, Curd Jürgens, O. W. Fischer, Georg Thomalla – und zur alljährlichen Karnevalstradition gehört ein zweiwöchiges Gastspiel der Bläck Fööss.

Die Millowitschs, Theaterdynastie in der sechsten Generation, waren ursprünglich Puppenspieler. Doch Willys Großvater Wilhelm verbannte die schweren und unhandlichen Stockpuppen Tünnes und Schäl, Hänneschen und Bärbelchen von der Bühne. Am 1. Mai 1895 traten erstmals die Originale aus Fleisch und Blut auf. Dann erweiterte Wilhelm Millowitsch das Repertoire, schrieb oder bearbeitete im Laufe der Zeit über 30 Theaterstücke, Possen, Schwänke, Operetten. So auch das Lustspiel „Mädchen für alles", das erste Premierenstück im Theater an der Aachener Straße. Sein Titel ist so eine Art Lebensmotto für Willy Millowitsch geworden. Noch heute kümmert er sich um alles, und es vergeht kaum ein Tag, an dem er nicht vormittags am überdimensionalen, hoffnungslos überladenen Schreibtisch seines Großvaters im Hinterzimmer seines Theaters sitzt.

Den aufkeimenden Nationalsozialismus spürten die Millowitschs zunächst positiv. Plötzlich war ihr Haus, das zuvor brotlose Zeiten erlebt hatte, wieder voll. Doch Versuche der Nationalsozialisten, die Millowitsch-Bühne und den kölschen Humor vor ihren Karren zu spannen, schlugen fehl. Nach Kriegsausbruch war Fronttheater angesagt.

Dann das Ende des Kriegs. Köln – ein Trümmerhaufen. Eine Luftmine, die das alte Opernhaus am Rudolfplatz in Schutt und Asche gelegt hatte, zerstörte auch den Dachstuhl des Millowitsch-Theaters. Doch immerhin, die Bühne stand noch. Lucie Millowitsch, Willys Schwester, behielt ihren Humor: „Wir wollten doch ohnehin renovieren", sagte sie und fing an, den Schutt wegzuräumen.

Stichwort für einen neuen Anfang, an dem Kölns Oberbürgermeister Konrad Adenauer nicht unwesentlich beteiligt war. Eine seiner ersten Amtshandlungen war eine Aufforderung an den jungen Theaterchef: „Jehn Se auf die Ämter, Se kriejen alles, was Se brauchen, ich habe Avis jejeben. Und fangen Se schnell an, die Kölner müssen wieder wat zu lachen haben. Und denken Se an meine Freikarten." Im Oktober 1945 hob sich der Vorhang, die Kölner konnten wieder „nohm Millowitsch jon". „Glücksmädel" hieß das Stück, und Lucie Millowitsch hatte extra für den Ehrengast Adenauer ein Lied geschrieben, das sie vor Beginn der Vorstellung für ihn sang: „Am Adenauer-Hügel steht en kleine Bank, darop han mir zwei off jesesse ..."

Der erste Nachkriegswinter war lausig kalt, die Kölner hatten nichts zum Heizen. Und Millowitsch forderte sein Publikum auf: „Klatschen Se nicht, trampeln Se lieber tüchtig mit den Füßen. Dat wärmt ..."

Die Währungsreform 1948 ging zunächst spurlos am Theater vorbei. Doch Aschermittwoch 1949 war Schluß – kein Publikum mehr. Drei magere Jahre folgten – und dann meldete sich das Fernsehen als Überlebensretter. Das Fernsehen als neueste Errungenschaft im Wirtschaftswunderland, Drei-Stunden-Programm täglich. Und weil sie gar nicht so leicht zu füllen waren, griff der NWDR schließlich den zunächst belächelten Vorschlag von Millowitsch auf, Theater ins Fernsehen zu holen. Am 27. Oktober 1953 flimmerte die erste Live-Übertragung des Deutschen Fernsehens über die Bildschirme der rund 4600 angemeldeten Geräte. Die Schwänke aus dem Millowitsch-Theater wurden die ersten Straßenfeger des Deutschen Fernsehens.

Doch Anfang der 70er Jahre wurde Kritik am „kölschen Klamauk" laut. Der WDR schaltete um, holte Millowitsch ins Studio, umgab ihn mit Fernsehschauspielern, ließ ihn gepflegtes Hochdeutsch mit rheinischem Tonfall sprechen. Eine Episode, die nicht lange dauerte. Die Übertragungswagen parken wieder an der Aachener Straße. Und Millowitsch kann ohne Subventionen weitermachen – wie seit 50 Jahren.

Mord an Millionär in Wien aufgeklärt

KURT POLLAK, **Wien**

Der Mord an einem amerikanischen Millionär wurde gestern in Wien aufgeklärt. Die 36jährige Eva Holemar meldete sich im Sicherheitsbüro und behauptete, daß ihr 72jähriger Vater, der millionenschwere Bauunternehmer und Makler Ladislav Holemar, von einem aus seiner tschechischen Heimat stammenden Freund ermordet und beraubt worden sei.

Der 57jährige Vlastimil Macek sei Gast ihres Vaters auf dessen Besitz in der Stadt Eugene in Oregon gewesen und soll nach dem Verbrechen wieder nach Wien zurückgekehrt sein. Die Wiener Kriminalpolizei spürte den Mann auf und entdeckte in dessen Wohnung persönliche Gegenstände und Schmuck aus dem Besitz des Millionärs.

Macek gestand, daß er am 3. Juli dieses Jahres seinen Gastgeber während eines Streites getötet habe. Die Leiche will er im Cadillac seines Opfers in ein weit entfernt gelegenes Waldstück transportiert und vergraben haben. Die inzwischen informierten US-Behörden haben eine Suchaktion nach dem Mordopfer eingeleitet.

LEUTE HEUTE

Kleiner Fehltritt

Einen kleinen Fehltritt tat die britische Premierministerin **Margaret Thatcher** auf dem Parteitag der Konservativen im südenglischen Bournemouth. Just als Fotografen sie ablichten wollten, blieb sie an einem Kanaldeckel hängen und verstauchte sich den Knöchel. Die Verletzung hielt die „Eiserne Lady" jedoch nicht von der weiteren Teilnahme an den Parteitagsarbeiten ab. Allerdings wird sie beim Abschlußball nicht das Tanzbein schwingen können.

Süßer Sieg

Zwölf Stunden lang hatten die Konkurrenten im Schweiße ihres Angesichts und unter den kritischen Augen der Jury in der Backstube gearbeitet, um sechs Süßspeisen – von der mehrstöckigen Festtagstorte bis zum Speiseeis – herzustellen. Dann war der süße Wettbewerb in Iserlohn entschieden: Mit Sachertorte und Wiener Apfelstrudel hatte der Österreicher **Norbert Moshammer** die „Weltmeisterschaft der Zuckerbäcker" gewonnen. Mit **Hannes Schwarzlmüller** ging auch der zweite Platz an einen Österreicher.

Freies Logis für pfiffigen Kapuziner

JAN EBLE, **Freudenstadt**

Freudenstadt hat einen ungewöhnlichen Test seiner Verläßlichkeit bestanden. Die seit der Zuwanderung von Protestanten aus der Steiermark und aus Kärnten um 1600 betont evangelische Stadt im Nordschwarzwald löste ein im Dreißigjährigen Krieg gemachtes Versprechen ein.

Da kam unlängst ein junger Mann in Jeans und weißem Hemd herein, stellte sich im Rathaus als Pater Prudente Nery aus Brasilien vor und wollte „Kost und Wohnung frei". Die Stadtverwaltung war zunächst verblüfft ob solcher Unverfrorenheit. Doch der Mann konnte sein Begehren wohl begründen. Er kannte einen Teil der Geschichte der 1599 gegründeten Stadt besser als die Freudenstädter selber. Im Dreißigjährigen Krieg, genau 1639, plünderten weimarische und französische Söldner Freudenstadt. In der Kirche stießen sie auf Pfarrer Georg Stöffler. Von ihm wollten sie erfahren, wo er „das Behältnis, worin die Kirchengefäße aufbewahrt werden", versteckt habe.

Der Pfarrer verriet nichts, die Soldaten quälten ihn und wollten ihn hängen. Da erschien ein Kapuzinermönch. Ihm gelang es, die Söldner von ihrem Vorhaben abzubringen. Deshalb, so berichtet die Chronik, sollte in Freudenstadt jeder durchreisende Kapuziner „in Kost und Wohnung freigehalten werden". Gebrauch gemacht von diesem Recht hat jedoch seit mindestens 200 Jahren niemand. Bis der Brasilianer kam. Der 34jährige studiert seit einigen Jahren in Tübingen Theologie. Von dort besucht er regelmäßig das St.-Elisabeth-Kurhaus in Freudenstadt, um mit den Schwestern das Franziskusfest zu feiern. Als ihm eines Tages auffiel, daß es in der Stadt eine Kapuzinerstraße gibt, erzählten ihm die Schwestern die Geschichte.

Im Rathaus wußte zunächst niemand von dem Gelübde. Man bat um Geduld, bemühte Chroniken und Nachschlagewerke. Schließlich entschied der Bürgermeister: „Der Gast bekommt zwei Übernachtungen mit Frühstück in einem Freudenstädter Hotel." Da mußte nun der pfiffige Kapuziner zugeben, daß er die Freundlichkeit der Stadt eigentlich gar nicht mehr brauchte. Bei den Schwestern in St. Elisabeth sei er bereits bestens untergebracht. Er habe halt nur einmal prüfen wollen, wie es Freudenstadt mit dem Versprechen der Vorväter halte.

Schließlich kam ein guter Kompromiß heraus: Das Rathaus bestand darauf, dem Kapuziner Kost und Wohnung bei den Schwestern freizuhalten. Wenn diese die Überweisung entsprechend den Übernachtungssätzen des Kurhauses aber nicht für sich behalten wollten, wüßten sie sicher einen anderen guten Zweck. (KNA)

Wenn einer auszieht, ein Glas Milch zu trinken

S. HAMMELRATH, **Bonn**

Fast jede zweite Gaststätte in der Bundesrepublik Deutschland schenkt nach einer Untersuchung der Centralen Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) Milch aus. Diese Meldung stieß in der Redaktion der WELT auf erhebliche Skepsis. Darum bin ich einen Tag lang durch Bonner Kneipen und Restaurants gezogen, um diese Nachricht nachzuprüfen.

„Was? Wir sind doch keine Milchbar", meinte der Wirt der „Kutscherstuben". Seit 14 Jahren ist ihm dies das erste Mal passiert. Meine Bestellung bietet zwar den Debattierklubs am Tresen Diskussionsstoff, bei den Kneipiers erregt sie höchstens Heiterkeit, Überraschung oder Befremden. Milch gibt es nicht, weil, so die allgemeine Begründung, keiner sie verlangt. Und wer doch den Mut hat, Milch zu ordern, wird argwöhnisch betrachtet. Ein Gast im „Gequetschten" auf die Frage, wie er einen (männlichen) Kneipengast mit Milchdurst beurteilen würde: „Der wäre wohl ein bißchen lala."

Auch auf den Getränkekarten der gutbürgerlichen Gaststätten ist keine Milch zu finden, doch mit etwas Glück und Hartnäckigkeit kann man durchaus zu einem Glas kommen. Die fehlende Milchpreisangabe auf der Karte führte allerdings mehrmals zu längeren Telefonaten zwischen Küche und Ausschank. Ohne Probleme bekam ich meine Milch (zum Teil auf Kosten des Hauses!) in gehobenen Restaurants sowie im italienischen beziehungsweise portugiesischen Lokal.

Auf der Getränkekarte entdeckte ich das schlichte Molkereiprodukt zum ersten Mal – in der schicken „American Cocktail Bar". „Kalt oder heiß?" so die keineswegs verwunderte Nachfrage auf meine Bestellung. Auch in anderen Bars, Bistros und Neonkneipen für Leute, die noch oder schon „in" sind oder es sein wollen, gibt es Milch. Der Durst auf Milch ist zwar auch in dieser Szene eher ungewöhnlich und auffallend – aber das dient hier der persönlichen Profilierung. Fazit der Lokaltermine: In 16 von 32 besuchten Gaststätten gab es Milch – wenn man sich durchsetzte.

Superlativ vor Deutscher Bank

Eine der größten Steinskulpturen der Welt, die aus einem Stück entstanden sind, ziert nun den Platz vor der Zentrale der Deutschen Bank in Frankfurt. Die 55 Tonnen schwere und fast fünf Meter hohe Plastik des Schweizer Bildhauers Professor Max Bill (78), die den Namen „Kontinuität" trägt, stellt ein steinernes Band dar, das zu einer überdimensionalen Schleife gebunden ist.

Die Skulptur, die aus einem rund 200 Tonnen schweren Granitblock aus Sardinien gestaltet wurde, ist, wie Max Bill jetzt bei der Enthüllung des Werkes berichtete, ein „fast vierzigjähriges Erfolgsstück" des Künstlers. 1945 hatte er „Kontinuität" als kleine Messingplastik geschaffen, 1948 war eine drei Meter hohe Fassung aus Gips in Zürich zerstört worden. Erst mit dem Auftrag der Deutschen Bank für ihren Neubau in Frankfurt konnte das Großformat mit einem Kostenaufwand von rund drei Millionen Mark innerhalb fünf Jahren verwirklicht werden.

Zunächst mußte ein Steinbruch mit geeignetem Granit gefunden werden, der so nahe am Meer lag, daß der Monolith, ohne über Brücken transportiert werden zu müssen, in das italienische Steinmetzzentrum Carrara gebracht werden konnte. Für den Weitertransport nach Rotterdam war ein Spezialschiff nötig. (DW.)

WETTER: Sonnig und warm

Lage: Ein umfangreiches Hoch über Mitteleuropa bestimmt das Wetter der nächsten Tage in Deutschland.

Vorhersage für Donnerstag: Im gesamten Bundesgebiet in den Morgenstunden vor allem in den Niederungen verbreitet Nebel. Nach Nebelauflösung heiter und niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen 16 bis 20 Grad. Tiefstwerte in der Nacht 8 bis 4 Grad. Allgemein schwacher Wind aus unterschiedlichen Richtungen.

Weitere Aussichten: Am Freitag weiterhin ruhiges und überwiegend freundliches Herbstwetter.

Sonnenaufgang am Freitag: 6.36 Uhr*, Untergang: 17.41 Uhr; **Mondaufgang:** 15.09 Uhr, Untergang: 12.02 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 9. Okt., 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig

985 995 1005 1015 975 Reykjavik Haparanda Stockholm 1005 1015 1025 Hamburg Berlin London Paris Frankfurt München Wien Dubrovnik Nizza Rom Madrid Lissabon Malaga Palma Tunis

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	14	bw
Bielefeld	14	bd
Braunlage	11	bw
Bremen	13	bw
Dortmund	15	bw
Dresden	12	bw
Düsseldorf	17	he
Erfurt	13	bw
Essen	16	bw
Feldberg/S.	7	Ne
Flensburg	12	bd
Frankfurt/M.	18	bw
Freiburg	11	bw
Garmisch	12	R
Greifswald	14	bw
Hamburg	13	bw
Hannover	13	Sp
Kahler Asten	9	bw
Kassel	14	bw
Kempten	10	R
Kiel	13	bd
Koblenz	17	bw
Köln-Bonn	17	bw
Konstanz	15	bw
Leipzig	14	bw
List/Sylt	13	bd
Lübeck	13	bd
Mannheim	17	bw
München	11	Sp
Münster	14	bd
Norderney	13	bd
Nürnberg	15	bw
Oberstdorf	13	R
Passau	12	bd
Saarbrücken	16	bw
Stuttgart	13	bw
Trier	17	bw
Zugspitze	-1	Sr

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	23	he
Amsterdam	16	bw
Athen	22	be
Barcelona	24	wl
Belgrad	21	he
Bordeaux	20	bw
Bozen	21	he
Brüssel	18	be
Budapest	16	bw
Bukarest	21	he
Casablanca	24	he
Dublin	16	bw
Dubrovnik	22	he
Edinburgh	15	bw
Faro	24	he
Florenz	23	bw
Genf	19	he
Helsinki	7	he
Hongkong	27	be
Innsbruck	16	Rs
Istanbul	19	he
Kairo	29	he
Klagenfurt	17	he
Konstanza	19	be
Kopenhagen	14	be
Korfu	25	be
Las Palmas	24	be
Leningrad	7	R
Lissabon	21	he
Locarno	20	he
London	20	he
Los Angeles	30	he
Luxemburg	15	bw
Madrid	21	be
Mailand	23	wl
Malaga	26	he
Mallorca	26	he
Moskau	4	bw
Neapel	25	he
New York	13	wl
Nizza	23	be
Oslo	9	he
Ostende	16	he
Palermo	25	he
Paris	20	be
Peking	20	be
Prag	13	bw
Rhodos	23	he
Rom	24	be
Salzburg	12	R
Singapur	27	bw
Split	23	he
Stockholm	7	he
Straßburg	14	bw
Tel Aviv	27	he
Tokio	20	Rs
Tunis	28	he
Valencia	23	he
Varna	21	be
Venedig	18	bd
Warschau	13	bw
Wien	14	bw
Zürich	19	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall; Sch = Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Krankenstand in „DDR" höher als im Westen

AP, **Berlin**

Der Vorsitzende des „DDR"-Gewerkschaftsbundes FDGB, Harry Tisch, hat zum „Kampf um die Senkung des Krankenstandes" aufgerufen. Nach einer Mitteilung des Informationsbüros West liegt der Anteil der Krankmeldungen in „DDR"-Betrieben bei über sechs Prozent (Bundesrepublik: unter fünf Prozent). Tisch forderte die Gewerkschaftsfunktionäre auf, künftig stärker zu kontrollieren, ob die staatlichen Betriebsleiter ihre Verpflichtungen für den Gesundheits- und Arbeitsschutz erfüllen. Dies sei nicht selten mit der Einstellung zur Arbeit, Ordnung und Disziplin verbunden.

Elternmord aus Scham

dpa, **Monza**

Weil er seinen Eltern keinen Kummer bereiten wollte, hat ein 31jähriger Italiener seine Eltern ermordet. Der aus Monza stammende Mann wollte verhindern, daß seine Eltern erfahren, daß er entgegen seinen eigenen Angaben kein Arzt war.

Soldat erschoß Ehepaar

dpa, **Troisdorf**

Ein 47jähriger Bundeswehrsoldat hat am Dienstag abend in Troisdorf bei Bonn den 42jährigen SPD-Stadtverordneten Werner Dreesbach und dessen gleichaltrige Frau Marlene erschossen und sich dann mit der Waffe selbst gerichtet. Der Täter soll vor einiger Zeit ein Verhältnis mit der getöteten Ehefrau gehabt haben.

Grausige Entdeckung

SAD, **Hongkong**

Die Polizei der portugiesischen Kolonie Macao hat einen 50jährigen Chinesen unter dem dringenden Verdacht verhaftet, zehn Menschen ermordet zu haben. Dies berichtete gestern die Zeitung „Daily Mail". Bei den Opfern handelt es sich um die Großfamilie eines Restaurantbesitzers, der wegen hoher Spielschulden von dem Chinesen bedrängt wurde. Dieser soll nach dem Mord die Leichen in der Küche zerlegt und Touristen in kleinen Portionen als Nudelgericht serviert haben.

30 Jahre Lottostiftung

dl. **Hannover**

Die Lotto-Toto-Altenheimstiftung des niedersächsischen Fußballtotos und Zahlenlottos hat in den 30 Jahren ihres Bestehens 69 Millionen Mark für den Bau und die Erweiterung von Altenheimen und Pflegestationen im Land Niedersachsen bereitgestellt. Ihre Mittel erhält die Stiftung zum großen Teil aus dem „Spiel 77".

Kronzucker: Berufung

dpa, **Florenz**

In Florenz hat das Berufungsverfahren gegen die mutmaßlichen Entführer der beiden Töchter und des Neffen des Fernsehjournalisten Dieter Kronzucker begonnen. Diese Entführung, die 1980 nach mehr als zwei Monaten und Zahlung eines Lösegeldes in Höhe von 4 Millionen Mark unblutig endete, blieb in erster Instanz weitgehend unaufgeklärt.

Hubschrauberpilot starb

dpa, **Hameln**

Beim Absturz eines britischen Hubschraubers bei Hameln ist der Pilot der Maschine ums Leben gekommen. Der mitfliegende Beobachter konnte schwer verletzt aus der völlig zertrümmerten Maschine vom Typ Gazelle geborgen werden.

Bemannte Marslandung

dpa, **Wien**

Der US-Astronaut Russell Schweickart hält eine bemannte Landung auf dem Mars für durchführbar und erfolgversprechend. Das größte Problem dabei sei die zweijährige Reise durch den Weltraum, meinte er auf dem 37. Kongreß der Internationalen Astronauten-Föderation in Innsbruck. Der sowjetische Kosmonaut Viktor Rjumin sagte, die UdSSR wolle den ununterbrochenen Aufenthalt von Menschen im Weltraum von bisher acht auf zehn Monate ausdehnen.

Hollywood-Produzent tot

rtr, **Los Angeles**

Der Hollywood-Produzent Hal Wallis ist am Sonntag im Alter von 88 Jahren im kalifornischen Palm Springs gestorben. Wallis hatte vor allem als Produzent von „Casablanca" mit Humphrey Bogart und Ingrid Bergman Weltruhm erlangt.

Denkmalschutzwettbewerb

DW. **Bonn**

Unter dem Stichwort „Jugend hilft Bewahren" hat die Deutsche Stiftung Denkmalschutz (Lindenallee 15, 5300 Bonn 2) einen Wettbewerb ausgeschrieben. Jugendliche können sich mit Geschichten um alte Bauwerke daran beteiligen.

ZU GUTER LETZT

„Die Courtains wohnen nur 100 Meter vom Palast weg und haben auch zum Himmel gute Beziehungen. Bennis Onkel wird demnächst selig gesprochen." (Die „Bild"-Zeitung in einer Geschichte über Benedictine („Benni") Courtain, die neue Freundin von Boris Becker in Monaco.